

Zeitschrift für  
Rechtsextremismusforschung

# Z Rex

forschung

**Schwerpunkt: Herausforderungen der (soziologischen) Rechtsextremismusforschung** VIKTORIA KAMUF, MATTHIAS MEYER, HANNAH MIETKE &

DENIS VAN DE WETERING Wissenstransfer in der Rechtsextremismusfor-

schung zwischen wissenschaftlicher Erkenntnisproduktion, Praxisrelevanz und politischem Anspruch: Reflexionen im Anschluss an zwei Befragungen **HOLGER**

**OPPENHÄUSER** Populismus, Radikalisierung, Normalisierung? Normalistische

Konzepte in der neueren deutschen Rechtsextremismusforschung **DAVID MEIER-**

**ARENDT** Soziologische Rechtsextremismusforschung: vom Staatsschutzdispositiv

zur Gesellschaftsanalyse? **LOTTA MAYER & MARKUS LANG** What we should be

asking: Grundsätzliche Überlegungen zu einem Forschungsprogramm für die so-

ziologische Rechtsextremismusforschung **MARC BLÜML** Agitation in der Spätmo-

derne: Löwenthals Prophets of Deceit in Reflektion spätmoderner Sozialcharaktere

**MORITZ GOLOMBEK** Eine Soziologie rechter Vergangenheit? Geschichte und

Erinnerung als interdisziplinäre Anknüpfungspunkte einer soziologischen Rechts-

extremismusforschung **PAUL ERXLEBEN** Mehr als Feuerwehr?! Konjunkturen und

Widersprüche der gesellschaftlichen Bearbeitung autoritärer Bewegungen am

Beispiel der Mobilien Beratung gegen rechts

5 1 2025



Verlag Barbara Budrich

ISSN 2701-9624

Herausgegeben von: Ursula Birsl, Marburg • Gideon Botsch, Potsdam • Oliver Decker, Leipzig/Berlin • Gudrun Hentges, Köln • Michaela Köttig, Frankfurt • Christoph Kopke, Berlin • Juliane Lang, Gießen • Esther Lehnert, Berlin • Matthias Quent, Magdeburg • Heike Radvan, Tübingen • Birgit Sauer, Wien • Johanna Sigl, Wiesbaden • Fabian Virchow, Düsseldorf • Sebastian Winter, Hannover

Die vorliegende Ausgabe der ZRex wurde redaktionell betreut von Matthias Quent, Michaela Köttig, Esther Lehnert, Sebastian Winter und Susanne Haldrich.

Die Redaktion der ZRex ist am Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) Jena angesiedelt; Kontakt: susanne.haldrich@zeitschrift-rechtsextremismusforschung.de.

Die ZRex wird im Rahmen der Finanzierung des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert.

GEFÖRDERT VOM



**Forschungsinstitut  
Gesellschaftlicher  
Zusammenhalt**

STANDORT JENA



**Bundesministerium  
für Bildung  
und Forschung**

Wissenschaftlicher Beirat: Sina Arnold, Berlin • Tamir Bar-On, Monterrey • Julia Bernstein, Frankfurt a. M. • Hans-Georg Betz, Zürich • Tore Bjørge, Oslo • Kathleen Blee, Pittsburgh • Manuela Bojadzjev, Berlin • Kemal Bozay, Köln • Gudrun Brockhaus, Bochum • Manuela Caiani, Florenz • Jean-Yves Camus, Paris • Manuela Consonni, Jerusalem • Priska Daphi, Bielefeld • Nicole Deitelhoff, Frankfurt • Wolfgang Frindte, Jena • Judith Goetz, Wien • Sebastian Haunss, Bremen • Klaus Holz, Berlin • Hans-Gerd Jaschke, Berlin • Juliane Karakayali, Berlin • Susi Meret, Aalborg • Andreas Peham, Wien • Uwe Puschner, Berlin • Rafal Pankowski, Warschau • Lars Rensmann, Passau • Jens Rydgren, Stockholm • Karin Stögner, Passau • Berthold Vogel, Göttingen • Ruth Wodak, Lancaster/Wien

Verlag Barbara Budrich GmbH

Stauffenbergstr. 7, D-51379 Leverkusen, Tel. +49 (0)2171.79491-50, Fax +49 (0)2171.79491-69  
info@budrich.de – www.budrich.de – www.budrich-journals.de

Erscheinen und Bezugsbedingungen:

Die ZRex erscheint zweimal jährlich mit einem Umfang von ca. 200 Seiten je Heft.

Das Jahresabonnement print kostet für Privatpersonen 50,00€, für Studierende 40,00€ und für Institutionen 145,00€, jeweils zzgl. Versandkosten. Ein Einzelheft print kostet 30,00€ zzgl. Versandkosten.

Abonnement-Kündigungen bitte schriftlich an den Verlag. Kündigungsfrist drei Monate zum Jahresende.

Anzeigenverwaltung beim Verlag. Aktuelle Mediadaten/Anzeigenpreisliste: ZREX25 vom 01.01.2025

Jg. 5, Heft 1 (2025)

© 2025 Verlag Barbara Budrich Opladen, Berlin & Toronto

Umschlaggestaltung: Bettina Lehfeldt, Kleinmachnow – www.lehfeldtgraphic.de

Satz: 3w+p GmbH, Rimpar

Druck: paper & tinta, Warschau

Printed in Europe

Gedruckt auf FSC®-zertifiziertem Papier.



Diese Zeitschrift steht unter der Creative Commons Lizenz Attribution 4.0 International (CC BY 4.0): <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>. Diese Lizenz erlaubt die Verbreitung, Speicherung, Vervielfältigung und Bearbeitung unter Angabe der Urheber\*innen, Rechte, Änderungen und verwendeten Lizenz.

Die digitale Version steht auf der Homepage der Zeitschrift zum freien Download bereit: [zrex.budrich-journals.de](http://zrex.budrich-journals.de)

ISSN 2701-9624, ISSN Online 2701-9632

# Inhalt

|  |     |
|--|-----|
| Editorial.....   | 3   |
| Herausforderungen der (soziologischen) Rechtsextremismusforschung: Einleitung zum Themenheft.....  | 5   |
| <i>Viktoria Kamuf, Matthias Meyer, Hannah Mietke &amp; Denis van de Wetering</i><br>Wissenstransfer in der Rechtsextremismusforschung zwischen wissenschaftlicher Erkenntnisproduktion, Praxisrelevanz und politischem Anspruch: Reflexionen im Anschluss an zwei Befragungen..... | 21  |
| <i>Holger Oppenhäuser</i><br>Populismus, Radikalisierung, Normalisierung? Normalistische Konzepte in der neueren deutschen Rechtsextremismusforschung.....   | 43  |
| <i>David Meier-Arendt</i><br>Soziologische Rechtsextremismusforschung: vom Staatsschutzdispositiv zur Gesellschaftsanalyse?.....   | 62  |
| <i>Lotta Mayer &amp; Markus Lang</i><br>What we should be asking: Grundsätzliche Überlegungen zu einem Forschungsprogramm für die soziologische Rechtsextremismusforschung.....  | 78  |
| <i>Marc Blüml</i><br>Agitation in der Spätmoderne: Löwenthals Prophets of Deceit in Reflektion spätmoderner Sozialcharaktere.....  | 100 |
| <i>Moritz Golombek</i><br>Eine Soziologie rechter Vergangenheit? Geschichte und Erinnerung als interdisziplinäre Anknüpfungspunkte einer soziologischen Rechtsextremismusforschung.....  | 119 |
| <i>Paul Erxleben</i><br>Mehr als Feuerwehr?! Konjunkturen und Widersprüche der gesellschaftlichen Bearbeitung autoritärer Bewegungen am Beispiel der Mobilien Beratung gegen rechts.....   | 134 |
| <b>Rezensionen</b>   |     |
| <i>Steven Hummel</i><br>Kiess, Johannes & Nattke, Michael (2024). Widerstand über alles. Wie die Freien Sachsen die extreme Rechte mobilisieren.....   | 149 |

*Nils B. Ludwig*

Krell, Michael & Böhme, Tom (Hrsg.). (2024). Sächsische Realitäten. Analysen aktueller Protestphänomene der radikalen Rechten in Sachsen..... 151

*Matthias Meyer*

Schilk, Felix (2024). Die Erzählgemeinschaft der Neuen Rechten. Zur politischen Soziologie konservativer Krisennarrative..... 152

*Wolfgang Frindte*

Kowalczuk, Ilko-Sascha (2024). Freiheitsschock. Eine andere Geschichte Ostdeutschlands von 1989 bis heute ..... 154

*Hannah Sommer*

Wodak, Ruth (2020). Politik mit der Angst. Die schamlose Normalisierung rechtspopulistischer und rechtsextremer Diskurse..... 158

Verzeichnis der Autor:innen ..... 160

## Editorial

In diesen Monaten erleben Forschende, die zu Phänomenen arbeiten, die unter den Oberbegriff Rechtsextremismus fallen, eine in höchstem Maße unangenehme Bestätigung ihrer Arbeit. Zugewinne bei den jüngsten Landtagswahlen haben die AfD in Brandenburg und Thüringen in eine Position gebracht, in der sie durch ihre parlamentarische Sperrminorität noch größere Einflüsse auf den politischen Betrieb hat. Wenig später haben die Behörden erneut ein mutmaßlich rechtsterroristisches Netzwerk ausgehoben, zu dem auch Politiker:innen der AfD gehören. In den USA hat Donald Trump die Präsidentschaftswahlen deutlich gewonnen – mit vielschichtigen Folgen für die Destabilisierung demokratischer Gesellschaften. International bedeutet dies einem starken Rückenwind für die extreme Rechte. Weltweit stellt sich die Frage: Geht die liberale Demokratie ihrem Ende entgegen?

Es gibt viel zu tun für Wissenschaftler:innen, die in diesen Zeiten zu Rechtsextremismus und verwandten Themen wie Demokratie, Antisemitismus, Rassismus, Sexismus und vielen weiteren Aspekten forschen. Diese über lange Zeit marginalisierten Forschungsfelder und die damit verbundene Expertise sollten nun sehr gefragt sein – so könnte man zumindest meinen. Der Bedarf, Ursachen und Grundlagen der Geländegewinne der extremen Rechten zu verstehen und daraus anwendungsorientierte Schlussfolgerungen zu ziehen, ist groß. Ausdruck in akademischen Debatten und institutionelle Forschungsförderung findet dies jedoch nicht unbedingt, stattdessen sehen sich Institutionen, die zu Demokratie und Rechtsextremismus forschen, aufgrund der politischen Verschiebungen in ihrer Existenz bedroht – besonders akut zu beobachten in den ostdeutschen Bundesländern. In den USA ist schon vor der erneuten Wahl Trumps eine Kultur der Einschüchterung und der Selbstzensur an Universitäten und anderen Instituten eingezogen. Die im öffentlichen Raum viel diskutierte Grenze des Sagbaren entwickelt sich im Zuge der Normalisierung des Rechtsextremismus auch zulasten freier Äußerung in der Wissenschaft. Dies liegt womöglich u. a. daran, dass kritische Analysen zu den Ursachen des Rechtsextremismus unweigerlich auf soziale und ökonomische Probleme sowie auf politische und kulturelle Entwicklungen in der Gesellschaft verweisen und dabei unbequem sein müssen – in bester Tradition einer Sozialforschung im Verständnis von Pierre Bourdieu und vielen anderen. Mit dem Verhältnis zwischen Rechtsextremismus und der Gesellschaft beschäftigt sich insbesondere soziologische Rechtsextremismusforschung, die in diesem Heft im Mittelpunkt steht.

Für das vorliegende Schwerpunktheft der Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung wurden Beiträge des Workshops „Konjunkturen und Schwerpunkte soziologischer Rechtsextremismusforschung“ ausgearbeitet. Der Workshop fand im März 2024 im traditionsreichen Frankfurter Institut für Sozialforschung statt und wurde organisiert durch den Vorstand des Arbeitskreises „Sociology of the far right“ in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS): Alexandra Schauer, Viktoria Rösch, Leo Roepert, Felix Schilk und Matthias Quent. Alle eingesendeten Beiträge wurden dem üblichen Double-Blind-Peer-Review-Verfahren unterzogen. Sie befassen sich aus soziologischen Perspektiven mit der Positionierung der Rechtsextremismusforschung inklusive des Verhältnisses zur professionellen Praxis und staatlichen Institutionen vor allem in Deutschland sowie mit soziologischen Diagnosen des Rechtsextremismus. Dabei tragen die Beiträge der Interdisziplinarität des Forschungsfelds Rechnung und ermöglichen nicht nur Soziolog:innen wichtige Erkenntnisse, sondern auch ein übergreifendes Verständnis der Interdependenzen und zentralen Entwicklungslinien des

Rechtsextremismuskurs in Deutschland. Die Beiträge stellen damit wichtige Befunde und Diskussionsbeiträge zur Weiterentwicklung einer zeitgemäßen Rechtsextremismusforschung bereit, die sich ihrer historischen Wurzeln und Entwicklungen ebenso wie ihrer Kontinuitäten und aktuellen Herausforderungen bewusst sein sollte. Sie liefern somit auch einen Beitrag zum allgemeinen Erkenntnisprozess, dem das Hinterfragen von Theorien und Ergebnissen, von Thesen und Urteilen inhärent ist und leisten damit einen wichtigen Beitrag in Zeiten der globalen Demokratiekrise.

Die Forschungsgemeinschaft insgesamt steht vor großen Fragen: Haben wir uns auf die richtigen Schwerpunkte konzentriert? Welche Desiderate bestehen? Welche Perspektiverweiterungen sind nötig? Welche Antworten können wir mit welcher Sicherheit geben? Was begrenzt den Erkenntnisprozess? Welche Ressourcen, Methoden und Kooperationen braucht unabhängige Rechtsextremismusforschung und wie können diese erreicht werden? Haben wir alles getan, was mit wissenschaftlichen Mitteln möglich war?

Als Heftverantwortliche für diese Ausgabe der Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung danken wir auch im Namen des Herausgebendenkreises allen Beitragenden und laden dazu ein, diese Diskussionen weiterzuführen.



# Herausforderungen der (soziologischen) Rechtsextremismusforschung: Einleitung zum Themenheft

## 1 Einleitung

Die Forschung zur extremen Rechten verläuft in verschiedenen sozialwissenschaftlichen Disziplinen nicht kontinuierlich, sondern konjunkturell und erfährt seit dem politischen Rechtsdrift der letzten Dekade verstärkte Aufmerksamkeit. Mit großer Dringlichkeit geführte öffentliche Debatten um den Umgang mit dem rechten Hegemoniegewinn, seine Bewertung und die Suche nach seinen Ursachen haben zu einer erhöhten Nachfrage nach sozialwissenschaftlicher Forschung und Expertise geführt. Die Zahl der Publikationen zu Rechtspopulismus und Rechtsextremismus und damit zusammenhängenden Phänomenen wie Antifeminismus, Antisemitismus, Autoritarismus, Rassismus, Verschwörungsideologie oder der Frage nach Desinformation und gesellschaftlichem Zusammenhalt ist sprunghaft angewachsen. Dabei hat sich das bereits zuvor heterogene und interdisziplinäre Forschungsfeld weiter ausdifferenziert.

Gleichzeitig bleibt die Forschung überwiegend prekär, stark praxisorientiert und wenig institutionalisiert. Dieses Problem betrifft auch die teils eng mit der Wissensproduktion verbundenen Handlungsfelder der Demokratieförderung und Rechtsextremismusprävention. Ein Resultat dieser Forschungsorganisation ist, dass in einer Logik des Sich-behaupten-Müssens oftmals die Dominanz und Überlegenheit einzelner Erklärungsansätze postuliert wird, während alternative Interpretationen und Deutungsangebote dem Vergessen anheimfallen (vgl. Eicker 2021).

Aktuell ist das Forschungsfeld von sehr unterschiedlichen methodischen, theoretischen und inhaltlichen Perspektiven und Schwerpunktsetzungen geprägt. Die sozialwissenschaftlichen Kontroversen um die Bestimmung und Erklärung des Erfolgs rechter Kräfte spiegeln dabei teilweise die Positionen und Auseinandersetzungen wider, die in der breiteren politischen Öffentlichkeit ausgetragen werden. Auch wenn Sozialwissenschaft nie in einem unpolitischen Raum stattfindet, sondern stets von gesellschaftlichen Entwicklungen beeinflusst ist, zeigt sich die Wechselwirkung zwischen gesellschaftlichen und politischen Konjunkturen sowie wissenschaftsinternen Entwicklungen im Bereich der Rechtsextremismusforschung in besonders zugespitzter Weise.

Ein zentraler Bezugspunkt sowohl der gesellschaftlichen als auch wissenschaftsinternen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in Deutschland ist die historische Erfahrung des Nationalsozialismus. Dabei zeichnet sich eine auf den ersten Blick widersprüchliche Konstellation ab, insofern die Betonung der deutschen Sonderentwicklung und die mit ihr verbundene Erinnerungskultur gleichzeitig dazu beiträgt, dass historische, institutionelle und personelle Kontinuitäten wenig thematisiert werden. Mit Blick auf die Rechtsextremismusforschung zeigt sich dies in einer Dominanz empirischer Einstellungsforschung, die eine gesellschaftstheoretisch informierte und historische fundierte Analyse des Phänomens zu meist vermissen lässt.

In der Soziologie tritt zudem eine auf die Nachkriegszeit zurückgehende institutionalisierte Arbeitsteilung hervor, in deren Folge der Rechtsextremismus lange Zeit vor allem als

Thema von Geschichts- und Politikwissenschaft behandelt wurde. Obwohl es schon früh auch soziologische Untersuchungen zu den Erfolgsbedingungen, zur Struktur und zur Wählerschaft der NSDAP gab (vgl. u. a. Geiger 1932; Fromm 1980; Institut für Sozialforschung 1936) und sich die Beschäftigung mit Formen rechter Politik und Gewalt auch in der Bundesrepublik fortsetzte (vgl. u. a. Pollock 1955; Scheuch/Klingemann 1967; Heitmeyer 1993), nahm sie im gegenwartsorientierten Feld der Soziologie lange Zeit eine marginalisierte Position ein (vgl. Schauer 2021). Den Mythos der ‚Stunde Null‘ zum Teil selbst kolportierend, hat sie die „Antwort auf die Frage der ‚Vergangenheitsbewältigung‘“ im gegenwartsorientierten „Aufbau der Bundesrepublik“ (Schelsky 1981: 77) gesehen. Aus dem Blick geriet damit, worauf Theodor W. Adorno (2003: 555 f.) bereits 1959 in „Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit“ hingewiesen hatte: Dass „das Nachleben des Nationalsozialismus in der Demokratie potenziell bedrohlicher“ sein könnte als „das Nachleben faschistischer Tendenzen gegen die Demokratie“.

Die aktuelle gesellschaftliche Situation, die den Rechtsextremismus wieder in das Zentrum der politischen Aufmerksamkeit gerückt hat, verlangt deshalb nach einer Selbstreflexion der Rechtsextremismusforschung im Allgemeinen und der soziologischen Zugänge im Besonderen. Die Beiträge des vorliegenden Heftes sind aus dem Workshop „Konjunkturen und Schwerpunkte soziologischer Rechtsextremismusforschung“ hervorgegangen, der am 14. und 15. März 2024 am Institut für Sozialforschung in Frankfurt am Main stattgefunden hat.<sup>1</sup> Organisiert wurde diese Veranstaltung vom Vorstand des *AK Sociology of the far right*, einem Arbeitskreis in der Sektion *Politische Soziologie* der *Deutschen Gesellschaft für Soziologie* (DGS), dessen Anspruch es ist, die methodischen und theoretischen Potenziale der Soziologie in die interdisziplinäre Rechtsextremismusforschung hineinzutragen sowie das Thema Rechtsextremismus in der Soziologie als Fachdisziplin stärker sichtbar zu machen und institutionell zu verankern.

Ziel des Workshops war es, angesichts der aktuellen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen eine historische und theoretische Standortbestimmung der Rechtsextremismusforschung anzuregen und dabei insbesondere ihr Verhältnis zur Soziologie zu reflektieren. So ging es darum, die Rechtsextremismusforschung im Wechselverhältnis mit gesellschaftlichen Entwicklungen zu beleuchten, aktuelle Debatten um Begriffe, Erklärungsansätze und methodologische Fragen abzubilden sowie die institutionelle Situation der Rechtsextremismusforschung in einem nach wie vor unterfinanzierten, von Drittmittelabhängigkeit und prekären Arbeitsbedingungen geprägten Wissenschaftsbetrieb zu diskutieren. Auch Gefährdungen für die Rechtsextremismusforschung im Zuge parlamentarischer Rechtsverschiebungen wurden in den Blick genommen, da insbesondere in Ostdeutschland die Finanzierung der Forschungsinstitutionen, die im Zuge der Debatten um den NSU-Komplex entstanden sind,<sup>2</sup> durch das Erstarken der AfD perspektivisch infrage steht. Strukturell betrifft der rechte Backlash vorrangig auch Gender- und Rassismusforschung.

1 Besonderer Dank geht an dieser Stelle an die Sektion Politische Soziologie in der DGS, das Promotionskolleg „Dialektik der Teilhabe – Dynamiken sozialräumlicher Öffnung und Schließung“ der Hans-Böckler-Stiftung sowie das Institut für Sozialforschung für die finanzielle und organisatorische Unterstützung.

2 Dazu gehören das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) in Jena, die Emil Julius Gumbel Forschungsstelle (EJGF) an der Universität Potsdam, das Else-Frenkel-Brunswick-Institut (EFBI) an der Universität Leipzig sowie das Institut für demokratische Kultur (IdK) an der Hochschule Magdeburg-Stendal.



## 2 Konjunkturen der Rechtsextremismusforschung in der jüngeren Geschichte

Im Folgenden geben wir einen kurzen Überblick über die parallele Entwicklung der extremen Rechten und der Rechtsextremismusforschung seit der politischen Wende von 1989/90 und greifen einige der zentralen Diskussionspunkte und offenen Fragen auf, die wir im Workshop diskutiert haben. Im Hinblick auf ein breiteres öffentliches Bewusstsein für die extreme Rechte war die politische Wende von 1989/90 ein Weichensteller und Katalysator. Bis heute sind Ost-West-Vergleiche ein zentrales Deutungsschema, das auch medial häufig aufgegriffen wird.

### 2.1 Baseballschlägerjahre, „Aufstand der Anständigen“ und Extremismusdebatte

Die deutschen Rechtsextremismus-Debatten in den 1990er-Jahren und Nullerjahren sind sehr stark durch die Erfahrungen mit rechter Gewalt und dem jugend- und subkulturell orientierten Neonazismus geprägt. Vor allem in den neuen ostdeutschen Bundesländern kämpften nach der politischen Wende vielerorts Rechtsextreme für „national befreite Zonen“, die in neonazistischen Strategiediskussionen dieser Zeit gefordert worden waren und in denen Neonazis teils ungestraft Macht und Gewalt ausüben konnten. Der Journalist Christian Bangel (2022) hat die Erinnerung an diese Zeit der temporären Anomie vor wenigen Jahren unter dem pointierten Begriff der „Baseballschlägerjahre“ wieder in die öffentliche Debatte zurückgeholt. Staatliche Stellen gehen für den Zeitraum von 1990 bis Dezember 2020 von 106 rechtsextrem motivierten Tötungsdelikten aus (vgl. Deutscher Bundestag 2020), Opferberatungsstellen nennen deutlich höhere Zahlen von 219 Todesopfern rechter Gewalt (vgl. Amadeu Antonio Stiftung o. J.). Das Osloer Center for Research on Extremism (C-REX) führt in seiner Datenbank 137 Fälle.<sup>3</sup>

In den Kontext dieser entgrenzten Gewalt gehören auch die pogromartigen Ausschreitungen gegen Geflüchtete und Migrant:innen in Hoyerswerda/Wojerecy (1991), Hünxe (1991), Rostock-Lichtenhagen (1992), Mölln (1992) und Solingen (1993). Rassistische Ausschreitungen unter maßgeblicher Beteiligung jugendlicher Neonazis gab es in beiden deutschen Staaten jedoch bereits in den 1980er-Jahren. Während westdeutsche Politikwissenschaftler:innen zur Situation in der BRD recht früh Untersuchungen vorlegten (vgl. Dudek/Jaschke 1982; Paul 1990), blieb die neonazistische Szene der DDR bis zu deren Ende eine Verschlussache der Staatssicherheit und konnte erst in den 1990er-Jahren unabhängig erforscht werden (vgl. Waibel 1996).

Nach der politischen Wende und der weiteren Verschärfung rechtsextremer Mobilisierungen und Gewalt stieg auch das wissenschaftliche Interesse am Rechtsextremismus. Die Anzahl der Publikationen zum Thema verdoppelte sich in den Jahren 1993 und 1994, wobei viele Arbeiten das Erstarken des Rechtsextremismus unter Rückgriff auf Sozialisations- und Desintegrationstheorien zu erklären suchten (vgl. Frindte et al. 2016: 27, 35). Zudem erlebte das Autoritarismus-Konzept in den 1990er-Jahren eine Renaissance (vgl. ebd.: 43–45). Die Dominanz von Erklärungsansätzen, die rechtsextreme Einstellungen unter Rückgriff auf die

3 Das Right-Wing Terrorism and Violence (RTV) Dataset ist unter folgendem Link verfügbar: <https://www.sv.uio.no/c-rex/english/groups/rtv-dataset/>.

Figur des „Modernisierungsverlierers“ an Deprivationserfahrungen binden oder über autoritäre Sozialisationserfahrungen aufzuschlüsseln suchen, lässt sich auch als Reaktion auf die realpolitischen Herausforderungen der Integration der vormaligen Gebiete der DDR in die bereits etablierten Strukturen der alten Bundesrepublik begreifen. Andere Ansätze erfuhren weit weniger öffentliche Resonanz, etwa die Abwertung von Fremden durch eine vorherrschende „Dominanzkultur“ zu erklären (vgl. Rommelspacher 1995) oder die Bedeutung rechter Jugendgruppen als Deutungs- und Identitätsgemeinschaften im Anschluss an die soziologische Bewegungsforschung (vgl. Jaschke 1993; Koopmans/Rucht 1996) herauszustellen.

In der politischen Förderlandschaft sollte mit dem „AgAG – Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ die rechte Gewalt durch die Förderung von Jugendarbeit eingeeht werden. In der Praxis der Sozialen Arbeit dominierte in den 1990er-Jahren das von Franz Josef Krafeld entwickelte und später in der tatsächlichen Umsetzung sehr scharf kritisierte Konzept der „akzeptierenden Jugendarbeit“, das den Anspruch formulierte, rechte Jugendliche durch niedrigschwellige Beteiligung und Anerkennung wieder in die Gesellschaft zu integrieren. Soziale Gegenbewegungen organisierten sich in antifaschistischen und antirasistischen Gruppen und Bündnissen (vgl. Jänicke/Paul-Siewert 2022), während rechtsextreme Gewalt in der politischen Öffentlichkeit häufig als Auseinandersetzung zwischen rivalisierenden Jugendbänden entpolitisiert wurde.

Die gesellschaftlichen Debatten dieser Zeit waren stark durch asyl- und migrationsfeindliche Positionen geprägt, die 1993 zum sogenannten „Asylkompromiss“ führten – der Neuregelung und Verschärfung des Asylrechts, in das u. a. das Prinzip der „sicheren Drittstaaten“ sowie ein eigenständiges Asylbewerberleistungsgesetz aufgenommen wurden. Im Nachgang dieser Debatten intervenierte 1994 das publizistische Umfeld der Neuen Rechten mit dem Sammelband „Die selbstbewußte Nation“ (vgl. Schwilk/Schacht 1994), um ein neues Nationalgefühl und eine nationale Identität zu begründen (vgl. Kämper 2005; Havertz 2008). Als Reaktion darauf setzten sich ab Mitte der 1990er-Jahre viele Publizist:innen in Publikumsbüchern kritisch mit der Neuen Rechten auseinander. Das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) legte bereits Anfang der 1990er-Jahre Analysen zu Rassismus und Rechtsextremismus sowie diskursanalytische Studien zur Ethnisierung von Sexismus, zum Verhalten von rechtsextremen Mandatsträger:innen sowie umfangreiche Medienanalysen der neurechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“ vor (vgl. Foitzik et al. 1992; Kellershohn 1994; Jäger 1996). In Reaktion auf die rechtsextreme Gewalt erfolgte zudem eine Reihe repressiver staatlicher Maßnahmen wie das Verbot von 15 neonazistischen Vereinigungen bis zum Jahr 2000. Die rechtsextreme Szene reagierte darauf mit Dezentralisierung, einer Reorganisation in Kameradschaften sowie mit konspirativen Organisationsweisen (vgl. Quent 2016: 194).

Mit der Jahrtausendwende verändert sich der politische und gesellschaftliche Umgang mit Rechtsextremismus grundlegend. Nach der Ermordung von Alberto Adriano im Juni 2000, einem Handgranatenattentat in Düsseldorf im Juli 2000 und dem Brandanschlag auf die Düsseldorfer Synagoge im Oktober 2000 rief der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) den „Aufstand der Anständigen“ aus, an dem sich viele zivilgesellschaftliche Organisationen mit Lichterketten und Demonstrationen beteiligen. In der Folge legte die rot-grüne Bundesregierung das Förderprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ auf, das die bis heute anhaltende Projektfinanzierung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten zur Prävention von Rechts-

extremismus und der Förderung von Demokratie einleitete. Durch Beschluss der Innenministerkonferenz wurde 2001 zudem das neue Definitionssystem „Politisch motivierte Kriminalität (PMK)“ bundesweit einheitlich eingeführt, das staatliche Stellen seitdem zur Dokumentation von rechtsextremen Straf- und Gewalttaten nutzen und das laufend aktualisiert wird. Zugleich wurde die politische Repression gegen den Rechtsextremismus verschärft und von Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung der erste Antrag auf Verbot der NPD eingebracht, der 2003 scheiterte. Im Jahr darauf gelang der NPD in Sachsen der erste Einzug in ein Landesparlament seit 1968.

Im Gegensatz zu den Verfassungsschutz- und Sicherheitsbehörden, die schon länger über eine für sie zweckmäßige Terminologie verfügen, sind die sozialwissenschaftlichen Debatten seit Langem durch Definitionsdebatten geprägt.

„Der Begriff Rechtsextremismus ist in den Sozialwissenschaften umstritten und unklar. Es existiert keine allgemein anerkannte Definition und schon gar keine Theorie des Rechtsextremismus. Allein die amtliche Terminologie der Verfassungsschutzämter kann als einigermaßen konzise bezeichnet werden, eignet sich aber nur bedingt für die Zwecke der Sozialforschung, der Sozialarbeit und der politischen Bildung“,

hielt Richard Stöss (2005: 13) diesbezüglich fest. Wie Frindte et al. (2016: 52) schreiben, kristallisiert sich in den Debatten allmählich eine „Konsensdefinition“ heraus, die Rechtsextremismus als ein auf Ungleichheitsvorstellungen beruhendes Einstellungsmuster versteht, auf deren Grundlage dann verschiedene Skalen zur Messung von rechtsextremen Einstellungen entwickelt wurden. Zu nennen sind hier insbesondere die Leipziger Mitte-Studien unter der Leitung von Oliver Decker und Elmar Brähler, die 2006 erstmals erschienen sind, sowie die zwischen 2002 und 2011 durchgeführte Langzeitstudie „Deutsche Zustände“ von Wilhelm Heitmeyer. In beiden Studienreihen wurde die in den Sicherheitsbehörden verbreitete Extremismustheorie kritisiert (vgl. Ackermann et al. 2015), die – so die Kritik – keine klare Trennung von Einstellungen und Handlungen vornimmt und die Verbreitung von rechtsextremen Einstellungen in der „Mitte der Gesellschaft“ unberücksichtigt lässt.

Während der Legislatur der schwarz-gelben Bundesregierung von 2009 bis 2013 beschäftigte die kritische Auseinandersetzung mit der Extremismustheorie auch zahlreiche zivilgesellschaftliche Initiativen und Akteur:innen der politischen Bildung. Im Zuge dieser Auseinandersetzung wurde der Rechtsextremismusbegriff problematisiert und durch Äquivalente wie „extreme Rechte“ oder die durch die Einstellungsstudien popularisierten Konzepte des „Autoritarismus“ und der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF)“ ersetzt. Dieser Hegemoniekampf zwischen zivilgesellschaftlichen und sicherheitspolitischen Akteur:innen und Paradigmen kulminierte 2011 in der Einführung der sogenannten „Demokratieerklärung“ oder „Extremismusklausel“ durch Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) (vgl. Burschel et al. 2013). Die Erklärung sah vor, die Empfänger:innen von Bundesmitteln im Bereich der Demokratieförderung zu einem Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung sowie zur Überprüfung von Kooperationspartner:innen zu verpflichten. Diese Praxis wurde vom Dresdner Verwaltungsgericht im April 2012 für rechtswidrig erklärt. Danach nahm die Intensität der Debatte merklich ab. Obwohl einige Publikationen nach wie vor ausschließlich die Terminologie „extreme Rechte“ verwenden, wird seitdem auch der Rechtsextremismusbegriff wieder deutlich pragmatischer gehandhabt.

Viele deutschsprachige Debatten in den Nullerjahren waren sehr stark durch die Besonderheiten der deutschen Verfassungsschutzbehörden auf der einen und der über Bundes- und Landesprogramme geförderten Zivilgesellschaft auf der anderen Seite geprägt. Eine

sanfte Internationalisierung vollzog sich in den 2010er-Jahren durch die vergleichende Analyse von rechtspopulistischen Parteien, rechtsterroristischen Anschlägen, neuen außerparlamentarischen Protestbewegungen sowie durch den Bedeutungszuwachs sozialer Medien.

## 2.2 Rechtspopulismus und Rechtsterrorismus

In den 2010er-Jahren war die Forschung vom Machtzuwachs alter und neuer rechter Akteur:innen, Parteien und Bewegungen sowie Diskursverschiebungen geprägt. Die Veröffentlichung von Thilo Sarrazins Bestseller „Deutschland schafft sich ab“ im August 2010 markiert in dieser Hinsicht ein zentrales Diskursereignis für die Normalisierung rassistischer Positionen im gesellschaftlichen Mainstream und die Neugründung von rechten Alternativmedien (vgl. Weiß 2011; Schilk 2017).

In Folge der 2007 beginnenden Wirtschafts- und Finanzmarktkrise konnten häufig als populistischer Typus charakterisierte rechte bis rechtsextreme Parteien Machtgewinne verbuchen (vgl. Mudde 2007). Unter anderem erlangte das von Victor Orbán geführte Parteienbündnis bei der ungarischen Parlamentswahl 2010 erstmals eine absolute Mehrheit. Zugleich mussten traditionsreiche bürgerlich-konservative Parteien Machtverluste hinnehmen und sind in einigen Ländern wie Frankreich und Italien in der politischen Bedeutungslosigkeit verschwunden (vgl. Biebricher 2023). In den Zweiparteisystemen des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten fand die Rechtsentwicklung hingegen innerhalb der konservativen Parteien statt und führte 2016 zu zwei Ereignissen, die für die neuen politischen Kräfteverhältnisse Symbolcharakter hatten: zum Brexit-Referendum, bei dem nach monatelangen Kampagnen von rechts eine Mehrheit für den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU stimmte, und zur Wahl Donald Trumps zum 45. US-Präsidenten.

In anderen Ländern kam es zur Formierung neuer rechter Parteien und Bewegungen. 2013 gründete sich die Alternative für Deutschland (AfD) in Reaktion auf die im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise aufgelegten Eurobonds; im gleichen Jahr entstand mit den sogenannten „Lichtläufen“ im sächsischen Schneeberg (asylfeindliche Demonstrationen aus dem Umfeld der NPD) der Prototyp für die im Jahr darauf entstehende PEGIDA-Bewegung. Auch die aus der Modernisierung der neonazistischen Kameradschaftsszene und der sogenannten „Autonomen Nationalisten“ hervorgegangene „Identitäre Bewegung“ machte ab 2012 in Deutschland mit medienwirksamen Aktionen auf sich aufmerksam (vgl. Sieber 2016; Bruns et al. 2017). Aus dieser Gemengelage differenzierte sich insbesondere in der zweiten Hälfte der 2010er-Jahre ein „metapolitisch“ ausgerichtetes Netzwerk an Organisationen, Thinktanks, Publikationsorganen und Online-Akteur:innen aus, die die Ideologeme und Narrative der „Neuen Rechten“ bis heute zirkulieren und in die breitere Öffentlichkeit tragen. Rassistisch und antisemitisch aufgeladene Untergangserzählungen wie „Islamisierung“, „Überfremdung“ und „Großer Austausch“ sowie kulturkämpferische Rhetorik gegen „Gender“ und „Kulturmarxismus“ sickerten in den gesellschaftlichen Mainstream.

Vielorts mündete die auch global zu beobachtende diskursive Eskalation in einer Zunahme rechter Gewalt bis hin zu rechten Terroranschlägen. In Oslo und Utøya verübte Anders Breivik 2011 einen rechtsterroristischen Massenmord, der zu einem Prototyp für eine neue Form von Terrorismus wurde und die späteren Täter von München (2016), Christchurch (2019), Halle (2019) und Hanau (2020) beeinflusste. Die Gemeinsamkeit besteht darin, dass sich die männlichen Täter im Internet weitgehend unabhängig von organisationalen Zusam-

menhängen radikalisiert hatten und mit ihrer Tat auf eine Selbstdarstellung im digitalen Raum zielten (vgl. Baeck/Speit 2020). Aber auch Anhänger:innen rechtsaffiner Online-Subkulturen, etwa der Incel-Bewegung, begingen ab 2014 zahlreiche Terroranschläge (vgl. Kracher 2020).

Für die Befassung mit Rechtsextremismus war vor allem die unfreiwillige Selbstenttarnung des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) im November 2011 eine Zäsur. Untersuchungsausschüsse und Gerichtsverfahren, aktivistische Recherchen, investigativer Journalismus und Forschungsarbeiten legten u.a. Radikalisierungsdynamiken, Netzwerke sowie Verstrickungen zwischen Rechtsextremismus und Behörden offen. Rassismuskritische Stimmen und Betroffenenperspektiven werden seitdem stärker beachtet. Umfassende Handlungsempfehlungen fanden Eingang in Institutionen und Politik. Das Behördenversagen führte zudem zu einem Reputationsverlust der Verfassungsschutzämter, auf den die Behörde mit internen Umstrukturierungen reagierte. So wurde 2021 das Zentrum für Analyse und Forschung (ZAF) mit dem Ziel eingerichtet, stärkeren Austausch und Kooperationen mit Wissenschaftler:innen zu ermöglichen. Aufseiten der Wissenschaft stieß die Initiative des Verfassungsschutzes jedoch auf Skepsis und Kritik, da eine Vermischung von sicherheitspolitischen und wissenschaftlichen Logiken befürchtet wurde.<sup>4</sup> Im Zuge der Aufarbeitungen entstanden in Thüringen, Brandenburg, Sachsen und Baden-Württemberg neue Forschungsinstitutionen (IDZ Jena, EJGF Potsdam, EFBI Leipzig, IREX Tübingen). Auf Bundesebene wurde als Reaktion auf den NSU-Komplex ein neues Verbotverfahren gegen die NPD eingeleitet, das 2017 als solches scheiterte, jedoch die Grundlagen für den Entzug der staatlichen Parteienfinanzierung für die rechtsextreme Partei legte.

In Reaktion auf die rechtsextremen Anschläge in Hanau und Halle berief die damalige Bundesregierung unter Angela Merkel im Mai 2020 außerdem einen Kabinettsausschuss gegen Rassismus und Rechtsextremismus ein, der innerhalb von 14 Monaten ein umfassendes Papier mit 89 Gegenmaßnahmen erarbeitete. Dazu zählte auch die Stärkung der Forschung, was zu einigen bundesgeförderten Forschungsprojekten sowie zur Gründung der Wissensnetzwerke für Rassismusforschung und für Rechtsextremismusforschung (WinRa und Wi-REX) führte. Wie schon in den 1990er-Jahren bestätigte sich das Muster vorwiegend projektförmiger Reaktionen auf extrem rechte Gewalt. Ein anderer Umgang erfolgte in Norwegen, wo nach Breiviks Anschlag bereits 2015 das Osloer Center for Research on Extremism (C-REX) an der Universität Oslo eingerichtet wurde.

Die umfangreiche sozialwissenschaftliche Forschung zum Erstarren von rechten Bewegungen gelangte sowohl auf der Ebene der empirischen Befunde als auch der theoretischen Deutung zu unterschiedlichen Einschätzungen. Auffällig ist, dass die neuen rechten Akteur:innen vor allem in der Politikwissenschaft eher selten als rechtsextrem bezeichnet, sondern meist unter dem Begriff des Populismus oder in den Registern des nur schwer übersetzbaren Überbegriffs „Far Right“ diskutiert wurden (u. a. Mudde 2007; 2019; Müller 2016; Norris/Inglehart 2018; für einen Überblick über die politikwissenschaftliche Forschung vgl. Heinze 2022). Als Far Right gelten dabei „those on the right who are ‚anti-system‘, defines here as hostile to liberal democracy“ (Mudde 2019: 7). Laut Cas Mudde gehören sowohl die extreme als auch die radikale Rechte dazu (vgl. ebd.). Dieses Verständnis unterscheidet sich gravierend von der Terminologie der deutschen Verfassungsschutzämter, die die radikale Rechte noch innerhalb der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verorten. Rechtspopulismus hingegen wurde von vielen Autor:innen explizit in Abgrenzung zum Rechtsextremismus defi-

4 Ein Einspruch, den auch einige Mitglieder des AK Sociology of the far right unterzeichnet haben, kann eingesehen werden unter: <https://form.jotform.com/212262347185050>.

niert – auch wenn schnell deutlich wurde, dass zwischen der extremen und populistischen Rechten zahlreiche ideologische, aber auch personelle und institutionelle Verbindungen und Überschneidungen bestehen. Zudem zeichnete sich der vorherrschende Populismusbegriff durch eine formalistische Schlagseite aus, da er die neuen politischen Akteur:innen primär über ihren Hang zur Vereinfachung komplexer Sachverhalte und emotionalisierende Rhetorik definierte, während den bei aller Heterogenität dennoch erkennbaren inhaltlichen Motiven weniger Aufmerksamkeit zuteilwurde. Lediglich eine „dünne Ideologie“ (Mudde 2004) wurde als gemeinsamer Nenner aller Rechtspopulist:innen identifiziert.

Bei der Frage nach den gesamtgesellschaftlichen Ursachen des global erstarkenden Rechtspopulismus drehte sich die Auseinandersetzung vor allem um die Frage, ob materielle Faktoren, also etwa die ökonomischen Interessen der „Modernisierungsverlierer“ (vgl. Spier 2010; Manow 2018), oder aber psychologische und kulturelle Motive – etwa die empfundene Bedrohung des eigenen Lebensstils durch einen hegemonialen Kosmopolitismus oder eine überbordende Identitätspolitik (vgl. Goodhart 2017; Merkel 2017; Reckwitz 2017) – für die Anhänger:innen des Rechtspopulismus ausschlaggebend seien. Dabei wurde häufig auch auf Argumentationsfiguren zurückgegriffen, die bereits in früheren sozialwissenschaftlichen Auseinandersetzungen eine Rolle gespielt hatten – etwa in der Debatte um die in den 1990er-Jahren hegemoniale Desintegrationstheorie mit ihrer Fokussierung auf Deprivationserfahrungen –, ohne dass solche Verbindungslinien reflektiert oder kommentiert worden wären.

Hier zeigt sich ein grundsätzliches Problem der (soziologischen) Rechtsextremismusforschung, in der nur selten eine kritische Einordnung neuer Arbeiten in die bereits bestehende Forschungslandschaft stattfindet. In den jüngeren Auseinandersetzungen war zudem eine enge Verbindung von sozialwissenschaftlichen Einschätzungen und politischen Positionierungen und Folgerungen zu beobachten, etwa in der breit geführten Debatte, ob sich die politische Linke zu sehr von den Interessen der Lohnabhängigen entfernt und damit eine „Repräsentationslücke“ eröffnet habe, die von Rechtspopulist:innen erfolgreich adressiert werden kann (vgl. u. a. Eribon 2016; Hochschild 2016; Jörke/Nachtwey 2017; Mouffe 2018). An der Verwendung des Populismusbegriffs in den öffentlichen Debatten lässt sich weiterhin kritisieren, dass er eine ähnliche Selbstversicherungsfunktion für die „bürgerlichen Mitte“ erfüllt wie bereits zuvor der Extremismusbegriff. Eine analoge Kritik gegenüber der Populismusforschung formulieren auch jüngere affekttheoretische Arbeiten (vgl. Ahmed 2014; Spissinger 2024).

Genuin soziologische Annäherungen an das Phänomen waren in den intensiv geführten Populismus-Debatten mit Ausnahme von Karin Priester (2007) kaum präsent und wurden erst deutlich später vorgelegt (u. a. Roepert 2022; Rhein 2023). Andere Ansätze, die etwa auf den rassistischen Gehalt des Rechtspopulismus hinwiesen (vgl. u. a. Mondon 2022; Quent 2025 i.E.), wurden ebenfalls wenig rezipiert. In den letzten Jahren geriet, bedingt durch die weltweiten Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien oder Rechtsaußen-Parteien, zunehmend das „Mainstreaming“ oder die „Normalization“ rechter Ideologeme in den Blick der Forschung (vgl. Moffitt 2022; Brown et al. 2023). Das spiegelt sich in einer deutlichen Zunahme von Medien-, Diskurs- und Netzwerkanalysen wider.

### 2.3 Hybridisierung des Rechtsextremismus oder Ausdifferenzierung der Rechtsextremismusforschung?

Ausgehend von Überlegungen zum medientechnischen Wandel wird die Strategie (extrem) rechter Akteur:innen zuletzt verstärkt unter dem Stichwort der „Hybridisierung“ (vgl. u. a. Önnersfors 2021; Hemmila/Perliger 2024; Kiess/Nattke 2024) verhandelt. Dazu gehören das Ineinandergreifen von Organisations- und Artikulationsformen, die übergreifende Zusammenarbeit verschiedener Akteur:innen trotz inhaltlicher Differenzen sowie die internationale Vernetzung. In der Folge erscheinen sowohl das Phänomen des Rechtsextremismus im Ganzen als auch einzelne Akteur:innen oft diffus. Neu gebildete Bündnisse, veränderte Erscheinungsformen und neu erschlossene Themenfelder fordern die Forschung heraus und fördern neue Betrachtungsweisen.

So lenkten die Debatten um die Kölner Silvesternacht (2015/2016), die Proteste in Kandel (2018) und der Versuch der rechten Online-Kampagne #120db (2018) erneut den Fokus auf weibliche Akteurinnen in der extremen Rechten und schärften den Blick für Geschlechterfragen als politisches Handlungsfeld (vgl. u. a. AK FE-in 2010; Haas 2020, Wielens 2019, Jäger et al. 2019, Dietze 2020). Die Covid-19-Pandemie offenbarte deutlich die sichtbare personelle Verschränkung von (Neo-)Nazismus, Esoterik und dem verschwörungsideologischen Spektrum (vgl. Lamberty/Nocun 2022; Baker 2022; Amlinger/Nachtwey 2022). Nach der russischen Vollinvasion der Ukraine drängen sich Fragen nach dem autoritären und faschistischen Charakter des Putins-Regimes sowie nach den Verflechtungen des globalen Rechtsextremismus und russischen Desinformationskampagnen auf (vgl. Umland 2008; Garner 2023; Schwenck 2024). Nicht zuletzt zeigen Debatten um „Cancel-Culture“, „Klimahysterie“ und „Wokismus“, wie sich etablierte konservative Parteien zunehmend radikalieren. Die Grenzen zwischen Konservatismus, traditioneller und extremer Rechter werden fluider, womit terminologische Herausforderungen verbunden sind (vgl. u. a. Strobl 2021; Schilk 2024). Die Veränderung des Feldes, rechte Wahl- und Rekrutierungserfolge sowie Diskursverschiebungen zeigen daher die Notwendigkeit, die extreme Rechte als gesamtgesellschaftliches Phänomen interdisziplinär in den Blick zu nehmen.

Die Ereignisse und Themenbereiche ließen sich weiter fortführen. Diese knappe und notwendigerweise unvollständige Skizze zeigt bereits einige der politischen und gegenstandsbezogenen Entwicklungen und ihre Rückwirkung auf die Forschungslandschaft. Die verstärkte Betätigung auf Social Media etwa ermöglicht einerseits einen einfacheren Feldzugang, wirft andererseits aber auch methodologische Fragen auf. In den letzten Jahren erschien eine Reihe an Studien, die sowohl die Binnenperspektive rechter Online-Sphären fokussieren als auch Auswirkungen von medialen Strukturveränderungen diskutieren (vgl. u. a. Fielitz/Marcks 2020; Strick 2021; Leidig 2023). Neben der Analyse von „Big Data“ werden zunehmend ethnografische Ansätze sowie Bildanalysen genutzt, um die „Hybridisierung“ gegenstandsangemessen zu erforschen (vgl. u. a. Rösch 2023).

Ebenfalls ist zu beobachten, dass die gesteigerte Sichtbarkeit rechter Allianzen einen verstärkten Fokus auf ‚Schnittstellen‘ oder ‚Brücknideologien‘ wie Esoterik oder Antifeminismus in der Forschung nach sich zieht. Zugleich zeigt sich – nicht zuletzt durch die Zunahme von rechten Angriffen auf sozialwissenschaftliche Fächer –, dass sich weitere Forschungsfelder intensiver mit der extremen Rechten beschäftigen (exemplarisch für die Gender Studies Hark/Villa 2015), wodurch sich das Feld der Rechtsextremismusforschung weiter ausdifferenziert. Während durch die veränderte Forschungslandschaft neue Facetten

des Phänomens in den Blick geraten, besteht dadurch auch die Gefahr, dass älteres Wissen der Rechtsextremismusforschung in den Hintergrund tritt. Dieser Effekt verstärkt sich durch die Projektförmigkeit von Forschung und Zivilgesellschaft, die ständig Innovationen produzieren müssen, um unter dem Innovationsdruck des neoliberalen Projektkapitalismus bestehen zu können. So bleibt offen, ob die extreme Rechte ihre Strategien wirklich „hybrider“ als früher gestaltet oder ob sich nicht vielmehr die Perspektive auf das Phänomen gewandelt hat.

### 3 Ausblick: Herausforderungen für die Rechtsextremismusforschung

Rechtsextremismusforschung ist stark von politischen Trends und Förderinstrumenten abhängig. Eine drittmittelunabhängige Institutionalisierung ist mit sehr wenigen Ausnahmen (zu nennen ist insbesondere das 2023 gegründete Institut für Rechtsextremismusforschung an der Universität Tübingen) nicht vorhanden. Umgesetzt werden vor allem anwendungsbezogene Forschungsprojekte, Grundlagenforschung existiert nur randständig. Die starke Abhängigkeit befördert immanente Probleme, mit denen die Rechtsextremismusforschung zu kämpfen hat. Mit Blick auf die jüngeren Entwicklungen und durchaus im Kontrast zu den Anfängen soziologischer Rechtsextremismusforschung (u. a. Horkheimer/Adorno 2003; Elias 1992; Mannheim 1984; Parsons 1993) sticht zunächst ein Defizit an Gesellschaftstheorie und historischer Verortung ins Auge, das einerseits der Dominanz der empirischen Einstellungsforschung geschuldet ist, sich andererseits aber auch auf den modernisierungstheoretischen Bias der allgemeinen soziologischen Theorie zurückführen lässt.

Aktuell wird die Vielzahl an vorhandenen Erklärungsansätzen nur selten systematisiert. Das wird durch eine Forschungs- und Publikationspraxis verstärkt, in der sich neuere Arbeiten nur selten um eine umfassende Diskussion vorangegangener Forschungsergebnisse bemühen. Die Rechtsextremismusforschung ist deshalb durch ein hohes Maß von Vergesslichkeit geprägt. Dieses Problem wiederholt sich auf der Ebene der kategorialen Einordnung. Weder liegen für zentrale Begrifflichkeiten einheitliche Begriffsverständnisse vor noch leiten sich Begriffskonjunkturen in der Regel aus inhaltlichen Erwägungen ab. Selbst dort, wo wie beim Rechtsextremismusbegriff eine Konsensdefinition etabliert wurde, bleibt unklar, „auf welchen theoretischen Prämissen oder Konzeptionen diese Definition aufbaut“ (Frindte et al. 2016: 52).

Methodologisch sieht sich die Rechtsextremismusforschung vor die Aufgabe gestellt, innovativ auf feldspezifische Herausforderungen wie den erschwerten Datenzugang, die Qualität von Sekundärdaten sowie auf die Gefahren während des Forschungsprozesses zu reagieren. Zugleich fehlt es an einer breiten methodologischen Debatte, in der auch reflektiert wird, wie sich die Methodenwahl auf den zu erforschenden Gegenstand und die Theoriebildung auswirkt. Auch wird es in Zukunft noch stärker um die Frage gehen müssen, wie sich sinnvoll eine internationale Vergleichsperspektive einnehmen lässt. Lag das Problem lange Zeit im Mangel einer solchen Perspektive, ist die Populismus-Debatte mittlerweile durch die internationale Ausrichtung derart vorgeprägt, dass länder- und regionalspezifische Kontexte oft vernachlässigt werden. Die wahrscheinlich größte gegenstandsbezogene Herausforderung für die zukünftige Rechtsextremismusforschung dürfte darin liegen, dass das Forschungsfeld nicht nur interdisziplinär, sondern transdisziplinär ausgerichtet ist. Ein fundiertes Verständnis



des Rechtsextremismus ist ohne geschichts- und politikwissenschaftliche sowie (sozial-)psychologische Bezüge kaum möglich. Empirische Zugänge und Befunde über rechtsextreme Szenen hängen zudem von aktivistischer und journalistischer Expertise ab.

Trotz steigender Relevanz und neuen Forschungseinrichtungen ist schlimmstenfalls jedoch keine Stärkung, sondern eine institutionelle Schwächung der transdisziplinären Rechtsextremismusforschung zu befürchten. Über die allgemeinen Strukturprobleme des deutschen Wissenschaftsbetriebs hinaus fehlen mangels Schwerpunktprofessuren und dauerhaft gesicherter Institute mittelfristig Karriereperspektiven in der Wissenschaft – seien es Professuren oder unbefristete Mittelbaustellen. Die notwendige politische Dimension des Themenfeldes, in dem neben öffentlichen und politischen Anfeindungen auch persönliche Bedrohungen gegen Wissenschaftler:innen vorkommen, steigert die Attraktivität des Feldes nicht.

Es ist deshalb überfällig, dass weitere Fachgemeinschaften, Hochschulen und Wissenschaftsministerien die Relevanz des Feldes erkennen und zuverlässige Forschungsstrukturen schaffen. Dies ist nicht nur von hoher Praxisrelevanz für Politik, Bildungswesen, Soziale Arbeit, Justiz, Verwaltung und Behörden, sondern auch notwendig, um die für die Weiterentwicklung anderer Forschungsrichtungen notwendigen Rahmenbedingungen für gute Grundlagenforschung zu schaffen – insbesondere mit Blick auf von Wissenschaftsfeindlichkeit, Aggressionen, Vorurteile, Misstrauen und Desinformation geprägte soziale Umfelder, in denen die Rechtsextremismusforschung Expertise und Handlungswissen bereitstellen kann. Ein solcher Ausbau scheint angesichts der aktuellen gesellschaftspolitischen Lage jedoch nicht wahrscheinlich. Im Gegenteil sind die jungen und prekär finanzierten Forschungseinrichtungen in Ostdeutschland durch das Erstarken der AfD und deren wachsenden Einfluss auf die Politik der Länder existenziell bedroht. Die dauerhafte Abhängigkeit von politischem Wohlwollen in stark politisierten Forschungsfeldern beeinflusst unabhängig davon schon jetzt Themensetzungen und führt im schlimmsten Fall zu vorausgehendem Gehorsam oder Selbstzensur. Diese Effekte gelten in ähnlicher Weise für die staatlich finanzierte und projektgebundene Zivilgesellschaft, die im Zentrum rechter Kampagnen steht.

#### 4 Über diesen Band

Diese und weitere Fragen wurden beim Workshop „Konjunkturen und Schwerpunkte soziologischer Rechtsextremismusforschung“ im März 2024 am Institut für Sozialforschung in Frankfurt am Main diskutiert. Für das vorliegende Schwerpunktheft der ZRex wurden einige Beiträge dieses Workshops ausgearbeitet und dem üblichen Double-Blind-Peer-Review-Verfahren unterzogen. Wir danken allen Teilnehmenden der Veranstaltung für die lebhaften Diskussionen, den Reviewer:innen für ihre Unterstützung und dem Herausgeber:innenkreis der ZRex für die Möglichkeit dieses Schwerpunkts.

Der Vorstand des *AK Sociology of the far right* möchte mit dem Themenschwerpunkt des ZRex-Heftes dazu motivieren, Diskussionen um eine (Neu-)Ausrichtung (soziologischer) Rechtsextremismusforschung anzustoßen, die auch durch kommende Beiträge in der ZRex weitergeführt werden können.

Das Heft ist in folgende Themenbereiche gegliedert: **1) Reflexionen über Dimensionen, Konzepte und Gegenstände soziologischer Rechtsextremismusforschung.** Hierzu finden sich im Heft die Beiträge von Viktoria Kamuf, Matthias Meyer, Hannah Mietke & Denis van de Wetering: *Wissenstransfer in der Rechtsextremismusforschung zwischen wissenschaftlicher Erkenntnisproduktion, Praxisrelevanz und politischem Anspruch: Reflexionen im Anschluss an zwei Befragungen*, Holger Oppenhäuser: *Populismus, Radikalisierung, Normalisierung? Normalistische Konzepte in der neueren deutschen Rechtsextremismusforschung*, David Meier-Arendt: *Soziologische Rechtsextremismusforschung: vom Staatsschutzdispositiv zur Gesellschaftsanalyse?* sowie Lotta Mayer & Markus Lang: *What we should be asking: Grundsätzliche Überlegungen zu einem Forschungsprogramm für die soziologische Rechtsextremismusforschung.* **2) Historische und wissenssoziologische Reflexion.** Diesem Thema widmen sich Marc Blüml: *Agitation in der Spätmoderne: Löwenthals Prophets of Deceit in Reflektion spätmoderner Sozialcharaktere* und Moritz Golombek: *Eine Soziologie rechter Vergangenheit? Geschichte und Erinnerung als interdisziplinäre Anknüpfungspunkte einer soziologischen Rechtsextremismusforschung.* **3) Interventionen im Blick soziologischer Rechtsextremismusforschung.** Mit diesem Thema beschäftigt sich der Beitrag *Mehr als Feuerwehr?! Konjunkturen und Widersprüche der gesellschaftlichen Bearbeitung autoritärer Bewegungen am Beispiel der Mobilen Beratung gegen rechts* von Paul Erxleben.

Wir wünschen eine anregende Lektüre

Matthias Quent, Leo Roepert, Viktoria Rösch, Alexandra Schauer & Felix Schilk

## Literatur

- Ackermann, Jan; Behne, Katharina; Buchta, Felix; Drobot, Marc & Knopp, Philipp (2015). *Metamorphosen des Extremismusbegriffes: Diskursanalytische Untersuchungen zur Dynamik einer funktionalen Unzulänglichkeit*. Wiesbaden: Springer VS.
- Adorno, Theodor W. (2003). Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit. In Theodor W. Adorno, *Kulturkritik und Gesellschaft II. Gesammelte Schriften 10.2* (S. 555–572). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Ahmed, Sara (2014). *The Cultural Politics of Emotion*. Edinburgh: Edinburgh University Press.
- AK-Fe.In, Autor\*innenkollektiv „Feministische Intervention“ (2019). *Frauen\*rechte und Frauen\*hass. Antifeminismus und die Ethnisierung von Gewalt*. Berlin: Verbrecher Verlag.
- Amadeu Antonio Stiftung (o.J.). *Todesopfer rechter Gewalt*. Zugriff am 10. Dezember 2024 unter <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/todesopfer-rechter-gewalt>.
- Amlinger, Carolin & Nachtwey, Oliver (2022). *Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Umland, Andreas (Hrsg.). (2008). *Theorizing Post-Soviet Russia's Extreme Right: Comparative Political, Historical and Sociological Approaches*. Armonk: M. E. Sharpe.
- Baeck, Jean-Philipp & Speit, Andreas (Hrsg.). (2020). *Rechte Egoshooter. Von der virtuellen Hetze zum Livestream-Attentat*. Berlin: Ch. Links Verlag.
- Baker, Stephanie A. (2022). Alt. Health Influencers: how wellness culture and web culture have been weaponised to promote conspiracy theories and far-right extremism during the COVID-19 pandemic. *European Journal of Cultural Studies*, 25(1), S. 3–24. <https://doi.org/10.1177/13675494211062623>

- Bangel, Christian (2022). #baseballschlägerjahre. Ein Hashtag und seine Geschichten. Aus Politik und Zeitgeschichte, 72 (49–50), S. 4–9.
- Biebricher, Thomas (2023). Mitte/Rechts. Die internationale Krise des Konservatismus. Berlin: Suhrkamp.
- Brown, Katy; Mondon, Aurelien & Winter, Aaron (2023). The Far Right, the Mainstream and Mainstreaming: Towards a Heuristic Framework. Journal of Political Ideologies, 28(2), S. 162–179. <https://doi.org/10.1080/13569317.2021.1949829>
- Bruns, Julian/Glösel, Kathrin & Strobl, Natascha (Hrsg.). (2017). Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa. Münster: Unrast Verlag.
- Burschel, Friedrich; Schubert, Uwe & Wiegel, Gerd (Hrsg.). (2013). „Der Sommer ist vorbei ...“. Vom „Aufstand der Anständigen“ zur „Extremismusklausel“: Beiträge zu 13 Jahren „Bundesprogramme gegen Rechts“. Münster: Edition Assemblage.
- Deutscher Bundestag (2020). Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner, Dr. André Hahn, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 19/24663, unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/19/252/1925216.pdf>.
- Dietze, Gabriele (2020). Why Are Women Attracted to Right-Wing Populism? Sexual Exceptionalism, Emancipation Fatigue, and New Maternalism. In Gabriele Dietze & Julia Roth (Hrsg.), Right-Wing Populism and Gender. European Perspectives and Beyond (S. 147–166). Bielefeld: Transcript.
- Dudek, Peter & Jaschke, Hans-Gerd (1982). Jugend rechtsaußen. Analysen, Essays, Kritik. Bensheim: Päd. Extra Buchverlag.
- Eicker, Jannis (2021). Erklärungsansätze für Rechtsextremismus und ihre Systematisierung. Eine Untersuchung zum Stand der Theoriebildung in der Rechtsextremismusforschung. ZRex – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung 1 (1), S. 131–146.
- Elias, Norbert (1992). Studien über die Deutschen. Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Eribon, Didier (2016). Rückkehr nach Reims. Berlin: Suhrkamp.
- Fielitz, Maik & Marcks, Holger (2020). Digitaler Faschismus. Die sozialen Medien als Motor des Rechtsextremismus. Berlin: Dudenverlag.
- Foitzik, Andreas; Leiprecht, Rudolf; Marvakis, Athanasios & Seid, Uwe (Hrsg.). (1992). „Ein Herrenvolk von Untertanen“. Rassismus, Nationalismus, Sexismus. Duisburg: DISS.
- Frindte, Wolfgang; Geschke, Daniel; Haußecker, Nicole & Schmidtke, Franziska (2016). Ein systematisierender Überblick über Entwicklungslinien der Rechtsextremismusforschung von 1990 bis 2013. In Wolfgang Frindte, Daniel Geschke, Nicole Haußecker & Franziska Schmidtke (Hrsg.), Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“ (S. 25–96). Wiesbaden: Springer VS.
- Fromm, Erich (1980). Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches. Eine sozialpsychologische Untersuchung. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt.
- Garner, Ian (2023). Z Generation. Into the Heart of Russia's Fascist Youth. London: Hurst & Company.
- Geiger, Theodor (1932). Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Soziographischer Versuch auf statistischer Grundlage. Stuttgart: Enke.
- Goodhart, David (2017). The road to somewhere. The new tribes shaping British politics. London: Penguin Books.
- Haas, Julia (2020). „Anständige Mädchen“ und „selbstbewusste Rebellinnen“. Aktuelle Selbstbilder identitärer Frauen. Hamburg: Marta Press.
- Hark, Sabine & Villa, Paula Irene (Hrsg.). (2025). Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld: Transcript.
- Havertz, Ralf (2008). Der Anstoß. Botho Strauß? „Anschwellender Bocksgesang“ und die Neue Rechte. Eine kritische Diskursanalyse. Berlin: Traktor.
- Heinze, Anna-Sophie (2022). Zwischen Etablierung und Mainstreaming. Zum Stand der Forschung zu Populismus und Rechtsradikalismus. Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, 16(1), S. 161–175.

- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.). (1993). *Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Erste Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher*. Weinheim: Juventa.
- Hemmila, Tess & Perliger, Arie (2024). *Hybridization or Salad Bar Ideology? Testing Ideological Convergence Within the American Violent Far Right*. *Crime & Delinquency*. <https://doi.org/10.1177/00111287241271288>
- Hochschild, Arlie Russell (2017). *Fremd in ihrem Land. Eine Reise ins Herz der amerikanischen Rechten*. Frankfurt am Main: Campus.
- Horkheimer, Max & Adorno, Theodor W. (2003). *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Institut für Sozialforschung (1936). *Studien über Autorität und Familie. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung*. Paris: Librairie Félix Alcan.
- Jäger, Margarete (1996). *Fatale Effekte. Die Kritik am Patriarchat im Einwanderungsdiskurs*. Duisburg: DISS.
- Jäger, Margarete; Kroppenber, Max; Nothardt, Benno & Wamper, Regina (2019). #120 Dezibel: Frauenrechte oder Antifeminismus? Populistische Diskursstrategien der extremen Rechten und Anschlussstellen im politischen Mainstream. Düsseldorf: Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (e.V.i.L.).
- Jänicke, Christin & Paul-Siewert, Benjamin (Hrsg.). (2022). *30 Jahre Antifa in Ostdeutschland. Perspektiven auf eine eigenständige Bewegung*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Jaschke, Hans-Gerd (1993). Rechtsextremismus als soziale Bewegung. Was heißt das? *Vorgänge*, 32(2), S. 105–116.
- Jörke, Dirk & Nachtwey, Oliver (2017). Die rechtspopulistische Hydraulik der Sozialdemokratie. Zur politischen Soziologie alter und neuer Arbeiterparteien. In Dirk Jörke & Oliver Nachtwey (Hrsg.), *Das Volk gegen die (liberale) Demokratie* (S. 163–186). Baden-Baden: Nomos.
- Kämper, Gabriele (2005). *Die männliche Nation. Politische Rhetorik der neuen intellektuellen Rechten*. Köln: Böhlau.
- Kellershohn, Helmut (Hrsg.). (1994). *Das Plagiat. Der völkische Nationalismus der „Jungen Freiheit“*. Duisburg: DISS.
- Kiess, Johannes & Nattke, Michael (2024). *Widerstand über alles. Wie die Freien Sachsen die extreme Rechte mobilisieren*. Leipzig: Edition überland.
- Koopmans, Ruud & Rucht, Dieter (1996). Rechtsextremismus als soziale Bewegung? In Jürgen W. Falter, Hans-Gerd Jaschke & Jürgen R. Winkler (Hrsg.), *Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung. Sonderheft 27 der Politische Vierteljahrszeitschrift* (S. 256–287). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kracher, Veronika (2020). *Incels. Geschichte, Sprache und Ideologie eines Online-Kults*. Mainz: Ventil Verlag.
- Lamberty, Pia, & Nocun, Katharina (2022). *Gefährlicher Glaube. Die Radikale Gedankenwelt der Esoterik*. Köln: Quadriga.
- Leidig, Eviane (2023). *The Women of the Far Right. Social Media Influencers and Online Radicalization*. New York: Columbia University Press.
- Mannheim, Karl (1984). *Konservatismus. Ein Beitrag zur Soziologie des Wissens*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Manow, Philip (2018). *Die politische Ökonomie des Populismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Merkel, Wolfgang (2017). Kosmopolitismus versus Kommunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie. In Philipp Harfst; Ina Kubbe & Thomas Poguntke (Hrsg.), *Parties, Governments and Elites* (S. 9–23). Wiesbaden: Springer VS.
- Moffitt, Benjamin (2022). How Do Mainstream Parties ‘Become’ Mainstream, and Pariah Parties ‘Become’ Pariahs? Conceptualizing the Processes of Mainstreaming and Pariahing in the Labelling of Political Parties. *Government and Opposition*, 57(3), S. 385–403.

- Mondon, Aurelien (2023). Epistemologies of Ignorance in Far Right Studies. The Invisibilisation of Racism and Whiteness in Times of Populist Hype. *Acta Politica*, 58(4), S. 876–894.
- Mouffe, Chantal (2018). Für einen linken Populismus. Berlin: Suhrkamp.
- Mudde, Cas (2004). The Populist Zeitgeist. *Government and Opposition*, 39(4), S. 541–563.
- Mudde, Cas (2007). *Populist Radical Right Parties in Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Mudde, Cas (2019). *The Far Right Today*. Cambridge: Polity Press.
- Müller, Jan-Werner (2016). Was ist Populismus? Ein Essay. Berlin: Suhrkamp.
- Norris, Pippa & Inglehart, Ronald (2018). *Cultural backlash. Trump, Brexit, and the rise of authoritarian-populism*. New York: Cambridge University Press.
- Önnerfors, Andreas (2021). Researching far-right hypermedia environments. A case-study of the German online platform einprozent.de. In Stephen D. Ashe, Joel Busher, Graham Macklin, & Aaron Winter (Hrsg.), *Researching the Far Right. Theory Method and Practice* (S. 178–193). London/New York: Routledge.
- Parsons, Talcott (1993). *On National Socialismus*. New York: Aldine the Gruyter.
- Paul, Gerhard (1990). *Hitlers Schatten verblasst. Die Normalisierung des Rechtsextremismus*. Bonn: J. H. W. Dietz Nachf.
- Pollock, Friedrich (1955). *Gruppenexperiment. Ein Studienbericht*. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt.
- Priester, Karin (2007). *Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen*. Frankfurt am Main: Campus.
- Quent, Matthias (2016). *Rassismus, Radikalisierung, Rechtsterrorismus. Wie der NSU entstand und was er über die Gesellschaft verrät*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Quent, Matthias (2025, i.E.). *Rassismus und Rechtsextremismus(forschung)*. In Manuela Bojadžijev, Paul Mecheril, Patrice G. Poutrus & Matthias Quent (Hrsg.), *Handbuch Rassismusforschung*. Baden-Baden: Nomos.
- Reckwitz, Andreas (2017). *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne*. Berlin: Suhrkamp.
- Rhein, Philipp (2023). *Rechte Zeitverhältnisse. Eine soziologische Analyse von Endzeitvorstellungen im Rechtspopulismus*. Frankfurt am Main: Campus.
- Roepert, Leo (2022). *Die konformistische Revolte. Zur Mythologie des Rechtspopulismus*. Bielefeld: Transcript.
- Rommelspacher, Birgit (1995). *Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht*. Berlin: Orlanda Frauenverlag.
- Rösch, Viktoria (2023). Heimatromantik und rechter Lifestyle. Die rechte Influencerin zwischen Self-Branding und ideologischem Traditionalismus. *GENDER – Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft*, 15(2), S. 25–40
- Schauer, Alexandra (2021). Der Nationalsozialismus, „ein metaphysisches Geheimnis“? Verrohung als blinder Fleck der Soziologie. Beitrag zur Ad-Hoc-Gruppe „Davon wissen wir nichts? Rechtsterrorismus als Herausforderung für Soziologie und Gesellschaft“. In Birgit Blättel-Mink (Hrsg.), *Gesellschaft unter Spannung*. 40. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Berlin 2020. [https://publikationen.sozioogie.de/index.php/kongressband\\_2020/article/view/1374/1637](https://publikationen.sozioogie.de/index.php/kongressband_2020/article/view/1374/1637).
- Schelsky, Helmut (1981). *Rückblicke eines Antisozialisten*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Scheuch, Erwin & Klingemann, Hans D. (1967). *Theorien des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften*. *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*, 12, S. 11–29.
- Schilk, Felix (2017). *Souveränität statt Komplexität. Wie das Querfront-Magazin „Compact“ die politische Legitimationskrise der Gegenwart bearbeitet*. Münster: Unrast Verlag.
- Schilk, Felix (2024). *Die Erzählgemeinschaft der Neuen Rechten. Zur politischen Soziologie konservativer Krisennarrative*. Bielefeld: Transcript.
- Schwenck, Anna (2024). *Flexible authoritarianism. Cultivating ambition and loyalty in Russia*. New York: Oxford University Press.

- Schwilk, Heimo & Schacht, Ulrich (Hrsg.). (1994). Die selbstbewußte Nation. „Anschwellender Bocksgesang“ und weitere Beiträge zu einer deutschen Debatte. Berlin: Ullstein.
- Sieber, Roland (2016). Von „Unsterblichen“ und „Identitären“ – Mediale Inszenierung und Selbstinszenierung der extrem Rechten. In Stephan Braun, Alexander Geisler & Martin Gerster (Hrsg.), Strategien der extremen Rechten. Hintergründe, Analysen, Antworten (S. 365–375). Wiesbaden: Springer VS.
- Spier, Tim (2010). Modernisierungsverlierer? Die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa. Wiesbaden: Springer VS.
- Spissinger, Florian (2024). Die Gefühlsgemeinschaft der AfD. Narrative, Praktiken und Räume zum Wohlfühlen. Leverkusen: Verlag Barbara Budrich.
- Stöss, Richard (2005). Rechtsextremismus im Wandel. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Strick, Simon (2021). Rechte Gefühle. Affekte und Strategien des digitalen Faschismus. Bielefeld: Transcript.
- Strobl, Natascha (2021). Radikalisierter Konservatismus. Berlin: Suhrkamp.
- Waibel, Harry (1996). Rechtsextremismus in der DDR bis 1989. Köln: Papyrossa.
- Weiß, Volker (2011). Deutschlands Neue Rechte. Angriff der Eliten – von Spengler bis Sarrazin. Paderborn: Ferdinand Schöningh.
- Wielens, Alia (2019). „Wo bleibt euer Aufschrei?“ Rassistische Umdeutungen von #aufschrei und #metoo durch Identitäre Frauen. *femina politica*, 1, S. 111 Spissinger 120. <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v28i1.10>



# Wissenstransfer in der Rechtsextremismusforschung zwischen wissenschaftlicher Erkenntnisproduktion, Praxisrelevanz und politischem Anspruch: Reflexionen im Anschluss an zwei Befragungen

Viktoria Kamuf, Matthias Meyer, Hannah Mietke & Denis van de Wetering<sup>1</sup>

**Zusammenfassung:** Ein Blick auf die Anforderungen der Förderlandschaft an die sozialwissenschaftliche Rechtsextremismusforschung zeigt, dass Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Praxis immer stärker vorausgesetzt wird. Damit verschärft sich das Spannungsverhältnis zwischen wissenschaftlicher Autonomie und der gesellschaftlichen Erwartung, ‚nützliche‘ Wissenschaft zu betreiben. Obwohl zahlreiche Publikationen innerhalb der Rechtsextremismusforschung für eine praxisrelevante und auf Wissenstransfer ausgerichtete Forschung plädieren, sind Untersuchungen zum Verhältnis dieser beiden Wissensgemeinschaften selten. Der vorliegende Beitrag untersucht empirisch, wie Wissenschaft und Praxis im Themenfeld Rechtsextremismus sich selbst in Bezug auf die jeweils andere Wissensgemeinschaft betrachten. Wir greifen auf zwei quantitative Befragungen und begleitende Gruppendiskussionen zurück, um die Perspektiven von Praxisakteur:innen und Wissenschaftler:innen auf den Wissenstransfer zu erfassen und zueinander in Bezug zu setzen.

**Schlüsselbegriffe:** Rechtsextremismusforschung, Wissenstransfer, Wissenschaftskommunikation, Praxis, Wissenschaft, Reflexion

## Knowledge Transfer in Right-Wing Extremism Research Between the Production of Scientific Knowledge, Practical Relevance and Political Claims: Reflections Following Two Surveys

**Summary:** A look at the requirements of the funding landscape for social science research on right-wing extremism shows that knowledge transfer between academia and practice is increasingly expected. This intensifies the tension between academic autonomy and the societal expectation of conducting 'useful' science. Although numerous publications within right-wing extremism research advocate for practice-relevant research aimed at knowledge transfer, studies on the relationship between these two knowledge communities are rare. The present article empirically examines how academia and practice in the field of right-wing extremism view themselves in relation to the respective other knowledge community. We draw on two quantitative surveys and accompanying group discussions to capture and relate the perspectives of practitioners and academics on knowledge transfer. In doing so, we explore self-conceptions and expectations as well as societal demands and challenges for researchers, and the perception of academic knowledge in practice.

1 Die genannten Autor:innen haben im Sinne einer gemeinsamen Erstautor:innenschaft alle in gleichem Maße zu dieser Arbeit beigetragen. Wir danken Jana Marie Bertermann und Marco Eden für wertvolle Hinweise und Ergänzungen.

**Keywords:** Right-wing extremism research, knowledge transfer, scientific communication, academia, practice, reflection

## 1 Einleitung

Der Ruf nach einer ‚gesellschaftlich relevanten‘ Wissenschaft wird insbesondere in Krisenzeiten und angesichts konkreter Bedrohungen für die demokratische Gesellschaftsordnung, wie sie unter anderem extrem rechte Bestrebungen darstellen, lauter. Infolge des gesellschaftlichen und politischen Drucks sowie des eigenen Anspruchs auf gesellschaftliche Veränderung hinzuwirken machen sich Wissenschaftler:innen dann oftmals auf „die ewige Suche nach der Praxis“<sup>2</sup>. Die Frage des Wissenstransfers zwischen Wissenschaft und Praxis beinhaltet nicht nur die Herausforderung, empirische und theoretische Erkenntnisse an ein außerwissenschaftliches Publikum zu vermitteln. Vielmehr berührt sie grundlegende Fragen der gesellschaftlichen Rolle und des Selbstverständnisses der (Sozial-)Wissenschaften sowie der (strukturellen) Bedingungen und Ziele, unter denen wissenschaftliches Wissen entsteht und mit anderen Wissensbeständen in Austausch tritt (vgl. Backhaus-Maul et al. 2024). Das Interesse an wissenschaftlicher Autonomie und der Anspruch auf gesellschaftliche Relevanz stehen dabei in einem Spannungsverhältnis. Größtenteils unterbeleuchtet bleiben in diesen Debatten Perspektiven von außerwissenschaftlichen Akteur:innen, die über die Untersuchung des generellen Vertrauens der Bevölkerung in die Wissenschaft sowie die Phänomene der Wissenschaftsskepsis und -feindlichkeit hinausgehen.

Das Forschungsfeld Rechtsextremismus wie auch verwandte Themenfelder blicken jedoch auf eine Vielzahl außerwissenschaftlicher Akteur:innen, die Wissen zu hochaktuellen und gesellschaftlich breit diskutierten Themen generieren sowie konkrete Gegenmaßnahmen entwickeln (siehe beispielhaft van de Wetering/Schwindt/Dau 2024 zu Rechtsextremismus; Seul et al. 2024 zu Antisemitismus; Gangarova/Kbangu/Yildiz 2023 zu Rassismus; Gonser et al. 2020 zu Flucht und Daase et al. 2016 zu Salafismus). Während sich bezüglich Fragen gesellschaftlicher Erwartungen, wissenschaftlicher Selbstverständnisse sowie des Wissenstransfers viele Parallelen und Überschneidungen zwischen diesen Feldern zeigen, lohnt sich ein dezidiertes Blick auf einzelne Bereiche, auf dessen Grundlage dann vergleichende Analysen und Reflexionen getätigt werden können. So unterscheiden sich nicht nur die inhaltlichen Fragestellungen und Themenschwerpunkte, sondern auch die historische Genese und Institutionalisierung der jeweiligen Forschungsfelder sowie die entsprechende Zusammensetzung der „Praxislandschaft“. In diesem Artikel richten wir den Fokus auf das Themenfeld Rechtsextremismus. Für die Wissenschaft stellt sich einerseits die Frage, welche Rolle sie in der gesellschaftlichen Bekämpfung von Rechtsextremismus einnimmt und andererseits, in welchem Verhältnis Forschung zu professionellen und zivilgesellschaftlichen Strukturen der Beratung gegen Rechtsextremismus, der Prävention, der politischen Bildung, der Demokratieförderung oder antifaschistischen Recherchetätigkeiten steht. Eine besondere Herausforderung ist, dass die Rechtsextremismusforschung in Deutschland stark fragmentiert ist. Verschiedene theoretische und methodologische Schulen sowie unterschiedliche institutio-

2 So lautete der Titel einer Veranstaltung der Schader-Stiftung am 13.05.24: [https://www.schader-stiftung.de/fileadmin/user\\_upload/Information\\_zum\\_Programm\\_Die\\_ewige\\_Suche\\_nach\\_der\\_Praxis.pdf](https://www.schader-stiftung.de/fileadmin/user_upload/Information_zum_Programm_Die_ewige_Suche_nach_der_Praxis.pdf).



nelle Logiken stehen in Widerspruch zueinander und Wissenschaftler:innen agieren teilweise ohne Austausch (Frankenberger et al. 2023; Virchow 2016). Dementsprechend existiert kein integriertes Verständnis von Wissenstransfer im Themenfeld. Gleichzeitig besteht hoher gesellschaftlicher Bedarf nach schnellen Einordnungen aktueller Phänomene, der oftmals der Logik wissenschaftlicher Erkenntnisproduktion entgegenläuft. Vielfach sind es Akteur:innen der Praxis, die flexibler und schneller Antworten auf aktuelle Fragestellungen bereitstellen können.

Folglich stellt sich die Frage, welche Akteur:innen am Wissenstransfer zum Phänomen Rechtsextremismus (potenziell) beteiligt sind und wie sie auf Fragen transdisziplinärer Zusammenarbeit blicken: Welche Erfahrungen, Ansprüche, Erwartungen und Bedarfe bestehen bei unterschiedlichen Akteur:innen aus Wissenschaft und Praxis diesbezüglich? Wie kann und sollte Wissenstransfer aus ihrer Sicht gestaltet werden? Im vorliegenden Beitrag diskutieren wir diese Fragen auf Grundlage der Ergebnisse zweier Befragungen sowie begleitender Gruppendiskussionen, die im Rahmen des BMBF-geförderten *Wissensnetzwerk Rechtsextremismusforschung (Wi-REX)* 2023 durchgeführt wurden. Während sich eine Befragung an Wissenschaftler:innen richtete, die sich im Feld der Rechtsextremismusforschung verorten, erfasste die zweite Befragung die Perspektive von Praxisakteur:innen, die in ihrer Tätigkeit mit Aspekten des Rechtsextremismus in Berührung kommen und Wissen zum Thema generieren.

Auf der Grundlage empirischer Erhebungen trägt diese Studie explorativ zu einer Erschließung des Themenfelds bei. Bisherige theoretische Überlegungen zum Verhältnis von Wissenschaft und Praxis werden ergänzt durch Perspektiven auf die praktische Umsetzung von Wissenstransfer im Kontext eigener Selbstverständnisse, gesellschaftlicher Anforderungen und struktureller Bedingungen. Zunächst erfolgt eine Einordnung der Genese des Verhältnisses zwischen Wissenschaft und Praxis in den Sozialwissenschaften im Allgemeinen und dem Feld der Rechtsextremismusforschung im Speziellen. Daraufhin stellen wir Methodik und Ergebnisse der zwei Befragungen vor. Der Beitrag schließt mit einer gemeinsamen Diskussion der Befragungsergebnisse, in der das Wechselverhältnis von Wissenschaft und Praxis, Möglichkeiten der Zusammenarbeit sowie deren Grenzen reflektiert werden.

## 2 Schlaglichter und Begriffsklärungen zum Verhältnis von Wissenschaft und Praxis

Bereits in den 1960er-Jahren warnte Adorno vor einer praxisfremden Wissenschaft genauso wie vor einer theorieleeren Praxis: „Herzustellen wäre ein Bewußtsein von Theorie und Praxis, das beide weder so trennt, daß Theorie ohnmächtig würde und Praxis willkürlich; noch Theorie durch den von Kant und Fichte proklamierten, urbürgerlichen Primat der praktischen Vernunft bricht.“ (Adorno 1996 [1969]: 761) Hieran entspinnen sich zentrale Fragestellungen und Dilemmata, die (Sozial-)Wissenschaftler:innen bis heute diskutieren: Verfolgt Wissenschaft ausschließlich das Ziel der Erkenntnis(-produktion) oder auch das der Veränderung sozialer Wirklichkeit? Gerade die Sozialwissenschaften stehen vor der Herausforderung, dass sie in einer Doppelrolle die Gesellschaft erforschen und gleichzeitig Teil derselben (und ihrer Machtverhältnisse) sind (Backhaus-Maul et al. 2024; Mietke et al. 2023).

Auffällig ist, dass die Frage zum Verhältnis von Wissenschaft und Praxis meist aus Sicht der Wissenschaften geführt wurde und dabei das grundlegende wissenschaftliche Selbstverständnis berührt. So ist bei Bourdieu (1998: 74 f.) die Aufgabe der Soziologie primär, die Gesellschaft zu irritieren, „weil er [der Soziologe] darauf drängt, sich Dinge bewußt zu machen, über die man eigentlich lieber im unklaren bliebe“. Dies erfordere eine Autonomie der Wissenschaft insbesondere von staatlicher und marktwirtschaftlicher Einflussnahme. In Deutschland wurde diese Autonomie rechtlich geregelt: In einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1978 heißt es, „daß gerade eine von gesellschaftlichen Nützlichkeits- und politischen Zweckmäßigkeitvorstellungen befreite Wissenschaft dem Staat und der Gesellschaft im Ergebnis am besten dient“ (Bundesverfassungsgericht 1978). Nichtsdestotrotz wird wiederkehrend die ‚Nützlichkeit‘ wissenschaftlichen Wissens zur Lösung gesellschaftlicher Problemstellungen diskutiert (Kaldewey 2013; Fücker 2024). Diese Erwartungshaltung wurde in den letzten Jahren strukturell als sogenannte ‚third mission‘<sup>3</sup> in Forschung, Lehre und Förderstrukturen integriert, „um so den Nutzen von wissenschaftlich generiertem Wissen für Wirtschaft und Gesellschaft zu erhöhen“ (BMBF 2021). Die Anforderung an eine ‚third mission‘ richtet sich sowohl an Fachhochschulen (FH)/Hochschulen für angewandte Wissenschaft (HAW) als auch an Universitäten, wobei betont werden muss, dass bezüglich der Ziele, Entwicklung und Umsetzung von Transferstrategien Unterschiede je nach institutionellen Rahmenbedingungen bestehen. Im Vergleich zu Universitäten formulieren FH/HAW aufgrund ihres eher anwendungsorientierten Forschungsfokus sowie ihrer tendenziell stärkeren regionalen Verankerung einen ausgeprägteren Eigenanspruch an praxisorientierten Wissenstransfer, den sie bereits längerfristig erproben (Jaeger/Kopper 2014). Gleichzeitig unterscheiden sich Transferstrategien und -aktivitäten je nach Größe und Alter der Institution, Infrastruktur und personeller Ausstattung, Region und vor allem Fachdisziplin. Generell betont Kaldewey (2013), dass sich Entwicklung und Umsetzungen von Wissenstransferaktivitäten nicht allein an institutionellen Logiken festmachen lassen.

Während sich Teile der (Sozial-)Wissenschaften diesen politischen Anforderungen erwehren und ihre distanzierte Position als (kritisch) das Zeitgeschehen kommentierende Intellektuelle betonen, nehmen andere diesen politischen bzw. gesellschaftlichen Auftrag an und begreifen sich als beratende Expert:innen (Germann/Held/Wulz 2022). Wieder andere formulieren eigene Ansprüche an eine ‚öffentliche‘ Wissenschaft, die sich kritisch gegenüber staatlichen Strukturen positioniert und aktiv Gesellschaft mitgestaltet. Ein zentraler Beitrag zu dieser Debatte ist die Rede *For Public Sociology* von Burawoy, in der er für eine Soziologie plädiert, die sich aktiv und kritisch gesellschaftlich engagiert: „In times of market tyranny and state despotism, sociology – and in particular its public face – defends the interests of humanity.“ (Burawoy 2005: 24) Doch auch bei Burawoy ist das primäre Interesse, wissenschaftliches Wissen in gesellschaftliche Öffentlichkeiten zu tragen und mit diesen darüber in einen Diskurs zu treten. Hingegen steht in transdisziplinären und partizipativen Forschungsansätzen die gemeinsame, ko-kreative Erarbeitung von Forschungsfragen und -prozessen zwischen wissenschaftlichen und außerwissenschaftlichen Akteur:innen im Vordergrund (Nuske/Bleses/Warsewa 2024; von Unger 2014). Das Gebot einer Forschung auf

3 Die dritte akademische Mission beschreibt die gesellschaftliche Rolle von Hochschulen jenseits von Lehre und Forschung, insbesondere durch Wissenstransfer, Innovation und gesellschaftliches Engagement (Etzkowitz/Leydesdorff 2000). Sie reflektiert den Wandel der Wissensproduktion: von disziplinärer Forschung (Modus 1) über interdisziplinäre, praxisnahe Zusammenarbeit (Modus 2) hin zu offenen, gesellschaftlich getragenen Prozessen (Modus 3; Nowotny 2003). Die dritte Mission steht somit für den Übergang zu kollaborativen und praxisnahen Wissensprozessen.

Distanz wird explizit zurückgewiesen und der gemeinsame Anspruch partizipativer Forschungsansätze betont, soziale Wirklichkeit nicht nur verstehen, sondern ebenso verändern zu wollen (von Unger 2014).

Die Komplexität der Debatte macht eine Klärung von Begrifflichkeiten erforderlich. Grundlegend wird zwischen Wissenschaftskommunikation und Wissenstransfer unterschieden. Erstere behandelt die Frage, wie wissenschaftliches Wissen einer Öffentlichkeit verständlich, anschaulich und mitunter partizipativ vermittelt werden kann – ggf. durch dezidierte Wissenschaftskommunikator:innen (Bertemes/Haan/Hans 2024). Hingegen ist beim von uns fokussierten *Wissenstransfer* das wissenschaftliche Wissen nicht mehr alleiniger Ausgangs- und Fokuspunkt. Wir verstehen Wissenstransfer als einen kontinuierlichen, wechselseitigen Prozess zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Akteur:innen (vgl. Backhaus-Maul et al. 2024). Gesellschaftliche Wissensbestände, die nicht im Rahmen wissenschaftlicher Arbeit entstehen, erscheinen nicht nachrangig zu wissenschaftlichem Wissen, sondern werden gleichberechtigt (aber nicht gleichartig) zu diesem erfasst und verhandelt. Ein solcher Wissenstransfer ist forschungsbasiert, wenn seine Praktiken auf empirischen Befunden und Forscherkenntnissen basieren. Das erfordert, dass Wissenstransfer als integraler Bestandteil von Beginn an in der wissenschaftlichen Arbeit mitgedacht wird. Die Fundierung und Reflexion dieser Prozesse ist Forschungsgegenstand der Transferforschung. Sie schafft die Bedingungen dafür, dass Wissenstransfer in seinen Dynamiken und Wirkungen verstanden, reflektiert und weiterentwickelt werden kann.

Die Debatten um Public Sociology sowie die vergleichende Eignung verschiedener Formen gesellschaftlicher Wissensproduktion zur Bearbeitung realer gesellschaftlicher Probleme bleiben für das Wissenschaftssystem nicht folgenlos. So nehmen der Wissenstransfer und die gesellschaftliche Relevanz wissenschaftlicher Erkenntnisse in Begutachtungen von Forschungsförderern, etwa bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), immer größeren Raum ein. Zudem, unterstützt durch den starken Anstieg exzellenter frühkarrierierter Wissenschaftler:innen, entstehen neue außeruniversitäre Berufsfelder an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Praxis, die den Wissenstransfer fördern.<sup>4</sup> Der dargelegte Wandel des Wissenschaftssystems sowie die damit zusammenhängenden Debatten und Anforderungen an die Wissenschaft wirken auch auf die Rechtsextremismusforschung ein, wenngleich kein integriertes Verständnis von Wissenstransfer im Themenfeld existiert.

Verschiedene Publikationen formulieren jedoch den Anspruch und Bedarf nach einer öffentlichen, praxisbewussten und menschenrechtsorientierten Rechtsextremismusforschung, in der nicht nur reiner Erkenntnisgewinn im Vordergrund steht (Grau/Heitmeyer, 2013; Heitmeyer 2017; Quent 2015). Quent (2015: 13 f.) beschreibt ein solches „Forschen gegen Rechts“ in Anlehnung an Burawoy als explizit kritischen Ansatz, der der Deutungshoheit staatlicher Behörden im Themenfeld Rechtsextremismus entgegensteht und sich bewusst an die Seite der demokratischen Zivilgesellschaft stellt. Welcher internen Reflexionen hegemonialer Machtverhältnisse eine solche herrschaftskritische Wissenschaft bedarf, diskutieren Mietke et al. (2023). Dabei sprechen sie sich u. a. für eine offene, partizipative Kommunikation und Diskussion gesellschaftspolitischer Ziele der eigenen Forschung mit Kooperationspartner:innen und ‚Beforschten‘ aus. Wie eine solche Zusammenarbeit von Rechtsextremismusforschung und Praxis konkret gestaltet werden kann, wird bislang nur vereinzelt in der Literatur beleuchtet (vgl. Sowka 2016).

4 Wir danken den Gutachter:innen unseres Beitrags herzlich für den wertvollen Hinweis auf diese Entwicklung.

Ungeachtet dessen sind in den vergangenen Jahren verschiedene bi-direktionale Kommunikationskanäle zwischen Wissenschaft und Praxis im Themenfeld entstanden. Dazu gehören zum einen Publikationsreihen, in denen sowohl wissenschaftliche als auch außerwissenschaftliche Akteur:innen veröffentlichen.<sup>5</sup> Gleichzeitig publizieren Rechtsextremismusforschende in außerwissenschaftlichen Publikationsformaten wie dem Online-Informationsangebot der *Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)* oder in antifaschistischen Zeitschriften wie *der rechte rand*.

Zum anderen findet Forschung zu Rechtsextremismus zunehmend nicht nur an akademischen Institutionen statt, sondern verstärkt in außeruniversitären Forschungseinrichtungen, Thinktanks und durch Praxisakteur:innen. Beispielhaft sind hier Einrichtungen zu nennen, die sich auf die Distanzierung von rechtsextremen Kontexten, Ideologien und (habituellen) Handlungsweisen konzentrieren und dabei gezielt auf die Bedarfe der praktischen Distanzierungsarbeit eingehen (BpB 2020).

Ein weiteres Beispiel ist der menschenrechtsbasierte Forschungsansatz, der am außeruniversitären Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) in Jena institutionell im Forschungsprogramm verankert wurde (Quent 2017). Auch im Bereich der Beratung und Sozialen Arbeit gibt es eine Selbstverständlichkeit des Wissenstransfers und der Anwendung partizipativer Forschungsansätze, wie sie etwa im Berufsfeld der Beratung gegen Rechtsextremismus deutlich wird (Bringt/Mayer 2023). Wissen und Erfahrungen aus der Beratungspraxis werden dabei eng mit theoretischen Ansätzen verzahnt. So entwickelt sich eine „theoriebewusste Praxis“ (Bringt/Mayer 2023: 17) und eine praxisnahe (meist an FH/HAW angesiedelte) Wissenschaft, die einander auf Augenhöhe und kooperativ begegnen. Auffällig ist, dass in diesem Kontext nicht nur Wissenschaftler:innen, sondern auch die Vertreter:innen der Beratungspraxis Ansprüche an den Wissenstransfer formulieren.

Diese Entwicklungen sollten jedoch nicht dazu verleiten, von einer Auflösung der Grenzen zwischen Wissenschaft und Praxis auszugehen. Auch wenn die anwendungsorientierte Forschung am einen Ende des Kontinuums steht, an dessen anderen Ende die Grundlagenforschung liegt, muss sie sich an den Grundsätzen wissenschaftlichen Arbeitens orientieren. Das bedeutet nicht nur ein präzises methodisches Vorgehen und die Teilnahme am wissenschaftlichen Diskurs, sondern insbesondere auch, das eigene Sichtfeld nicht auf die Perspektive der Praxis einzuschränken (Villa/Speck 2020). Zudem ist auch das anwendungsorientierte Wissen nicht unmittelbar handlungswirksam und muss zunächst noch im Kontext der Praxis in Maßnahmen übersetzt werden. Dass trotz der zunehmenden Nähe und Verflechtung der Sphären von Wissenschaft und Praxis weiterhin Grenzen bestehen – wenn auch leichter zu überwindende –, zeigt sich auch in den Selbstbeschreibungen der hier erwähnten außeruniversitären, anwendungsnahen Forschungseinrichtungen. Die dort Tätigen verstehen sich als *Practitioner Scientists*, die über vertieftes Wissen in Praxis und Wissenschaft verfügen und als „Übersetzer“ bzw. „Diplomaten“ zwischen den beiden Sphären vermitteln (BpB 2020).

Mit dem *Wi-REX* besteht seit 2023 der Versuch, das Feld der Rechtsextremismusforschung und insbesondere den Wissenstransfer im Themenfeld systematisch zu reflektieren und zu gestalten. Im Folgenden erfassen wir Perspektiven von Praxisakteur:innen tätig-

5 Zum Beispiel die Zeitschrift *Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit*, die Schriftenreihe *Wissen schafft Demokratie* des IDZ Jena, die *Thüringer Zustände*, die von zwei wissenschaftlichen und zwei Praxisorganisationen herausgegeben werden, oder die *Digital Reports* des Else-Frenkel-Brunswick-Instituts (EFBI) und der Amadeu Antonio Stiftung.

keitsübergreifend und diskutieren sie im Dialog mit den Perspektiven von Rechtsextremismusforscher:innen.

### 3 Methodik

2023 führte das Wi-REX zwei Befragungen mit begleitenden Gruppendiskussionen durch, deren methodische Umsetzung im folgenden Abschnitt kurz umrissen wird. Beide Befragungen wurden unabhängig voneinander entwickelt und durchgeführt.<sup>6</sup> Diese Trennung erfolgte aufgrund der bewussten Entscheidung, die Befragungen nach Handlungsfeldern, nicht Akteur:innen (und ihren jeweiligen biografischen Hintergründen und Ausbildungen) auszurichten, um unterschiedlichen institutionellen Rahmenbedingungen und (Projekt-)Handlungslogiken Rechnung zu tragen. Zunächst wird die Befragung der *Plattform Wissenschaft* des *Wi-REX* vorgestellt, die sich an im Themenfeld Rechtsextremismus tätige Wissenschaftler:innen richtete. Daran anschließend wird die Bedarfsanalyse von Praxisakteur:innen im Themenfeld Rechtsextremismus dargestellt, die von der *Plattform Transfer* des *Wi-REX* durchgeführt wurde.

Im Mai 2023 fand ein vom Wi-REX organisiertes *Vernetzungstreffen Rechtsextremismusforschung* statt, das sich an aktuell durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Vorhaben der Rechtsextremismusforschung richtete. An dem Treffen nahmen etwa 50 Wissenschaftler:innen teil. Hiervon waren ca. drei Viertel aus der Statusgruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen und etwa ein Viertel Professor:innen aus diversen Disziplinen wie der Politikwissenschaft, Geschichtswissenschaft, Soziologie, Erziehungswissenschaft, Psychologie und Sozialen Arbeit. In vier Diskussionsräumen wurde 45 Minuten lang über Herausforderungen im Forschungsfeld diskutiert. Die Diskussionsräume thematisierten die Herausforderungen im Bereich des Wissenstransfers zwischen Wissenschaft und Praxis sowie die Schwierigkeiten, mit denen Wissenschaftler:innen in Qualifizierungsphasen konfrontiert sind – angesichts rechtsextremer Bedrohungen, erschwerter Feldzugänge und Karriereplanungen. Darüber hinaus wurden Themen wie die Gestaltung von Wissenschaftskommunikation und Öffentlichkeitsarbeit sowie Fragen der Forschungsethik in der Rechtsextremismusforschung angesprochen. Die Diskussion wurde bewusst offen gestaltet und bot den Teilnehmenden Raum, frei zu einem Thema zu sprechen und sich auszutauschen. Wir nutzten die Diskussionen der Wissenschaftler:innen explorativ, um erste Einblicke in aktuelle wissenschaftliche Diskurse und Positionierungen im Bereich der Rechtsextremismusforschung zu gewinnen. Zudem dienten diese Dialoge als Ausgangspunkt für die Gestaltung eines strukturierten Fragebogens, der sich nicht nur an die Wissenschaftler:innen der BMBF-Förderlinie, sondern an Rechtsextremismusforschende allgemein richtete.

Um die Perspektiven weiterer Wissenschaftler:innen auf die oben genannten Themen und Fragestellungen einzubeziehen, wurde im Sommer 2023 eine Online-Befragung durchgeführt, die sich an alle Wissenschaftler:innen in Deutschland richtete, die zu Rechtsextremismus forschen. Die Befragung wurde auf Grundlage der Gruppendiskussionen entwickelt und

6 Ergebnisse beider Befragungen wurden bereits unabhängig voneinander und vertiefend an anderer Stelle vorgestellt, vgl. Mietke/Zick/Bertermann 2024; Kamuf/Meyer 2024; van de Wetering/Schwind/Dau 2024.

über verschiedene Verteiler und Netzwerke beworben. Sie enthielt eine Mischung aus offenen und geschlossenen Fragen (teils mit Einfach-, teils mit Mehrfachantwortmöglichkeit). Zudem enthielt der Fragebogen mehrere Fragen, bei denen auf einer fünfstufigen Likert-Skala eine Einschätzung abzugeben war.

Die Befragung gliederte sich in folgende Themenblöcke: Die Teilnehmer:innen machten Angaben zu ihrer Forschungstätigkeit, zu ihrer Erfahrung mit (Wissens-)Netzwerken sowie zu Herausforderungen, vor die sie sich als Wissenschaftler:innen bzw. die Rechtsextremismusforschung insgesamt gestellt sehen. In diesem Kontext wurde explizit nach den Herausforderungen in Bezug auf den Wissenschaft-Praxis-Transfer gefragt. Nach Bereinigung der Daten wurden 116 Fragebögen in die Auswertung einbezogen. Die Stichprobe ist nicht generalisierbar auf die gesamte Rechtsextremismusforschung. Dennoch wurden vielfältige Perspektiven verschiedener wissenschaftlicher Statusgruppen und Disziplinen eingeholt und die Daten geben Einblick in das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Praxis aus Sicht der Wissenschaftler:innen. Die Auswertung erfolgte deskriptiv-statistisch mithilfe des Programms SPSS bzw. durch die Bildung von Themenkategorien, anhand derer die Antworten auf die offenen Fragen codiert wurden.

Das Tätigkeits- und Arbeitsfeld Rechtsextremismus ist ähnlich wie die wissenschaftliche Landschaft durch eine starke Heterogenität gekennzeichnet. Um die Struktur dieses Feldes systematisierend zu eruieren, wurde zunächst eine extensive Internet-Recherche durchgeführt. Dafür wurden die verschiedenen Projekt-, Träger- und Förderebenen sowie die lokale Verortung nach Bundesländern zum Ausgangspunkt genommen, um sowohl geografische wie auch inhaltliche Leerstellen zu minimieren. Voraussetzung war, dass die Akteur:innen in ihrer Tätigkeit mit dem Thema Rechtsextremismus in Berührung kommen könnten. Insgesamt unterschieden wir 29 Tätigkeitsbereiche der Praxis. Auf Grundlage dieser Recherche kontaktierten wir im Sommer 2023 über 1.000 Projekte, Träger, Verbände, Bündnisse und Kollektive mit der Bitte um Beantwortung eines Online-Fragebogens. Ziel des Fragebogens war es, einerseits den strukturellen (Förder-)Kontext, die Tätigkeitsbereiche, Ziele und inhaltlichen Schwerpunkte von Praxisakteur:innen im Feld vertiefend zu erfassen und andererseits systematisch mehr über ihre Zugänge und Bedarfe im Hinblick auf den Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Praxis zu erfahren.

Der Fragebogen beinhaltete offene (z. B. „Wo liegen Ihrer Meinung nach Hürden beim wechselseitigen Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Praxis im Themenfeld Rechtsextremismus?“) und halboffene Fragen (z. B. „Aus welchen Gründen nutzen Sie Erkenntnisse aus der Rechtsextremismusforschung in Ihrer Arbeit/Ihrem Engagement?“ mit einer Auswahl an Antworten, die individuell ergänzt werden konnten). Darüber hinaus wurden Einschätzungen abgefragt, zumeist mit einer fünfstufigen Likert-Skala (z. B. „Wie beurteilen Sie diese Formate bezüglich der Möglichkeit, Wissen aus der Praxis gezielt in die Wissenschaft zu vermitteln?“). Bei der Entwicklung des Fragebogens wurden sowohl Erkenntnisse aus bereits durchgeführte Befragungen von Praxisakteur:innen im Themenfeld Rechtsextremismus sowie Wissen, Erfahrungen und Einschätzungen von Praxisakteur:innen einbezogen. Letzteres erfolgte durch eine mehrstündige Fragebogendiskussion sowie einen Pre-Test des Fragebogens.

Der Fragebogen hatte einen Bearbeitungsumfang von 30–40 Minuten und wurde insgesamt 385 Mal angefangen; am Ende konnten wir 223 vollständige Datensätze für die Auswertung heranziehen. Der Datensatz wurde sowohl quantitativ-deskriptiv mithilfe von SPSS für die geschlossenen und einige der halboffenen Fragen als auch qualitativ mithilfe von MAXQDA für die offenen Fragen ausgewertet. Nach einer an einer qualitativen Inhaltsana-

lyse orientierten Codierung wurden thematische Kategorien aus den Antworten herausgearbeitet. Die Ergebnisse sind vorbehaltlich der Annahme zu bewerten, dass der Umfang der Bedarfsanalyse professionalisierte Strukturen überproportional abbildet.<sup>7</sup> Die Ergebnisse sind folglich nicht repräsentativ und bilden vor allem nicht-institutionalisierte, zivilgesellschaftliche und aktivistische Strukturen nur geringfügig ab. Die Ergebnisse der Befragung sind folglich dahingehend eingeschränkt, dass sie hauptsächlich die Perspektiven von hauptamtlichen, professionalisierten Akteursstrukturen mit meist akademischen Bildungshintergründen abbilden. Gerade in Bezug auf Fragen des Wissenstransfers verfügen diese Gruppen vermutlich über vergleichsweise leichtere bzw. bessere Zugänge zu wissenschaftlichem Wissen und Wissenschaftler:innen als nicht akademisch geschulte Akteur:innen. Zudem zeigen die Befragungsergebnisse, dass einzelne Tätigkeitsbereiche (z. B. Kirche, Sport, Online- und Gamingplattformen und Gewerkschaften) fast gar nicht durch Befragung erreicht wurden. Die hier vorgestellten Befragungsergebnisse stellen somit nur eine Teil-Erschließung des Feldes dar, die durch weitere, bestimmte Akteur:innen und Bereiche gezielt ansprechende Befragungen und Gespräche ergänzt werden sollte. Nichtsdestotrotz bieten die Ergebnisse vielfältige und umfangreiche Einblicke ins Feld, die überhaupt erst die Grundlage für solche Nachbefragungen, Vertiefungen und zielgruppengerechten Ansprachen bilden.

Während der Vorarbeiten zur Online-Befragung der Praxis wurden zwei Gruppendiskussionen durchgeführt: ein explorativer Austausch zwischen Wissenschaftler:innen und Praxisakteur:innen sowie die oben erwähnte Fragebogendiskussion. Die Teilnehmer:innen aus der Praxis variierten und gingen beide Male aus der Netzwerk- und Beziehungsarbeit der Autor:innen hervor. Hierbei achteten wir auf eine heterogene Gruppenzusammensetzung: So waren Personen aus der Mobilen Beratung, der Betroffenenberatung, der politischen Bildung, der Demokratieförderung und der Präventionsarbeit vertreten. Unter Zustimmung aller Beteiligten protokollierten wir die Diskussionen und fertigten zusätzlich Feldnotizen an. Diese Am-Ort-Rekonstruktionen (Knorr-Cetina 2004: 60) wurden anschließend zu Beschreibungen verarbeitet und stellen eine wertvolle Ergänzung zu den erhobenen quantitativen Daten dar. Aus den Beschreibungen der Diskussionen rekonstruierten wir die Eigensicht der Praxisakteur:innen und Wissenschaftler:innen, wie sie gesehen werden wollen und wie sie sich wechselseitig als relevantes Gegenüber konstruieren. Die Schilderungen verweisen auf über die Gruppendiskussionen hinausgehende Normalitätsfolien und beziehen sich auf Deutungsmuster und (normative) Ordnungen der Arbeitszusammenhänge, in die die Beteiligten jeweils eingebunden sind (vgl. van de Wetering 2024).

#### 4 Wissenstransfer aus Sicht der Wissenschaft

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Befragung und Gruppendiskussion unter Wissenschaftler:innen im Feld der Rechtsextremismusforschung im Hinblick auf das Thema Wissenstransfer vorgestellt und eingeordnet. Dabei wird unterschieden zwischen dem Selbstverständnis der Wissenschaftler:innen, gesellschaftlichen Herausforderungen und förderstrukturellen Bedingungen.

7 Die Auswertung zeigt, dass 91 % der Befragten hauptberuflich im Feld tätig sind und etwa 80 % der Befragten an eine als Rechtsform organisierte Institution oder Organisation angebunden sind.

## Selbstverständnis und eigene Ansprüche der Wissenschaftler:innen

Die Befragung und die Kleingruppendiskussionen zeigen, dass Rechtsextremismusforschende nicht nur den Anspruch haben, durch die Forschungsaktivitäten wissenschaftliches Wissen herzustellen, sondern hierdurch weitere Vorhaben erreicht werden sollen. Von den 96 Personen, die hier Angaben machten, stimmten rund 88 % der Aussage voll und ganz oder eher zu, dass eines der zentralen Ziele ihrer Forschungstätigkeit sei, einen Beitrag zur Bekämpfung des Phänomens zu leisten. 51 % gaben an, mit der Forschungstätigkeit Konzepte für die Praxis entwickeln oder weiterentwickeln zu wollen und 35 % setzten sich zum Ziel, mit der Forschung Betroffene zu unterstützen.<sup>8</sup>

In diesem Zusammenhang zeigen sich geringe, aber signifikante Unterschiede ( $p < .05$ )<sup>9</sup> zwischen den Befragten von Fachhochschulen und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen. So tendieren die Antworten der Befragten von Fachhochschulen bei der Frage, ob sie mit ihrer Forschung das Ziel verfolgen, praxisorientierte Konzepte (weiter-)entwickeln zu wollen im Mittel eher in Richtung voller Zustimmung ( $M=4,72$ ). Die gemittelten Antworten der Befragten anderer Forschungseinrichtungen tendierten stärker zur Kategorie „teils/teils“ ( $M=3,13$ ). Ähnliche leicht signifikante Unterschiede finden sich bezüglich des Ziels, mit Forschung betroffene Personen zu unterstützen. Die Antworten der an Fachhochschulen Forschenden liegen zwar im Bereich „teils/teils“, tendieren jedoch deutlich in Richtung Zustimmung ( $M=3,55$ ). Die Antworten der Forschenden an anderen Einrichtungen bewegen sich ebenfalls im Bereich „teils/teils“, zeigen jedoch eine Tendenz zur Ablehnung ( $M=2,9$ ).

Fachhochschulen werden wie oben beschrieben im Vergleich zu anderen Forschungseinrichtungen verstärkt dazu aufgefordert, Wissenstransfer zu betreiben, und setzen dies auch im Alltag um. Vor diesem Hintergrund lassen sich die obigen Befunde sicherlich gut einordnen. Dabei sollte jedoch nicht übersehen werden, dass – wie auch Kaldewey (2013) argumentiert – der Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Praxis sowie dessen Verläufe nicht allein auf der Ebene der Organisationen des Wissenschaftssystems zu beobachten und zu rekonstruieren sind. Der Wissenstransfer umfasst eine Vielzahl unterschiedlicher korporativer Akteur:innen, deren gemeinsames Handeln sich nicht auf die Logik der Organisationen im Wissenschaftssystem reduzieren lässt (ebd.: 68).

Ein Großteil der Befragten hat also den Anspruch, durch die Forschungstätigkeit Gesellschaft aktiv mitzugestalten. Weiterhin zeigen die Antworten auf die offene Frage nach (weiteren) Zielen der Forschungstätigkeit, dass sich in der Rechtsextremismusforschung sämtliche oben beschriebene gesellschaftliche Rollen von Wissenschaft finden (Germann/Held/Wulz 2022). So werden als Ziele der Forschungstätigkeit beispielsweise die „Beratung von Opferberatungsstellen“ oder die „Beratung von Kriminalpolitik, Justiz und Polizei“ genannt (beratende Expert:innen), aber auch „Gesellschaftskritik“ und die „Versachlichung von Debatten“ (kommentierende Intellektuelle) sowie Ziele, denen die Vorstellung einer aktiv engagierten Wissenschaft zugrunde liegt, etwa „zivilgesellschaftliche und antifaschistische Strukturen stärken“ oder die „Stärkung von Ansätzen einer reflektierten und radikalen Demokratie“.<sup>10</sup>

8 Die in diesem Zusammenhang verwendeten Items sind nach der Likert-Skala skaliert: „stimme überhaupt nicht zu“ (1), „stimme eher nicht zu“ (2), „teils/teils“ (3), „stimme eher zu“ (4), „stimme voll und ganz zu“ (5).

9 Die Wahrscheinlichkeit, dass die gefundenen Mittelwertunterschiede nicht signifikant sind, beträgt höchstens 5%.

10 Alle direkten Zitate ohne Quellennennung in Kapitel 4 und 5 sind den Antworten auf die offenen Fragen der Online-Befragungen entnommen.



Gleichzeitig zu diesem ausgeprägten Anspruch auf gesellschaftliches Engagement wird eine Sensibilität für die Auswirkungen solcher gesellschaftspolitischer (Transfer-)Aktivitäten deutlich und diese werden als Herausforderung für die Rechtsextremismusforschung benannt. Beispielsweise müsse die „Reproduktion extrem rechter Narrative qua Praxistransfer“ reflektiert werden sowie die mögliche „Retraumatisierung von Opfern“ oder auch „unbeabsichtigte Beiträge zur gesellschaftlichen Polarisierung“ durch Aktivitäten des Transfers in den Blick genommen werden. Insgesamt wird ein reflektierter und verantwortungsvoller Umgang mit den Ergebnissen der Forschung und ihrer Präsentation in der Öffentlichkeit gefordert. Die Einsicht, dass wissenschaftliche Konzepte und Begriffe nicht nur Abbilder gesellschaftlicher Verhältnisse sind, sondern sie ebenso hervorbringen, ist für die Rechtsextremismusforschung in spezifischem Maße relevant, da sie als Grundlage oder Legitimation politischer, sicherheitsbehördlicher und praktisch-zivilgesellschaftlicher Entscheidungen dienen kann. Die inhärenten Verflechtungen zwischen Rechtsextremismusforschung, Politik und Gesellschaft werden am Beispiel des Extremismusmodells besonders deutlich, dessen Etablierung in der Forschung im Zusammenwirken wissenschaftlicher, politischer und sicherheitsbehördlicher Akteur:innen begründet liegt (Kahmann/Grimm 2018). Gleichzeitig wird das Modell in der Wissenschaft seit jeher kontrovers diskutiert, da ihm u. a. die Entpolitisierung bzw. Verharmlosung des Rechtsextremismus und seiner gesellschaftlichen Ursachen sowie die Abwertung zivilgesellschaftlicher und emanzipatorischer Demokratiarbeit vorgeworfen wird (vgl. Barp/Eitel 2016; Berendsen/Rhein/Uhlig 2019). Somit beinhaltet bereits die Auseinandersetzung mit dem Begriff des Rechtsextremismus eine über die wissenschaftliche Forschung hinausreichende Positionierung, die das Selbstverständnis der Wissenschaftler:innen berührt.

## Gesellschaftliche Herausforderungen

Neben der hohen Eigenmotivation der Wissenschaftler:innen, Forschungsergebnisse aktiv in zivilgesellschaftliche und politische Prozesse einzubringen, gibt es Herausforderungen, die aus der Gesellschaft an die Wissenschaftler:innen herangetragen werden. Wissenschaftler:innen, die zu Rechtsextremismus forschen, erhalten eine Vielzahl von (oftmals kurzfristigen, auf aktuelle Ereignisse bezogene) Anfragen zu Vorträgen, Workshops, Austausch, Vernetzung und Kooperation aus Zivilgesellschaft, Praxis und Politik. Die Befragten merken an, dass es in der Logik wissenschaftlicher Karrieren hierfür „wenig Credits“ gebe. Transfer sei insgesamt der wissenschaftlichen Karriere wenig zuträglich, die vielmehr auf Publikationen und eingeworbenen Drittmitteln aufbaue. Die Zeit hierfür geht jedoch durch die umfangreichen Transferaktivitäten verloren. Eine solche mangelnde Anerkennung erschwert den Transfer zusätzlich. Sowka weist in diesem Zusammenhang bereits 2016 darauf hin, dass es mehr Anerkennung für Wissenschaftskommunikation im Themenbereich Rechtsextremismus geben und diese in den Leistungsbeurteilungen von Forschung und Praxis eine Rolle spielen sollte.

Zusätzlich spielen „persönliche Bedrohungserfahrungen“ etwa in Form von Anfeindungen aus der Gesellschaft bis hin zu „direkten Angriffen“ eine große Rolle für die Befragten. Hierzu zählen beispielsweise die „Gefahr von Doxxing“ (der Veröffentlichung persönlicher Daten im Internet ohne Einwilligung), ein „mangelnder Schutz beim Auftreten mit Klarnamen“ und „Klagen von extremen Rechten“. Auch „psychische Belastung durch die

Beschäftigung mit menschenfeindlicher Ideologie (Träume, Ängste, Unsicherheit)“ sowie die Frage von „Abgrenzung und Einbezug (eigener oder normativer) ideologischer Sichtweisen“ wurden als herausfordernd benannt. Durch Veröffentlichungen, öffentliche Vorträge und andere Transferaktivitäten steigt die Gefahr von Angriffen tendenziell (Blümel 2024). Insbesondere für Wissenschaftler:innen am Anfang ihrer Karriere ergibt sich hierdurch ein Spannungsverhältnis, denn sie sind gefordert, sich und ihre Forschung öffentlich zu präsentieren, um sich in der Scientific Community und darüber hinaus zu etablieren. Zudem können die Angriffe auch aus dem Bereich der Wissenschaft selbst kommen: So nehmen extrem rechte Akteur:innen das Feld der Wissenschaft als Aktivitätsbereich gezielt und strategisch in den Fokus (Haker/Otterspeer 2023). Wissenschaftler:innen, die sich öffentlich demokratisch positionieren, werden häufig mit dem Vorwurf mangelnder Neutralität konfrontiert. Haker und Otterspeer argumentieren, dass eine solche geforderte Orientierung an Neutralität jedoch bedeute, „sich selbst der Mittel zu einer selbstkritischen Positionierung und Auseinandersetzung zu berauben – und der Illusion zu unterliegen, die Norm der Neutralität lasse sich in niemals neutralen gesellschaftlichen Verhältnissen einlösen“ (Haker/Otterspeer 2023: 113). In den Gruppendiskussionen wurde diskutiert, wie sich Wissenschaftler:innen vor solchen Angriffen schützen bzw. geschützt werden können. Hier sei insbesondere die Rolle und Verantwortung der Hochschulen zu beleuchten (vgl. Einwächter 2022).

### Strukturelle Bedingungen

Zusätzlich zu den Ansprüchen der Forschenden an sich selbst und den gesellschaftlichen Herausforderungen existieren strukturelle Bedingungen, die den Transfer im Themenfeld Rechtsextremismus beeinflussen, insbesondere die spezifische Organisation der Forschungsförderung. Wie in vielen anderen Forschungsbereichen ist in der Rechtsextremismusforschung der Anteil der Drittmittelförderung in den letzten Jahrzehnten stark gestiegen. Genauso wie in nahezu allen anderen Forschungsbereichen zeigt sich auch im Feld der Rechtsextremismusforschung der Wandel von einer Wissensproduktion im Modus 1 hin zu einer anwendungsorientierten Wissensherstellung im Modus 2 bzw. 3. So wird für die Rechtsextremismusforschung eine inhaltliche Verschiebung von Grundlagenforschung hin zu anwendungsorientierter Forschung diagnostiziert, da entsprechende Förderrichtlinien häufig Transfer und Anwendungsorientierung vorgeben (Birsl 2018; Pallinger 2018). Die Forschenden werden aufgefordert, den Nutzen und Mehrwert ihrer Forschung für Praxis und Zivilgesellschaft zu belegen, um Drittmittel einwerben und somit überhaupt forschend tätig werden zu können (Sowka 2016: 15). Zusätzlich zu diesen Entwicklungen, die als Ökonomisierung der Wissenschaft analysiert und kritisiert werden (Schauz 2019), deuten die gewonnenen Daten darauf hin, dass der geforderte Transfer häufig nicht ohne Weiteres von den Forschenden geleistet werden kann. Die Befragten betonen, dass es „mitunter sehr anspruchsvoll [ist], etwa aus Grundlagenforschung über Rechtsextremismus Konsequenzen für Präventionsarbeit etc. abzuleiten“. Die Praxis benötige „konkrete Vorschläge, Handlungsanweisungen, Wissenschaft bleibt eher theoretisch, vage, verklausuliert“ und sei so „für die Zivilgesellschaft wenig zugänglich“.

In den Antworten der Befragung finden sich also Hinweise darauf, dass Wissenschaftler:innen Transfer nicht ‚nebenbei‘ erledigen können, sondern Kapazitäten benötigen, die häufig nicht vorhanden sind. Es fehle an „Zeit, Geld und Expertise für Wissenschaftskommunika-

tion“. Vor allem ein langfristiger und strukturierter Beziehungsaufbau sei notwendig, was vor dem Hintergrund meist kurzfristiger Projektfinanzierung herausfordernd sei. Es brauche neben Mitteln, die den Wissenschaftler:innen die Zeit für die Auseinandersetzung mit Transfer und den Transfer selbst ermöglichen, entsprechende Angebote der Qualifikation. Diese Angebote könnten sich gezielt an Wissenschaftler:innen (und Praktiker:innen) im Themenfeld Rechtsextremismus richten, da dort einige Spezifika des Transfers zu berücksichtigen sind.

Eine besonders häufig genannte Herausforderung von Wissenschaftler:innen ist die Vermittlung zwischen den unterschiedlichen Sprachen und Handlungslogiken von Wissenschaft und Praxis, wobei es zugleich „zu wenig Austausch“ gebe. Herausfordernd sei eine „bessere Verständlichkeit von Forschung ohne dabei die Forschungsperspektive vollständig aufzugeben“, wobei das „Verhältnis von pragmatischer Verwendung von Begriffen und Konzepten und analytisch präziser Sprache“ schwierig zu finden sei. Folglich schreibt eine Person: „Die Verständigung muss ein gemeinsames Vokabular finden – die Wissenschaft muss für den Transfer sprachlich massiv abrüsten, aber die Praxis muss auch bereits sein[,] sich in neue Themen einzuarbeiten“. Das Problem des „Findens einer gemeinsamen Sprache“ wird auch vonseiten der Praxis thematisiert, deren Perspektive im folgenden Kapitel dargestellt wird.

## 5 Wissenstransfer aus Sicht der Praxis

Wie oben beschrieben, blicken wir auf ein sehr heterogenes Praxisfeld. Nichtsdestotrotz erachten fast alle Teilnehmer:innen unserer Befragung den wechselseitigen Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Praxis als eine wichtige bis sehr wichtige Aufgabe (95 % für den Transfer von der Wissenschaft in die Praxis; 90,6 % für den Transfer von der Praxis in die Wissenschaft); für 80 % der Befragten ist die Einbeziehung aktueller Erkenntnisse aus der Forschung wichtig für ihre Tätigkeit. Es stellt sich folglich aus Sicht der Praxis nicht die Frage ob, sondern wie und unter welchen Bedingungen Wissenstransfer gestaltet werden kann.

### Die Rezeption wissenschaftlichen Wissens in der Praxis

Bei der Frage, wie und in welcher Häufigkeit Praxisakteur:innen auf Erkenntnisse aus der Forschung zurückgreifen, zeigen sich erste Differenzen zu der Bedeutung, die der Informierung über wissenschaftliche Erkenntnisse beigemessen wird: Nur 56 % der Befragten geben an, sich von sich aus regelmäßig und systematisch über neue Erkenntnisse aus Rechtsextremismusforschung zu informieren. Die größte Hürde sei die fehlende Zeit. Die von Wissenschaftler:innen als große Herausforderung thematisierte sprachliche Verständlichkeit wird hingegen als eher unproblematisch beurteilt (vgl. Kamuf/Meyer: 9). Nichtsdestotrotz betonen einige Befragte, dass „[n]icht alle Engagierten geübt [sind] in wissenschaftlicher Rhetorik“ und somit „Menschen aktiv aus vielen Arbeitsbereichen der Demokratieförderung ausgeschlossen“ werden könnten.

Die Vermutung liegt nahe, dass hierbei die Heterogenität des Feldes in Bezug auf den wissenschaftlichen Hintergrund der Befragten einen wichtigen Unterschied macht. Für viele

Stellen im Praxisfeld Rechtsextremismus ist ein abgeschlossenes Hochschulstudium Voraussetzung und der berufliche Wechsel zwischen den Tätigkeitsfeldern ist keine Seltenheit. Fast drei Viertel (74%) der von uns Befragten verfügen mindestens über einen einschlägigen Hochschulabschluss. Um in einen Wissensaustausch zu treten, kann auf diese gemeinsamen Qualifikationsgrundlagen zurückgegriffen werden. Gleichzeitig ist es notwendig, die Vielfalt der Praxis sowohl hinsichtlich ihrer Ausbildungen, Tätigkeiten als auch ihrer Organisationsformen und Zielsetzungen zu berücksichtigen, um keine Ausschlüsse zu produzieren. Sonst besteht die Gefahr eines „Auseinanderdriften[s] einer wissenschaftlichen Debatte und Weiterentwicklung unter Beteiligung weniger Praktiker:innen auf der einen Seite und dem Berufsfeld [...] auf der anderen Seite“ (Klare 2023: 43).

Allerdings reicht ein gemeinsames Grundverständnis über die Grundlagen wissenschaftlichen Arbeitens für einen gelungenen Wissenstransfer nicht aus. Wissenschaftliches Wissen kann allenfalls eine Ausgangsinformation für die Praxis sein; meist sind bewusste Übersetzungsleistungen notwendig, um Wissen aus dem einen Tätigkeitsfeld in das andere zu übertragen und nutzbar zu machen (Bringt/Mayer 2023; Sowka 2016: 236 f.). Unsere Daten zeigen, dass wissenschaftliche Erkenntnisse von der Praxis am ehesten wahrgenommen werden, wenn erkennbar ist, dass sie einen Beitrag zur Bearbeitung eines spezifischen Problems leisten könnten (vgl. van de Wetering 2024). In der Befragung sind nur 17,1% der Befragten der Ansicht, dass Erkenntnisse aus der Rechtsextremismusforschung aktuell gezielt für die Praxis aufbereitet sind. In den Freitextfeldern konstatiert eine Person: „Handlungsempfehlungen der Wissenschaft sind oft nicht an die Begebenheiten vor Ort übertragbar und damit unwirksam“, während eine andere Person eine „Verwertbarkeit von Forschungserkenntnissen auch für die Praxis, nicht nur für die Wissenschaft“ fordert.

Es stellt sich die Frage, durch wen und wie diese Übersetzungsleistungen erbracht werden könnten und sollten. Während viele Befragte die Wissenschaft in die Verantwortung nehmen, zeigt sich auch ein (selbst-)kritischer Blick auf das eigene Tätigkeitsfeld: „Umgekehrt müssen Praktiker:innen verstärkt bereit sein, sich mehr mit wissenschaftlichen Erkenntnissen auseinanderzusetzen. Praktiker:innen müssen lernen, wissenschaftliche Erkenntnisse in eine langfristige Strategie umzusetzen.“ Unabhängig von der ‚gesellschaftlichen Aufgabenverteilung‘ bauche eine solche „theoriebewusste Praxis“ (Bringt/Mayer 2023: 17) immer Zeit und institutionalisierte (Austausch-)Räume, die einem Großteil der Akteur:innen nicht zur Verfügung stehen.

## Formate des Austauschs zwischen Wissenschaft und Praxis

Mit Blick auf Austauschräume und Kontaktmöglichkeiten zeigt unsere Befragung eine Diskrepanz zwischen der Nutzung und Beurteilung verschiedener Formate. So werden informelle Austauschmöglichkeiten und gezielte Anfragen an Wissenschaftler:innen von vielen befragten Praxisakteur:innen als sehr positiv beurteilt, jedoch kaum genutzt. Eine Ausnahme bilden Veranstaltungen: Sie sind der am häufigsten genutzte und mit am vorteilhaftesten eingeschätzte Weg der gegenseitigen Wissensvermittlung. Insgesamt gibt es den Wunsch nach mehr und direkteren Austauschräumen. Eine Person merkt an: „Es gibt ausschließlich Kontakt über solche Umfragen. Auf Veranstaltungen ist der Austausch zumeist höchst oberflächlich.“ Andere bemängeln „fehlende Netzwerke und Kommunikation“, „kaum gemeinsame Plattformen“ und „fehlende Vernetzungsräume“. Die Aussage, dass Wissenschaft und Praxis „wie

zwei Zahnräder“ seien, „die sich gut drehen, weil sie sich nicht berühren“, bringt diesen Eindruck besonders zugespitzt auf den Punkt. In einer Gruppendiskussion wurde uns gespiegelt, dass es in der Praxis das verbreitete Gefühl gibt, häufig von der Wissenschaft befragt zu werden, eine anschließende Rückspiegelung der Erkenntnisse oder gar gemeinsame Diskussion allerdings oft ausbleibe, wodurch die Bereitschaft sinke, wieder und wieder „vermessen“ zu werden. Eine frühzeitige Einbindung von Praxisakteur:innen in die Entwicklung von Studien sowie die Diskussion von Befragungsergebnissen in Resonanzgruppen mit befragten Akteur:innen können hier bereits zu einem besseren wechselseitigen Austausch beitragen.

Um den Austausch darüber hinaus zu verbessern, braucht es aus Sicht der Befragten folglich nicht notwendigerweise neue, innovative Formate. Stattdessen stehen bei der Formulierung von Bedarfen „intensiver, persönlicher Austausch“, „niedrige Kontakthürden“, „Veranstaltungen, die explizit dem Austausch Praxis – Wissenschaft gewidmet sind“ und die „kontinuierliche gegenseitige Einbindung“ im Fokus. Hier könnten die Vorteile der Digitalisierung noch stärker genutzt werden, indem niederschwellige Online-Austauschmöglichkeiten geschaffen werden. Weiterhin wird gewünscht, dass Wissenschaftler:innen gezielter Kontakt mit zivilgesellschaftlich aktiven Gruppen und antifaschistischen Recherchegruppen aufnehmen und „Vor-Ort-Besuche“ durchführen, um wissenschaftliche Erkenntnisse stärker lokal zu verankern bzw. mit lokal situiertem Wissen in Austausch zu bringen. Dies weist auf den Bedarf nach einer stärkeren Teilhabe von Praxisakteur:innen am Wissenstransfer hin (vgl. von Unger 2014).

### Gemeinsames Tätigkeitsfeld – unterschiedliche Handlungslogiken

Es wird deutlich, dass Praxisakteur:innen an einer langfristigen, kontinuierlichen Beziehungsarbeit zwischen den Tätigkeitsfeldern interessiert sind. Doch obwohl sich Praxisakteur:innen und Wissenschaftler:innen in diesem Interesse nicht unähnlich sind, erschweren strukturelle Bedingungen und unterschiedliche Handlungslogiken den Wissenstransfer. Ähnlich wie bei den befragten Wissenschaftler:innen wird Wissenstransfer vonseiten der Praxis oftmals als eine unzureichend eingeplante und nachgelagerte Zusatzaufgabe wahrgenommen. So stellt Sowka in ihrer Studie fest, dass ‚die Praxis‘ generell keine ausgeprägte Transferabsicht verfolgt (Sowka 2016: 235). Auch in einer Gruppendiskussion hieß es: Transfer von der Praxis in die Wissenschaft sei „nicht unbedingt das Ziel“ und Wissenstransfer finde eher im eigenen Netzwerk zwischen verschiedenen Praxisakteur:innen statt. In der Befragung machen nur 80 % der Praxisakteur:innen überhaupt Angaben zu den Formaten, die sie für die Vermittlung ihres Wissens in die Wissenschaft nutzen, am häufigsten sind dies Veranstaltungen. Die größte Hürde stellt erneut das Fehlen zeitlicher Ressourcen dar. Dies hat seine Gründe auch in der unzureichenden Mitteleinplanung vonseiten der Fördermittelgeber. Diese setzen Transfer zwar immer mehr voraus, bewilligen aber selten eigene Stellen hierfür innerhalb der Projekte. Zudem fehlen Kommunikationskanäle in die Wissenschaft. So fragt eine Person: „Woher weiß ich, wer an meiner Arbeit überhaupt interessiert ist?“

Generell haben Praxisakteur:innen den Eindruck, dass ihr Wissen in der Wissenschaft nur marginal wahrgenommen oder gering(er) geschätzt wird. Zudem seien Teile der Wissenschaft wenig im Bilde über die Akteur:innen und Strukturen der Praxislandschaft. Unter den Befragten wird diese fehlende Verzahnung auf unterschiedliche Interessen und Handlungslo-

giken der Tätigkeitsfelder zurückgeführt: „Der praktischen Arbeit fehlt die generalistische Perspektive, die Wissenschaft kann nicht jedes einzelne Detail betrachten.“ Gleichzeitig wird in den Antworten eine „wissenschaftliche Weltfremdheit“ problematisiert und der „Elfenbeinturmmythos“ (Fücker 2024: 34f.) bedient, was auf generelle Vorbehalte gegenüber wissenschaftlicher Arbeit schließen lässt. Darüber hinaus kritisieren mehrere Personen, dass wissenschaftliche Handlungslogiken zu sehr einer Aufmerksamkeitsökonomie und/oder Förderbedingungen folgen würden. Dem entgegen steht der Wunsch nach einer „Wissenschaft die sich nicht ‚neutral‘ verhält, sondern selbst antifaschistisch aktiv ist und dadurch den zivilgesellschaftlichen Akteuren als Verbündete entgegentritt“. Hier sprechen Praxisakteur:innen grundlegende Fragen zum Selbstverständnis der Rechtsextremismusforschung an, die wie oben dargelegt innerhalb der Wissenschaft diskutiert werden. Diese Debatten sind für die Praxisakteur:innen jedoch nicht transparent.

Aus den Befragungsergebnissen wird somit deutlich, dass ein besseres gegenseitiges Kennenlernen der jeweiligen Tätigkeit, langfristig angelegte und kontinuierliche Austauschmöglichkeiten und eine stärkere Anerkennung von Praxiswissen als gleichberechtigte Wissensbestände zu einem Wissenstransfer beitragen könnte. Eine Schaffung dezidierter Transferstellen in den Projekten und entsprechende Qualifikationsangebote würden laut den Befragten Wissenstransfer ebenfalls stärken und eine langfristige und prozessuale Einbindung von Transfer in die einzelnen Projektphasen ermöglichen. Während der oben beschriebene Wandel des Wissenschaftssystems also dazu führt, dass Wissenstransfer in Förderbedingungen, Projektplanungen und institutionellen Entwicklungsstrategien einen immer größeren Raum einnimmt, scheinen die Auswirkungen dieses Wandels bei den befragten Praxisakteur:innen in großen Teilen (noch) nicht wahrgenommen zu werden. Dies liegt in Anbetracht unserer Befragungsergebnisse vermutlich zu großen Teilen auch darin begründet, dass bei einem Bedarf nach langfristiger Beziehungsarbeit und Vertrauensaufbau kurzfristige Maßnahmen keine tiefer gehende Wirkung entfalten können und einer Etablierung von Wissenstransfermaßnahmen vor allem Zeit gegeben werden muss.

## 6 Diskussion

In der selten geführten Debatte um den Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Praxis im Themenfeld Rechtsextremismus wird Wissen zumeist passiv gedacht. Es herrscht ein Bild vor, wonach Wissen von einem aktiv-rationalen Subjekt in Form eines:r Praktiker:in oder Wissenschaftler:in aufgegriffen, verarbeitet und entsprechend modifiziert in Handlungen umgesetzt wird. Nach Vogelmann (2022) ist Wissen jedoch nichts Passives, sondern etwas Aktives. Auch wenn Wissen in und durch soziale Ordnungen hervorgebracht wird, hat es eigene, von anderen sozialen Momenten wie Macht, Affekten und Rhetorik unabhängige, subjektivierende Effekte. Wissen wirkt auf Menschen, die sich ihm aussetzen oder ihm ausgesetzt sind. Es ist daran beteiligt, wie Menschen sich selbst und ihre Umwelt wahrnehmen, fühlen, positionieren und handeln und hat somit eine transformierende bzw. subjektivierende Kraft. Eine Interpretation der von uns erhobenen Daten unter der Perspektive der transformierenden Wirkungen von Wissen trägt zu einem differenzierteren Verständnis der

Wechselbeziehungen zwischen Praxis, Wissenschaft und Politik im Themenfeld Rechtsextremismus bei.

Sowohl die Forschungsförderung als auch einzelne Publikationen zum Wissensaustausch zwischen Wissenschaft und Praxis sprechen sich dafür aus, dass Wissenschaft nicht nur Wissen an sich, sondern für die Praxis handlungsrelevantes Wissen herstellen soll. Damit tragen sowohl Förderer als auch die Wissenschaft selbst (wenn auch zuweilen unter unterschiedlichen Prämissen) zu einem Wissensrepertoire bei, welches den Transfer als Wert an sich erscheinen lässt. Obwohl dieses Wissen bestimmte Wissenschafts- und Praxissubjekte schafft, bleibt diese subjektivierende Wirkung von Wissen im Dunkeln. Wird hingegen der Wissenstransfer als das anspruchsvolle interaktive Geschehen verstanden, in dessen prozesualem Verlauf auf spezifische Wissensbestände Bezug genommen wird, die wiederum eine eigene Wirksamkeit entfalten, lassen sich die Befunde unserer Studien weit- und tiefgreifender diskutieren.

Mit Blick auf den Wandel der Herstellung von wissenschaftlichen Wissen und somit auch der Forschungs- und Handlungsfelder geht die problematische Tendenz einher, dass Transfer auf einen Wert reduziert wird. Grundlagenforschung im Feld Rechtsextremismus kann so unter Rechtfertigungszwänge geraten, da sie nicht zwingend etwas auf den ersten Blick ‚Brauchbares‘ für die Praxis zur Verfügung stellt. Demgegenüber erscheint eine Forschung, die sich als anwendungs- bzw. praxisorientiert versteht, als ‚wertvollere‘ Forschung. Dabei gerät schnell aus dem Blick, dass beide Forschungen unter den Bedingungen der Wissenschaftlichkeit operieren sollten. Das heißt, sie sollten sich von fremden Handlungslogiken lösen (Sowka 2016: 236) und über zeitliche Ressourcen verfügen, um ihre Beobachtungen, Interpretationen und Reflexionen in Bezug auf bestehende wissenschaftliche Wissensbestände in einem offenen und diskursiven Prozess der Wissensproduktion zu bestätigen, zu verändern und zu differenzieren (Kaldewey 2013; Villa/Speck 2020: 9). Transdisziplinäre Forschung verfolgt darüber hinaus das Ziel, mit der Praxis in einen interaktiven Prozess zu treten. Dies sollte sich nicht in einem Austausch über Forschungsergebnisse erschöpfen. Vielmehr ist es denkbar, dass Praxis und Forschung gemeinsam ein Forschungsthema definieren und konkrete Fragestellungen formulieren. Die Forschung kann diese als Ausgangspunkt ihrer Untersuchungen nehmen, sie unter den Bedingungen der Wissenschaftlichkeit bearbeiten und währenddessen oder anschließend in einen Austausch mit der Praxis treten. Grundsätzlich sollte anwendungsorientierte Forschung nicht erst nach ihrer Durchführung mit der Praxis in Kontakt treten. Zudem muss transdisziplinäre Forschung die von uns aufgezeigte Heterogenität der Praxis berücksichtigen. An dieser Stelle lässt sich schon die Komplexität eines Wissenstransfers erkennen.

Wie die Wissenschaft besteht auch die Praxis aus einer Vielzahl von Wissensgemeinschaften. Wissenschaftler:innen, die einen Wissenstransfer anstreben, müssen mit ihren Befunden und Erkenntnissen an die wissensbasierten Bezugsprobleme der jeweiligen Wissensgemeinschaft aus der Praxis anschlussfähig sein. Diese Anschlussfähigkeit sollte nicht allein anhand der den Wissenschaftler:innen „nächsten“ Praxisakteur:innen gemessen werden. Schließlich verfügen viele Praxisakteur:innen über einen akademischen Hintergrund und wechseln in ihrem Berufsleben zwischen Wissenschaft und Praxis. Richtet sich Wissenschaft allein nach diesen Akteur:innen, werden außerwissenschaftliche Akteur:innen ohne akademische Bildung schnell übersehen und somit Ausschlüsse und Grenzen (im Wissenstransfer, aber auch in einem breiteren, gesellschaftlichen Sinne) weiter verstärkt. Wie oben beschrieben besteht hier ein Bias in unserer Befragung, wodurch es sich empfiehlt, die Studienergebnisse

beispielsweise in Resonanzgruppen mit nicht- bzw. unterrepräsentierten Gruppen und Tätigkeitsbereichen kritisch zu diskutieren und erweitern. Wesentlich für die Wissenschaftler:innen ist somit, eine Vorstellung von den zentralen Wissensbeständen der jeweiligen praktischen Wissensgemeinschaft und deren zentralen Begriffen, Konzepten und Methoden zu haben und ihr Wissen hierzu in Bezug zu setzen. Dies würde zugleich den Zugang des jeweiligen Praxisfeldes zu wissenschaftlichem Wissen und dessen mögliche Aufbereitung erleichtern. Sowohl für die am Transferegeschehen beteiligten Wissenschaftler:innen als auch für die Praktiker:innen gilt es zudem, nicht nur die eigenen Wissensbestände, sondern auch die Wissensbestände bzw. -angebote der jeweils anderen Wissensgemeinschaft vor dem Hintergrund ihrer subjektivierenden Wirkungen regelmäßig kritisch zu hinterfragen. Zentrale Fragen sind, welche wissenschaftlichen und praxisbezogenen Subjektpositionierungen, zielgruppenbezogenen Subjekte sowie Praxis- und Wissenschaftsarbeit mit den wissenschaftsgeleiteten Perspektiven einhergehen. Ebenso gilt es, die wissenschaftlichen Leerstellen des Wissens, die adressatenbezogenen Ein- und Ausschlüsse sowie die damit produzierten und reproduzierten Rassismen, Vorurteile und Geschlechterstereotype kritisch zu reflektieren (Mietke et al. 2023).

Neben den gestiegenen Anforderungen an Anschlussfähigkeit und Reflexionsleistungen verfügen sowohl Wissenschaft als auch Praxis über mehr oder weniger bewusste Wissensbestände über ihr jeweiliges wissenschaftliches bzw. praxissituierendes Gegenüber. Selbstverständlich wirkt auch dieses Wissen subjektivierend und platziert die jeweiligen Wissenschaftler:innen bzw. Praktiker:innen in bestimmte Subjektpositionen, an die bestimmte Erwartungen adressiert werden.<sup>11</sup> Vor diesem Hintergrund ist es nicht nur von Vorteil, wenn die Wissenschaftler:innen den jeweiligen Praxisakteur:innen vermitteln können, dass sie sich im jeweiligen Praxisfeld auskennen und die ökonomischen Interessen und Marktzwänge im Feld, die Diskurse und Konfliktlinien sowie die Motivationen der Akteur:innen kennen (van de Wetering 2024). Ebenso förderlich für den Wissensaustausch ist es, wenn die Praxisakteur:innen eine ungefähre Vorstellung vom Wissenschaftsbetrieb, seinen Akteur:innen, Bezugsproblemen und Zwängen haben. Transferabsichten sind daher immer mit zeitaufwendigen Phasen des Kennenlernens und Vertrauensaufbaus und damit mit intensiver gegenseitiger Beziehungsarbeit verbunden.

Der Wissensaustausch zwischen Wissenschaft und Praxis braucht einen Ort, an dem die Akteur:innen mit den jeweiligen Wissensgemeinschaften in Interaktion treten können. Dies würde auch dem in unserer Studie festgestellten Bedarf der Praktiker:innen nach sowohl institutionalisiertem als auch informellem Austausch mit Wissenschaftler:innen entgegenkommen. Ein solcher Ort bietet die Möglichkeit eines langfristigen Beziehungsaufbaus, in dem sich die Wissensgemeinschaften auf Augenhöhe begegnen und sich gegenseitig ihre jeweiligen Systemlogiken näherbringen können. Ein so strukturierter Raum kann als Übersetzungswerkstatt fungieren, in der Wissenschaftler:innen und Praktiker:innen gemeinsam an der wechselseitigen Anschlussfähigkeit ihrer Wissensbestände arbeiten, damit diese im jeweils anderen Tätigkeitsfeld nutzbar gemacht werden können. Zudem bietet sich die Möglichkeit, die transformierenden und subjektivierenden Wirkungen des produzierten Wissens gemeinsam zu reflektieren. Für den Aufbau solcher Orte und sich an unsere Befragungsergebnisse anschließende Studien bietet es sich folglich an, mithilfe qualitativer Tiefenblicke zu erfragen und diskutieren, wo die hier beschriebenen Gestaltungspotenziale bereits in Pro-

11 Zum Prozess der Adressatenherstellung von Sozialwissenschaftler:innen im Zuge von praxisbezogenen Wissensaustauschabsichten siehe van de Wetering (2012: 120 ff.).



jekten und kooperativen Partnerschaften erprobt wurden, was dabei besonders gelungen ist, wo aber auch Fallstricke solcher Zusammenarbeit liegen. Dabei sollte über die Grenzen des eigenen Forschungsfelds hinausgeblickt und Beispiele aus verwandten Feldern (wie bspw. der oben genannten Forschung zu Rassismus, Antisemitismus, Flucht sowie Salafismus) in die Reflexion einbezogen werden. Auch systematisch vergleichende Studien zwischen Forschungsfeldern können dazu beitragen, die gewonnenen Erkenntnisse miteinander zu verknüpfen und somit auch zu einem Wissenstransfer zwischen Themenfeldern beitragen.

Wir argumentieren, dass der Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Praxis für die Beteiligten ein anspruchsvolles, zeitintensives und komplexes interaktives Geschehen darstellt. Für den Aufbau von Räumen, in und durch die sich interaktives Geschehen entfalten kann, sind sowohl zeitliche als auch finanzielle Ressourcen erforderlich. Andernfalls besteht die Gefahr, dass der Wandel in der Wissensherstellung, die damit einhergehende Umstrukturierung der Forschung und die daraus resultierenden Anforderungen zu bloßen Leerformeln verkommen. Wissenstransfer wird dann lediglich in Forschungsanträgen und Projektvorhaben angekündigt und am Ende der Projektlaufzeit in Form von Workshops zeremoniell inszeniert, ohne auf der Ebene der Interaktionen zwischen verschiedenen wissenschaftlichen und praxisbezogenen Wissensgemeinschaften tatsächlich Wirkung zu entfalten. Diese Herausforderungen werden durch die Tatsache verstärkt, dass die aktive Beteiligung an der Konzeption, Durchführung und Umsetzung des Wissenstransfers im Wissenschaftssystem nicht immer ausreichend honoriert wird. Obwohl Wissenstransfer teilweise Prestige und Anerkennung mit sich bringt, bleibt vor allem im Mittelbau das peer-reviewte Paper die zentrale Währung.

Trotz dieser ungünstigen Bedingungen leisten Rechtsextremismusforschende (und Praktiker:innen) in hohem Maße Transfer und tragen zum hohen Transferaufkommen im Themenfeld Rechtsextremismus bei (Sowka 2016: 225). Die Folgen solch demokratischer Positionierung sind nicht zu unterschätzen, da Forschung mit Bedrohung aus Gesellschaft und insbesondere von Rechtsextremen einhergeht. Angesichts dieser Umstände sind stabile strukturelle und finanzielle Rahmenbedingungen für Forschung und Praxis unerlässlich.

## Literaturverzeichnis

- Adorno, Theodor W. (1996 [1969]). *Marginalien zu Theorie und Praxis*. In Rolf Tiedemann (Hrsg.), Theodor W. Adorno. *Gesammelte Schriften*. Band 10.2 Kulturkritik und Gesellschaft II. Eingriffe – Stichworte – Anhang (2. Auflage, S.759–782). Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Backhaus-Maul, Holger; Fücker, Sonja; Grimmig, Martina; Kamuf, Viktoria; Nuske, Jessica & Quent, Matthias (2024). *Forschungsbasierter Wissenstransfer: Sozialwissenschaft in und mit Gesellschaft*. In Holger Backhaus-Maul; Sonja Fücker; Martina Grimmig; Viktoria Kamuf & Matthias Quent (Hrsg.), *Forschungsbasierter Wissenstransfer und gesellschaftlicher Zusammenhalt: Theorie, Empirie, Konzepte und Instrumente* (S. 9–28). Frankfurt/New York: Campus.
- Barp, Francesca & Eitel, Hannah (2017). *Weil die Mitte in der Mitte liegt. Warum Pegida mit dem Extremismus-Paradigma nicht zu erklären ist und es zur Verharmlosung der Bewegung beiträgt*. In Tino Heim (Hrsg.), *Pegida als Spiegel und Projektionsfläche. Wechselwirkungen und Abgrenzungen zwischen Pegida, Politik, Medien, Zivilgesellschaft und Sozialwissenschaften* (S. 111–141). Wiesbaden: Springer VS.
- Berendsen, Eva; Rhein, Katharina & Uhlig, Tom (Hrsg.). (2019). *Extrem unbrauchbar. Über Gleichsetzungen von links und rechts*. Berlin: Verbrecher.

- Bertemes, Jean Paul; Haan, Serge & Hans, Dirk (Hrsg.). (2024). *50 Essentials on Science Communication*. Berlin/Boston: De Gruyter.
- Birsl, Ursula (2018). Für eine reflexive Rechtsextremismusforschung. In Alexander Häusler & Helmut Kellershohn (Hrsg.), *Das Gesicht des völkischen Populismus. Neue Herausforderungen für eine kritische Rechtsextremismusforschung* (S. 192–199). Münster: Unrast.
- Blümel, Clemens (2024). *Anfeindungen gegen Forschende. Eine repräsentative Studie des Projektes KAPAZ. Kurzdossier für die Berichterstattung*. Zugriff am 20. Juni 2024 unter [https://www.hiig.de/wp-content/uploads/2024/05/Erste-Ergebnisse\\_Umfrage-zu-Anfeindungen-gegen-Forschende.pdf](https://www.hiig.de/wp-content/uploads/2024/05/Erste-Ergebnisse_Umfrage-zu-Anfeindungen-gegen-Forschende.pdf).
- BMBF (2021). *Bekanntmachung: Richtlinie zur Förderung von Forschungsprojekten zum Thema „Wissenstransfer“*. Bundesanzeiger vom 21. 01. 2021. Zugriff am 27. Juni 2024 unter [https://www.bmbf.de/bmbf/shareddocs/bekanntmachungen/de/2021/01/3331\\_bekanntmachung.html](https://www.bmbf.de/bmbf/shareddocs/bekanntmachungen/de/2021/01/3331_bekanntmachung.html).
- Bourdieu, Pierre (1998). *Über das Fernsehen* [Aus dem Französischen von Achim Russer]. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- BpB (2020). „Wir bilden eine Brücke zwischen Forschung und Praxis“. *Fragen und Antworten zu modus | zad. Infodienst Radikalisierungsprävention*. Zugriff am 30. Oktober 2024 unter <https://www.bpb.de/themen/infodienst/315882/wir-bilden-eine-bruecke-zwischen-forschung-und-praxis/>.
- Bringt, Friedemann & Mayer, Marion (2023). Die Weiterbildung „Beratung und Netzwerkarbeit im Kontext extrem rechter Orientierungen und Demokratiegefährdung“. In Friedemann Bringt; Marion Mayer; Nora Warrach & Esther Lehnert (Hrsg.), *Beratung zu Rechtsextremismus und Demokratiegefährdung: Konzepte – Herausforderungen – intersektionale Perspektiven* (S. 16–31). Weinheim: Beltz Juventa.
- Burawoy, Michael (2005). *For Public Sociology*. *American Sociological Review*, 70, S. 4–28.
- Bundesverfassungsgericht (1978). *Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, Band 47*, 327.
- Daase, Christopher; Gertheiss, Svenja; Junk, Julian & Klassen, Johannes (2016). *Herausforderungen des Wissenstransfers*. In Janusz Biene; Christopher Daase; Julian Junk & Harald Müller (Hrsg.), *Salafismus und Dschihadismus in Deutschland: Ursachen, Dynamiken, Handlungsempfehlungen* (S. 271–295). Frankfurt/New York: Campus.
- Etzkowitz, Henry & Leydesdorff, Loet (2000). *The dynamics of innovation: From National Systems and „Mode 2“ to a Triple Helix of university–industry–government relations*. *Research Policy*, 29(2), S. 109–123.
- Frankenberger, Rolf; Baur, Reiner; Rieger-Ladich, Markus; Schmid, Josef; Stauber, Barbara; Thiel, Angar & Thomas, Tanja (2023). *Researching far right extremism – a transdisciplinary, lifeworld and political culture perspective*. *Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft*, 17, S. 275–295.
- Fücker, Sonja (2024). *Wissen, „was die Welt [...] zusammenhält“ – Verständigungen über nützliches Wissen*. In Holger Backhaus-Maul; Sonja Fücker; Martina Grimmig; Viktoria Kamuf & Matthias Quent (Hrsg.), *Forschungsbasierter Wissenstransfer und gesellschaftlicher Zusammenhalt: Theorie, Empirie, Konzepte und Instrumente* (S. 32–61). Frankfurt/New York: Campus.
- Gangarova, Tanja; Kabangu, Lina & Yildiz, Melike (2023). *Community-Perspektiven auf Rassismus in der Gesundheitsversorgung: eine Community-basierte partizipative Studie*. Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM).
- Germann, Pascal; Held, Lukas & Wulz, Monika (2022). *Scientific Political Activism – eine Annäherung an das Verhältnis von Wissenschaft und politischem Engagement seit den 1960er Jahren*. *NTM Zeitschrift für Geschichte der Wissenschaften, Technik und Medizin*, 30, S. 435–444.
- Gonser, Monika; Zimmer, Karin; Mühlhäußer, Nicola & Gluns, Danielle (Hrsg.). *Wissensmobilisierung und Transfer in der Fluchtforschung. Kommunikation, Beratung und gemeinsames Forschungshandeln*. Münster/New York: Waxmann.
- Grau, Andreas & Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.). (2013). *Menschenfeindlichkeit in Städten und Gemeinden*. Weinheim: Beltz Juventa.

- Haker, Christoph & Otterspeer, Lukas (2023). Wissenschaftsbezogener Rechtspopulismus/-extremismus an Hochschulen – Perspektiven von Betroffenen. *ZRex – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung*, 3, 1/2023, S. 102–117.
- Heitmeyer, Wilhelm (2017). Öffentliche Soziologie zur Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. In Klaus Dörre; Brigitte Aulenbacher; Stephan Lessenich; Silke Helfrich; Tine Haubner; Hans-Jürgen Urban et al. (Hrsg.), *Öffentliche Soziologie. Wissenschaft im Dialog mit der Gesellschaft* (S. 213–230). Frankfurt/Main: Campus.
- Jaeger, Angelika & Kopper, Johannes (2014). Third mission potential in higher education: measuring the regional focus of different types of HEIs. *Review of Regional Research*, 34, S. 95–118.
- Kahmann, Bodo & Grimm, Marc (2018). Wissenschaft im Dienst der Erinnerungsabwehr. In Philip Baron; Ansgar Drücker & Sebastian Seng (Hrsg.), *Das Extremismusmodell. Über seine Wirkungen und Alternativen in der politischen (Jugend-)Bildung und der Jugendarbeit* (S. 27–31). Düsseldorf: IDA e.V.
- Kaldewey, David (2013). *Wahrheit und Nützlichkeit*. Bielefeld: Transcript.
- Kamuf, Viktoria & Meyer, Matthias (2024). Zwischen Verzahnung und Autonomie. Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Praxis im Themenfeld Rechtsextremismus – aus Sicht der Praxis. Jena: Wissensnetzwerk Rechtsextremismusforschung (Wi-REX). Zugriff am 28. November 2024 unter [https://wi-rex.de/wp-content/uploads/2024/06/Zwischen\\_Verzahnung\\_und\\_Autonomie.pdf](https://wi-rex.de/wp-content/uploads/2024/06/Zwischen_Verzahnung_und_Autonomie.pdf).
- Klare, Heiko (2023). Spannungsfelder Mobiler Beratung zwischen professioneller Haltung, Förderlogiken und Versichertheitlichung. In Friedemann Bringt; Marion Mayer; Nora Warrach & Esther Lehnert (Hrsg.), *Beratung zu Rechtsextremismus und Demokratiegefährdung: Konzepte – Herausforderungen – intersektionale Perspektiven* (S. 32–46). Weinheim: Beltz Juventa.
- Knorr-Cetina, Karin (2004). *Die Fabrikation von Erkenntnis. Zur Anthropologie der Naturwissenschaft* (4. Auflage). Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Mietke, Hannah; van de Wetering, Denis; Sellenriek, Juliane; Thießen, Ann-Kathrin & Zick, Andreas (2023). Wie kann eine kritische Rechtsextremismus- und Diskriminierungsforschung aussehen? Reflexionen hegemonialer Positionierungen. *NaDiRa Working Papers*, 8.
- Mietke, Hannah; Zick, Andreas & Bertermann, Jana Marie (2024). Aktuelle Herausforderungen (in) der Rechtsextremismusforschung: Arbeitsbedingungen, kritische (Selbst-)Reflexion und Wissenschaft-Praxis-Transfer. *Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit*, 2024 (1), S. 142–154.
- Nowotny, Helga; Scott, Peter & Gibbons, M. (2001). *Re-thinking Science: Knowledge and the Public in an Age of Uncertainty*. Oxford: Polity Press.
- Nuske, Jessica; Bleses, Peter & Warsewa, Günter (2024). Wissenstransfer in disziplinärer und transdisziplinärer Forschung zum gesellschaftlichen Zusammenhalt am Beispiel der Transferwerkstatt „Wissen-schafft-Politik“. In Holger Backhaus-Maul; Sonja Fückler; Martina Grimmig; Viktoria Kamuf & Matthias Quent (Hrsg.), *Forschungsbasierter Wissenstransfer und gesellschaftlicher Zusammenhalt: Theorie, Empirie, Konzepte und Instrumente* (S. 85–109). Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Pallinger, Ina (2018). Perspektiven kritischer Rechtsextremismusforschung im Kontext von Drittmittelfinanzierung. In Alexander Häusler & Helmut Kellershohn (Hrsg.), *Das Gesicht des völkischen Populismus. Neue Herausforderungen für eine kritische Rechtsextremismusforschung* (S. 200–209). Münster: Unrast.
- Quent, Matthias (2015). Der Public Sociology-Ansatz. In Matthias Quent & Peter Schulz, *Rechtsextremismus in lokalen Kontexten* (Edition Rechtsextremismus). Wiesbaden: Springer VS.
- Quent, Matthias (2017). Vorurteilsgeleitete Radikalisierung als integratives Konzept öffentlicher Demokratieforschung. *Wissen schafft Demokratie*, 1, S. 104–123.
- Schauz, Désirée (2019). Umstrittene Analysekatgorie – erfolgreicher Protestbegriff. Debatten über Ökonomisierung der Wissenschaft in der jüngsten Geschichte. In Rüdiger Graf (Hrsg.), *Ökonomisierung. Debatten und Praktiken der Zeitgeschichte* (S. 262–296). Göttingen: Wallstein.

- Seul, Marc; Zarbock, Luca; Richter, Salome; Thureau, Franziska & Krewer, Gina (2024). Probleme, Perspektiven und Aufgaben antisemitismuskritischer Forschung im Angesicht des 7. Oktober. In Luca Zarbock, Salome Richter, Marc Seul, Franziska Thureau, Andreas Borsch, Luisa Gärtner, Lennard Schmidt, Dorothea Seiler (Hrsg.). *Antisemitismus zwischen Latenz und Leidenschaft: Kommunikations- und Äußerungsformen des Judenhasses im Wandel* (S. 9–31). Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich.
- Sowka, Alexandra (2016). *Wissenschaftskommunikation zwischen Sozialforschung und Praxis. Eine handlungstheoretische Untersuchung am Beispielfall Rechtsextremismus*. Wiesbaden: Springer VS.
- Van de Wetering, Denis (2012). Semantiken der Wissenschaft und ihr Verhältnis zur Öffentlichkeit. In Kai Unzicker & Gudrun Hessler (Hrsg.), *Öffentliche Sozialforschung und Verantwortung für die Praxis. Zum Verhältnis von Sozialforschung, Praxis und Öffentlichkeit* (S. 105–132). Wiesbaden: Springer VS.
- Van de Wetering, Denis (2024). Wenn Wissenschaft und Praxis im Bereich Rechtsextremismus miteinander auf Tuchfühlung gehen. *Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit*, 1(24), S.156–162.
- Van de Wetering, Denis; Schwind, Ellen & Dau, Jonas (2024). *Wissenschaft und Praxis im Dialog*. Mönchengladbach: Wissensnetzwerk Rechtsextremismusforschung (Wi-REX). Zugriff am 28. November 2024 unter <https://wi-rex.de/wp-content/uploads/2024/07/Wi-Rex-Shortreport-Wissenschaft-und-Praxis-im-Dialog.pdf>.
- Villa, Paula-Irene & Speck, Sarah (2020). Das Unbehagen der Gender Studies. *Open Gender Journal*, 4, S.1–26.
- Virchow, Fabian (2016). Rechtsextremismus: Begriffe – Forschungsfelder – Kontroversen. In Fabian Virchow; Martin Langebach & Alexander Häusler (Hrsg.), *Handbuch Rechtsextremismus* (S. 5–42). Wiesbaden: Springer VS.
- Vogelmann, Frieder (2022). *Die Wirksamkeit des Wissens. Eine politische Epistemologie*. Berlin: Suhrkamp.
- von Unger, Hella (2014). *Partizipative Forschung. Einführung in die Forschungspraxis*. Wiesbaden: Springer VS.



# Populismus, Radikalisierung, Normalisierung? Normalistische Konzepte in der neueren deutschen Rechtsextremismusforschung

Holger Oppenhäuser

**Zusammenfassung:** Der Beitrag untersucht die jüngere deutsche Rechtsextremismusforschung mit einem diskursanalytischen Zugang und fokussiert insbesondere auf die Konjunktur der Begriffe Rechtspopulismus, Radikalisierung sowie jüngst Normalisierung. Dies wird jeweils anhand einiger empirischer Beispiele beschrieben und als Ausdruck eines generellen ‚Normalismus‘ (post-)industrieller Gesellschaften analysiert. Den theoretischen und methodologischen Hintergrund bilden Jürgen Links Interdiskurtheorie und seine daran orientierte Analyse des Normalismus. Ziel des Beitrages ist es, für die Effekte einer entsprechenden wissenschaftlichen Konstruktion des Gegenstandes zu sensibilisieren.

**Schlüsselbegriffe:** Rechtspopulismus, Radikalisierung, Normalisierung, Normalismus, Rechtsextremismusforschung

## Populism, radicalization, normalization? An analysis of normalistic concepts in current research on the far right in Germany

**Summary:** The article analyses recent German research on right-wing extremism using a discourse-analytical approach. It focuses in particular on the frequent use of the terms right-wing populism, radicalisation and normalisation. Each of these tendencies is described with reference to some empirical examples. After that, the whole phenomenon is analyzed as an expression of a general ‚normalism‘ of (post-)industrial societies. The theoretical and methodological background is provided by Jürgen Link’s theory of interdiscourses and especially his analysis of normalism based on it. The article aims at raising awareness of the effects of this kind of normalist construction of the topic in social sciences.

**Keywords:** Populism, Radicalization, Normalization, Normalism, Far-right research

Während der Arbeit an diesem Artikel kündigt der Piper-Verlag einen Sammelband namhafter Kenner:innen der nationalistischen Rechten an. Der Titel des Buches lautet: „Rechtsextrem, das neue Normal? Die AfD zwischen Verbot und Machtübernahme“. Im zugehörigen Text auf der Verlagsseite wird konstatiert, dass die AfD sich parteipolitisch etablieren konnte, während sich intern zugleich „ein immer extremerer Rechtskurs durchgesetzt“ hat, und der Klappentext ordnet dies in einen „auch international zu beobachtenden Trend der Normalisierung von Rechtsaußenpositionen“<sup>1</sup> ein. Ähnliche Formulierungen nutzen die Politologen Wolfgang Schroeder und Bernhard Weßels (2023) in ihrer AfD-Studie für die Otto-Brenner-Stiftung mit dem Titel „Radikalisiert und etabliert“. Sie konstatieren einen weitgehenden wissenschaftli-

1 [www.piper.de/buecher/rechtsextrem-das-neue-normal-isbn-978-3-492-07317-2](http://www.piper.de/buecher/rechtsextrem-das-neue-normal-isbn-978-3-492-07317-2) (13.06.2024).

chen „Konsens darüber, dass sich die Partei im Zeitverlauf enorm radikalisiert hat, so dass die Zuordnung zur rechtspopulistischen Parteienfamilie als angemessen erachtet wird“ (Schroeder/Weßels 2023: 12 f.). Die entsprechenden parteiinternen Auseinandersetzungen deuten sie als Ausdruck des „für rechtspopulistische oder -konservative Parteien notorsche[n] Problem[s] der Abgrenzung zum Rechtsextremismus“ (Schroeder/Weßels 2023: 11). Auch von einer ‚Normalisierung des Rechtsextremismus‘ ist jüngst vermehrt die Rede. Exemplarisch sei auf die Kooperationsgruppe „Die Normalisierung der extremen Rechten“ verwiesen, die von 2022 bis 2024 an der Universität Bielefeld angesiedelt war und sich zur Aufgabe gemacht hat, „die Mechanismen der Verbreitung und Normalisierung rechtsextremen Denkens aufzudecken und darzustellen, wie sich die Grenzen des Normalen durch die Transformation des Sagbaren und Machbaren in der Demokratie verschieben“<sup>2</sup>.

Die zitierten Formulierungen sind symptomatisch für eine aktuelle Tendenz in der Rechtsextremismusforschung. Einerseits zeigen sie Veränderungen der Empirie an: Es geht explizit um einen *Zeitverlauf*, es gibt einen *Trend*, etwas ist *neu*, hat sich *durchgesetzt*, wurde *verschoben*, eine *Verbreitung* und eine *Transformation* werden konstatiert. Andererseits werden diese diachronen Prozesse auf der Basis einer dauerhaften – wenn man so will, synchronen – semantischen Struktur gefasst, in deren Zentrum die Unterscheidung von *Normalität* und *Anormalität* beziehungsweise *Extremismus* steht. Dadurch werden die fraglichen Prozesse auf eine bestimmte Weise in (populär-)wissenschaftliches Wissen überführt. Im Folgenden wird diese semantische Struktur zunächst genauer rekonstruiert und als wesentliches Element des von Jürgen Link analysierten ‚Normalismus‘ eingeordnet (1). Anschließend wird die Bedeutung des Wortes Rechtspopulismus in diesem Zusammenhang sowie die entsprechende Einordnung der AfD (2) genauer beleuchtet. Danach werden Radikalisierung (3) und Normalisierung (4) als normalistische Prozessbeschreibungen untersucht und die (nicht-intendierten) Effekte entsprechender sozialwissenschaftlicher Konstruktionen betont. Die Analyse der drei Begriffe beruht jeweils auf zwei methodischen Schritten. Zum einen wird die Begriffskonjunktur anhand einer quantitativen Auswertung des Kataloges der Deutschen Nationalbibliothek beschrieben und zeitlich in den jeweiligen gesellschaftlichen Kontext eingeordnet. Zum anderen wird die Verankerung der Begriffe in einer normalistischen Grundstruktur mittels einer qualitativen Analyse exemplarischer Texte und Bildelemente herausgearbeitet. In einem knappen Schluss (5) wird dafür plädiert, die normalistische Terminologie zu meiden. Alternativ werden konkrete inhaltliche Zugriffe auf den Gegenstand der Forschung sowie eine Orientierung am gesellschaftlich Möglichen statt am konkret Gegebenen vorgeschlagen.

# 1 Das Normalitätsdispositiv und die Rechtsextremismusforschung

Abb.1: Die Struktur der einleitend zitierten Quellen

|                    |  |                              |       |                       |                               |                    |
|--------------------|--|------------------------------|-------|-----------------------|-------------------------------|--------------------|
| Linksaußenposition |  | Mitte links                  | Mitte | Mitte rechts          | Rechtsaußenposition           |                    |
| Links-extremismus  | Links-populistische Parteien   | Sozialdemokratische Parteien |       | konservative Parteien | Rechts-populistische Parteien | Rechts-extremismus |
| Extrem, Anormal    | Etabliert<br><= Grenzen des Normalen, Sagbaren und Machbaren =><br>Abgrenzung zum Rechtsextremismus => |                              |       |                       | Extrem, Anormal               |                    |

In Abb. 1 ist die semantische Struktur der einleitenden Zitate abgetragen. Die Worte in den hellen Feldern kamen so explizit vor, die grau hinterlegten können draus abgeleitet werden. Zu sehen ist die bekannte Unterscheidung von politischer Mitte und Extremismus auf der rechten und der linken Seite des politischen Spektrums, mit einer Übergangszone des Populismus, welche die Rechtsextremismusforschung seit Langem prägt und auf der nicht zuletzt die berühmte Hufeisenfigur der Extremismus-Theorie beruht (zum Folgenden Oppenhäuser 2011). Der Literaturwissenschaftler und Diskurstheoretiker Jürgen Link (2006: 419–428) hat diese Struktur empirisch rekonstruiert und als wesentlichen Teil eines politischen Normalitätsdispositivs ausgewiesen, durch das bestimmte politische Positionen oder auch Parteien als normal und andere als anormal eingeordnet werden können. Derzeit dürfte in Deutschland beispielsweise die grundsätzliche Anerkennung des anthropogenen Klimawandels im Normalspektrum liegen, während dessen explizite Leugnung ebenso wie bestimmte darauf bezogene Formen zivilen Ungehorsams („Klimakleber“) als anormal gelten. Diese Codierungen sind relativ flexibel und können sich verändern. In der politischen Auseinandersetzung ist entscheidend, welche Positionen und Akteur:innen jeweils als Teil des legitimen Normalbereiches gelten. Dementsprechend gibt es, wie die untere Zeile in Abb. 1 zeigt, permanente politische Auseinandersetzungen um den Verlauf der Normalitätsgrenzen. Die Einordnung bestimmter Positionen im politischen (Normal-)Spektrum sind zwar zu einem gewissen Grad arbiträr, aber keineswegs beliebig möglich. Denn sie hängen nicht zuletzt mit der statistischen Verteilung der entsprechenden Position zusammen. Wie Link (2006) herausgearbeitet hat, ist das politische Normalitätsdispositiv Teil eines allgemeinen Normalismus (post-)industrieller Gesellschaften<sup>3</sup>. Dieser beruht auf der Erhebung und statistischen Auswertung von Daten in allen möglichen Bereichen, zum Beispiel Einkommen, Krankheiten, sexuelle Praktiken, Konsumgewohnheiten oder politische Einstellungen. Dabei gilt – das ist ganz entscheidend – die Gaußsche Normalverteilung als positiv gewertete Normalität, während extreme Ungleichverteilungen als bedrohliche Denormalisierung gelten. So operiert auch

3 Link leistet hier eine Systematisierung und empirische Fundierung früherer Arbeiten zum Thema Normalität/Normalisierung von Foucault, Canguilhem, Castel und anderen.

das politische Normalitätsdispositiv und entsprechend könnte über Abb. 1 eine Normalverteilungskurve gelegt werden, deren extreme Enden die Grenzen der Normalität überschreiten, während die ‚Normalos‘, die in Umfragen ‚gemäßigte‘ Ansichten äußern – also zum Beispiel bei der Sonntagsfrage angeben, eine etablierte konservative oder sozialdemokratische Partei zu wählen – die Mehrheit in der Mitte bilden.

Mit dem Dispositivbegriff Foucaults (1978) weist Link darauf hin, dass hier unterschiedliche diskursive und nicht-diskursive Praktiken zusammenwirken und Machteffekte zeitigen. In der permanenten Feedbackschleife aus Befragungen durch Meinungs- und Wahlforschungsinstitute sowie der medialen Berichterstattung darüber in unzähligen Formaten a la ZDF-Politbarometer können die Subjekte stets überprüfen, welche Positionen derzeit wie bewertet werden und ob sie sich mit ihrer Meinung (noch) im Normalspektrum befinden. An der Produktion von Normalität wirkt darüber hinaus ein weites institutionelles Ensemble von Bildungseinrichtungen bis hin zum Inlandsgeheimdienst, der in seinen Berichten über die Grenze zwischen normalen und extremistischen Organisationen wacht, was handfeste administrative und juristische Folgen wie die Aberkennung der Gemeinnützigkeit haben kann.

Auch das Wissensfeld der sozialwissenschaftlichen Rechtsextremismusforschung operiert in weiten Teilen innerhalb des politischen Normalitätsdispositivs. Besonders auffällig ist die enge Verbindung von Extremismustheorie und Geheimdienstpraxis sowie deren starke Prägung des Feldes schon durch die Etablierung des Oberbegriffes Rechtsextremismus. Hier fanden in den vergangenen Jahren allerdings auch deutliche Veränderungen statt. Auf der institutionellen Ebene ist – quasi spiegelbildlich zum Nexus Extremismustheorie/Verfassungsschutz – eine zunehmende Verzahnung der universitären Forschung mit zivilgesellschaftlichen Gruppen, Archiven, Forschungs-, Beratungs- und Bildungseinrichtungen zu beobachten, die sich kritisch mit der nationalistischen Rechten auseinandersetzen. Diskursiv gehen diese Veränderung mit einer Ausweitung der untersuchten Phänomene, einer Pluralisierung der theoretischen und methodischen Zugänge sowie nicht zuletzt einer erhöhten Selbstreflexivität bezüglich der Begriffsbildung (exemplarisch FKR 2011; Virchow 2017; Grimm 2018; Berendsen/Rhein/Uhlig 2019) einher. Zeitschriften wie die ZReX oder Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit sind davon ebenso Ausdruck wie zahlreiche Sammelbände, etwa das Handbuch Rechtsextremismus (Virchow/Langebach/Häusler 2017; Virchow et al. 2024). Zuletzt hat sich der Einbezug der Zivilgesellschaft und die erhöhte Selbstreflexivität deutlich in der Ausgabe 2/2023 von Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit zum Thema Buzzwords gezeigt, in der unter anderem die Worte Extremismus, Mitte und Radikalisierung in jeweils zwei Beiträgen aus Sicht der Wissenschaft und aus Sicht der Praxis kritisch beleuchtet wurden.

Dennoch wirkt das Normalitätsdispositiv nach wie vor stark auf die Rechtsextremismusforschung ein<sup>4</sup>. Dies gilt nicht nur, weil sie sich etwas resignativ mit dem Oberbegriff des „Rechtsextremismus“ angefreundet hat, der sich eben „trotz aller berechtigter Kritik [...] sowohl im akademischen Feld als auch in öffentlichen, politischen und zivilgesellschaftlichen Kontexten weitgehend durchgesetzt“ hat, wie es im Editorial zur ersten Ausgabe der ZReX (1/21: 3) heißt. Vielmehr lassen sich, wie im Folgenden gezeigt wird, auch die aktuellen Begriffskonjunkturen, mit denen gesellschaftliche Entwicklungen, wie die Entstehung und Konsolidierung der AfD sowie anderer nationalistischer Parteien weltweit, gefasst werden,

4 In umgekehrter Perspektive könnte die Rechtsextremismusforschung als Teil des Normalitätsdispositivs analysiert werden.



vielfach entsprechend einordnen. Das ist insofern nicht weiter verwunderlich (und leugnet auch nicht die möglichen Erkenntnisgewinne entsprechender Beiträge) als dass der Normalismus eben ein häufig unbewusstes, tragendes Element der Gegenwartskultur ist. Dennoch sollte sich die Forschung dieser Tatsache und damit auch der eigenen Machteffekte bewusst sein. Die betrifft unter anderem den Begriff des Rechtspopulismus.

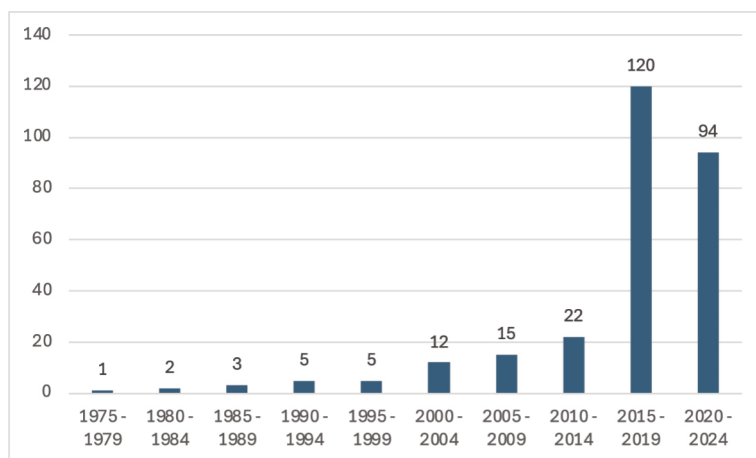
## 2 Der Rechtspopulismus-Boom und die Einordnung der AfD

Exemplarisch für die Debatte um Rechtspopulismus steht ein Band mit dem bezeichnenden Titel „Aufstand der Außenseiter“ von Frank Decker et al. (2022), der in der Reihe „International Studies on Populism“ bei Nomos erschienen ist. Darin schreiben die Autoren einleitend:

„In den 1970er- und 1980er-Jahren bildete sich [...] eine neuartige Parteienfamilie heraus. In der Konkurrenz verschiedener Begriffe hat sich deren Bezeichnung als ‚rechtspopulistisch‘ im wissenschaftlichen Sprachgebrauch weitgehend durchgesetzt. [...] Die Herausbildung und der Erfolg dieser Parteienfamilie haben eine politikwissenschaftliche Debatte um den Begriff des Populismus angestoßen. [...] Ab Beginn der 2000er-Jahre setzte sich in der Forschung ein gewisser Konsens durch.“ (Decker et al. 2022: 13)

Diese Chronologie deckt sich mit dem Erscheinen von Titeln zum Thema Populismus, die im Katalog der Deutschen Nationalbibliothek verzeichnet sind (siehe Abb. 2).

Abb. 2: Neuerscheinungen mit Populismus im Titel laut Katalog der Deutschen Nationalbibliothek (Stand: Mai 2024)



Während bis zu Beginn der 1990er-Jahre gerade einmal sechs Bücher zum Thema Populismus erschienen und im Laufe des Jahrzehnts zehn weitere, hat sich die Anzahl der Neuerscheinungen zu Beginn des neuen Jahrtausends mehr als verdoppelt und explodiert gegen Ende der 2010er-Jahre mit 120 Titeln geradezu.

Jürgen Link (2002, 2008, 2020) hat diese Entwicklung bereits auf einer Tagung im Jahr 2001 als spezifischen Effekt des politischen Normalitätsdispositivs gedeutet. Wie er überzeugend darlegt, ist die Konjunktur des Populismusbegriffs weniger der immanent wissenschaftlichen Debatte geschuldet als der politisch-medialen Dynamik im Zuge der ersten Koalitionsbildung von FPÖ und ÖVP in Österreich<sup>5</sup>. Nach den Regeln des Normalitätsdispositivs konnte eine Regierungspartei nicht (weiterhin) als rechtsextrem bezeichnet werden und in dieser Situation setzt sich im politisch-medialen Diskurs die Bezeichnung rechtspopulistisch für die FPÖ (und ähnliche Parteien) durch. Der politisch-mediale Diskurs griff also auf einen in der Politikwissenschaft diskutierten Begriff zurück, um ein tagespolitisch drängendes Bezeichnungsproblem zu lösen. Die theoretischen Konzepte, die in den klassischen Texten der Populismusforschung (Dubiel 1986, Möller 2022) formuliert wurden, spielten dabei keine große Rolle. Die politisch-mediale Entwicklung wirkte dann aber wieder auf die Sozialwissenschaften zurück und löste einen Boom an Schriften zum Thema Populismus aus. Politisch fand damit eine ‚Normalisierung‘ der FPÖ und ihrer inhaltlichen Positionen statt, die sich sowohl auf die wissenschaftliche Einordnung von entsprechenden Akteur:innen als auch auf deren eigene taktische Positionierung ausgewirkt haben. „Anders als mit dem Stigma des ‚Rechtsextremismus‘ konnten Haider und die FPÖ mit der Bezeichnung ‚(Rechts-)Populismus‘ gut leben und eigneten sich diese Zuschreibung in den 1990er-Jahren als Marke an.“ (Jeitler 2023: 559) Entsprechend kann auch Gaulandes berühmter FAZ-Artikel „Warum muss es Populismus sein?“ vom 06. 10. 2018 gelesen werden, in dem er die Einordnung AfD als populistisch aufnimmt und positiv wendet<sup>6</sup>.

Auch in den Sozialwissenschaften wurde die AfD – trotz anfänglichen Zögerns (Lewandowsky 2015) – ebenfalls recht bald als rechtspopulistisch eingeordnet. Exemplarisch für die Debatte kann ein Aufsatz von Floris Biskamp (2021) mit dem Titel „Extrem populistisch? Über die Kategorisierung von Rechtsaußenparteien und die Einordnung der AfD“ herangezogen werden. Darin entwickelt Biskamp ein „Schema zur Klassifikation von Rechtsaußenparteien“ (siehe Abb. 3). Er bezieht sich dabei insbesondere auf Cas Mudde (2020)<sup>7</sup>, aber letztlich findet sich eine nahezu identische Terminologie auch bei Decker et al. (2022)<sup>8</sup> und vielen weiteren Autor:innen.

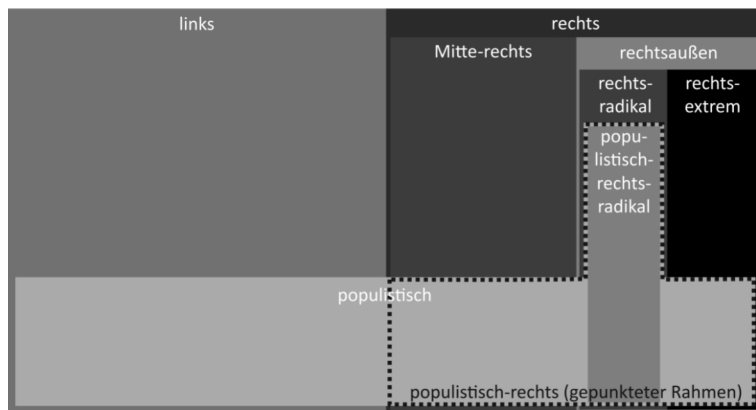
5 Den historischen Verlauf der Debatte in Österreich selbst hat Jeitler (2023) jüngst aufgearbeitet.

6 Die Selbstpositionierung der AfD, ihre Diffamierung von ‚Linksextremismus‘ (Fuhrmann 2019) und ihr generelles Spiel auf der Klaviatur des Normalismus – ‚Deutschland – aber normal‘ war das Motto des Wahlprogramms 2021 – wäre eine eigene Untersuchung wert.

7 Neben früheren Texten von Mudde bezieht sich Biskamp auf das englische Original „The far right today“, dessen deutsche Übersetzung hier angegeben ist.

8 So schreiben die Autoren in der Einleitung ihres Bandes: „Umstritten in der Populismus-Forschung bleiben die Abgrenzung von Rechts- und Linkspopulismus und das Verhältnis zum Extremismus“ (Decker et al. 2022: 14).

Abb. 3: Schema zur Klassifikation von Rechtsaußenparteien (Biskamp 2021: 35)



Zu sehen ist ein ‚Spektrum von links bis rechts‘ mit ‚Mitte-Rechtsparteien‘ und ‚Rechtsaußenparteien‘, die wiederum in ‚rechtsextreme‘ und gemäßigte nämlich ‚rechtsradikale‘ beziehungsweise weitgehend deckungsgleich ‚populistisch rechtsradikale‘ unterteilt werden. Biskamps Schema entspricht damit exakt den bekannten Grundstrukturen des Normalitätsdispositivs beziehungsweise des Hufeisenschemas, was er auch selbstkritisch anmerkt und als Nachteil benennt (Biskamp 2021: 31). Dessen ungeachtet zeigt das Schaubild, dass der Begriff des Populismus im politikwissenschaftlichen Sinne nicht mit seiner Funktion als ‚Grenzbereich‘ im normalistischen Spektrum identisch ist<sup>9</sup>. Populismus als Form von Elitenkritik bzw. als Artikulation nicht-repräsentierter Forderungen findet sich potenziell im gesamten Spektrum, wie der hellgraue Kasten unten verdeutlicht. Und der gepunktete Bereich zeigt mögliche Varianten von rechtem Populismus – etwa von Friedrich Merz (CDU) oder Christian Lindner (FDP) bis zu Björn Höcke (AfD). Dabei ist der Bereich, in den ‚rechtspopulistische Parteien‘ normalistisch eingeordnet werden, noch einmal eigens hervorgehoben, was Biskamp (übereinstimmend mit der hier vertretenen Analyse) als alltagsdiskursiv beschreibt: „Im Alltagsdiskurs ist die Verwendung des Wortes rechtspopulistisch dagegen weitgehend synonym mit dem, was in C. Muddes Schema die populistisch-rechtsradikalen Parteien sind“ beziehungsweise mit der ‚rechtspopulistischen Parteienfamilie‘ in der Terminologie von Decker et al. (2022: 13).

Mit den Pfeilen rechts unten zeichnet Biskamp (2021: 35) dann – stellvertretend für zahlreiche andere Texte zur Entwicklung der Partei unter den Vorsitzenden Lucke, Petry und Meuthen – die „Flugbahn der AfD im politischen Raum“ bis 2020 nach. Wenn die Entwicklung seither im normalistischen Schema fortgeschrieben werden sollte, müssten die Pfeile mittlerweile noch einmal deutlich nach rechts zeigen. Dafür sprechen die inhaltliche

9 Decker et al. (2022: 15) schreiben dazu: „Was das Verhältnis des Populismus zum Extremismus betrifft, hält sich bis heute hartnäckig das Missverständnis, beides seien verschiedene Paar Schuhe. Tatsächlich liegen die Begriffe aber auf unterschiedlichen Ebenen, sodass sie als Attribute einander nicht ausschließen. Der Populismus stellt mit anderen Worten keine ‚mildere‘ Form des Extremismus dar, auch wenn er – wie unter anderem das Beispiel der AfD zeigt – mit einer extremistischen Ausrichtung zusammengehen kann.“ Nur eine Seite weiter werden dann aber „die rechtsextreme Jobbik“ und die „gemäßigtere Fidesz“ kontrastiert, wobei letztere als „Vertreterin der rechtspopulistischen Parteienfamilie“ (Decker et al. 2022.: 16) vorgestellt wird. Dies entspricht wiederum der normalistischen Nutzung des Populismusbegriffs, die zuvor zurückgewiesen wurde.

und personelle Entwicklung auf den letzten Parteitag mit dem vorläufigen Höhepunkt beim Europaparteitag 2023, auf dem programmatisch die Abwicklung der EU und personell die Nominierung des völkischen Hardliners Kraus zum Spitzenkandidaten beschlossen wurde. Zudem wird die künftige wissenschaftliche Kategorisierungsdebatte wohl nicht unberührt davon bleiben, dass der Inlandsgeheimdienst mehr und mehr Teile der Partei als ‚gesichert rechtsextrem‘ einstuft und die Gesamtpartei mittlerweile gerichtsfest als rechtsextremistischen Verdachtsfall einstufen darf<sup>10</sup>. Der Begriff der Radikalisierung, mit der diese innerparteiliche Entwicklung meist beschrieben wird, hat in den vergangenen beiden Jahrzehnten ebenfalls einen erstaunlichen Boom erfahren.

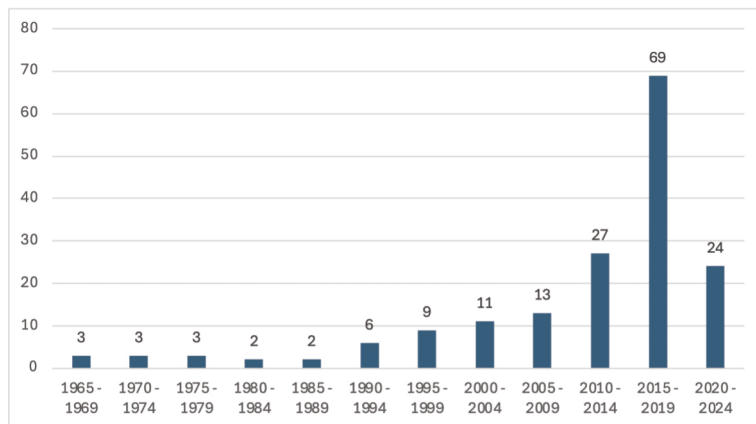
### 3 Radikalisierung

Mitte 2024 finden sich im Katalog der DNB 174 Bücher mit dem Wort ‚Radikalisierung‘ im Titel. Die ersten zehn dieser Bücher erschienen im Zeitraum vor 1980 mit Schwerpunkt auf den 1970er-Jahren (Abb. 4). Darunter sind zwei gedruckte Vorträge aus dem Jahr 1971, die sich auf die Studierendenrevolte beziehen sowie ein Buch mit dem Titel „Radikalisierung der Christdemokraten. Vom parlamentarischen Konservatismus zum Rechtsradikalismus“, der an Natascha Strobls Konzept des ‚Radikalisierten Konservatismus‘ (s. u.) erinnert. Die wenigen Titel, die von den 1980er-Jahren bis in die frühen 2000er-Jahre erschienen, verwenden das Wort in Kontexten, die nichts mit dem hier untersuchten Gegenstand zu tun haben<sup>11</sup>. Demgegenüber ist ein deutlicher Boom des Themas Radikalisierung seit knapp 20 Jahren zu erkennen, der mit Auftreten des dschihadistischen Terrors in westlichen Staaten zusammenhängt. Mehr als Zweidrittel der Buchtitel mit dem Wort Radikalisierung erschien in den letzten knapp 15 Jahren. 2006 erschien das erste Buch zum Thema Radikalisierung, das mit dem Schlagwort Islam\* und/oder Dschihad\* versehen ist und das gilt für 27 Prozent der seither erschienenen Bücher. Mit rechts\* sind seither 13 Prozent verschlagwortet und mit links\* 5 Prozent, wobei letztere überwiegend extremismustheoretisch ausgerichtet sind.

10 Auf diese Entwicklung, die auf Bundesebene bekanntermaßen auch mit dem Wechsel von Maaßen zu Haldenwang als Präsident des Bundesamtes zu tun hat (Schroeder/Weßels 2023: 30–40), kann hier nicht weiter eingegangen werden.

11 Außer Acht gelassen wurden hier auch historische Untersuchungen, etwa zur regionalen Entwicklung im NS oder zum Verlauf der Französischen Revolution.

Abb. 4: Neuerscheinungen mit Radikalisierung im Titel laut Katalog der Deutschen Nationalbibliothek (Stand: Mai 2024)



So wie die Entstehung des Extremismuskonzeptes in den 1970er-Jahren durch die 1968er-Revolution und seine Stabilisierung in den 1980er-Jahren durch eine Konjunktur nationalistischer Parteien und Bewegungen geprägt war, so ist die heutige Omnipräsenz von Radikalisierung und De-Radikalisierung durch die Konjunktur des Dschihadismus zu Beginn des 21. Jahrhunderts geprägt.

Nadine Jukschat und Katharina Leimbach (2020: 339) haben diesbezüglich herausgestellt, wie Radikalisierung durch „das Zusammenwirken politischer Interessen, Praktiken der Institutionen sozialer Hilfe und sozialer Kontrolle, medialer Konstruktionen und der Wissenschaftspraxis [...] zu einem hegemonialen Paradigma avanciert“ ist. Sie heben dabei die Bedeutung der Forschungsförderung und die Indienstnahme der Wissenschaft für sicherheitspolitische Interessen hervor. In der Praxis führt das Radikalisierungs-Paradigma zu einer inadäquaten Verengung des Blickes auf die untersuchten Phänomene, wie die Autorinnen anhand ihrer eigenen Forschungserfahrungen mit inhaftierten Straftätern zeigen. Weiterhin halten sie fest, dass „das Extremismuskonzept mit seiner hufeisenförmigen Gesellschaftsvorstellung letztlich theoretischer Bezugspunkt“ (Jukschat/Leimbach 2020: 338) im Hintergrund ist. Auch Anja Schmidt-Kleinert (2023: 107) betont, dass dem Konzept „letztlich die Vorstellung einer Entwicklung – einer ‚Radikalisierung‘ – weg von der ‚normalen‘ gesellschaftlichen Mitte hin zu einem ‚kognitiven‘ bzw. ‚gewaltbereiten‘ ‚Extremismus‘, der gesellschaftliche ‚Normalität‘ gefährdet, zugrunde“ liegt.

Einmal mehr zeigt sich also die enorme Wirkung des Normalitätsdispositivs bei der spontanen Einordnung neuartiger gesellschaftlicher Entwicklungen<sup>12</sup>. Dabei sind erneut die vielfach kritisierten inhaltlichen Unzulänglichkeiten der Extremismus-Theorie zu beobachten,

12 Bei der Kritik am Radikalisierungsparadigma geht es freilich nicht um „eine Absage an eine wissenschaftliche Beschäftigung mit Fragen nach den Motiven für die Hinwendung zu gewaltbereiten, menschenverachtenden Szenen, der Genese antidemokratischer Orientierungen“ oder ähnliches, sondern darum, dass diese „schwerlich angemessen mit einer Differenzen einebnenden, monoparadigmatischen Apparat wie dem hegemonialen Radikalisierungsparadigma mit seinen starken Vorannahmen erfasst werden können, noch dazu, wenn diese problematischen gesellschaftlichen Prozessen und Dynamiken (etwa der Versicherheitlichung, der Individualisierung von sozialen Problemen, der Stigmatisierung bestimmter Personengruppen etc.) Vorschub leistet.“ (Jukschat/Leimbach 2020: 351)

denn das Sprechen über Dschihadismus geht vielfach mit Seitenbemerkungen über rechte und linke Politiken einher<sup>13</sup>. In aller Klarheit hat Peter Neumann<sup>14</sup> diesen Zusammenhang in seinem Aufsatz „Radikalisierung, Deradikalisierung und Extremismus“ auf den Punkt gebracht, der in einer Ausgabe von „Aus Politik und Zeitgeschichte“ zum Thema „Deradikalisierung“ erschien: „Der Prozess, durch den [Personen] zu Extremisten wurden, war ihre Radikalisierung“ (Neumann 2013: 3) und „Deradikalisierung“ bezeichnet dementsprechend die „Umkehrung des Prozesses, durch den eine Person zum Extremisten wurde“ (Neumann 2013: 7). Mit anderen Worten geht es beim Thema Radikalisierung um eine Entwicklung, an deren Ende sich Personen wahlweise „als Soldaten im Dienste der ‚nationalen Revolution‘, ‚Gottes‘ oder ‚der Arbeiterklasse‘“ verstehen (Neumann 2013: 5). „Was genau dieser Prozess beinhaltet und womit er endet, ist unter Wissenschaftlern umstritten, nicht aber, dass es sich um einen Prozess – also eine Anzahl von Vorgängen, die sich über einen gewissen Zeitraum hinweg abspielen – handelt“ (Neumann 2013: 3). Dementsprechend kommen hier Kollektivsymbole wie das „Fließband“ oder das „Treppenhaus“ (Neumann 2013: 3) zum Tragen, in denen dann Bilder der Radikalisierung beziehungsweise Deradikalisierung gezeichnet werden. Es geht um das „Abrutschen“ und „Möglichkeiten zum Ausstieg“ (Neumann 2013: 10) oder auch darum „ein ‚Gegengift‘ zu finden, das heißt: einen positiven Einfluss, der der Wirkung des negativen Einflusses entgegensteht oder sie aufhebt“ (Neumann 2013: 7). Weiterhin unterscheidet Neumann (2013: 4–5) den „Begriff des ‚kognitiven Extremismus‘“ vom „Gewaltbereiten Extremismus“. In diesem Zusammenhang legt er den Modus Operandi des politischen Normalitätsdispositivs offen, indem er die Relativität der positiven und negativen Wertung bestimmter Positionen betont: „Die Worte ‚radikal‘ und ‚extrem‘ als Bezeichnung für bestimmte Ideen, Ziele und Wertvorstellungen besitzen keine universelle Gültigkeit. Sie setzen ein Wissen darüber voraus, was in einer bestimmten Gesellschaft oder zu einem gewissen Zeitpunkt als ‚moderat‘ oder ‚Mainstream‘ [oder ‚normal‘] gilt. Was die eine Gesellschaft für ‚radikal‘ hält, das gehört in einer anderen zum allgemeinen Konsens. Und was heute als ‚extremistisch‘ gilt, ist vielleicht morgen schon unverrückbarer Teil der staatlichen Ordnung.“ (Neumann 2013: 3: 4) Der Aufsatz von Neumann gehört mittlerweile zum Kanon in Sachen Radikalisierung. Eva Groß (2024) führt ihn in ihrem Aufsatz zu „rechtsgerichteter online Radikalisierung“ im neuen Handbuch Rechtsextremismus ebenso an wie Matthias Quent (2016) im Begriffskapitel seiner Dissertation zur Entstehung des NSU.

Groß (2024: 2) definiert Radikalisierung „in Anlehnung an Neumann (2013) als eine fortlaufend stärkere Abkehr von allgemeingültigen sozialen Normen [...] hin zu einer sukzessiven Akzeptanz von Gewalt bei der Durchsetzung ideologischer und politischer Ziele“. Sie verknüpft dies mit dem „international etablierte[n] Konzept der ‚Far-Right‘ [...], das im Gegensatz zum engeren Begriff des Rechtsextremismus ein facettenreicheres Feld aus

13 Ein Beispiel dafür ist das von der Bundeszentrale für politische Bildung vertriebenen Buch „Radikalisierung“ von Farhad Khosrokhavar (2016) dessen zentrales Thema der Dschihadismus ist und das vom Autor ebenso wie von Claus Leggewie im Vorwort ohne erkennbaren Grund mit Exkursen (‘anarchistischer Terror im 19. Jahrhundert’) und Seitenbemerkungen zu ‚Rechtsextremismus‘ oder ‚linksextremer Gewalt‘ versehen wird.

14 Neumanns institutioneller Hintergrund verdeutlicht den sicherheitspolitischen Kontext, in dem der sozialwissenschaftliche Radikalisierungsboom zu verorten ist. Er ist CDU-Mitglied und war Gründungsdirektor des International Center for the Study of Radicalisation (ICSR), einer Forschungseinrichtung, die 2008 auf einer „Conference on Radicalisation and Political Violence in London“ gegründet wurde, auf der unter anderem die damalige britische Innenministerin eine Rede zu geplanten Maßnahmen gegen Terrorismus hielt. 2015 hat Neumann „Die neuen Dschihadisten. IS, Europa und die nächste Welle des Terrorismus“ bei Ullstein veröffentlicht und 2023 „Logik der Angst. Die rechtsextreme Gefahr und ihre Wurzeln“ bei Rohwolt. Bei der Bundestagswahl 2021 war er als Experte für Sicherheitsfragen Mitglied von Armin Laschets Schattenkabinett.

Ideologien, Personen und Gruppierungen“ (Groß 2024: 3) umfasse. Zugleich bezeichnet sie Neonazis mit einem Zitat aus einem Buch Neumanns als „Pioniere des extremistischen Internets“ (Groß 2024: 2) und fasst aktuelle „Forschungen zu Radikalisierungsprozessen“ dahingehend zusammen, „dass extremistische Radikalisierungen nicht einfach als ideologische Mobilisierung oder rein kognitive Entwicklung spezifischer Weltanschauungen verstanden werden können“ (Groß 2024: 5). Auch hier wirken offenkundig die Regeln des Normalitätsdispositivs.

Quent (2019: 34) zitiert Neumanns Definition ebenfalls im Rahmen seiner Aufarbeitung des Forschungsstandes zum Thema Radikalisierung. Er setzt sich anschließend jedoch ausführlich mit den problematischen Implikationen extremismustheoretischer Modelle auseinander (Quent 2019: 39–45) und präsentiert schließlich, ausgehend von soziologischen Überlegungen, das Modell einer Radikalisierungspyramide zur Entstehung politischer Gewaltgruppen (Abb. 5.). Diese Pyramide reicht von der breiten Basis gesellschaftlicher Makrostrukturen über die Mesoebene politischer Bewegungen und Subkulturen bis hin zur Spitze der Mikroebene in Form gewalttätiger Kleingruppen und Einzelpersonen. Die individuelle Radikalisierung verläuft demnach von der breiten gesellschaftlichen Basis nach oben zur Spitze. Damit liegt das Modell auch auf der bildhaften Ebene quer zur normalistischen Symbolik (Abb. 6), in deren Zentrum die Unterscheidung politischer Normalität/Anormalität auf der horizontalen Rechts-links-Achse liegt. Dies gilt auch für Heitmeyers ‚Zwiebelmodell‘ (Abb. 7), das auf der symbolischen Unterscheidung von unterschiedlichen Schalen beruht, von der größten Schicht gruppenbezogen-menschenfeindlicher Einstellungsebene ganz außen bis hin zum kleinen inneren Kern terroristischer Gruppen. Deutlich zu erkennen ist die normalistische Symbolik hingegen erneut in einer Abbildung Ben Slamas aus dem Handbuch Extremismusprävention des Bundeskriminalamtes (Abb. 8). Hier wird eine Entwicklung von der Vorradikalisierung in der Mitte über verschiedene Stufen wie die Radikalisierung und die gewalttätige Radikalisierung bis hin zum dauerhaften Engagement ganz außen gezeichnet, während die gegenläufige Bewegung über die Stufen Disengagement und Deradikalisierung auf der horizontalen Achse zurück in die Mitte führt. Hier tritt die normalistische Konnotation von ‚Radikalisierung‘, die in den soziologischen Modellen Quents und Heitmeyers konterkariert wird, erneut in den Vordergrund.

Allen bisher betrachteten Ansätzen ist gemeinsam, dass es jeweils um die individuelle ‚Radikalisierung‘ geht – von der Übernahme bestimmter Positionen bis hin zur Anwendung von (terroristischer) Gewalt. In einem anderen Sinne nutzt Natascha Strobl (2021) den Begriff in ihrem Buch „Radikalisierte Konservatismus“: Sie geht von inhaltlichen

Abb. 5: Modell einer Radikalisierungspyramide zur Entstehung politischer Gewaltgruppen (Quent 2019: 51)

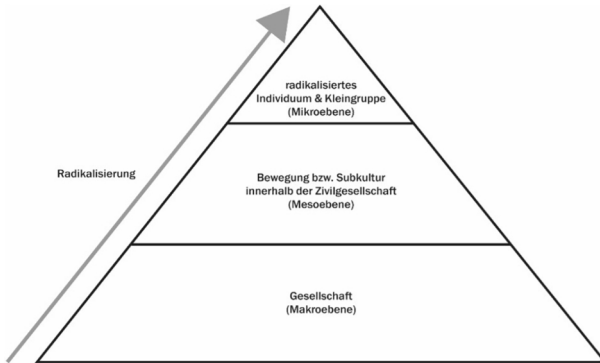


Abb. 6: Normalistische Kollektivsymbolik (Link 2006: 366)

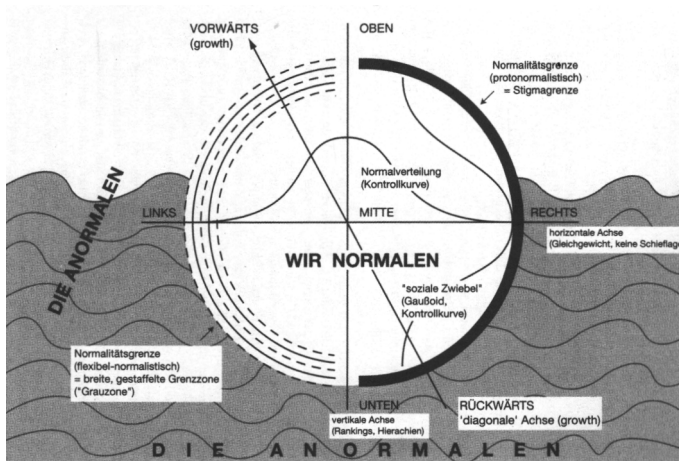




Abb. 7: Das Eskalationskontinuum (Heitmeyer 2018: 356)

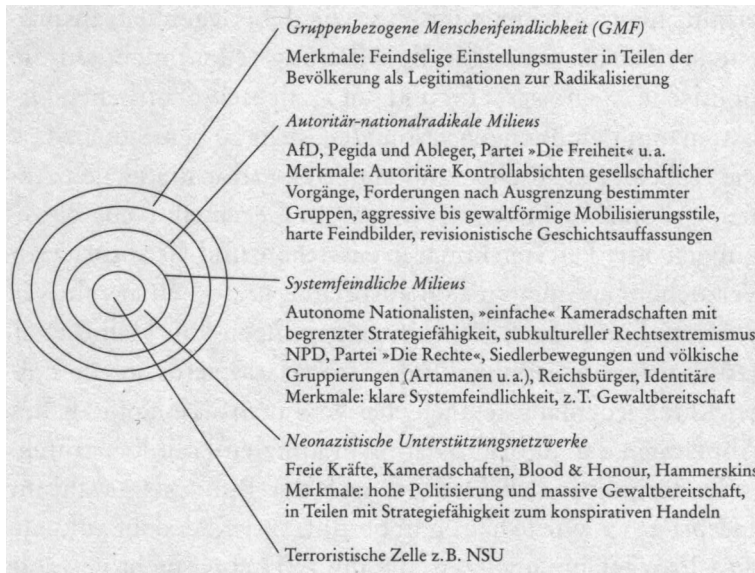
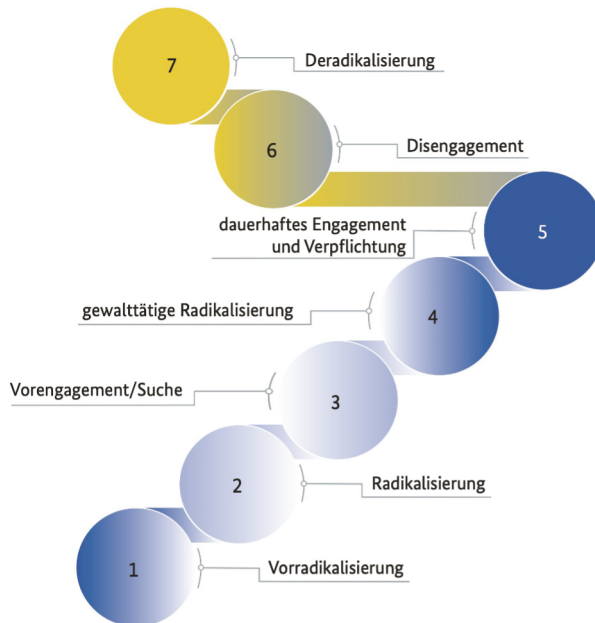


Abb. 8: Stadien eines Radikalisierungsprozesses (Ben Slama 2020: S. 332)



Definitionen von Konservatismus und verschiedenen Strömungen der „extremen Rechten“ (Strobl 2021: 29) aus und untersucht Verschiebungen in diesem Bereich der politischen Ideologien.

„Im Gegensatz zum klassischen Konservatismus streben rechtsextreme Parteien eine schnelle und umfassende Transformation der Gesellschaft an. Konservative Parteien dagegen möchten des Status quo aufrechterhalten bzw. nur behutsam ändern. Wo sie [...] eine Bewegung hin zum Rechtsextremismus vollziehen, entsteht der radikalisierte Konservatismus.“ (Strobl 2021: 30)

Das Konzept zielt auf die „Transformation konservativer Großparteien“ wie der ÖVP in Österreich und der Republikaner in den USA, die sich lange Zeit selbst als „catch-all-Parteien [...] Mitte-Rechts“ (Strobl 2021: 30 f.) im politischen Spektrum verortet hatten. Auch das ist ein Spiel auf der Rechts-Mitte-Links-Klaviatur und dazu passend wird der Band durch die Thematisierung von Normalität in der Einleitung und im Nachwort gerahmt. Der „Ausnahmezustand scheint zur Normalität geworden zu sein“ (Strobl 2021: 7) heißt es gleich zu Beginn und am Ende wird der zentrale Befund der Analyse in folgende Worte gefasst:

„An die Stelle der alten Normalität ist ein radikalisierte Konservatismus getreten, der keine Berührungsängste vor der traditionellen extremen Rechten kennt, aber mit den Ressourcen und Mitteln einer großen Partei agiert, die [...] als staatstragend wahrgenommen wird.“ (Strobl 2021: 148)

#### 4 Normalisierung

In strikt normalistischer Terminologie reformuliert, beschreibt Strobl an den Beispielen USA/Donald Trump und Österreich/Sebastian Kurz das ‚Extrem-werden des Normalen‘. Demgegenüber konstatieren die in der Einleitung zum vorliegenden Beitrag angesprochenen Texte das ‚Normal-werden des Extremen‘ in Gestalt der AfD und anderer ‚Außenseiter‘. So schreibt Paula Diehl (2022: 15), Co-Leiterin der Kooperationsgruppe ‚Die Normalisierung der extremen Rechten‘: „Rechtspopulistische und sogar rechtsextremistische Parteien [...] erscheinen als ‚ganz normale‘ politische Protagonisten“ und konstatiert in diesem Zusammenhang am Beispiel Frankreichs eine „Spirale von Normalisierung und Radikalisierung“ (Diehl 2022: 18):

„Durch die offene rechtsextremistische Ideologie von Zemmour erscheint Le Pens Populismus, der mit kalkulierten Ambivalenzen arbeitet, moderat. Gleichzeitig profitiert Zemmour von Le Pens Normalisierung rechtsradikaler Ideen.“ (Diehl 2022: 18)

Normalisierung finde aber auch unabhängig von konkreten Akteur:innen

„als Normverschiebung statt. [...] Kollektive und individuelle Parameter für gut oder schlecht, erstrebenswert oder abscheulich, sagbar oder unsagbar bewegen sich außerhalb der demokratischen Grenzen. [...] Es gibt einen Punkt, an dem die Gewöhnung an antidemokratische Ideen und Praktiken im Alltag so stark wird, dass sich die Normen von selbst verschieben.“ (Diehl 2022: 17)

Vor der Folie der Normalismustheorie lassen sich solche Bezugnahmen auf Normalität im Kontext der Rechtsextremismusforschung systematisieren.

Zunächst ist es dabei wichtig, zwischen Normalität und Normativität zu unterscheiden (Link 2006: 33 f.). Die infrage stehenden autoritär-nationalistischen Haltungen und Politiken sind von einem demokratisch-menschenrechtsorientierten Standpunkt aus sowie angesichts

der historischen Erfahrungen mit Faschismus und Nazismus in normativer Hinsicht inakzeptabel. Dennoch können sie im Sinne statistischer Streuungen normal sein (siehe Abschnitt 1). Und selbstverständlich versuchen nationalistische Akteur:innen, permanent ihre Kernideologeme weiterzuverbreiten. Darin unterscheiden sie sich nicht von anderen politischen Akteur:innen, wenngleich es in diesem Fall, aufgrund der genannten normativen Aspekte, in besonderer Weise darum geht, bestimmte Ideologeme zu enttabuisieren, sagbar zu machen und in diesem Sinne zu normalisieren<sup>15</sup>. So analysiert Heitmeyer (2018: 277–292) die gezielten Versuche einer Normalitätsverschiebung durch rechte Akteur:innen unter explizierter Bezugnahme auf die Normalismustheorie.

Die tatsächliche statistische Streuung der Ideologeme kann auf zweierlei Weise deutlich werden, erstens in Form von Meinungsumfragen bzw. wissenschaftlichen Einstellungsuntersuchungen. So wurde in den Studienreihen ‚Deutsche Zustände‘ und den ‚Mitte-Studien‘ seit der Jahrtausendwende ein ‚rechtsextrems‘ Einstellungspotenzial erhoben. Lange Zeit wurde dabei in Deutschland eine „Radikalisierung ohne politisches Angebot“ (Heitmeyer 2018: 203–218) festgestellt. Schließlich wurde aber die zweite Form relevant, in der sich breite statistische Streuungen zeigen können, nämlich die massenhafte Wahl entsprechender Parteien, im deutschen Fall der AfD (Heitmeyer 2018: 218–230). Wenn diese Zustimmung zu offensichtlich und zu permanent ist, bleibt normalistisch letztlich nur eine Neujustierung des Normalspektrums, also eine Verschiebung beziehungsweise Ausweitung nach rechts. Das bedeutet eine Normalisierung der entsprechenden Parteien, wie sie nicht zuletzt durch das Label rechtspopulistisch möglich wurde (siehe Abschnitt 2).

Möglich ist schließlich aber auch, die Normalisierung im Sinne des von Strobl beschriebenen Phänomens (siehe Abschnitt 3), dass etablierte Akteur:innen aus der ‚Mitte des Normalspektrums‘ (nationalistisch-autoritäre) Positionen vertreten, die zuvor auf ‚extreme Ränder‘ oder jedenfalls ‚suspekte Graubereiche‘ beziehungsweise ‚Außenseiter‘ beschränkt waren. Dementsprechend fasst Ruth Wodak (2018: 333) die von Strobl untersuchten Prozesse, unter Bezug auf die Normalismustheorie, als „stete Normalisierung nach rechts“ und betont mit ihrem Hinweis auf die „Schamlosigkeit“ (Wodak 2018: 330), die damit einhergehende Verschiebung der Grenzen sozialer Akzeptanz.

Im Kontext der Rechtsextremismusforschung ist die explizite Thematisierung von Normalisierung ein junges Phänomen. Bis Mitte 2024 finden sich gerade einmal 14 thematisch einschlägige Buchtitel mit recht\* und normal\* im Katalog der Deutschen Nationalbibliothek<sup>16</sup>. Interessanterweise enthält bereits das erste dieser Bücher, „Hitlers Schatten verblasst: die Normalisierung des Rechtsextremismus“ aus dem Jahr 1989, die gerade herausgestellten Aspekte von ‚Normalisierung‘ bezogen auf den damaligen Kontext, insbesondere die Wahlerfolge der Republikaner (Paul 1989: 11–13, 45–46). Ein Drittel der Bände erschien allerdings erst in der jüngsten Zeit, seit 2017, und erst hier finden sich wieder Formulierungen, die explizit auf eine ‚Normalisierung‘ verweisen<sup>17</sup>. Es deutet also einiges darauf hin, dass gegenwärtig mit ‚Normalisierung‘ die nächste normalistisch überdeterminierte Begriffskonjunktur zu beobachten ist, die durch ein diskursives Ereignis eingeleitet wird, nämlich durch die Wahlerfolge der AfD, so wie es schon beim ‚Rechtspopulismus‘ infolge der FPÖ-ÖVP-

15 Die (Ent-)Tabuisierung spielt jedoch auch in anderen normalistisch ausgetragenen Konflikten eine Rolle, beispielsweise im Bereich der sexuellen Praktiken oder auch des Drogenkonsums.

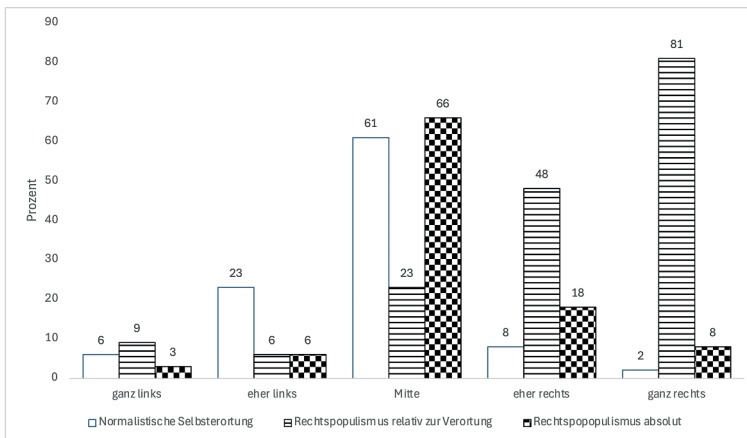
16 Ein Vielzahl aussortierter Treffer befasst sich mit Fragen des Rechts im juristischen Sinne.

17 Die entsprechenden Formulierungen lauten ‚neue Normalität?‘, ‚Normalisierung rechtsextremer und rechtspopulistischer Diskurse‘ (R. Wodak), ‚rechte Normalisierung‘ und schließlich ‚Rechtsextrem, das neue Normal?‘.

Koalition und bei der ‚Radikalisierung‘ als Reaktion auf den dschihadistischen Terror zu sehen war.

Daher sollen die Implikationen der Normalisierungsdiagnose abschließend an zwei aktuellen Beispielen aus der Einstellungsforschung und aus der politikwissenschaftlichen Einordnung der derzeitigen Situation beleuchtet werden. Als Beispiel für die Einstellungsforschung bietet sich die Mitte-Studie von 2018/19 an. Diese Studienreihe war aufgrund der zentralen Mitte-Symbolik schon immer symptomatisch für die normalistische Funktionsweise politischer Einstellungsforschung (Oppenhäuser 2011: 53). Im Jahr 2018/19 nimmt sie allerdings erstmals ausführlich Bezug auf den Begriff der Normalität (Zick/Küpper/Berghan 2019). Abbildung 9 zeigt eine eigene Darstellung von Daten aus dem Unterkapitel „Normalisierung des Rechtspopulismus?“ (Küpper/Berghan/Rees 2019). Zunächst sollten die Befragten sich selbst im normalistischen Spektrum – von ganz links über die Mitte bis ganz rechts – verorten. Anschließend wurden diese Verortungen mit der Zustimmung zu den Items einer Rechtspopulismus-Skala verglichen.

Abb. 9: Rechtspopulistische Einstellungen in normalistischer Darstellung, nach Daten von Küpper/Berghan/Rees (2019: 188 – 189)



Bei der Selbsterortung im politischen Spektrum zeigt sich eine erwartbare Verteilung, über die eine Normalverteilungskurve gelegt werden könnte. Die hellen Balken zeigen schmale Ränder rechts und links, denen eine breite Mitte gegenübersteht. Dann prüfen die Autor:innen aber, wie viele derjenigen, die sich so verortet haben, jeweils als rechtspopulistisch einzuordnen sind. Zunächst ist es plausibel, dass die Werte beziehungsweise die gestreiften Balken von links nach rechts ansteigen. Bemerkenswert ist, dass ein knappes Viertel derjenigen, die sich in der Mitte verorten, als rechtspopulistisch einzuordnen ist. Die karierten Balken schließlich zeigen, wie die Gesamtheit der Rechtspopulist:innen in Relation zu ihrer Selbsterortung verteilt ist. Auch hier ist annähernd eine Normalverteilung zu erkennen. Mehr als 65 Prozent derjenigen, die gemäß der entsprechenden Skala als rechtspopulistisch einzuordnen sind, positionieren sich selbst genau in der Mitte des politischen Spektrums. Dieser Befund steht also in deutlichem Widerspruch zur normalistischen Einordnung von ‚Rechts-

populismus‘ als problematischer ‚Grenzregion zum Extremismus‘. Die Autor:innen haben diese letzte Verteilung so gar nicht explizit beschrieben<sup>18</sup>, aber ihr Befund, dass ‚Rechtspopulismus in der Mitte normalisiert ist‘, ergibt sich tatsächlich zwingend aus den normalistischen Regeln, denen die Studie folgt.

Letztlich zeigt sich hier deutlich, was schon immer der kritische Impuls der Mitte-Studien war, dass nämlich die fraglichen Haltungen kein Problem eines ‚extremen Randes‘, sondern gesellschaftlich weit verbreitet sind. Was sich im vergangenen Jahrzehnt entscheidend geändert hat, ist die parteiförmige Repräsentanz dieser Haltungen, die mit ihrer verstärkten medialen Präsenz einhergeht, sowie mit Anreizen für etablierte Parteien, diese Haltungen ebenfalls verstärkt zu bedienen. Cas Mudde (2020: 215, 2008) greift in diesem Zusammenhang die Figur der ‚normalen Pathologie‘ von Scheuch-Klingemann auf, die besagt, dass „die äußerste Rechte [...] nur in einer kleinen Minderheit der Bevölkerung Zuspruch“ finde<sup>19</sup>. Dies treffe allerdings allenfalls noch auf „die extreme Rechte“ (Mudde 2020: 215) zu.

„Die radikal populistische Rechte gleicht dagegen eher einer pathologischen Normalität, also einer Radikalisierung von Mainstream-Werten, unterstützt von einer beträchtlichen Minderheit, wenn nicht gar von einer relativen oder absoluten Mehrheit.“ (Mudde 2020: 216)

In den späten 1960er-Jahren lautete die Botschaft von Scheuch-Klingemann, dass die extremen beziehungsweise pathologischen Ränder des politischen Spektrums als solche durchaus normal seien (vgl. Oppenhäuser 2011: 48). Dagegen ist die Diagnose einer insgesamt pathologisch gewordenen Normalität von Mudde und anderen durchaus beunruhigend.

## 5 Schluss

Die Rede von der Normalisierung rechter Ideologie ist zweifellos ein Ausdruck realer Prozesse. Parteien wie die AfD oder Politiker:innen wie Donald Trump bringen Haltungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit verstärkt zum Ausdruck und verbinden dies mit Politiken, die auf einen autoritären Umbau des Staates zielen, der mancherorts bereits zu beobachten ist. Trotz aller kritischen Absicht läuft die Normalisierungsdiagnose aber letztlich darauf hinaus, genau diesen Zustand zur (neuen) Normalität zu erklären. Wer in einer normalistischen Kultur etwas als normal(isiert) erscheinen lässt, hat sich bereits damit abgefunden. Das heißt freilich nicht, die Augen vor den gesellschaftlichen Verhältnissen zu verschließen und so zu tun, als gäbe es keine Wahlerfolge einer autoritär-nationalistischen Rechten, keine alltägliche Gewalt und ähnliches. Aber theoretisch-konzeptionell braucht es nicht zwingend einen Rückgriff auf den Normalismus, der sich am Ende als fatal erweisen könnte. Denn „Faschisierungsdynamiken lassen sich nicht kontrollieren. Einmal normalisiert, breitet sich faschistisches Denken in der Gesellschaft aus. So nähert man sich schnell einem *point of no return*“ (Strobl 2021: 149). Auf der anderen Seite ist es aber auch befreiend zu wissen, dass die Orientierung an Normalität nicht zwingend ist. Weder ist es erstrebenswert, zu einer „verklärten Normalität zurückzukehren“ (Strobl 2021: 147), die doch die aktuelle Situation erst hervorgebracht hat. Noch ist es notwendig, diese Situation zur neuen Normalität

18 Die entsprechenden Werte wurden für den vorliegenden Text umgerechnet.

19 Muddes Terminologie einer ‚äußersten Rechten‘, die sich in eine ‚extreme Rechte‘ und eine ‚radikal-populistische Rechte‘ unterteilt, wurde in Abschnitt 2 im Zusammenhang mit der Einordnung der AfD behandelt (Abb. 3).

zu erklären. Vielmehr können die infrage stehenden Phänomene als das beschrieben werden, was sie inhaltlich erklärtermaßen sind, nämlich autoritär, nationalistisch und in verschiedenen konkret benennbaren Ausprägungen menschenfeindlich. Und bei aller Tristesse kann sich der analytische Blick auf die gesellschaftlichen Verhältnisse immer auch davon leiten lassen „wie die Welt eigentlich aussehen könnte“ (Strobl 2021: 149) und nicht von dem, was vermeintlich normal ist.

## Literatur

- Ben Slama, Brahim (2020). Die psychologische Dimension von Radikalität, Extremismus und Terrorismus. In Brahim Ben Slama & Uwe Kemmesies (Hrsg.): Handbuch Extremismusprävention. Gesamtgesellschaftlich. Phänomenübergreifend (S. 313–350). Wiesbaden: Bundeskriminalamt.
- Berendsen, Eva; Rhein, Katharina & Uhlig, Tom (Hrsg.). (2019). Extrem unbrauchbar. Über Gleichsetzungen von links und rechts. Berlin: Verbrecher Verlag.
- Biskamp, Floris (2021). Extrem populistisch? Über die Kategorisierung von Rechtsaußenparteien und die Einordnung der AfD. In Julian Sehmer, Stephanie Simon, Jennifer Ten Elsen & Felix Thiele (Hrsg.): recht extrem? Dynamiken in zivilgesellschaftlichen Räumen (S. 21–37). Wiesbaden: Springer VS.
- Decker, Frank; Henningsen, Bernd; Lewandowsky, Marcel & Adorf, Philipp (Hrsg.). (2022). Aufstand der Außenseiter. Die Herausforderungen der europäischen Politik durch den neuen Populismus. Baden-Baden: Nomos.
- Diehl, Paula (2022). Ist das schon normal? Zur Gewöhnung an rechtsradikales Denken. Neue Gesellschaft, Frankfurter Hefte, 69 (12), S. 1519.
- Dubiel, Helmut (Hrsg.). (1986). Populismus und Aufklärung. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- FKR – Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hrsg.). 2011. Ordnung.Macht.Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells. Wiesbaden: Spinger VS.
- Foucault, Michel (1978). Dispositive der Macht. Berlin: Merve.
- Fuhrmann, Maximilian (2019). Die AfD und das Extremismuskonzept. Geschwister im Geiste. In Barbara Dunkel, Christoph Gollasch, Kai Padberg (Hrsg.). Nicht zu fassen. Das Extremismuskonzept und neue rechte Konstellationen (S. 125–140). Berlin: Universitätsverlag der TU Berlin.
- Grimm, Marc (2018). Rechtsextremismus. Zur Genese und Durchsetzung eines Konzepts. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Groß, Eva (2024). Echtzeiten rechter Radikalisierung. Ein Überblick zum Erkenntnisstand rechtsgerichteter online Radikalisierung. In Fabian Virchow, Anke Hoffstadt, Cordelia Heß & Alexander Häusler (Hrsg.). Handbuch Rechtsextremismus. Wiesbaden: Springer VS. DOI [https://doi.org/10.1007/978-3-658-38373-2\\_66-1](https://doi.org/10.1007/978-3-658-38373-2_66-1)
- Heitmeyer, Wilhelm (2018). Autoritäre Versuchungen. Berlin: Suhrkamp.
- Jeitler, Constanze (2023) Autoritär? Rechtsextrem? Populistisch? Die sozialwissenschaftliche und zeithistorische Forschung zum Rechtsextremismus in Österreich von den 1970er bis zu den 1990er-Jahren. Zeitgeschichte 50 (4), S. 541–61.
- Jukschat, Nadine & Leimbach, Katharina (2020). Radikalisierung oder die Hegemonie eines Paradigmas – Irritationspotenziale einer biografischen Fallstudie. Zeitschrift für Soziologie, 49 (5–6), S. 335–355.
- Khosrokhavar, Farhad (2016). Radikalisierung. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Küpper, Beate; Berghan, Wilhelm & Rees, Jonas H. (2019) Aufputschen von Rechts: Rechtspopulismus und seine Normalisierung in der Mitte. In Andreas Zick, Beate Küpper & Wilhelm Berghan (Hrsg.).

- Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19 (S. 173–202). Bonn: J. H. W. Dietz Nachf.
- Lewandowsky, Marcel (2015). Eine rechtspopulistische Protestpartei? Die AfD in der öffentlichen und politikwissenschaftlichen Debatte. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 25 (1), S. 119–134.
- Link, Jürgen (2002). Rechtspopulismus? Über einige diskurstaktische Probleme beim Bekämpfen des Neorassismus unter normalistischen Verhältnissen. In Alex Demirovic, Manuela Bojadzic (Hrsg.). *Konjunkturen des Rassismus* (S. 197–212). Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Link, Jürgen (2006). *Versuch über den Normalismus* (3. überarbeitete Aufl.). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Link, Jürgen (2008). Diskurstheoretische Überlegungen zur neuesten Konjunktur des ‚Populismus‘-Begriffs. In Richard Faber & Frank Unger (Hrsg.). *Populismus in Geschichte und Gegenwart* (S. 17–30). Würzburg: Königshausen & Neumann.
- Link, Jürgen (2020). Populismus aus normalismus- und antagonismustheoretischer Sicht. In Seongcheol Kim & Aristotelis Agridopoulos (Hrsg.). *Populismus, Diskurs, Staat* (S. 79–100). Baden-Baden: Nomos.
- Möller, Kolja (Hrsg.). (2022). *Populismus. Ein Reader*. Berlin: Suhrkamp.
- Mudde, Cas (2008). *The populist radical right: A pathological normalcy*. Willy Brandt series of Working Papers in International Migration and ethnic Relations 3/07. Malmö: Malmö Institute for Studies of Migration, Diversity and Welfare (MIM).
- Mudde, Cas (2020). *Rechtsaußen. Extreme und radikale Rechte in der heutigen Politik weltweit*. Bonn: Dietz.
- Neumann, Peter (2013). Radikalisierung, Deradikalisierung und Extremismus. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 63, (29–31), S. 3–10.
- Oppenhäuser, Holger (2011). Das Extremismus-Konzept und die Produktion politischer Normalität. In *Forum für kritische Rechtsextremismusforschung* (Hrsg.): *Ordnung.Macht.Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells* (S. 79–100). Wiesbaden: Springer VS.
- Paul, Gerhard (1989). Der Schatten Hitlers verblaßt. Die Normalisierung des Rechtsextremismus in den achtziger Jahren. In Gerhard Paul (Hrsg.): *Hitlers Schatten verblasst. Die Normalisierung des Rechtsextremismus* (S. 11–48). Bonn: J.H.W. Dietz Nachf.
- Quent, Matthias (2019). *Rassismus, Radikalisierung, Rechtsterrorismus. Wie der NSU entstand und was er über die Gesellschaft verrät* (2. überarb. Auflage). Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Schmidt-Kleinert, Anja (2023). Radikalisierung aus Sicht der Wissenschaft. In *Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit*, 8 (2), S. 104–108.
- Schroeder, Wolfgang & Weßels, Bernhard (2023). *Radikalisiert und etabliert. Die AfD vor dem Superwahljahr 2024*. Frankfurt/M: Otto Brenner Stiftung.
- Strobl, Natascha (2021). *Radikalisierte Konservatismus. Eine Analyse*. Berlin: Suhrkamp.
- Virchow, Fabian (2017). ‚Rechtsextremismus‘. Begriffe – Forschungsfelder – Kontroversen. In Fabian Virchow, Martin Langebach & Alexander Häusler (Hrsg.). *Handbuch Rechtsextremismus* (S. 5–41). Wiesbaden 2016: Springer VS.
- Virchow, Fabian; Hoffstadt, Anke; Heß, Cordelia & Häusler, Alexander (Hrsg.). (2024). *Handbuch Rechtsextremismus*. Wiesbaden: Springer VS. DOI <https://doi.org/10.1007/978-3-658-38373-2>
- Virchow, Fabian; Langebach, Martin; Häusler, Alexander (Hrsg.). (2016). *Handbuch Rechtsextremismus*. Wiesbaden: Springer VS.
- Wodak, Ruth (2018). Vom Rand in die Mitte – „Schamlose Normalisierung“. In *Politische Vierteljahresschrift* (59), S. 323–335. DOI <https://doi.org/10.1007/s11615-018-0079-7>
- Zick, Andreas; Küpper, Beate & Berghan, Wilhelm (2019). Zerreißen und Normalitätsverluste der Gesellschaft – eine Hinführung zur Mitte-Studie. In Andreas Zick, Beate Küpper & Wilhelm Berghan (Hrsg.): *Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19* (S. 15–40). Bonn: J. H. W. Dietz Nachf.



# Soziologische Rechtsextremismusforschung: vom Staatsschutzdispositiv zur Gesellschaftsanalyse?

David Meier-Arendt

**Zusammenfassung:** Der Beitrag nimmt die aktuellen Debatten um das Erstarken rechter Bewegungen auf und systematisiert sie ausgehend von der kritischen Auseinandersetzung mit dem Begriff ‚Rechtsextremismus‘. Hierzu wird ein Bezugsrahmen erarbeitet, der über das Extremismusparadigma hinausgeht: Rechte Politik wird als eine eigenständige politische Agenda verstanden, welche die Aporien der Moderne auf eine spezifische Weise zu bewältigen versucht. Dabei werden drei politische Versprechungen (Erkenntnis-, Handlungs- und Heilsversprechen) ausgemacht. Diese Perspektive soll die Untersuchung rechter Politik jenseits der metaphorischen Relationalität des Begriffs ‚Rechtsextremismus‘ als Gesellschaftsanalyse ermöglichen.

**Schlüsselbegriffe:** Rechtsextremismus, Aporien der Moderne, Gesellschaftsanalyse

## Sociological research on right-wing extremism: from state security to social analysis?

**Summary:** The article takes up the current debate on the rise of right-wing movements and, based on critical discussions of the term 'right-wing extremism'. It systematizes it into a frame of reference that goes beyond the extremism paradigm and understands right-wing politics as an independent political agenda that develops its own answers to the aporias of modernity and thus creates a specific social order. The article discusses the term "right-wing extremism" and its critiques. Furthermore, a new perspective is presented that understands "right-wing" as a specific way of coping with the aporias of modernity and analyzes three political promises (promises of knowledge, action and salvation) that create their own social order. This perspective is intended to enable the analysis of right-wing politics beyond metaphorical relationality.

**Keywords:** Right-wing extremism, aporias of modernity, social analysis

## 1 Einleitung<sup>1</sup>

In den Debatten um das derzeitige Erstarken rechter Bewegungen stehen sich unterschiedliche Diagnose der Ursachen gegenüber (z. B. Decker 2017; Virchow et al. 2017; Röpert 2022; Petersen/Struwe 2023). Im Zuge dieser Auseinandersetzung war der Begriff ‚Rechtsextremismus‘ Gegenstand von Kritik und Auseinandersetzungen (Salzborn 2020). Insbesondere

1 Ich möchte mich herzlich bei den anonymen Gutachter:innen für ihre sorgfältige Auseinandersetzung mit diesem Beitrag bedanken. Die kritischen Anmerkungen haben es ermöglicht, Leerstellen zu adressieren und ihre fundierten und konstruktiven Rückmeldungen haben ganz entscheidend dazu beigetragen, die Qualität des Beitrags zu verbessern.



Müller (1995) bezeichnet den Begriff des Rechtsextremismus als ‚Staatsschutzdispositiv‘<sup>2</sup> (Müller 1995) und auch in jüngeren Auseinandersetzungen wird sich von dem Begriff abgrenzt (z. B. Petersen/Struwe 2023). Röpert macht mit seiner Kritik an mangelnder Reflexion der Begriffe, der Übernahme von rechtspopulistischen Weltbildern sowie der Konzeption von rechten Bewegungen als ‚Notwehr‘ gleich drei Problemlagen in den gegenwärtigen Debatten aus (Röpert 2023: 10 ff.) Die mit diesen Debatten verbundene Frage nach einem anderen Verständnis dessen, wie ‚rechts‘ begriffen werden kann, scheint dabei bisher von eher untergeordneter Relevanz zu sein. Um dieses Problem zu adressieren, liefert dieser Beitrag, ausgehend von der Besprechung der Kritiken von Müller (1995), Röpert (2022) und Peterson/Struwe (2023), einen *Bezugsrahmen* für ein Verständnis dieser politischen Agenda, welches jenseits des Extremismusparadigmas liegt. Dabei beansprucht dieser Beitrag nicht, eine ‚neue‘ theoretische Konzeption zu entwickeln, sondern aufbauend auf bereits geleisteten Arbeiten (u. a. Müller 1995; Taylor 1995; Weyand 2022; Amlinger/Nachtwey 2022; Röpert 2023; Peterson/Struwe 2023) einen Beitrag zur Systematisierung eines Verständnisses dessen zu liefern, was jenseits des Extremismusparadigmas als ‚rechts‘ bezeichnet werden kann. Dieser im Folgenden zu entwickelnde Bezugsrahmen schlägt vor, das rechte politische Projekt als eine eigenständige Agenda zu begreifen, die eine eigene Antwort auf die Aporien der Moderne<sup>3</sup> entwickelt, aus der sich eine eigene Form *sozialer Ordnung* (Weyand 2022) ergibt bzw. wiederhergestellt werden soll. Eine Konzeption, die durchaus Teil des Selbstverständnisses rechter Akteur:innen ist, wenn Höcke beispielsweise erklärt:

„Wenn die Moderne die Heimatbindung gekappt hat, gilt es, die Heimat als Raum der Geborgenheit und Lebensentfaltung wiederzuentdecken. Wenn sie [die Moderne] die Identitäten – geschlechtlicher, kultureller oder sonst welcher Art – beschädigt hat, geht es um eine Wiederherstellung von Identitäten.“ (Höcke 2018: 266; [Einfügung DMA])

Dies illustriert, stellvertretend für ein systematischeres Argument, das im Folgenden entfaltet wird, wie relevant die Moderne als Bezugspunkt für das Verständnis einer rechten Agenda ist. Insbesondere der Verweis auf die „Wiederherstellung“ (Höcke 2018: 266) zeigt, dass diese Bezugsweise eine spezifische soziale Ordnung anstrebt, die mit dem zu entwickelnden Bezugsrahmen einer Untersuchung zugänglich gemacht werden kann. Somit kann ein alternativer Bezugsrahmen zum Konzept des Rechtsextremismus ausgebaut werden, der als relationaler metaphorischer Begriff bestimmt wird.

Dazu versammelt der Beitrag zunächst Diskussionsbeiträge (u. a. Müller 1995; Peterson/Struwe 2023; Röpert 2023) zum Begriff „Rechtsextremismus“ und dessen kritischer Betrachtung als Staatsschutzdispositiv (Müller 1995). Im Anschluss werden die sich aus dieser Kritik ergebenden Probleme und Herausforderungen für die Rechtsextremismusforschung dargestellt. Darauf aufbauend wird eine Perspektive vorgestellt, die ‚rechts‘ als eine eigenständige Bezugsweise auf die Aporien der Moderne versteht, welche sich insbesondere durch

- 2 Der Begriff Dispositiv meint ein Geflecht das aus unterschiedlichen Normen, Institutionen, Gesetzen, Vorstellungen etc. einen Zusammenhang herstellen. Dieser Zusammenhang konstituiert dann die soziale Welt (jeweils kulturspezifisch), in dem diese sich in konkreten Praxen materialisieren (Foucault 2000: 119 f.). Im Fall ‚Rechtsextremismus‘ werden alle inhaltlich und ideologisch verschiedenen Ausprägungen von Extremismus (Linksextremismus, Rechtsextremismus) in Bezug auf die Staatsgefährdung hin (siehe dazu auch Fuhrmann 2019 in Bezug auf Deutschland) konstituiert und entsprechend (etwa durch Beobachtung oder Verbote) bekämpft. Gleichzeitig wird durch ‚Extremismus‘ eine normale, damit ‚gute‘, weil nicht extreme Mitte konstruiert (Oppenhäuser 2011). Müller (1995) könnte hier so verstanden werden, dass der Begriff ‚Extremismus‘ immer schon auf Staatserhaltung aus ist.
- 3 Gemeint sind zunächst Widersprüche und Probleme innerhalb der modernen westlichen Gesellschaftsformationen, die sich innerhalb dieser Gesellschaftsformationen nicht auflösen lassen.

drei Versprechungen (Erkenntnisversprechen, Handlungsversprechen, Heilsversprechen) auszeichnet, die als Formen sozialer Ordnung analysiert werden können. Das Erkenntnisversprechen basiert auf einer Umwandlung von Aporien in Antagonismen, die es ermöglicht, statt komplexen Zusammenhänge ‚Feinde‘ auszumachen. Das Handlungsversprechen basiert auf der daraus resultierenden Aufforderung (und Möglichkeit), gegen besagte ‚Feinde‘ tätig werden zu können. Das Heilsversprechen bezieht sich auf eine zyklische Geschichtsvorstellung, eingebettet in einer Vorstellung von Erlösung durch einen unvermeidlichen existenziellen Kampf. Abschließend werden die Implikationen dieser Perspektive für die Analyse rechter Politik besprochen.

## 2 Begriff Rechtsextremismus: eine relationale Richtungsmetapher als ‚Staatsschutzdispositiv‘

Der Begriff ‚Rechtsextremismus‘ ist in der wissenschaftlichen wie medialen Debatte ebenso omnipräsent wie umstritten (z.B. Kopke/Rensmann 2000; Dolemeyer/Mehrer 2011; Berendsen et al. 2019; Salzborn 2020; Röpert 2023). Um die Vorzüge einer alternativen Konzeption deutlich zu machen, hebt dieser Abschnitt zunächst mit einer knappen Zusammenfassung der bereits bekannten konzeptionellen Probleme des Begriffs ‚Rechtsextremismus‘ ab (für eine detaillierte Auseinandersetzung mit dem Begriff siehe u. a. Hüttmann 2011; Oppenhäuser 2011; Ackermann et al. 2015; Virchow et al. 2017; Fuhrmann 2019; Salzborn 2020). Dabei ist zum einen zu nennen, dass ‚rechts‘ zunächst als eine politische Richtungsmetapher (siehe u. a. Dolemeyer/Mehrer 2011: 27 ff.) verstanden werden kann, nicht als eine inhaltliche Bestimmung. Zum anderen verweist der zweite Wortbestandteil ‚Extremismus‘ auf eine Relation zu einer (undefinierten) Mitte. Extrem ist das, was noch weiter von ‚der Mitte‘ entfernt ist als das ‚Radikale‘. Genau wie die Richtungsmetapher ‚rechts‘ bezieht sich also auch der Wortbestandteil ‚extrem‘ nicht auf eine inhaltliche Charakterisierung des Gegenstandes. Stattdessen leistet der Begriff des Rechtsextremismus, durch seine Relationalität, eine spezifische diskursive Verknüpfung mit der ‚Mitte der Gesellschaft‘ (siehe u. a. Heim/Wöhrle 2015: 13 ff.). Die Mitte ist das Nicht-Extreme, das Gegenteil vom Extremen ist das Normale, ‚die Mitte‘ ist damit ‚normal‘, das ‚Extreme‘ nicht (Oppenhäuser 2011). Weiterhin wird durch diese Verknüpfung gesetzt, dass rechts und vor allem rechtsextrem automatisch das andere der Mitte sei. Damit wird ‚die Mitte‘ automatisch vom ‚Rechtsextremen‘ entkoppelt. Eine extreme Mitte lässt sich in dieser metaphorischen Relationsangabe des Begriffs ‚Rechtsextremismus‘ nicht ohne Weiteres denken. Was der Begriff durch die Relation dafür nahelegt, ist eine Äquidistanz zum anderen politischen ‚Extrem‘, nämlich dem ‚Linksextremismus‘ (Jesse 2015). Diese beiden politischen Strömungen haben gemein, dass sie gleich weit von der Mitte entfernt seien (Jesse 2015). Der Begriff ‚Rechtsextremismus‘ konstituiert also nicht nur eine ‚normale‘ Mitte (Fuhrmann 2019), sondern auch einen ‚Linksextremismus‘, der genauso weit weg von der Mitte sei wie der ‚Rechtsextremismus‘; eine Relationsbestimmung, die rein diskursiv bzw. assoziativ entsteht und auf keine inhaltlichen Aspekte verweisen kann, um diese Konzeption zu stützen. ‚Die Hufeisentheorie‘ (Jesse 2015) ist der bekannteste Ausdruck dieser im Begriff suggerierten, in der Sache aber eben nicht begründeten Äquidistanz. Damit verbunden sind normative Wertungen und juristisch weitreichende Implikationen: Die nor-

male Mitte ist das Gute und das Schützenswerte, was von dem Randständigen (und damit implizit von einer extremen Minderheit) bedroht werde. Diese Bedrohung sei gleichermaßen von ‚links‘ wie von ‚rechts‘ kommend juristisch zu adressieren. Die zuständigen Apparate dafür sind die Verfassungsschutzorgane. Jost Müller bezeichnet aufgrund dieser institutionalisierten staatstragenden Konzeption den Begriff des Rechtsextremismus treffend als ‚Staatschutzdispositiv‘ (Müller 1995). Der Begriff ist damit nicht dazu angelegt, einen Gegenstand analytisch oder kritisch zu fassen, sondern die staatliche Ordnung vor etwaigen Bedrohungen von links und rechts gleichermaßen zu schützen.

Darüber hinaus liegt die Charakterisierung von dem, was als ‚Rechtsextremismus‘ bezeichnet wird, häufig (siehe etwa Jaschke 2001: 30; Stöss 2010; Jesse 2015) in Form von rein summarischen Auflistungen vor. Dabei gerät eine Perspektive, die nach den gesellschaftlichen Ursachen dieser Charakteristika fragt, so weit in den Hintergrund, dass diese Fragen gar nicht mehr behandelt werden (u. a. Peterson/Struwe 2023). Über die inhaltliche Beschaffenheit des Gegenstandes, den er eigentlich bezeichnen will, kann der Begriff ‚Rechtsextremismus‘ damit *für sich genommen* kaum etwas aussagen. Genau deswegen wird er mit additiven, scheinbar endlosen und so mit mehr oder weniger willkürlich ausgewählten Attributen gefüllt. Mit Rechtsextremismus seien Rassismus, Chauvinismus, Antisemitismus, antimuslimischer Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Nationalismus etc. verbunden. Dies sagt aber immer noch nichts über dessen Funktionsweise und die Charakteristik aus. Es gibt lediglich Aufschluss über die Bezeichnung einzelner Bestandteile und verschiebt die Frage nach der Charakteristik des Phänomens auf die Frage nach der Beschaffenheit der Bestandteile.

Zudem bleiben einige wissenschaftliche Untersuchungen, die sich mit ‚Rechtsextremismus‘ befassen, oft (Jaschke 2001: 30; Stöss 2010; Jesse 2015) bei einzelnen Einstellungs- und Verhaltensmustern von Individuen stehen (siehe dazu kritisch u. a. Kiess 2011). Obgleich die Erforschung genau dieser Einstellungsmuster zentral ist, kann darüber nichts über die gesellschaftlichen Bedingungen und Funktionsweisen rechter politischer Agenda ausgesagt werden, da nur die Häufigkeit von Einstellungen einer Grundgesamtheit gemessen werden kann und die Häufigkeit nicht erklärt, wie es zu dieser Einstellung kommt. Darüber hinaus gibt eine solche Häufigkeit keinen Aufschluss darüber, wie eine rechte politische Agenda funktioniert, sofern diese Agenda nicht auf das Vorhandensein von Einstellungen reduziert werde soll.

### 3 Problemstellung

Die Schwierigkeiten, die mit diesen diskursiven Verknüpfungen einhergehen, zeigen sich auch (in unterschiedlicher Art und Weise) in der Literatur zum aktuellen Erstarken von rechten Bewegungen in Deutschland und Europa. So liegt eine ganze Reihe an Arbeiten (z. B. Strick 2021; Peterson/Struwe 2023) vor, welche die im vorherigen Abschnitt vorgestellten Problemlagen an konkreten Werken aufzeigen. So arbeitet Leo Röpert in seiner Analyse zu den bisherigen Debatten rund um die Phänomene ‚Rechtspopulismus‘ und ‚Rechtsextremismus‘ heraus, dass es sich hierbei um ein ‚äußerliches Verhältnis zum Gegenstand‘ (Röpert 2022: 8) handelt. Zu einer ähnlichen Einschätzung kommt Simon Strick (2021) in seiner Analyse zur

Rezeption rechter Bewegungen im Netz. Strick macht hier einen Rezeptionsstrang aus, den er als rein „symptomatische Perspektive“ (Strick 2021: 46) bezeichnet. Eine Perspektive also, die rechte Bewegungen und Aktionen als ein Symptom von etwas anderem verstehen und diese deswegen eben nicht als eine eigenständige politische Agenda analysieren kann (eine Agenda also, die nicht nur in der Negation bspw. liberaler Politikvorstellungen besteht, sondern genuin eigene Ziele verfolgt). Diese Kritik wird auch gegenüber der US-amerikanischen Philosophin Nancy Fraser geäußert. So sprechen etwa Petersen und Struwe von einer „[d]oppelte[n] Tendenz zur Rationalisierung des massengesellschaftlichen Unterstützungspotentials regressiver politischer Bewegungen [...]“ (Petersen/Struwe 2023: 28) und sehen in den Arbeiten von Nancy Fraser eine „Trivialisierung von materiellen Interessen oder zur Mystifikation von Gemeinschaftsbedürfnissen“ (Petersen/Struwe 2023: 28). Beide Autoren kritisieren weiterhin, dass die Ursachen für das „regressive Potential“ (Petersen/Struwe 2023: 28) in der Analyse nicht an die gesellschaftlichen Möglichkeitsbedingungen (gedacht als ‚irrationales Ganzes‘) zurückgebunden werden. Leo Röpert macht drei Problemlagen in der bestehenden Literatur aus: (1) keine Reflexion der Begriffe („kosmopolitische Eliten“), (2) Übernahme rechtspopulistischer Weltbilder, (3) irrationaler Ausdruck eines rational motivierten Protests („Notwehr“) (Röpert 2023: 10 ff.).

Auf diesen Befunden aufbauend ergibt sich folgendes Problembild: Mit der relationalen Richtungsmetapher ‚Rechtsextremismus‘ ist also weder hinreichend etwas über die gesellschaftlichen Entstehungs- oder Möglichkeitsbedingungen noch über die charakteristischen Merkmale oder über die Funktionsweise rechter Bewegungen in Erfahrung zu bringen. Wie könnte eine Konzeption von ‚rechts‘ aussehen, die diese Leerstellen adressiert und eine Analyse der gesellschaftlichen Möglichkeitsbedingungen gewährleistet?

#### 4 Vorschlag: ‚rechts‘ als eigenständiger Bewältigungsversuch der Aporien der Moderne

Da eine soziologische Konzeption von dem, was ‚rechts‘ ist, weder historische noch geografische universelle Geltung beanspruchen kann, zielt die zu entwickelnde Konzeption nicht auf universelle Geltung jenseits von historischen Entwicklungen. Stattdessen soll hier ein Beitrag dazu geleistet werden, eine Perspektive zu entwickeln, welche für die Erforschung von rechten Bewegungen operativ nutzbar ist, das heißt – in den Begrifflichkeiten der Soziologie – ‚rechts‘ als Form sozialer Ordnung zu beforschen.

Um also diesen Fallstricken, die mit dem Begriff ‚Rechtsextremismus‘ verbunden sind, zu entgehen, wird hier eine Perspektive auf das Phänomen ‚rechts‘ vorgeschlagen, die diese politische Richtung als eine historisch spezifische Art und Weise versteht, die *Aporien der Moderne* zu bewältigen. Mit Aporien der Moderne sind zunächst unauflösbare Widersprüche und Probleme innerhalb der modernen westlichen Gesellschaftsformationen<sup>4</sup> gemeint, die im folgenden Abschnitt genauer ausgeführt werden. Diese Bezugsweise auf die Autor:innen

4 Mit dieser Formulierung wird zum einen darauf hingewiesen, dass ‚rechts‘ hier als ein Phänomen der Moderne (etwa im Sinne Talyors 1995) verstanden wird. Mit ‚westlich‘ wird verdeutlicht, dass diese Moderne nicht überall gleichermaßen unter denselben Bedingungen etc. entstanden ist. ‚Gesellschaftsformationen‘ verweist darauf, dass eine ‚Gesellschaft‘ hier nicht als einheitlicher Gegenstand verstanden wird, sondern sich aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Institutionen etc. zu Formationen zusammensetzt.

(Müller 1995; Röpert 2023) der Moderne erlaubt es, rechtes Denken und rechtes Weltverstehen einem analytischen Blick zugänglich zu machen. Dies gelingt mit einem Verständnis von ‚rechts‘ als Antwort auf die Aporien der Moderne insbesondere deshalb, weil aus dieser Perspektive ‚rechts‘ kein Symptom von anderen Umständen ist (bspw. auf Einkommensungleichheit), sondern als eine eigenständige politische Bezugsweise analysiert werden kann. Im Folgenden wird diese These ausgeführt, indem das rechte politische Projekt auf die Aporien der Moderne mit einem radikalen ‚Abbau von Kontingenzen des Sozialen‘ (Weyand 2022; Parsons/Shils 1951; Luhmann 1994) reagiert. Dazu werden im Folgenden drei politische Versprechungen der Rechten erörtert, um aufzuzeigen, wie diese eine spezifische soziale Ordnung (siehe dazu Weyand 2022) hervorbringen, die den Abbau der Kontingenzen mittels einer Überführung von Aporien zu Antagonismen bewerkstelligt.

#### 4.1 Aporien der Moderne

Von rechtem Denken, rechtem Weltverstehen und rechter politischer Agenda lässt sich, so die Argumentation, nur aus einer historischen Perspektive sprechen, nämlich vor dem Hintergrund der Französischen Revolution und damit aus der Perspektive der Moderne. Im Folgenden wird eine Kurzübersicht über einige dieser Aporien und den damit verbundenen gesellschaftlichen Konfliktlagen umrissen, um den Begriff der Aporien der Moderne inhaltlich füllen zu können. Sicherlich, alle diese nachfolgenden Ausführungen zu Aporien<sup>5</sup> sind grobe Umrisse komplexer Theorien, die sich an zahlreichen Punkten unterscheiden. Und obgleich diese Unterschiede ideengeschichtlich zentral sind, lässt sich doch aufzeigen, dass ihnen allen, unabhängig ihrer unterschiedlichen und teils konträren Grundkonzeption von dem ‚Gesellschaftlichen‘, eine Diagnose von Aporien gemeinsam ist.

Charles Taylor diagnostiziert fünf wesentliche Veränderungen der sozialen Ordnung, die er als Ursachen eines „Unbehagens an der Moderne“ (Taylor 1995) kennzeichnet. Drunter zählt zum einen das „Verblässen des moralischen Horizonts“ (Taylor 1995: 17), zum zweiten das „Verschwinden der Zwecke angesichts der wuchernden instrumentellen Vernunft“ (Taylor 1995: 17). Die dritte Quelle des Unbehagens wird als ein „Mangel an Freiheit“ (Taylor 1995: 17) ausgemacht. Neben dieser Diagnose lassen sich eine Reihe weiterer Überlegungen als Aporien der Moderne verstehen, etwa die Dialektik des bürgerlichen Subjekts als eigenverantwortlicher Eigentümer seiner selbst, wie sie etwa Joachim Bruhn (1994) aufgezeigt hat. Bruhn rekonstruiert das bürgerliche Selbstverständnis, das behauptet, dass die Anerkennung der Anderen auf dem Vertragsprinzip beruhe. Reflektiert man diese Vorstellung von Anerkennung auf „ihre gesellschaftliche Konstitution“ (Bruhn 1994: 7), so wird deutlich, dass die Anerkennung nicht aus sich heraus stattfindet, sondern aus der Verwertungs dynamik des Wertes ist:

„Die Idee der Vergesellschaftung durch Vertrag gehört zum Kern der Menschenrechte; die reziproke Anerkennung der Individuen als Subjekte, Prämisse des Vertrags, ist jedoch keine autonome Leistung dieser Individuen selbst, sondern Resultat jener Verwertung des Werts um seiner selbst willen, die die Individuen als Charaktermasken zu exekutieren haben.“ (Bruhn 1994: 7)

5 Diese Liste ließe sich natürlich (beinahe endlos) fortsetzen: Auch in den Klassikern der Soziologie, wie etwa bei Émile Durkheim, werden Anomien (Durkheim 1992) analysiert, die sich historisch spezifisch auf die moderne Gesellschaft (und nicht etwas auf die feudale Gesellschaftsordnung) beziehen.

Deutlich wird hier, dass gerade für die Moderne kennzeichnende Institutionen wie die der Menschenrechte, die als Errungenschaften gelten, eine Kehrseite als Resultat kapitalistischer Vergesellschaftung aufweisen und damit ebenfalls Teil der Aporien der Moderne sind. Die Kehrseite besteht in diesem Fall, dass den Individuen die Menschenrechte nicht als intrinsisch ‚wertvolle‘ Menschenleben zukommen, sondern als Resultat der Verfassung der bürgerlich-kapitalistischen Vergesellschaftung verstanden werden. Eine andere dialektische Konzeption der Grundpfeiler der bürgerlichen Gesellschaft bezieht sich auf den Freiheitbegriff, den Amlinger und Nachtwey in Beziehung zu einem Phänomen setzen, das sie „Libertärer Autoritarismus“ (Amlinger/Nachtwey 2022: 14) nennen. „Freiheit und Unterdrückung“ werden hier nur als „augenscheinliche Gegensätze“ (Amlinger/Nachtwey 2022: 14) verstanden, sind aber in Wirklichkeit in einem wechselseitigen Verweisungszusammenhang verbunden. Illustriert wird dies mit der formalen, rechtlichen Freiheit der Lohnarbeiter:innen in der bürgerlichen Gesellschaft, die diese gleichzeitig dazu zwingt, ihre Lebenszeit als Arbeitszeit am Markt zu verkaufen. Diese Form der Fremdbestimmung wird jedoch nicht nur unmittelbar in Mehrwertgewinnung durch Anwendung von Arbeitszeit verortet, sondern darüber hinaus auch im Prinzip von (instrumenteller) Rationalität selbst (Amlinger/Nachtwey 2022: 14).

Eine weitere Aporie in diesem Zusammenhang ließe sich mit Marx anführen – etwa in der Konzeption des Kapitals als „automatisches Subjekt“ (Marx 1962 [1890]: 169), eine widersprüchliche Formulierung, die eine Verselbstständigung kapitalistischer Produktionsweisen beschreibt, in der ein „sich selbst verwertender Wert“ (Marx 1962 [1890]: 329) ein Selbstzweck wird. In dieser Verselbstständigung der Verwertungslogik sind, wie Adorno es ausdrückt, „die Menschen nur noch Anhängsel der Maschinerie“ (Adorno 2003[1965]: 19). Der Begriff Maschinerie verweist dabei auf den verselbstständigten Charakter dieser Dynamik, die nun menschliche Arbeitskraft anwendet, in diesem Sinne also Subjekt und nicht (mehr) Objekt dieser ist<sup>6</sup>. Eine Verkehrung von Subjekt und Objekt, die in den Produktionsverhältnissen (westlicher) Gesellschaftsformationen selbst liegt und daher nicht einfach von diesen voluntaristisch aufgelöst werden kann. Im Gegenteil: Dieser Verwertungslogik sind die einzelnen Personen untergeordnet und müssen sich (auf die ein oder andere Weise) an diese Anforderungen (etwa dem Bestehen auf dem Arbeitsmarkt, also der Verwertung der eignen Ware Arbeitskraft) anpassen. Andererseits ergeben sich gegenüber diesen Zwängen notwendigerweise Widerstände. Petersen und Struwe (2023: 41) bezeichnen diese Situation als „Ambivalenzkonflikt“:

„Einerseits sind die Einzelsubjekte dazu genötigt, sich konformistisch mit den Zwecken und Anforderungen des gesellschaftlichen Ganzen zu identifizieren; andererseits spüren sie, dass es eben dieses gesellschaftliche Ganze ist, das ihnen die Befriedigung individueller Bedürfnisse verwehrt. Solange das Moment der konformistischen Identifikation wirkmächtig ist, bleiben sie in einem verwirrenden Zustand gefangen, in dem sich diffuse Liebes- und Hassgefühle miteinander vermischen und das Bedürfnis zur intellektuellen Durchdringung dieser verzweifelten Situation in den Hintergrund gerät. Auf der Bewusstseinssebene macht sich dieser unbehagliche Ambivalenzkonflikt dadurch bemerkbar, dass sich den Einzelsubjekten der Verdacht aufdrängt, etwas an dieser Welt sei nicht in Ordnung, ja sogar bedrohlich – ohne aber näher bestimmen zu können, was dieses Etwas ist.“ (Petersen/Struwe 2023:41)

Auch dieser Ambivalenzkonflikt ist eine Reaktion auf gesellschaftliche Verhältnisse und nicht Resultat einer bewussten Entscheidung der Individuen. Neben einer Diagnose dieser Aporien

6 Mit dem endlosen Prozess der Verwertung im Hinterkopf lässt sich auch Marx' Erklärung im Kommunistischen Manifest „Alles Ständische und Stehende verdampft alles, alles Heilige entweicht“ (Marx 1977 [1848]: 465) als einen Prozess begreifen, der alte Ordnungen (und damit auch positive wie negative Sicherheiten) in einem ständigen Prozess der Auflösung zwingt.

stellen Petersen und Struwe darüber hinaus überzeugend dar, dass diese Aporien Problemlagen erzeugen, die für die Individuen in ‚diffusen Liebes- und Hassgefühlen‘ (Peterson/Struwe 2023: 41) resultieren, die also auf die Ebene der Subjekte selbst wirken. Die Aporien der Moderne zeichnen sich also gerade dadurch aus, dass sie weder durch (einzelne) Personen verändert noch von diesen indifferent hingenommen werden können. Stattdessen ist ihnen Aporien eigen, die Individuen in ein spezifisches Verhältnis der Identifikation und Verachtung zu sich und zum „gesellschaftlichen Ganzen“ (Peterson/Struwe 2023: 41) zu setzen. Denn anders als in der feudalen gesellschaftlichen Ordnung wird der gesellschaftliche Zwang eben durch eine entgegengesetzte Konzeption individueller Freiheit und geistiger Souveränität (Vernunft) ergänzt. Auch Marx‘ Formulierung der doppelten Freiheit des Lohnarbeiters (Marx 1962 [1890]) lässt sich dahingehend interpretieren: Tatsächlich gibt es eine Freiheit von der vermeintlich durch eine göttliche Ordnung legitimierten Leibeigenschaft. Gleichzeitig geht diese Freisetzung der Menschen mit einer negativen Freiheit einher: mit der Freiheit von Mitteln zur eigenen Reproduktion. Sich als frei zu verstehen, heißt für das moderne Subjekt, auch als frei von jenen Mitteln zu gelten, die benötigt werden, um sein eigenes Leben zu reproduzieren.

Diese Aporien, die die Moderne kennzeichnen, sind Gegenstand jeder politischen Agenda (egal ob von konservativ, liberal oder links<sup>7</sup>). Die rechte Politik zeichnet sich durch eine eigene Perspektive und Adressierung dieser Aporien aus. Ausgehend von dieser Diagnose soll in einem nächsten Schritt dargelegt werden, inwiefern sich die rechte politische Agenda (insbesondere in modernen westlichen Gesellschaftsformationen) als eine Reaktion auf diese Aporien verstehen lässt.

## 4.2 Versprechungen als Reaktion auf die Aporien

Dass es sich bei dem Weltverstehen von Rechten um eine Reaktion auf die (Aporien der) Moderne handelt, wurde einleitend an rechten Akteur:innen wie Björn Höcke illustriert, der erklärte, dass die von der Moderne aufgelöste „Heimatbindung“ durch die Wiederentdeckung der „Heimat als Raum der Geborgenheit und Lebensentfaltung“ (Höcke 2018: 266) wieder herzustellen sei und im gleichen Zuge die Beschädigung von „Identitäten geschlechtlicher, kultureller oder sonst welcher Art“ (Höcke 2018: 266) zu beheben sei. Da in den folgenden Abschnitten näher auf die Bedeutung dieser „Wiederherstellung“ (Höcke 2018: 266) eingegangen wird, soll an dieser Stelle zunächst nur darauf verwiesen werden, dass ein Entgegenwirken gegen die Symptome der Aporien Teil des Selbstverständnisses rechter Akteur:innen ist. Dieses Selbstverständnis setzt sich als Gegensatz zu der Moderne. Die Moderne habe etwas kaputt gemacht (bspw. die traditionelle Familienordnung), was nun mit eigenen Kräften wiederhergestellt werden solle. Dass rechtes Denken selbst in die Moderne verstrickt ist (nationale Souveränität in der Moderne ist gerade der Gegenpol zur göttlichen Ordnung des Feudalismus) und aus dieser hervorgeht, geht diesem Selbstverständnis ab. Und dieses Nicht-Interesse ist keinesfalls akzidentiell, sondern (mindestens in Teilen) konstitutiv. Denn, so diese These dieses Beitrags, die rechte Agenda operiert grundsätzlich so, dass die Aporien in Antagonismen (und damit von anonymen strukturellen Problemlagen in Gegensätze von

7 Dabei lassen sich für jede spezifische Richtung jeweils spezifische Antworten auf diese Aporien formulieren, die sich voneinander unterscheiden. Diese Unterschiede auszuformulieren, würde den Umfang dieses Beitrags sprengen. Daher wird nur an einzelnen Stellen auf Unterschiede zur etwa linken politischen Agenda verwiesen.

Intentionen) umgedeutet werden<sup>8</sup> (Weiß 2017; Meiering 2022; Weyand 2023). Damit kann die Verstrickung in Ebenen jener Symptome der Moderne, gegen die sich die rechte Agenda auflehnt, eben nicht begriffen werden. Stattdessen werden alle die Symptome der Aporien als Feinde außerhalb der eigenen politischen Agenda gedeutet. Damit wird in gewisser Weise ein Ausweg aus den Aporien angeboten, der darin besteht, diese Aporien nämlich nicht zu ergründen, sondern die Symptome der Aporien als feindlich gegenüber den eigenen (politischen) Anliegen und Interessen zu verstehen. Durch diese Perspektive ergibt sich eine analytische Möglichkeit, sich über die Verstrickung der eigenen politischen Interessen mit den Aporien aufzugeben. Petersen und Struwe beschreiben diesbezüglich einen Ambivalenzkonflikt, der sich auf Basis dieser Aporien Bahnbricht:

„Gerade weil sie aber in dieses Etwas [dem Unbehagen das etwas in dieser Welt nicht stimmt] verstrickt sind, richtet sich der Ambivalenzkonflikt gegen sie selbst, als plagendes Schuldbewusstsein. Solange dieses ‚durch die Kultur erzeugtes Schuldbewusstsein nicht als solches erkannt wird, zum großen Teil unbewusst bleibt‘, ist zu erwarten, dass es ‚als ein Unbehagen, eine Unzufriedenheit zum Vorschein kommt, für die man andere Motivierungen sucht‘. In solch einem unbehaglichen Gefühls- und Bewusstseinszustand, schlussfolgert Freud, ist die Versuchung groß, auf halluzinatorische Weltdeutungsmuster zurückzugreifen, das heißt ‚sich Glücksversicherung und Leidenschutz durch wahnhaftige Umbildung der Wirklichkeit zu schaffen‘.“ (Petersen/Struwe 2023: 41; [Einfügung DMA])

Diese Transformation der Symptome der Aporien zu Antagonismen erlaubt es der rechten politischen Agenda, eine eigene soziale Ordnung anzubieten, der es zwar an analytischen Möglichkeiten mangelt, die Aporien und damit die gesellschaftlichen Bedingungen der problematisierten Symptome zu greifen, dafür aber kann sie „halluzinatorische Weltdeutungsmuster“ (Peterson/Struwe 2023: 41) anbieten. Als ‚halluzinatorisch‘ gelten diese Deutungen insbesondere deshalb, weil sie gerade durch das Absehen eines analytischen rational(-istischen) Zugriffs auf die Welt in der Lage sind, Deutungs- und Handlungsangebote zu generieren. Das haben bereits unterschiedliche Arbeiten gezeigt. So operieren sowohl Leo Röpert (2022) in seiner Analyse von rechtspopulistischen Strömungen als auch schon Jost Müller (1995) in seiner Analyse rechter Ideologien mit dem Begriff des ‚Mythos,‘. Was diese Arbeiten zeigen, ist, dass die Grundkategorie rechten Denkens und Weltverstehens, wie etwa die Vorstellung Nation und Ethnizität, eben nicht auf konkreten oder analytischen, sondern auf mythischen Vorstellungen basiert (etwa die Vorstellung eines homogenen, mit sich selbst identischen Kollektivsubjekts des ‚deutschen Volkes‘). Der Modus der Welterschließung lässt sich vor diesem Hintergrund als mythisch beschreiben. Er schlägt sich nicht mit ‚Letztbegründungen‘ oder Dogmatismusproblemen (Albert 1991) herum, sondern hat eben selbst ‚ein nachträgliches Verhältnis zu seinem Begriff‘ (Mohler 1992). Genau dieser mythische Weltbezug ermöglicht es der rechten politischen Agenda, Versprechungen zu machen, die andere politischen Strömungen nicht (in dieser Form) anbieten zu können. Diese Versprechungen beinhalten zum einen ein *Erkenntnisversprechen*, zum zweiten ein *Handlungsversprechen* (die Welt nicht nur erkennen, sondern auch verändern zu können) und zum dritten auf ein *Heilsversprechen* (durch diese Veränderung nicht nur irgendeine Verbesserung hervorzurufen,

8 Auch in einer linken Denktradition gibt es Antagonismen. Der möglicherweise bekannteste ist der Klassenkampf. Allerdings ist genau dieser, wie auch andere Antagonismen, aus einer Strukturlogik der kapitalistischen Vergesellschaftung herausgearbeitet worden. Der Klassenkampf ist nicht Resultat anonymer Kräfte, dessen Ursprung sich gerade nicht auf die Intentionen einzelner Individuen zurückführen lässt. In einer solchen linken Analyse steht erst die Untersuchung von verselbstständigten Produktionsverhältnissen, woraus die Interessen und Intentionen erst ermöglicht werden, während genau diese im rechten Denken die Ursache der Antagonismen selbst bilden. Im rechten Denken sind die Aporien damit Ausdruck des ‚Soseins‘ des Gegners bzw. in dessen Substanz eingeschrieben.



sondern eine Erlösung – siehe dazu auch Rhein 2023). Die Versprechungen fügen sich, wie im Weiteren gezeigt wird, zu einer spezifischen rechten sozialen Ordnungsvorstellung des Gesellschaftlichen zusammen.

#### 4.2.1. Erkenntnisversprechen

Das ‚Erkenntnisversprechen‘ zeigt sich empirisch bei rechter Agitation, die aus einer Endlosschleife von vermeintlichen Enthüllungen, Entlarvungen, von „Die Wahrheit über ...“ besteht. Gleichzeitig zielt diese Agitation darauf ab, den Zuschauenden ein geheimes Wissen zu versprechen (Adorno 1973 [1943]), das diese von der ahnungslosen Masse abhebt. Diese Dynamik wird insbesondere in der Beschaffenheit ideologischer Kategorien der rechten politischen Agenda sichtbar, etwa im Rassismus. Balibar (1998) attestierte diesem eine Einsicht in die innere Beschaffenheit der sozialen Welt selbst. Die Funktion des Rassismus liegt nach Balibar vor allem in der Imitation von wissenschaftlichen Diskursen indem, „sichtbare Tatsachen‘ auf ‚verborgene Ursachen“ (Balibar 1998: 25) zurückgeführt werden. Hier vermischt sich die ‚Zentrale Funktion der Verkennung‘ mit einem ‚Begehren nach Erkenntnis‘ (Balibar 1998: 26). Rassismus ist für Balibar ein Erkenntnisversprechen, das zu einer ‚unmittelbaren Einsicht in die gesellschaftlichen Verhältnisse‘ (Balibar 1998: 26) führen soll. Von diesem Erkenntnisversprechen ausgehend lassen sich Einsichten sowohl in die ‚eigene‘ Gruppe als auch in die Fremde (antagonistische) Gruppe gewinnen. Mit der Erkenntnis der Fremdgruppe (als Feindkonstruktion) geht gleichzeitig das Erkenntnisversprechen einher, über die (halluzinatorische) Kenntnis der Intentionen dieser Gruppe etwas über die Beschaffenheit der Welt zu verstehen. Das prominenteste Beispiel hierfür ist, über antisemitische Verschwörungstheorien (Weyand 2023) gesellschaftliche und nationale Konflikte zu ‚erklären‘. Intentionen sind deshalb so zentral in diesem Erkenntnisversprechen, weil über die ‚Entlarvung‘ der ‚eigentlichen‘ Interessen jene *Unmittelbarkeit* Erkenntnis verspricht, die jene Analysen nicht leisten können, die Komplexität aufbauen.

Weyand (2023) stellt beispielsweise fest, dass alle sozialen Phänomene in einem rechten Weltverstehen als Ergebnisse von antagonistischen Beziehungen zwischen Gruppen verstanden werden können. Soziale und politische Phänomene werden so als ein Ergebnis der Intentionen von anderen Gruppen ‚erklärt‘. Damit werden nicht gesellschaftliche Strukturen und anonyme Prozesse wie das Tauschprinzip analysiert, sondern die Symptome dieser Prozesse als Resultat der Intentionen von anderen (eben feindlich gesinnten) Gruppen (um-)gedeutet. Im Erkenntnisversprechen zeigt sich also eine spezifische Form der Reaktionsweise der Aporien der Moderne, nämlich durch einen ‚projektiven Erkenntnisgewinn‘ (Weyand 2023: 182 ff.), der es erlaubt, durch Verschiebung von einer Analyse verselbstständigter Prozesse auf die Festschreibung von Intentionen zu einer ‚unmittelbaren‘ Einsicht zu gelangen. Das Erkenntnisversprechen beinhaltet, über die Reduktion von Phänomen auf Intentionen, eine spezifische Form der Umwandlung von Aporien in Antagonismen. Strukturelle komplexe verwobene gesellschaftliche Verhältnisse, etwa der Ambivalenzkonflikt (Petersen/Struwe 2023: 41), werden als Resultat von intentionalen Handlungen konkreter Gruppen (bspw. die der Juden:Jüdinnen) umgedeutet. Mit Weyand gesprochen lässt sich daher dieses Erkenntnisversprechen als ein ‚projektiver Erkenntnisgewinn‘ (Weyand 2023: 182 ff.) beschreiben: Nicht die analytische Übereinstimmung mit der Welt und deren Beobachtung ist entscheidend, sondern die Befähigung, die mit der Überzeugung einhergeht, dass es sich um antagonistische böse Mächte im Verborgenen handelt, deren Treiben es zu entlarven gilt.

#### 4.2.2 Handlungsversprechen

Diese Befähigung ist das zweite Versprechen, das eine rechte politische Agenda auszeichnet, nämlich die Befähigung zur Handlung. Das Handlungsversprechen baut direkt auf dem Erkenntnisversprechen auf. Indem das Erkenntnisversprechen eine Einsicht in die ‚wahren‘ Gründe gesellschaftlicher Verhältnisse verspricht, kann darauf aufbauend erklärt werden, was getan werden muss, um den Ambivalenzkonflikt zu lösen. Indem das Erkenntnisversprechen das Weltgeschehen als Resultat von Substanzen (Völker etc.) und deren Intentionen darstellt, folgt daraus zwangsläufig eine Handlungsperspektive. Wenn zu beklagende Umstände auf die Intentionen von Gruppen oder Personen zurückgeführt werden können, ist klar, dass diese Personen und Gruppen entsprechend Schaden erzeugen wollen. Will man diesen Schaden ‚abwehren‘, gilt es, gegen diese Gruppen vorzugehen. Dieser daraus resultierende ‚Kampf‘ wird als unausweichlich und notwendig inszeniert. Die politische Rhetorik der Rechten behauptet daher stets eine unmittelbare Bedrohung (und die Zerstörung des ‚Eigenen‘), die nur mit aller Entschlossenheit abgewehrt werden kann. Diese Dramatisierung der Bedrohung und die daraus resultierende Notwendigkeit des Kampfes sind zentrale Elemente der rechten Agenda. Sie schafft heroische Inszenierungen, in denen das Individuum und die Gemeinschaft dazu aufgerufen werden, sich an diesen antagonistischen Auseinandersetzungen zu beteiligen, um die vermeintlichen Bedrohungen abzuwehren<sup>9</sup>. Die Individuen werden zu heroischen Kämpfern in einer Auseinandersetzung um den ‚Fortbestand des Eigenen‘. Dieses Versprechen bietet den Anhänger:innen nicht nur eine Erklärung für die bestehenden Probleme, sondern auch eine klare Anleitung zum Handeln, verbunden mit einem Gefühl von Dringlichkeit und moralischer Notwendigkeit. Damit geht aber auch das Angebot einher, endlich gegen die Zumutungen des eigenen Lebens etwas tun zu können und den von Petersen und Struwe (2023) beschriebenen Ambivalenzkonflikt (Petersen/Struwe 2023: 41) in einem solchen Kampf (zumindest zeitweise) aufzuheben. Das Handlungsversprechen stiftet aus dieser Perspektive Sinn: Es ermöglicht, sich selbst in der Welt durch seine eigenen Handlungen, ganz im Sinne des modernen autonomen Subjekts, als wirkmächtig und souverän zu erfahren.

Das Handlungsversprechen eröffnet einerseits eine Perspektive, in der vorgegeben wird, in welchem Rahmen zu handeln ist: in einem unausweichlichen Kampf. Darüber wird gleichzeitig ein Handlungsdruck erzeugt. Wenn eine Bedrohung vorliegt, ist unmittelbares Handeln geboten. Damit findet zugleich eine Legitimierung der gewaltvollen Mittel statt, immerhin ist der Bedrohte im Recht, sich zu verteidigen. Schließlich verweist jede Handlung auf einen potenziellen Sieg im Kampf und damit auf einen Ausgang aus den Konflikten hin zu einer Harmonie. An dieser Stelle setzt das dritte Versprechen an: das Heilsversprechen der rechten politischen Agenda.

#### 4.2.3 Heilsversprechen

Das Heilsversprechen basiert auf der Vorstellung, dass durch die Herstellung der eigenen Homogenität mittels der Durchführung einer Reinigung, einer Katharsis – dem Sieg über die

9 Weil der Kampf als unausweichlich dargestellt wird, ist auch eine Affirmation von Leid notwendig. Ernst Jünger (1980 [1934]) erklärte, dass das Leiden und die Härten des Kampfes nicht nur unvermeidbar, sondern auch zu bejahen seien. Diese Einstellung fördert eine Haltung, die das Ertragen und Überwinden von Leid glorifiziert und als notwendiges Mittel zum Erreichen des höheren Zieles – des Sieges im Kampf gegen die Bedrohungen – betrachtet.

Feind:innen (auch im Inneren) – (wieder) eine genuine und reine Identität entsteht (vgl. Griffin 2020). Die rechte politische Agenda zeichnet sich demnach auch durch die Annahme aus, dass aus Homogenität Identität entsteht<sup>10</sup>. Sobald dieser Zustand erreicht ist, existieren dann *keine* Antagonismen mehr, sondern nur noch ein widerspruchsfreies, kohärentes Ganzes. Die rechte politische Agenda propagiert, dass der Ausgang aus den Aporien der gesellschaftlichen Konflikte durch den gewonnenen Kampf erreicht wird. Dieser Kampf wird nicht nur als notwendige Auseinandersetzung, sondern auch als Möglichkeit zur Reinigung und Wiederauferstehung, als Palingenese (Griffin 2020: 82), also als Wiederauferstehungsmythos betrachtet. Durch den Kampf und die damit einhergehende Reinigung soll eine neue, reine Gesellschaft entstehen, die frei von den bisherigen Konflikten und Widersprüchen ist. Der Antagonismus, der die Gesellschaft bisher geprägt hat, soll in Harmonie überführt werden. Dem Kampf kommt damit eine reinigende Wirkung zu, die auch das Handlungsversprechen umso verheißungsvoller erscheinen lässt. Beispiel hierfür sind bestimmte faschistische<sup>11</sup> Vorstellungen, wie sie Étienne Balibar beschrieb: Die Bedeutung von Begriffen wie ‚Volk‘ und ‚Rasse‘ in der rechten Ideologie transportieren die „[...] Annahme, dass sich die Generationen, die jahrhundertlang auf einem annähernd gleich bleibenden Territorium unter einer annähernd einheitlichen Bezeichnung aufeinander gefolgt sind, eine unveränderliche Substanz übermitteln haben“ (Balibar 1998: 107). Balibar betont, dass diese Vorstellung von einer unveränderlichen Substanz die Grundlage für das Heilsversprechen bildet. Die rechte Ideologie sieht in der Homogenität und Reinheit eine Möglichkeit, die vermeintlich ursprüngliche, ‚gute‘ Identität wiederherzustellen (zum Thema der Identität im rechten Denken siehe Stögner 2020). Die rechte politische Agenda leistet hier einen Ausgang von den Antagonismen hin zu einer identitären Harmonie. Durch das Heilsversprechen als mythischer Figur der Wiedergeburt wird so eine Gesellschaft imaginiert, die durch Zerstörung bzw. Niedergang in einem entschiedenen Kampf eine Reinigung durchläuft, die eine harmonische, reine Gemeinschaft ermöglicht.

## 5 Implikationen für eine Gesellschaftsanalyse

Mit der Konzeption von ‚rechts‘ als eine Antwort auf die Aporien der Moderne lässt sich ‚rechts‘ somit als eine eigenständige politische Agenda fassen, die weder mit dem ‚Links-extremismus‘ verknüpft (siehe u. a. Feustel 2011) ist noch als ‚Staatsschutzdispositiv‘ (Müller 1995) fungiert. Damit rücken weder einzelne Eigenschaften rechter Einstellungen in den Fokus der Analyse noch eine Perspektive, die rechts als schlichtes Symptom des Versagens anderer Politik bergreift, sondern eine Perspektive, die rechts als eine genuin eigene Bezugsweise auf das Gesellschaftliche bzw. das soziale Leben als solches und damit als Form sozialer Ordnung begreift.

10 Das zeigt sich u. a. im politischen Aktivismus. So sieht etwa die Identitäre Bewegung eine kulturelle, historische und ethnische Kontinuität durch Heterogenität (bzw. Diversität) gefährdet. Umgekehrt bedeutet dies, dass die Identität durch ‚Homogenisierung‘ (etwa durch ‚Remigration‘) wiederhergestellt werden kann (siehe u. a. Mense 2018: 228 ff.; Stögner 2020).

11 Hier verstanden mit Griffin (2020: 82) als palingenetischer Ultrationalismus, also als eine Wiederauferstehung (Palingenese) und einem Verständnis von Nation, das „unwideruflich das Spektrum der mit der liberalen Demokratie kompatiblen sozialen Ideale verlässt“ (Griffin 2020: 77).

Aus diesem Blickwinkel heraus betrachtet ist die rechte Bewegung in modernen westlichen Gesellschaftsformationen eine politische Strömung und keine ontologische Konstante<sup>12</sup>. Inhaltlich basiert ihr Weltbezug auf Funktionsprinzipien, wie dem Umwandeln von Aporien in Antagonismen, der daraus resultierenden Schaffung von homogenen Identitäten (fremden wie eigenen), Wiederauferstehungsmythen, zyklische Geschichtsauffassungen und Erlösung durch einen (mythischen) notwendigen, unausweichlichen existenziellen Kampf. Der Modus Operandi der Rechten umfasst Agitation (primär Feindkonstruktion), die Schaffung von Mythen und die Behauptung eines existentiellen Kampfs<sup>13</sup>.

Vor dem Hintergrund dieser Analyseperspektive können die rechte politische Agenda und die politische Agitation nicht nur als eine politische Kraft der Polarisierung verstanden werden, sondern als eine spezifische Form der Integration. Diese Integration bewirkt Kohäsion, Identitätsbildung und Handlungsfähigkeit innerhalb der bestehenden Aporien der gesellschaftlichen Ordnung – und zwar gerade dadurch, dass es die grundlegende Bedingtheit der eigenen politischen Feindbilder durch die Moderne durch Antagonismen verdeckt. Das rechte Weltverstehen ermöglicht Handlungsfähigkeit, indem es die Analyse dieser Aporien abwehrt und Handlungsfähigkeit verspricht. Anders ausgedrückt: Die Möglichkeit eines vollends wahren Wissens, einer absoluten ungebrochenen Handlungsmächtigkeit und einer in Aussicht stehenden Erlösung werden überhaupt erst durch das Absehen von diesen Aporien möglich und schaffen so gerade eine spezifische Form *sozialer Ordnung*. Die Kontingenz des Sozialen (Weyand 2022) wird durch die Verwandlung von Aporien in Antagonismen eingeschränkt und ermöglicht, die soziale Welt selbst (wie auch die Aporien) zu deuten (etwa als ein Kampf um die Existenz etc.). Diese Einschränkung funktioniert allerdings nur, solange es einen Antagonismus gibt. Ein Ende dieser antagonistischen Bezugsweise ist daher in der rechten politischen Agenda nie wirklich erreichbar, nur ein neuer Durchlauf des Zyklus der Geschichte (vgl. Höcke 2018). Zusätzlich zu diesem unendlichen Zyklus kann das Scheitern politischer Agenda immer wieder ohne jede Selbstthematisierung an die bösen Mächte im Außen zurückgeworfen werden.

Zusammenfassend kann in Bezug auf das rechte Weltverstehen und dessen Vorstellungen von sozialer Ordnung Folgendes festgehalten werden: Rechtes Weltverstehen gibt Auskunft darüber, wie die Welt funktioniert, nämlich als ein Schauplatz antagonistischer Gruppenbeziehungen, die sich in ‚eigen‘ und ‚fremd‘ und damit in ‚gut‘ und ‚böse‘ aufteilen lassen. Es klärt darüber auf, wer oder was als falsch oder böse angesehen wird. Außerdem bietet es eine Handlungsperspektive und erzeugt Handlungsdruck durch die Inszenierung von Bedrohungen und die Postulierung der Notwendigkeit eines Kampfes. Darüber hinaus zeichnet sich das rechte Weltverstehen durch ein Heilsversprechen aus, das besagt, dass nach dem gewonnenen Kampf eine reine Identität und Unmittelbarkeit erreicht wird. Schließlich entfaltet dieses Weltverstehen de facto eine Integrationsleistung, indem es beispielsweise Individuen in eine vermeintlich homogene Gesellschaft integriert und ihnen damit einen Platz in der Nation zuweist.

12 Das rechte politische Projekt ist also nicht einfach vorhanden (auf einer fundamentalen Ebene der ‚Lehre vom Sein‘ (Ontologie), sondern historisch bedingt (unser Verständnis von ‚rechts‘ verändert sich im Laufe der Zeit und ist an bestimmte gesellschaftliche Bedingungen geknüpft). Das Verständnis, das hier zugrunde liegt, besteht darin, das rechte politische Projekt als eine Antwort auf die Aporien der Moderne zu begreifen.

13 Philip Rhein (2023) hat jüngst eindrücklich bei AfD Wähler:innen gezeigt, dass diese keineswegs ein pessimistisches oder rein rückwärtsgewandtes Geschichtsbild aufwiesen, sondern einem gewissen Chiliasmus anhängen.

Aus dieser Perspektive ließe sich ‚Rechtsextremismus‘ nicht als ein Symptom oder als ein Extrem von etwas Normalen, sondern als Antwort auf die Aporien der Moderne und damit in Form einer Gesellschaftsanalyse untersuchen. Mit dieser Konzeption gehen gleichzeitig einige offene Fragen und Leerstellen einher, die an dieser Stelle nur angedeutet werden können: Zum einen wäre zu prüfen, ob dieses Konzept genügend Spielraum liefert, um mit zentralen Kategorien wie etwa Geschlecht (bspw. Lang 2017; Sauer 2020; Meier-Arendt 2023) und Technik (Fielitz/Thurston 2019) analytisch arbeiten zu können. Zum anderen stellt sich die Frage nach dem Verhältnis von anderen politischen Strömungen zu den Aporien der Moderne. Denn wenn mit diesen Aporien unterschiedlich umgegangen werden kann und keine Kausalität besteht, die eine rechte Umgangsform erzwingt, muss auch danach gefragt werden, wie sich andere politische Strömungen (etwa der Konservatismus oder eine linke politische Agenda) hierzu verhalten und wie sich Unterschiede als auch Übergangsformen bestimmen lassen. Weiter wäre zu fragen, was in den konkreten Einrichtungen bürgerlicher Institutionen und ihrer Subjektivierungsformen dieses rechte Weltverstehen ermöglicht und perpetuiert hat. Gleichzeitig bedeutet das Ausbleiben eines kausalen Verhältnisses zwischen den Aporien der Moderne und einer rechten politischen Agenda auch, dass es in den Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft strukturbedingte Tendenzen geben muss, die ein rechte politische Agenda begünstigen bzw. erschweren. Dahingehend wären sowohl die bürgerlichen Institutionen als auch ihre Subjektivierungsformen hin zu untersuchen. Ein Beispiel dafür wäre Bruhns (1994) Analyse des bürgerlichen Subjekts.

## Literaturverzeichnis

- Adorno, Theodor W. (1973 [1943]). Antisemitismus und faschistische Propaganda. In Ernst Simmel (Hrsg.), *Antisemitismus* (S. 148–161), Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Adorno, Theodor W. (2003 [1965]). *Gesellschaft* (I). *Gesammelte Schriften: Soziologische Schriften* Band 8 (S. 9–19). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Albert, Hans (1991). *Traktat über kritische Vernunft*. Utb: Tübingen.
- Amlinger, Carolin & Nachtwey, Oliver (2022). *Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Balibar, Étienne (1998). Gibt es einen „Neo-Rassismus“? In Étienne Balibar & Immanuel Wallerstein (Hrsg.), *Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten* (S. 23–38). Hamburg: Argument.
- Balibar, Étienne (1998). Die Nation-Form: Geschichte und Ideologie. In Étienne Balibar & Immanuel Wallerstein (Hrsg.), *Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten* (S. 107–130). Hamburg: Argument.
- Bruhns, Joachim (1994). *Was deutsch ist. Zur kritischen Theorie der Nation*. Freiburg: ça ira-Verlag.
- Decker, Frank (2017). Populismus und Extremismus in Europa. Eine Gefahr für die Demokratie? In: Winfried Brömmel; Helmut König & Manfred Sicking (Hrsg.), *Populismus und Extremismus in Europa. Gesellschaftswissenschaftliche und sozialpsychologische Perspektiven* (S. 43–61). Bielefeld: transcript.
- Durkheim, Émile (1992). *Über soziale Arbeitsteilung. Studie über die Organisation höherer Gesellschaften* (1. Auflage). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Dolemeyer, Anne & Mehrer, Anne (2011). Einleitung. In *Forum für kritische Rechtsextremismusforschung* (Hrsg.). *Ordnung. Macht. Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells* (S. 7–34). Wiesbaden: Springer VS.

- Feustel, Susanne (2011). Tendenziell tendenziös. Die staatliche Erfassung politisch motivierter Kriminalität und die Produktion der „Gefahr von links“. *Ordnung. Macht. Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells* (S. 143–162). Wiesbaden: Springer VS.
- Fielitz, Maik & Thurston, Nick (Hrsg.). (2019). *Post-digital cultures of the far right: Online actions and offline consequences in Europe and the US*. Bielefeld: transcript.
- Foucault, Michel (2000 [1978]). *Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit*. Berlin: Merve.
- Fuhrmann, Maximilian (2019). *Antiextremismus und wehrhafte Demokratie*. Baden-Baden: Nomos.
- Griffin, Roger (2020). *Faschismus. Eine Einführung in die vergleichende Faschismusforschung (Explorations of the far right, Bd. 7)*. Hannover: ibidem.
- Heim, Tino & Patrick Wöhrle (2015). Politische Grenzmarkierungen im flexiblen Normalismus. In Jan Ackermann; Katharina Behne; Felix Buchta; Marc Drobot & Philipp Knopp (Hrsg.), *Metamorphosen des Extremismusbegriffs. Diskursanalytische Untersuchungen zur Dynamik einer funktionalen Unzulänglichkeit* (S. 13–70). Wiesbaden: Springer VS.
- Höcke, Björn (2018). *Nie zweimal in denselben Fluss*. Björn Höcke im Gespräch mit Sebastian Hennig. Lüdinghausen/Berlin: Manuscriptum.
- Jaschke, Hans-Gerd (2001). *Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Jesse, Eckard (2015). Der Begriff „Extremismus“ – Worin besteht der Erkenntnisgewinn?, Zugriff am 26. Juni 2024 unter <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/200098/der-begriff-extremismus-worin-besteht-der-erkenntnisgewinn/>.
- Jünger, Ernst (1980 [1934]). Über den Schmerz. In *Sämtliche Werke. Band 7. Essays I. Betrachtungen zur Zeit* (S. 143–191). Stuttgart: Klett-Cotta.
- Kiess, Johannes (2011). Rechtsextrem – extremistisch – demokratisch? Der prekäre Begriff „Rechtsextremismus“ in der Einstellungsforschung. In *Forum für kritische Rechtsextremismusforschung* (Hrsg.), *Ordnung. Macht. Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells* (S. 240–260). Wiesbaden: Springer VS.
- Kopke, Christoph & Rensmann, Lars (2000). Die Extremismus-Formel. Zur politischen Karriere einer wissenschaftlichen Ideologie. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, S. 1451–1460.
- Lang, Juliane (2017). Feindbild Feminismus. Familien- und Geschlechterpolitik in der AfD. In Stephan Grigat (Hrsg.), *AfD & FPÖ: ein Vergleich, Antisemitismus – Nationalismus – Geschlechterbilder. Interdisziplinäre Antisemitismusforschung* (S. 61–78). Baden-Baden: Nomos.
- Luhmann, Niklas (1994). *Soziale Systeme*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Marx, Karl & Engels, Friedrich (1962 [1890]). *Das Kapital. Zur Kritik der politischen Ökonomie*. In MEW, Band 23. Berlin: Dietz Verlag.
- Marx, Karl (1977 [1848]). *Das Manifest der Kommunistischen Partei*. In MEW Band 4. Berlin: Dietz.
- Meier-Arendt, David (2023). Antifeministische Männlichkeit(en) im Netz: Digitale Transformation und technisch vermittelte Agitation. Eine Analyse der Funktions- und Wirkungsweisen antifeministischer Agitation auf Facebook und Twitter. *GENDER – Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft*, 15 (1), S. 56–71.
- Meiring, David (2022). Politische Theorie(n) der ‚Neuen Rechten‘. Jenseits von Anomie und Antagonismus? In Mathias Berek; Kristina Chmelar; Oliver Dimbath; Hanna Haag; Michael Heinlein; Nina Leonhard; Valentin Rauer & Gerd Sebald (Hrsg.). *Schlüsseltexte der Neuen Rechten. Kritische Analysen antidemokratischen Denkens* (S. 1–30). Wiesbaden: Springer VS.
- Mense, Thorsten (2018). ‚Jugendliche ohne Migrationshintergrund‘. Ethnische Identität und völkischer Nationalismus bei den ‚Identitären‘. In Judith Goetz; Joseph Maria Sedlacek & Alexander Winkler (Hrsg.), *Untergangster des Abendlandes. Ideologie und Rezeption der rechtsextremen ‚Identitären‘*. Hamburg: Marta Press.
- Mohler, Armin (1992). Der faschistische Stil. In Armin Mohler (Hrsg.). *Liberalienbeschimpfung. Drei politische Traktate* (S. 79–127). Essen: Heitz & Höffkes.

- Müller, Jost (1995). *Mythen der Rechten: Nation, Ethnie, Kultur*. Edition ID-Archiv: Berlin.
- Oppenhäuser, Holger (2011). *Das Extremismus-Konzept und die Produktion von politischer Normalität*. In Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hrsg.), *Ordnung. Macht. Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells* (S. 25–58). Wiesbaden: Springer VS.
- Parsons, Talcott & Edward A. Shils (1951). *Toward a general theory of action*. New York: Harper & Row.
- Petersen, Helge & Struwe, Alexander (2023). *Das Unbehagen an der gesellschaftlichen Totalität. Zum gesellschaftstheoretischen Gehalt der Faschismusanalysen des frühen Instituts für Sozialforschung*. In Leo Roepert (Hrsg.), *Kritische Theorie der extremen Rechten: Analysen im Anschluss an Adorno, Horkheimer und Co* (S. 27–52). Bielefeld: transcript.
- Rhein, Philip (2023). *Rechte Zeitverhältnisse. Eine soziologische Analyse von Endzeitvorstellungen im Rechtspopulismus*. Campus: Frankfurt am Main.
- Roepert, Leo (2022). *Die konformistische Revolte*. Bielefeld: transcript Verlag. doi:10.1515/9783839462720.
- Roepert, Leo (Hrsg.). (2023). *Kritische Theorie der extremen Rechten: Analysen im Anschluss an Adorno, Horkheimer und Co*. Bielefeld: transcript.
- Salzborn, Samuel (2020). *Rechtsextremismus: Erscheinungsformen und Erklärungsansätze*. Baden-Baden: Nomos.
- Sauer, Birgit (2020). *Rechtspopulismus als maskulinistische Identitätspolitik*. In Dorothee Beck & Annette Henninger (Hrsg.), *Konkurrenz für das Alphamännchen? Politische Repräsentation und Geschlecht* (S. 135–145). Roßdorf: Ulrike Helmer Verlag.
- Stögner, Karin (2020). *Autoritärer Charakter und Identitätspolitik: Vom Hass auf Differenz zum Identitätszwang*. In Andreas Stahl; Benedikt Zopes; Christian Jäckel; Katrin Henkelmann & Niklas Wunsch (Hrsg.), *Konformistische Rebellen. Zur Aktualität des autoritären Charakters* (S. 265–280). Berlin: Verbrecher.
- Stöss, Richard (2010). *Rechtsextremismus im Wandel*, Berlin.
- Strick, Simon (2021). *Rechte Gefühle. Affekte und Strategien des digitalen Faschismus*. Bielefeld: transcript.
- Taylor, Charles (1995). *Das Unbehagen an der Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Virchow, Fabian; Langebach, Martin & Häusler, Alexander (Hrsg.). (2017). *Handbuch Rechtsextremismus*, Wiesbaden: Springer VS.
- Weiß, Volker (2017). *Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Weyand, Jan (2022). *Soziale Ordnung*. In Mathias Berek; Kristina Chmelar; Oliver Dimbath; Hanna Haag; Michael Heinlein; Nina Leonhard; Valentin Rauer & Gerd Sebald (Hrsg.), *Handbuch Sozialwissenschaftliche Gedächtnisforschung* (S. 1–18). Wiesbaden: Springer VS.
- Weyand, Jan (2023). *Aspekte einer kritischen Theorie rechten Verschwörungsdenkens*. In Leo Roepert (Hrsg.), *Kritische Theorie der extremen Rechten: Analysen im Anschluss an Adorno, Horkheimer und Co* (S. 27–52). Bielefeld: transcript.



# What we should be asking: Grundsätzliche Überlegungen zu einem Forschungsprogramm für die soziologische Rechtsextremismusforschung

Lotta Mayer & Markus Lang

**Zusammenfassung:** Ziel des Beitrags ist eine erste Skizze eines metatheoretischen Rahmens, der es erlauben würde, die soziologischer Rechtsextremismusforschung sowohl mit Blick auf das Phänomen selbst als auch dessen Analyse zu systematisieren. Dazu greift er grundlegende sozialtheoretische und vor-sozialtheoretische Unterscheidungen auf und zeigt auf, wohin diese den Blick lenken könn(t)en: Raum und Zeit, Weltbezüge sowie die Aggregationsebenen des Sozialen, auf denen verschiedene sozialtheoretische Grundprobleme verortet werden können. Bringt man all diese Unterscheidungen zusammen zu einem multidimensionalen Raster, wird schemenhaft erkennbar, was ein Forschungsprogramm zu Rechtsextremismus abdecken müsste, wenn es den Anspruch einer systematischen und umfassenden Bestandsaufnahme und Analyse erfüllen wollte.

**Schlüsselbegriffe:** Raum, Zeit, Systematik, Sozialtheorie, Weltbezüge, Mehrebenenanalyse

## **What we should be asking: Some general considerations with regard to a research programme for sociological research into the Far Right**

**Summary:** Our contribution aims at sketching a meta-theoretical framework aimed at systematizing research into the far right both with respect to the phenomenon itself and its analysis. For this purpose, we draw on fundamental distinctions derived from social theory and general philosophy, and show where they could direct our attention: distinctions related to time and space, relations to the world, and levels of social aggregation where various fundamental social-theoretical problems are situated. Combined to a multi-dimensional matrix, they allow a glimpse on what a systematic and comprehensive research programme into the far right would have to entail.

**Keywords:** Space, time, systematization, social theory, relation to worlds, multi-level analysis

## Einleitende Bemerkungen

Die Soziologie hat – in konsequenter Fortsetzung der stillschweigenden Entscheidung der Nachkriegssoziologie, die jüngste Vergangenheit erst einmal „ruhen zu lassen“ (Christ 2011) – das Thema Rechtsextremismus<sup>1</sup> lange Zeit nur am Rande behandelt, mit prominenter

1 Präziser formuliert: den Phänomenbereich, der aktuell – oft genug nur in Ermangelung eines besseren Begriffs – unter der Bezeichnung Rechtsextremismus verhandelt wird.



Ausnahme der Beteiligung an der interdisziplinären Einstellungsforschung sowie eines Stranges an Arbeiten insbesondere in der Jugendsoziologie und Soziologie abweichenden Verhaltens (einen kurzen diesbezüglichen Überblick bietet Botsch 2017: insbes. 133). Diese randständige Behandlung ist durchaus überraschend, weil das Thema in fast allen (mit Ausnahme der Parteienforschung im engeren Sinn oder der Frage nach eventuellen psychologischen Prädispositionen von „Rechtsextremist:innen“) Aspekten als genuin soziologisches Thema aufgefasst werden kann. Entsprechend sollten zahlreiche soziologische Konzepte und Ansätze gewinnbringend zu seiner Analyse eingesetzt werden können. Dass „die“ Soziologie dies weitgehend unterlassen hat, schadet nicht nur der Erforschung des Themenfeldes, sondern u. E. auch dem Fach selbst: Die Soziologie blendet hier just ein Thema aus, das geeignet wäre, einige intrinsische Engführungen etablierter Forschungstraditionen ersichtlich zu machen und derart einen Impuls zu deren Korrektur zu geben.

Ein kurzes Beispiel mag die Auseinandersetzung mit extrem rechter Gewalt geben: Diese ist mit dem Phänomen Rechtsextremismus so eng verwoben, dass sie kaum ignoriert werden kann, wenn man Rechtsextremismus überhaupt thematisiert. Entsprechend wäre eine intensivere Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus auch geeignet gewesen, die Soziologie darauf aufmerksam zu machen, dass sie lange Zeit systematisch „gewalt-blind“ (und entsprechend auch kriegs-blind) war – was nicht bedeutet, dass diese Themen gar nicht behandelt worden wären, aber doch, dass sie in Spezialdiskurse wie etwa die Soziologie abweichenden Verhaltens und die Jugendsoziologie verschoben wurden, wodurch das Fach in seinem Grundverständnis sozialen Handelns und gesellschaftlicher Strukturen unbeeinflusst bleiben konnte (wegweisend insbes. von Trotha 1997 und Joas/Knöbl 2008). Und da extrem rechte Gewalt genuin *ideologische* Gewalt darstellt – ideologisch motiviert, ideologisch legitimiert, ausgeübt von ideologisch geprägten Täter:innen und auf der Basis geteilter Ideologie vergemeinschafteter Täter:innen gegenüber zumeist nach ideologischen Kriterien ausgewählten Opfern – böte sie als Forschungsgegenstand das Potenzial, einige Blindstellen des in den vergangenen Jahren dominanten situationalistischen Paradigmas der Gewaltsoziologie im Anschluss an Randall Collins (2008) zu korrigieren: Dessen enger Fokus auf die „Gewaltsituation“ betrachtet aus sozialtheoretischen Gründen ideologische Gewaltlegitimation und -motivation als irrelevant (Mayer 2022); indem diese Form der Gewaltsoziologie folglich entsprechende Phänomene gar nicht untersucht, wird die besagte Einschränkung gar nicht als problematisch erkennbar. Damit fällt die Gewaltsoziologie hinter den Stand der Arbeiten zurück, die Roland Eckert und Helmut Willems schon in den 1990ern vorgelegt haben (und die, durchaus passend zu von Trothas Befund, augenscheinlich lange Zeit innerhalb des Fachs primär in der Jugend- und Devianzsoziologie rezipiert wurden – vgl. u. a. Willems et al. 1993).

Folglich fragt dieser Beitrag, wie eine systematische *soziologische* Analyse des Themas aussehen könnte bzw. müsste: eine Analyse, die die Stärken der Soziologie für die Analyse des empirischen Gegenstands fruchtbar macht, mit dem fernen Ziel, eben dadurch einen Beitrag auch zur konzeptionellen Entwicklung soziologischer Ansätze leisten zu können. Im Folgenden soll daher zuerst ein kurzer und unvollständiger (!) Blick auf den Forschungsstand in der v. a. nachkriegsdeutschen Rechtsextremismusforschung geworfen werden, mit besonderem Fokus auf die Frage nach der Systematik der Forschung und den soziologischen Beitrag zu ihr. Daran schließt eine wissenschaftstheoretisch fundierte Reflexion an, was systematische soziologische Forschung eigentlich – ganz allgemein (!) – hieße, um sodann den metatheoretischen Rahmen eines Forschungsprogramms soziologischer Rechtsextremismusanalyse zu entwickeln. Diese Überlegungen können und wollen nicht beanspruchen,

abschließend zu sein; sie sind Ausdruck und Zwischenstand einer auch unter uns selbst durchaus kontrovers geführten Debatte mit vielen Substrängen und daher lediglich als eine Art Essay in programmatischer Absicht zu verstehen.

## Anmerkungen zum Forschungsstand: systematische Forschung als Desideratum

Die Rechtsextremismusforschung im Nachkriegsdeutschland ist, positiv formuliert, ein inter- und transdisziplinäres Feld (Gideon Botsch spricht deutlich weniger nett davon, dass sie derzeit „[d]isziplinär [...] heimatlos“ sei (Botsch 2017: 142). Dies dürfte auch damit zusammenhängen, dass die Rechtsextremismusforschung in vielen Hinsichten auch *institutionell* „heimatlos“ ist oder zumindest lange war: Lange Zeit war der 1987 gegründete und mit lediglich einer Professur ausgestattete und an der Hochschule Düsseldorf angesiedelte Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus und Neonazismus (FORENA) die einzige fest institutionalisierte Forschungsstelle im Bereich. Daneben wiesen nur das 1987 gegründete Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung und das 1996 gegründete Bielefelder Institut für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) einen systematischen Schwerpunkt zu Studien im Themenfeld auf (was keinesfalls gleichbedeutend ist mit der Verwendung des Begriffs). Überall sonst war das Thema im besten Fall in der Institutskultur verankert, insbesondere am Frankfurter Institut für Sozialforschung; auch hier lagen jedoch, wie die Publikationslisten des Instituts seit 1950 deutlich machen, die thematischen Schwerpunkte anderswo. An die systematische Faschismus- und Autoritarismusforschung der späteren Institutsgründer und -mitglieder in der Zwischenkriegszeit wurde zwar immer wieder angeschlossen, jedoch mit teils sehr langen zeitlichen Abständen.<sup>2</sup> Überall sonst blieb die Erforschung des Themenfeldes der individuellen Initiative überlassen. Erst in den letzten zehn Jahren – und stark angestoßen vom öffentlichen und politischen Entsetzen über den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) – wurde eine ganze Reihe von Instituten (2016 das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) in Jena in Trägerschaft der Amadeu Antonio Stiftung sowie die Emil Julius Gumbel Forschungsstelle Antisemitismus und Rechtsextremismus an der Universität Potsdam, 2020 das Else-Frenkel-Brunswik-Institut – EBFI – an der Uni Leipzig, 2023 das Institut für Rechtsextremismusforschung (IRex) an der Universität Tübingen) sowie die vorliegende Zeitschrift gegründet.

Die langjährige schlechte Institutionalisierung der Rechtsextremismusforschung schlägt sich im Zusammenspiel mit ihrer disziplinären Heterogenität auch darin nieder, dass verfügbare Überblicke über den Stand der Forschung in der Regel eher thematisch verfahren – dabei mehr oder weniger abstrakt ansetzend (bspw. Virchow 2016) oder sich eine bestimmte Zugangsweise herausgreifend (etwa bewegungstheoretische Ansätze bei Caiani 2019). Was dabei zumeist nicht explizit genannt wird, ist die disziplinäre Verortung der Autor:innen (eine wichtige Ausnahme bildet Botsch 2017, der allerdings keinen Überblick in ganzer Breite bietet). Entsprechend wäre es ein eigenes kleines fachhistorisches Forschungsprojekt und würde einen eigenen Beitrag erfordern, den Stand der soziologischen Rechtsextremismus-

2 Vgl. <https://www.ifs.uni-frankfurt.de/publikationen.html> (letzer Abruf am 22.11.2024), insbes. auch die Publikationen vor 2001.

forschung breit zu erheben und systematisch zu reflektieren. Wir beschränken uns auf Anmerkungen auf der Basis des Eindrucks, den die Rekonstruktion des Forschungsstandes zu extrem rechter Gewalt sowie der extremen Rechten aus bewegungstheoretischer Perspektive in Verbindung mit der Lektüre einiger breiter angelegter Review-Artikel sowie anderweitig gewonnener Impressionen bei uns hinterlassen hat.

Dieses Bild ist grob gesprochen das eines, positiv formuliert, sehr bunten (oder weniger nett gesagt: ziemlich disparaten) Stands der Forschung. Nur wenige Felder werden intensiv und über einen längeren Zeitraum bearbeitet: Dies ist aktuell vor allem die von dem Bielefelder Erziehungswissenschaftler Wilhelm Heitmeyer in den 1990ern begonnene Erforschung der Verbreitung von politischen Einstellungen in der Bevölkerung, die an extrem rechte Positionen zumindest anschlussfähig sind und in ihrer Gesamtheit ein geschlossen rechts-extremes Weltbild ergeben („Deutsche Zustände“-Reihe, erster Band Heitmeyer 2002, zehnter und letzter Heitmeyer 2011). Diese Forschung wird mittlerweile durch die „Mitte-Studien“ (erster Band Decker/Brähler 2006, aktuellster Zick/Küpper/Mokros 2023) fortgesetzt. In diesen Reihen sind verschiedene sozialwissenschaftliche Disziplinen involviert, insbesondere die Sozialpsychologie und die Soziologie.<sup>3</sup>

Einen anderen großen Strang bildet die akteurszentrierte politikwissenschaftliche Forschung zu extrem rechten Parteien, u. a. durch Hans-Gerd Jaschke (u. a. 1994) und Richard Stöss (u. a. 2006) (vgl. auch Mudde 2007; einen Überblick gibt Botsch 2017: 131 ff.); diese erlebte ihren Höhepunkt in den 1980er-Jahren, ging dann jedoch stark zurück und wurde im Feld der Rechtsextremismusforschung durch die oben genannte Einstellungsforschung als dominante Strömung ersetzt (vgl. Botsch 2017: 131 ff.). Dieser Strang akteurszentrierter Forschung nimmt entsprechend seiner spezifischen Ausrichtung die strategische Umorientierung der extremen Rechten von partei- und vereinsförmiger und daher gegenüber staatlichen Gegenmaßnahmen relativ verwundbarer Organisation hin zu „Freien Kräften“ eher wenig wahr. Zwar blieben diese, ebenso wie der subkulturelle Aspekt, nicht gänzlich unerforscht (vgl. u. a. die Nennungen bei Virchow 2016: 9), jedoch kommen die meisten Publikationen hierzu eher aus dem journalistischen Bereich denn aus der Wissenschaft, und die Intensität der Aufarbeitung wird der Komplexität des Feldes nicht gerecht. In der jüngeren Vergangenheit wird ebendies aufgegriffen in u. E. wegweisenden Forschungen v. a. im Bereich der Bewegungsanalyse (vgl. zum Stand der Forschung Caiani 2019); hier sind auch vereinzelt soziologische Ansätze vertreten (insbesondere Rucht/Koopmans 1996, Rucht 2002, Schedler 2017; vgl. auch Quent 2016). Über diese beiden großen, aufeinander folgenden Schwerpunkte hinaus ist die Forschung seit den 1990er-Jahren sehr stark ausdifferenziert (vgl. Virchow 2016: 9); dabei lassen sich dennoch gewisse thematische Schwerpunkte ausmachen, insbesondere Geschlechterforschung (u. a. Köttig/Bitzan/Pető 2017), Analysen zu Medienangeboten und Medienpolitik (vgl. den Überblick bei Virchow 2016: 12) und vor allem eine sehr intensive Begriffsdebatte (ebd.: 13 ff.). Auch extrem rechte Gewalt und extrem rechter Terrorismus werden immer wieder thematisiert, jedoch eher konjunkturabhängig<sup>4</sup> als kontinuierlich und wenig systematisch. Der entstehende Gesamteindruck ist für

3 Botsch spricht gar von einer „phasenweise[n] Dominanz soziologischer oder sozialpsychologischer Zugänge“ (Botsch 2017: 142), unterscheidet dabei aber eben nicht zwischen diesen beiden doch sehr unterschiedlichen Disziplinen.

4 Gewalt etwa wird dann zum Thema, wenn es (teils aufgrund tatsächlicher *Peaks*) auch medial zum Thema wird; so in den 1990ern infolge der damaligen Gewaltwelle sowie seit dem Auffliegen des NSU, vgl. den Überblick bei Virchow 2016: 7. Hier sind auch soziologische Arbeiten vertreten, jüngst insbesondere von Matthias Quent u. a. 2016.

uns der einer zwar persistenten, aber letztlich dennoch in den gesamten Sozialwissenschaften eher randständigen Forschungstätigkeit, die zwar zahlreiche Themen und Aspekte anschnidet, aber nur selten systematisch ausarbeitet – und bei der sich nicht immer erschließt, welche Themen warum behandelt oder ausgeblendet werden. Die Soziologie ist dabei zwar beteiligt, aber jenseits der Einstellungsforschung doch eher schwach vertreten.

Dies ist nicht nur aus einer fachinternen bzw. „fachpolitischen“ Perspektive bedauerlich: Dass sie an vielen Stellen der bisherigen Forschungsdebatten durchaus wegweisende Impulse geliefert hat (etwa durch Einbringung der Bewegungsperspektive, vgl. Virchow 2016: 9), kann als ein Indiz dafür gelten, dass spezifisch soziologische Perspektiven relevante Leerstellen sichtbar machen und zumindest partiell auch zu füllen vermögen. Folglich impliziert dies eine Aufforderung an die Soziologie, sich des Themenfeldes „Rechtsextremismus“ intensiver anzunehmen.

Was aber bedeutet das konkret? Idealtypisch lassen sich zwei Möglichkeiten unterscheiden: Die eine besteht darin, das bisherige Muster eher zufälliger, individuell geleiteter Forschung fortzusetzen. Damit aber wäre der Erkenntnisfortschritt letztlich von individuellen Interessenlagen und Wissensbeständen (und/oder wissenschaftlichen und wissenschaftspolitischen Konjunkturen, wissenschaftsorganisatorischen Logiken und Pfadabhängigkeiten in Debatten und Journals) abhängig. Die andere bestünde darin, zunächst einmal eine systematische Reflexion aus meta-theoretischer Perspektive vorzunehmen, d. h. einen sehr abstrakten Rahmen zu entwickeln, der im Dialog mit einer Kenntnis des empirischen Feldes (!) ermöglicht, eine „Landkarte“ möglicher Forschung zu erstellen. Dieses Raster könnte dann dazu dienen, erstens den Stand der Forschung zu evaluieren: d. h. nicht nur zusammenzutragen, was bereits vorhanden ist, und skizzieren, welche Leerstellen dadurch konkret erkennbar werden (bspw. eine mangelnde Vergleichbarkeit empirischer Befunde zum selben Phänomenaspekt oder ein Abbruch von Zeitreihen), sondern vielmehr großflächige und tiefgreifende Leerstellen zu identifizieren. Diese wären nicht zwingend gleichbedeutend mit Forschungslücken: Nicht alles, was unerforscht ist, ist – nach wissenschaftlichen oder außerwissenschaftlichen Kriterien – so relevant, dass es auch erforscht werden müsste. Vielmehr müsste diese „Landkarte“ zunächst in Verbindung gebracht werden mit – zweitens – einer demselben Raster folgenden Systematisierung des Phänomenkomplexes, den wir als „Rechtsextremismus“ bezeichnen, um derart zu erkennen, wo Leerstellen in der Forschung just in Bereichen vorhanden sind, die mit Blick auf das Phänomen selbst bedeutsam erscheinen.<sup>5</sup> Dies ist epistemologisch keineswegs trivial, denn es setzt letztlich gerade aufgrund der Beschränktheit wissenschaftlichen Wissens eine *außerwissenschaftlich* gewonnene Feldkenntnis voraus – von der allerdings zugleich wissenschaftlich Abstand zu gewinnen wäre.<sup>6</sup> Drittens kann auf der Basis dieses Rasters – und idealerweise auch auf Grundlage der beiden erstgenannten Schritte – ein systematisches Forschungsprogramm für die soziologische Rechtsextremismusforschung entwickelt werden. Im Folgenden soll daher das besagte meta-theoretische Analyseraster skizziert werden, um abschließend auf dieser Grundlage ein paar kursorische Bemerkungen zu der damit vornehmbaren Systematisierung des Phänomenkomplexes einerseits und einem künftigen Forschungsprogramm andererseits zu machen.

5 Eine weitere Herangehensweise wäre, ebendiese Systematisierung des Phänomens zur soziologischen Forschung in Relation zu setzen, um systematische Leerstellen der soziologischen Forschung und Blindstellen soziologischer Konzepte zu erkennen – das aber wäre ein noch viel größeres Unterfangen.

6 Zumindest der erste Teil dieser unwahrscheinlichen Voraussetzung scheint aber im Bereich der sozialwissenschaftlichen Rechtsextremismusforschung gegeben zu sein – zumindest weisen darauf in vielen Konferenzkaffeeпаusen geführte Gespräche darauf hin.

## Meta-theoretische Überlegungen zur Entwicklung eines allgemeinen Analyserahmens

Das Stichwort der Meta-Theorie verweist im Rahmen soziologischer Diskussionen zum einen auf allgemeine Merkmale von Sozialtheorie, insbesondere in ihren Anschlüssen und Übergängen zu einer allgemeineren Wissenschaftstheorie der Sozialwissenschaften. Unter Sozialtheorie verstehen wir im Sinne von Hans Joas und Wolfgang Knöbel das grundlegendste Niveau soziologischer Theoriebildung, d.h. etwas, das bereits der Unterscheidung von Handlungs- und Akteurtheorie einerseits und Gesellschaftstheorie andererseits vorausgeht (und damit zugleich beides umfasst). Diese zentralen Unterscheidungen wiederum verweisen auf etwas Allgemeineres: nämlich zum einen eine Reihe grundlegender Kategorien und diesen zugehörigen Unterscheidungen, die je nach Theorieschule teils im Zentrum stehen, teils eher marginalisiert werden. Damit ist auch die grundlegende und teils eher wissenschaftstheoretische Unterscheidung von Mikro, Meso und Makro angesprochen, die im soziologischen Kontext verschiedene Aggregationsebenen des Sozialen bezeichnet. Zum anderen verweist das Stichwort Meta-Theorie auf vor-sozialwissenschaftliche, im Kern philosophische, aber für die Soziologie ganz grundlegende Unterscheidungen verschiedener Weltbezüge und von Raum und Zeit. All diese Unterscheidungen sind so grundsätzlich, dass sie fast schon trivial erscheinen. Gerade im Kontext eines Forschungsfeldes jedoch, das durch ein konkretes empirisches Phänomen konstituiert wird, welches mit Theorien mittlerer Reichweite hinreichend analysierbar scheint und eher unsystematisch bearbeitet wird, können diese grundlegenden Kategorien hilfreich sein, um die Forschungsarbeit zu reflektieren und ggf. neu zu strukturieren.

### Vor-sozialtheoretische Kategorien und Unterscheidungen: Raum, Zeit und Weltbezüge

#### Raum und Zeit

Die Kategorie von *Raum und Zeit* verweist zunächst auf die unhintergehbare Situiertheit aller sozialen (bzw. aller irdischen) Phänomene in Raum und Zeit (in einem positivistischen Sinn). Dies impliziert ganz grundlegend, dass Soziologie stets ein zumindest inhärentes Verständnis davon haben muss, wie die von ihr analysierten Phänomene bzw. Zusammenhänge zwischen Phänomenen in Raum und Zeit zu verorten sind (also: wo und wann), und entsprechend auch: für welchen raum-zeitlichen Kontext die getroffenen Aussagen Geltung beanspruchen können. Diese Verortungen lassen sich jenseits konkreter Bestimmungen auf der Basis von in der Gegenwart gängigen und bedeutungsvollen Unterscheidungen abstrakt bestimmen: Die grundlegende soziologische Relevanz von Raum arbeitet nicht erst die gegenwärtige Raumsoziologie (wegweisend u. a. Löw 2013), sondern bereits Georg Simmel heraus (Simmel 1995 [1903]). Doch schon, wenn man diese Kategorie in eher objektivistischer, hinter die Kernargumente der Raumsoziologie zurückfallender Weise fasst, ist sie für eine soziologische Analyse von Rechtsextremismus höchst relevant. So lässt sich, aus verschiedenen Zusammenhängen empirisch-vergleichender Forschung – etwa aus der politikwissenschaftlichen

Erfassung von politischen Konflikten weltweit<sup>7</sup> – eine reichweitenbezogene Unterscheidung gewinnen: Derart lassen sich die untersuchten Phänomene oder Zusammenhänge bzw. ihre jeweiligen Ausprägungen nach ihrer räumlichen Ausdehnung klassifizieren, d. h. danach, ob sie lokal, regional, national, inter- bzw. transnational auftreten, wobei bezüglich des letzteren präzisiert werden sollte, ob dies im Rahmen lediglich eines Kontinents, also inner-kontinental, im trans-kontinentalem Rahmen oder im globalem Rahmen der Fall ist.

Die zweite Kategorie ist die der Zeit, deren Relevanz einerseits prozessorientierte, die Historizität aller Phänomene betonende Sozialtheorien wie etwa die von George Herbert Mead (vgl. Joas 2016) oder in der Gegenwart Andrew Abbott (2016) und andererseits die Forschungstradition der historischen Soziologie ins Zentrum rücken. Sie erlaubt zum einen die grundlegende – wenn auch nur im Rahmen eines linearen Zeitverständnisses sinnvolle – Unterscheidung zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft<sup>8</sup>. Reflexiv gebrochen lässt sich daran mit Niklas Luhmann die Differenzierung in jeweils tatsächliche und andererseits sozial vorgestellte Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft anschließen: die „vergangene Gegenwart“ steht der „gegenwärtigen Vergangenheit“ (also: der gegenwärtig vorstellten Vergangenheit) gegenüber, die „gegenwärtige Gegenwart“ der in der Vergangenheit für diesen Zeitabschnitt vorgestellten Zukunft („vergangene Zukunft“), die „zukünftige Gegenwart“ der „gegenwärtigen Zukunft“ (vgl. Luhmann 1976: 355). Zum anderen ermöglicht sie neben einer konkreteren zeitlichen Verortung (und damit auch: Relationierung zu anderen zeitlich verorteten Phänomenen) die grundsätzliche Vorstellung der zeitlichen Dauer des Untersuchungsgegenstandes, die sowohl präzise Angaben als auch die grobe Unterscheidung in kurz-, mittel- und langfristig anhaltend (wobei wiederum zu präzisieren wäre, was ungefähr das bedeuten soll) erlaubt. Und schließlich erlaubt die Temporalisierung die Unterscheidung von Kontinuität und Wandel sowohl einzelner Phänomene als auch von Phänomenzusammenhängen, und damit auch von Struktur (als relativ dauerhafte Relationen zwischen Elementen des Phänomens) und Prozess.

### Weltbezüge

Die zweite grundlegende Unterscheidung ist die in verschiedene „Welten“ bzw. *Weltbezüge*. Hier gibt es eine Reihe geläufiger Unterscheidungen, die nur partiell quer zueinander stehen – etwa die zwischen natürlicher Welt und sozialer Welt im Sinne einer „menschgemachten“ Welt (worunter auch physische Artefakte gefasst werden) oder zwischen physischer und symbolischer Welt. Bereits auf soziologische Zwecke ausgerichtet ist die Unterscheidung in eine objektive Welt im Sinne einer „Welt existierender Sachverhalte“ (worunter sowohl natürliche als auch menschgemachte Gegebenheiten einschließlich aller sozialen Gegebenheiten fallen), eine soziale Welt als Welt legitim geregelter (!) sozialer Beziehungen und die subjektive Welt der jeweiligen Handelnden, die Jürgen Habermas als Grundlage seiner Handlungstheorie in der „Theorie des kommunikativen Handelns“ vornimmt (1988: insbes. 149). Die Relevanz und Nützlichkeit dieser unterschiedlichen Kategorisierungen variiert in Abhängigkeit von Gegenstand und Erkenntnisinteresse.

7 Wegweisend das *Correlates of War Project*, systematisch u. a. durch das *Peace Research Institute Oslo* (PRIO) oder das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung (HIK).

8 Letztere allerdings ist für die Sozialwissenschaften unmittelbar nur in der eher seltenen Form der Prognose bzw. Modellierung zukünftiger Entwicklungen aktuell möglich erscheinender Trends und indirekt in Gestalt gegenwärtiger sozialer Vorstellungen der Zukunft relevant.

## Sozialtheoretische Unterscheidungen

Joas und Knöbel verstehen unter sozialwissenschaftlicher Theorie „verallgemeinerte Aussagen über soziale Zusammenhänge bzw. Regelmäßigkeiten des sozialen Lebens“ (Joas/Knöbel 2004: 9) im Sinne einer „überwölbenden Konzeption, die auch politische und kulturelle Dimensionen miteinbezieht“ (Joas/Knöbel 2004: 11). Dabei werden in der Auseinandersetzung mit der Empirie (16) „[f]ür einzelne Probleme [...] spezielle Hypothesen oder Theorien aufgestellt, wobei man dann versucht, mehrere solcher speziellen Theorien zu einer allgemeineren Theorie zusammenzuführen, welche die jeweiligen Generalisierungen konsistent miteinander verbindet“ (Joas/Knöbel 2004: 18f.). Es geht entsprechend nicht nur um Erklärungen im engeren Sinne (durch Identifikation und Anwendung allgemeiner Gesetze), sondern auch um „allgemeine Annahmen“, „Klassifizierungen“ und „Konzepte“ (Joas/Knöbel 2004: 25):

„Was ist Handeln?“, „Was ist soziale Ordnung?“, „Was bestimmt sozialen Wandel?“. Alle Theoretiker – dies gilt für die *Klassiker* der soziologischen Theorie ebenso wie für *moderne* Sozialtheoretiker – haben sich mit diesen drei Fragen beschäftigt, [...] [die] natürlich immer eng zusammenhängen: Denn das *Handeln* von Menschen ist nie rein zufällig, sondern es bilden sich immer *Ordnungen* heraus, und diese Ordnungen *wandeln* sich historisch!“ (Joas/Knöbel 2004: 37)

Es geht also darum, Begriffe und Konzepte über soziales Handeln, soziale Ordnung und sozialen Wandel zu entwickeln. Dabei verstehen wir – in vielleicht einer gewissen Abweichung von Joas und Knöbel – ‚soziale Ordnung‘ ganz im Weberianischen Sinne rein deskriptiv als *beobachtbare Regelmäßigkeit*. Das schließt Normativität nicht aus, weist ihr jedoch einen bestimmten Platz zu: Die beobachtbaren Regelmäßigkeiten basieren zumindest teilweise auf präskriptiven und konstitutiven Regeln (also: Institutionen – vgl. Stachura 2009: 9 ff.), die wiederum eine Bindung an Werte im Sinne normativer Vorstellungen *im Feld* (nicht: aus Beobachterperspektive) enthalten. Diese Begriffe und Konzepte über soziales Handeln, soziale Ordnung und sozialen Wandel werden dann systematisch und in konsistenter Weise zueinander in Beziehung gesetzt, mit dem Ziel der verallgemeinerbaren Beschreibung und Analyse (was wiederum sowohl in verstehender als auch erklärender Absicht – und dabei in verschiedenen Konzeptionen von Erklärung – vorgenommen werden kann). Die sozialtheoretische Frage „Was ist ...“ ist also nicht rein deskriptiv gemeint, sondern impliziert bereits Analyse, Verstehen und eventuell auch Erklären. Und diese Analyse muss, auch das wird klar, weit über die Bildung von Theorien mittlerer Reichweite hinausgehen. Zugleich stellt sie an solche Theorien die Anforderung, zu explizieren, wie (und wie genau) sie in allgemeinere, sozialtheoretische Ansätze eingebettet sind.<sup>9</sup>

Die von der Sozialtheorie aufgeworfenen grundsätzlichen Fragen werden unter Zuhilfenahme einiger grundlegender Unterscheidungen und Spezifikationen noch weit vor jeder konkreten Theoriebildung beantwortet. Die wohl grundlegendste ist die Unterscheidung verschiedener *Aggregationsebenen* des Sozialen. Sie findet sich zumindest implizit bei allen Klassikern der Soziologie von Karl Marx über Georg Simmel zu Max Weber; für sie haben sich die Bezeichnungen Mikro, Meso und Makro eingebürgert. Sie verweist als sozialtheoretische Unterscheidung sowohl darauf, dass verschiedene empirische Phänomene sowohl auf

9 Anderenfalls kann auf der Gesamtebene kein in sich konsistentes umfassendes Theoriwerk entwickelt werden; und Theorien mittlerer Reichweite müssen ihre sozialtheoretischen Implikationen explizieren, damit diese nicht opak bleiben (und entsprechend nicht ohne Weiteres nachvollzogen bzw. auf ihre Konsistenz miteinander und/oder die Theorie mittlerer Reichweite überprüft werden können) oder gar alltagsweltliche und/oder normative Annahmen unreflektiert in sie eingehen.

unterschiedlichen Ebenen situiert analysiert werden können (etwa interpersonale Interaktionen auf der Mikroebene, Musikszenen auf der Mesoebene und „das Wirtschaftssystem“ auf der Makroebene) als auch auf Akteur:innen unterschiedlicher Aggregationsniveaus (insbes. Individuen, Kernfamilien und andere Kleingruppen als Akteur:innen auf der Mikroebene, größere Gruppen, soziale Bewegungen und Organisationen als Akteure auf der Mesoebene und Staaten oder Gesellschaften als Akteure auf der Makroebene). Zugleich bezeichnet sie als wissenschaftstheoretische Unterscheidung unterschiedliche Betrachtungs- und Erklärungslogiken: ein „mikrologischer“ Blick etwa fokussiert rein auf individuelles Handeln und fasst Makrophänomene „reduktionistisch“ als reine Aggregation von Mikroelementen bzw. Prozessen, d. h. als bloße Summe seiner Teile. Im Unterschied dazu steht eine Konzeptionalisierung von Makrophänomenen als emergent, d. h. als etwas, das durch das spezifische Zusammenspiel seiner Elemente neue Qualitäten gewinnt, welche nicht auf Eigenschaften der konstitutiven, auf einer niedrigeren Ebene angesiedelten Elemente zurückgeführt werden können. Dagegen verbindet eine idealtypische (vielleicht auch: strohmannhaft-zugespitzte) „strukturalistische“ oder vielmehr „struktur-deterministische“ Erklärung verschiedene Makrophänomene direkt kausal miteinander bzw. fasst das sie verbindende Handeln als von den erklärenden Variablen her (quasi-)determiniert auf.<sup>10</sup>

Auf diesen Ebenen lassen sich verschiedene grundlegende soziologische analytische (!) *Einheiten* – insbesondere, wie von Joas und Knöbel mit Blick auf sozialtheoretische Grundfragen genannt, soziales Handeln, soziale Ordnung und sozialer Wandel – verorten, die wiederum jeweils unterscheidbare Qualitäten aufweisen. Mit Blick auf Handlungslogiken sind dies etwa mit Max Weber wert- und zweckrationales Handeln, affektives und traditionales (Weber 1964 [1921]: 17); hinsichtlich von Formen sozialer Beziehungen in einem sehr grundlegenden oder abstrakten Sinn (Schluchter spricht von Handlungskoordination – Schluchter 2015: u. a. 268) bspw. Kooperation und Konflikt; eher phänomenologisch lassen sich als Beziehungsformen Freundschaften von Liebesbeziehung oder Beziehungen unter statusgleichen Kollegen von hierarchischen Verhältnissen unterscheiden. Gruppen lassen sich u. a. nach Größe, Organisationsgrad oder Grundlage der Gruppenbildung (mit Weber: Vergemeinschaftung als traditions- oder affektbasiert, Vergesellschaftung als basiert in zweck- oder wertrationalen Beziehungen – Weber 1964 [1921]: 29) oder nach grundlegendem „Code“ der „kollektiven Identität“ (primordial, traditional oder universalistisch – Giesen 1999: 24 ff.) klassifizieren. Ausdifferenzierte Handlungsbereiche („Arenen“ oder „Felder“) können verschieden „groß“ sein, mit organisationalen Entsprechungen oder ohne, oder können gar „Wertsphären“ bilden; ebenso wie die Vielfalt der Ordnungsformen entziehen sie sich einer vergleichsweise einfachen Kategorisierung. Formen des sozialen Wandels wiederum werden abstrakt nach inkrementell vs. disruptiv kategorisiert (wobei sich hierin die zeitliche Dimension von langsam vs. rapide und die inhaltliche Dimension der Stärke der Veränderung mischen), während ein eher phänomenologischer Blick bspw. technischen Fortschritt von politischen Veränderungen bis hin zu Regimewandel oder Revolution unterscheiden würde.

Das Verhältnis all (!) dieser Unterscheidungen zueinander ist kein bloßes Nebeneinander; vielmehr stehen sie alle quer zueinander und ergeben derart ein multidimensionales Raster. In diesem Raster lässt sich prinzipiell alles verorten, was Soziolog:innen interessiert, sowohl Konzepte als auch Phänomene, in ihrer jeweiligen Gesamtheit und in deren Bestandteilen –

10 Vgl. zu Emergenz, Mikro- und Makrodetermination u. a. den Überblick von Hoyningen-Huene 1994.



und entsprechend auch alles, was wir als Ursache oder Folge des Untersuchungsgegenstandes klassifizieren. (Wobei „Ursache“ und „Folge“ je nach wissenschaftstheoretischer Verortung im Sinne eines engen Kausalitätsverständnisses oder in einem weiteren Sinn verstanden werden können; im Folgenden werden diese Ausdrücke locker verwendet.) Das ist nicht nur für die präzise Bestimmung des Phänomens hilfreich, sondern auch, um selbstreflexiv zu fragen, was man da eigentlich tut. Nicht zuletzt können damit auch Limitationen des eigenen Ansatzes offengelegt werden. (Etwa die Erkenntnis, für ein bestimmtes Phänomen bislang nur Meso-Erklärungen erwogen zu haben, obwohl das Phänomen als raum-zeitlich landesweit ausgreifendes und über Jahrzehnte hinweg persistierendes so groß ist, dass zumindest begründungspflichtig wäre, weshalb es durch Rekurs auf Mesogegebenheiten erklärbar sein sollte – insbesondere, wenn diese eine deutlich größere Varianz in Raum und Zeit aufweisen als das zu erklärende Phänomen.) Das soll nicht implizieren, dass jede Analyse gleichwelchen Phänomens alle Felder dieser Matrix abdecken müsste – dies könnte der Sache nach unangemessen sein, dem Erkenntnisinteresse nicht entsprechend oder mit Blick auf die Relation von notwendigem Aufwand und Ertrag (sprich: Erklärungskraft bestimmter Aspekte in Relation zu anderen) nicht zielführend. Es soll vielmehr lediglich darauf verweisen, dass das vorgeschlagene *allgemein*, ganz jenseits der Rechtsextremismusforschung, eine Folie bildet, die Orientierung geben kann bei der Beantwortung der selbstgestellten Frage, ob das, was man da tut, plausibel, konsistent und hinreichend vollständig ist.

## Und was hat das alles mit Rechtsextremismus zu tun ...?

An dieser Stelle soll uns lediglich interessieren, was all diese Überlegungen zur soziologischen Rechtsextremismusforschung beitragen können, genauer: zu ihrer Systematisierung, mit dem Ziel, zu einem umfassenderen und in der Breite hinreichend vertieften Verständnis des Phänomens zu gelangen. Dies bedeutet zum einen, das Phänomen selbst in einer Weise zu beleuchten, die über die (insbesondere in Deutschland) sehr intensiv diskutierten Bezeichnungs- und Definitionsfragen (vgl. u. a. den Überblick bei Virchow 2016: 13 ff.) hinausgeht. Denn die bisherige Debatte (oder vielmehr: die merkwürdigerweise teils völlig unverbundenen Debatten zu Begrifflichkeiten in verschiedenen Disziplinen<sup>11</sup>) zeigt bereits, dass nicht nur durchaus disparat ist, welcher Begriff verwendet wird – Rechtsradikalismus, Rechtsextremismus, (Neo-)Nazismus, (Neo-)Faschismus... –, sondern auch, was darunter verstanden wird. Jedes dieser Konzepte enthält neben den offenkundigen expliziten Abgrenzungen auch implizite Aussparungen (würde man etwa den Begriff des Rechtsextremismus auch auf die NS-Zeit anwenden?). Entsprechend wäre zu klären: Was genau ist eigentlich das Phänomen, von dem wir reden, in seiner Abstraktheit und umfassenden Gesamtheit (mit M. Rainer Lepsius' grundsätzlichen Überlegungen zu einer historischen Soziologie formuliert: Was ist das Analyseobjekt? Vgl. Lepsius 1983: 141). Dabei könnte wiederum der Rückgriff auf Kategorien aus dem Praxisfeld der Beratungsarbeit gegen Rechtsextremismus hilfreich sein, die auf drei grundlegende Dimensionen des Phänomenkomplexes verweist: Ideologie, Akteur:innen und deren Strukturen sowie Handeln. Mit Lepsius reformuliert: von „Ordnungs-

11 So ist die jahrzehntelange und andauernde geschichtswissenschaftliche Debatte über den Faschismusbegriff (aktuell u. a. von Roger Griffin geprägt) in der Soziologie weitgehend unrezipiert.

ideen“ über „Trägergruppen“ hin zu „Handlungsformen“ (ebd.: passim). Und was ist seine Varianz? Und zwar, wiederum mit Lepsius, einerseits seine „Erscheinungsform“<sup>12</sup> und andererseits seine „Funktionsbedeutung“ (ebd.: 141)? Was etwa sind dann seine – nach welchen Kriterien gebildeten – Typen und Subtypen (ebd.: 141)? Daran ließe sich dann auch eine aufgeklärtere Begriffsdebatte anschließen, die weniger stark von disziplinären Moden und politischen Konjunkturen geprägt ist, als es uns gegenwärtig der Fall zu sein scheint.

Auf der Basis einer solchen grundlegenden Klärung des Phänomens und des zu seiner Bezeichnung geeigneten soziologischen Begriffs lässt sich dann fragen, welche Aspekte dieses Phänomen bzw. seine Subtypen aufweist, wie diese zueinander in Beziehung stehen bzw. zusammenwirken, wie sie sich wandeln etc. Ebenso lässt sich untersuchen, unter welchen Bedingungen dieses Phänomen (mit welcher Wahrscheinlichkeit) in welchen Aspekten bzw. welcher Ausprägung (Typ) und welcher Intensität auftritt (oder: zurückgeht). Hier geht es über die bloße Definition und begriffliche Fassung des Phänomens hinaus um dessen *Analyse* – im Ganzen und in Teilen. Analyse meint hier zunächst ein theoretisch und methodisch reflektiertes Zueinander-in-Beziehung-Setzen verschiedener Aspekte; zum einen *innerhalb* des Phänomens, d.h. ein Relationieren seiner unterschiedlichen und ggf. auch variablen Bestandteile zueinander; zum anderen bezeichnet es ein Verstehen und/oder (wie oben bereits angedeutet: in einem stärkeren oder schwächeren Sinn) Erklären. Im Folgenden sollen diese beiden Aspekte wenigstens cursorisch und skizzenhaft illustriert werden.

## Raum-zeitliche Dimension des Phänomens Rechtsextremismus & extrem rechte raum-zeitliche Bezüge

Die Dimension des raum-zeitlichen Bezugs ermöglicht es, zunächst aus der Außenperspektive zu fragen, wann und wo das (Sub-)Phänomen bzw. dessen konkrete Ausprägung, von der man spricht, zu verorten ist: Geht es um die Gegenwart, um die Zeit seit den 1970ern (in denen u. a. mit Gary Laucks US-amerikanischer NSDAP-Aufbauorganisation die subkulturelle Neonazi-Szene jenseits der NS-Nostalgie der Altnazis beginnt) oder die ganze Nachkriegszeit? Um die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur? Oder gar bereits die Zwischenkriegszeit oder die Kaiserzeit, in der sich Ethnonationalismus als gesellschaftliches und Autoritarismus als politisches Ideal so scheinbar untrennbar verbanden, wie sie seitdem in dem, was wir heute Rechtsextremismus nennen, sind (vgl. u. a. bereits die Definition von Jaschke 1994: 31)? Oder gar die Zeit der (oder: seit den) anti-napoleonischen Befreiungskriege im späteren Deutschland, in der der Ethnonationalismus entstand (und zunächst nicht zwingend mit autoritären Politikmodellen verknüpft, sondern zumindest teilweise bzw. auch mit der Demokratiebewegung des Vormärz und gescheiterten Revolution von 1848 verbunden war)? Keine dieser möglichen zeitlichen Verortungen oder Ausdehnungen wird durch eine soziologische Perspektive ausgeschlossen, da es gerade einer historischen Soziologie auch um die Rekonstruktion von Prozessen über eine lange Zeitdauer hinweg gehen kann – nicht nur ideengeschichtlich wie in den oben gestreiften Beispielen, sondern etwa auch mit Blick auf akteursbezogene Fragen wie die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Trägergruppe, Organisationsformen oder Verbindungen zwischen der extremen Rechten und Wirtschaftseliten sowie handlungsbezogene Fragen nach typischen Strategien und Handlungsfeldern.

12 Aufgrund deren Varianz schlägt Kliche vor, eher von „Rechtsextremismen“ als „dem“ Rechtsextremismus zu sprechen (Kliche 1996).

Derart ließen sich auch den mit Lepsius aufwerfbaren Fragen danach, wie genau (und warum) sich einerseits die Erscheinungsform (von Leitideen über Trägergruppen hin zu Handlungsformen) und andererseits die Funktionsbedeutung wandeln, nachgehen, um schließlich zu einer Typologie der „Rechtsextremismen“ in „Deutschland“ zu gelangen (das ja schon als Staat erheblichem Wandel unterliegt – gerade auch in räumlicher Hinsicht, d.h. bezüglich seines Staatsgebiets; vgl. zu den diesbezüglichen methodischen Implikationen Lepsius 1983: 135 ff.).

Analog mit Blick auf den Raum: Ist der Gegenstand in räumlicher Hinsicht im eigenen Land, einem oder mehreren anderen Ländern (im Vergleich?), in ganz Europa oder gar darüber hinaus zu verorten (wenn ja: wo? Nur in der „westlichen“ Welt oder auch zumindest in Osteuropa und Teilen Südamerikas)? Weist der untersuchte Aspekt (etwa: „White Power music“) trans- oder gar internationale Bezüge auf – und wenn ja, in welcher Ausdehnung bzw. Streuung und Reichweite? In die andere Richtung gefragt: Sind jeweils ganze Länder die kleinste Einheit oder geht es um regionale oder gar lokale Ausprägungen des Phänomens? Wenn letzteres, ist die Analyse auf ein oder mehrere Regionen begrenzt oder geht es um die Erfassung des ganzen Landes (oder breiter) in der Differenziertheit seiner regionalen bzw. lokalen Ausprägungen? Schließlich weisen nicht nur AfD-Wahlergebnisse eine erhebliche Varianz zwischen Regionen auf, sondern insbesondere auch Bewegungsorganisationen (deren Mehrzahl, insbesondere die „Freien Kräfte“, lokal oder regional gebunden ist) und -aktionen wie etwa an bestimmte Orte gebundene wiederkehrende Demonstrationen (bspw. die „Gedenkmärsche“ von Dresden oder Wunsiedel). Wenn man diese Aspekte jeweils dynamisiert bzw. in einer Prozessperspektive betrachtet, kommen einerseits die Frage nach der Dauer und zeitlichen Entwicklung der untersuchten Aspekte sowie die Frage nach einer eventuellen räumlichen Ausbreitung und deren Mustern in den Blick: beispielsweise mit Blick auf den klaren Peak extrem rechter Gewalt in den 1990ern (keineswegs nur in Deutschland)<sup>13</sup> und den diesbezüglichen Schwerpunkt in Deutschland (im internationalen Vergleich – Ravndal 2018: 854) bzw. auf nationaler Ebene betrachtet in den östlichen Bundesländern.<sup>14</sup> Dieselbe Frage nach der raum-zeitlichen Verortung stellt sich in Bezug auf eventuell diskutierte Ursachen, Rahmenbedingungen und/oder Folgen, wobei auch hier die Ausdehnungsdimension – also hinsichtlich der Zeit die Dauer und hinsichtlich des Raums die räumliche Verbreitung – zu berücksichtigen ist.

Es geht also ganz grundlegend darum, zunächst das Phänomen bzw. dessen Bestandteile und dann seine Ursachen und Folgen in seiner resp. ihrer raum-zeitlichen Gebundenheit und Varianz – und damit ganz grundlegend: Historizität – ernst zu nehmen. Auf dieser Grundlage lassen sich eine für solche Varianzen und Veränderungsprozesse sensible Perspektive auf das Phänomen einerseits sowie auf seine Ursachen und Folgen andererseits miteinander verbinden mit dem Ziel einer umfassenden Prozessanalyse.<sup>15</sup> In diese können auch räumliche Per-

13 Vgl. den RTV-Datensatz des norwegischen C-REX (<https://www.sv.c-rex.uio.no/RTVMapTool/>, letzter Aufruf am 15. 7. 2024).

14 So unsere derzeit noch unveröffentlichte Auswertung der Liste der Todesopfer extrem rechter Gewalt der Amadeu-Antonio-Stiftung (<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/todesopfer-rechter-gewalt/>, letzter Aufruf am 15. 7. 2024).

15 Derart kommen auch forschungsdesignbezogene Fragen nach der Passung der erwogenen Ursachen zum Phänomen in den Blick: Etwa wenn die Erklärung mit Blick auf die zeitliche Verortung der möglichen Ursachen sehr „präsentistisch“ gerät, obwohl das Phänomen (etwa: extrem rechte Ideen bzw. Ideologieelemente) eine erhebliche zeitliche Dauer und Konstanz aufweist und daher allenfalls eine plötzliche Zunahme der Verbreitung entsprechender Einstellungen oder eine sehr spezifische neue Gestalt alter Ideen durch rein in der Gegenwart zu verortende Ursachen erklärt werden können. Oder es wird im Gegenteil erkennbar, dass Ursachen mit großer

spektiven eingehen, etwa wenn bestimmte Aspekte des Phänomens und/oder seiner Ursachen und Folgen bestimmte Raumbezüge aufweisen oder es gerade zur Herausforderung wird, räumlich disparate Elemente miteinander zu verbinden.

Überleitend zur Frage nach den Weltbezügen verweist schließlich die Einnahme der „Innenperspektive“, d. h. der Blick auf extrem rechte Ideologie und extrem rechtes Handeln, darauf, welche Bedeutung Vorstellungen von historischen Zeitverläufen (ganz im Sinne der Luhmannschen Unterscheidung) und Raumvorstellungen in der extremen Rechten haben. Die Charakterisierung extrem rechter Ideologien als „palingenetischer Ultrationalismus“ (Griffin 2020: 75 ff.), dessen Kern die Vorstellung einer „Wiedergeburt“ der „ursprünglichen“ und „reinen“ Nation bildet, verweist auf die zentrale ideologische Bedeutung der gegenwärtigen Vorstellungen über die Vergangenheit in der extremen Rechten: Ihre „gegenwärtige Vergangenheit“ imaginiert ein „Ursprungszeitalter“ einer von „Rassereinheit“<sup>16</sup> und „natürlicher Rassenhierarchie“ zum eigenen Vorteil geprägten Welt.<sup>17</sup> Diese Vorstellung ist nicht nur identitätskonstitutiv für die extreme Rechte, sondern Grundlage einer Art Geschichtstheorie, Gegenwartsdiagnose und Projektion möglicher Zukünfte. Aus der Verbindung dieser Elemente resultiert eine bestimmte Konstruktion der aktuellen Situation mit entsprechenden Vorstellungen von Handlungsnotwendigkeiten: Die Gegenwart wird als Produkt einer Verfallsgeschichte interpretiert, in der die „ursprüngliche Einheit“ der „rassereinen Volksgemeinschaft“ sukzessive unterminiert wurde, durch das Zusammenspiel von „Degenerationsprozessen“ im Inneren (wie etwa Frauenemanzipation oder die Aufweichung überkommener Geschlechter- und Sexualnormen) und Bedrohungen von außen, als deren Ursache am Ende *more often than not* „die jüdische Weltverschwörung“ gilt. Welche Bedrohung dabei als die zentrale ausgemacht wird, ist historisch variabel – so ist an die Stelle des „Bolschewismus“ mittlerweile „der große Austausch“ getreten. Die konsequente Fortschreibung dieser Entwicklung in die Zukunft als mögliche gegenwärtige Zukunft ergibt den irreversiblen „Volkstod“; zugleich sei, so die Konstruktion, in der Gegenwart gerade noch das Zeitfenster geöffnet, um diese Entwicklung nicht nur aufzuhalten, sondern zu revidieren – hin zur erstrebten „Wiedergeburt“ der „reinen Rasse“. Welche Handlungen daraus folgen sollen, ist zumindest in Teilen durchaus umstritten; klar ist aber, dass eine dringende Handlungsnotwendigkeit besteht. (Wobei wiederum sehr viele der „Vorschläge“, wie dies zu erreichen sei – etwa der in den „Turner Diaries“ geradezu herbeigesehnte Bürgerkrieg entlang „rassischer“ Linien – als disruptive Form sozialen Wandels zu charakterisieren sind. Auch sonst scheinen für extrem rechte Gedankenwelten Disruptionsfantasien eine zentrale Rolle zu spielen, wie sich schon im Selbstverständnis als „revolutionäre“ Bewegung zeigt – allerdings eben als rückwärtsgewandte.)

Die Raumvorstellungen der extremen Rechten (vgl. Frankenberger et al. 2024), in der der selbsterhobene Anspruch auf „Lebensraum“ eine zentrale Rolle spielt, sind mit diesen Zeit-

zeitlicher Dauer und/oder eher langfristiger Wirkung zwar Grundbedingungen (etwa: erfolgte oder zumindest erfolgende Modernisierung) klären und Grundelemente (etwa: auf Abstammung zielende primordiale Codes kollektiver Identität als Kern der Ideologie) erklären können, aber zumindest ohne konkrete Analyse ihrer jeweiligen Varianz (über Raum und Zeit, aber auch eventuell über verschiedene Sozialräume) nicht die Varianz des Phänomens bzw. seiner konkreten Erscheinungsformen und Ausprägungen.

- 16 Die Idee ursprünglicher Reinheit findet sich bereits in Johann Gottlob Fichtes Idee in seinen „Reden an die deutsche Nation“, die Deutschen seien ein reines „Urvolk“, im Gegensatz zu den romanisierten Franzosen etc.
- 17 Die geschichtswissenschaftlich dominierte Faschismusforschung und die eher sozialwissenschaftlich definierte Rechtsextremismusforschung verlaufen bislang eher „nebeneinander“ bzw. stehen in einem ungeklärten Verhältnis zueinander, obwohl ihre jeweiligen Phänomene empirisch klar verbunden sind durch personelle und ideologische Kontinuitäten sowie Referenzen.

vorstellungen eng verbunden: Der Anspruch auf „Lebensraum“ wird nicht nur aus der eigenen imaginierten „rassischen Überlegenheit“ abgeleitet, sondern auch aus der Vorstellung eines ursprünglichen Siedlungsgebiets mit bestimmter und als geschlossen imaginierter räumlicher Ausdehnung. Die – je nach Subdiskurs durchaus variierenden – als zentral konstruierten räumlichen Grenzen konstituieren dabei ein unhintergebares Minimum, das durch gegenwärtiges politisches Handeln zu erhalten bzw. wiederzuerlangen sei. Die Bestandsaufnahme in der Gegenwart ergibt dann in Bezug auf je lokales Handeln das raumpolitische Ziel (falls nicht die vorgestellte Notwendigkeit), „national befreite Zonen“ zu schaffen, und mit Blick auf großräumigere Strategien Zielvorstellungen wie etwa die als „Rückkehr zur natürlichen Ordnung“ vorgestellte Re-Organisation der Weltbevölkerung nach der insbesondere von der „Identitären Bewegung“ propagierten Idee des „Ethnopluralismus“: Alle „Kulturen“ – die als klar abgrenzbar und abgegrenzt voneinander imaginiert werden – sollen (ausschließlich) in ihren „angestammten Siedlungsgebieten“ leben.

Die raum-zeitliche Perspektive bietet also sowohl aus der Außenperspektive einen Impuls, der dazu zwingt, im Sinne einer historischen Perspektive die Bestimmung des Analyseobjekts in seiner Varianz der Erscheinungsformen und Funktionsbedeutungen über Differenzen in Zeit und Raum zu präzisieren und zu variieren, und derart schlussendlich zu einer Typologie von Rechtsextremismen zu gelangen. Teil der Varianz der Erscheinungsformen ist dabei auch die Binnenperspektive mit Blick auf Raum und Zeit, d.h. die Untersuchung der Vorstellungen von Zeit und Raum innerhalb der extremen Rechten. Eine solche historisch gesättigte Typologie ermöglicht in einem nächsten Schritt die theoriebildende Frage nach den Bedingungen ihrer jeweiligen Entstehung einerseits und ihres Fortbestands bzw. Wandels andererseits.

## Weltbezüge in der (Forschung zur) extremen Rechten

Spielt man gedanklich die Dimension möglicher Weltbezüge zunächst aus der Beobachterperspektive durch, so wird zunächst – trivialerweise – klar, dass Rechtsextremismus ein Phänomen in der *sozialen*, nicht in der *natürlichen Welt* ist; sonst könnte er auch nicht als solches Gegenstand soziologischer Analyse sein. Sobald man diese Unterscheidung aber als relevante Unterscheidung für die Rekonstruktion der Binnenperspektive auffasst, stellt sich die Frage danach, wie extrem rechte Ideenwelten die Grenze zwischen „natürlich“ und „sozial“ ziehen. Hier ist zunächst offensichtlich, dass die extreme Rechte sozial konstituierte Ordnungsvorstellungen, die sich auf die soziale Welt beziehen, in erheblichem Maß naturalisiert. Alle ideologisch zentralen Kategorien der Klassifizierung von Menschen (v. a. Rasse und Geschlecht, aber auch sexuelle Orientierung, zahlreiche Krankheitsbilder und teils auch deviante Verhaltensweisen) werden als biologisch eindeutig und determiniert verstanden, ebenso die eigene soziale Gruppe (was, mit Giesen gesprochen, den Code der kollektiven Identität als „primordial“ erkennbar werden lässt); dasselbe gilt für die auf dieser Basis gebildeten Ordnungsvorstellungen insbesondere mit Blick auf interpersonelle Beziehungen oder Gruppenrelationen einschließlich enthaltener Rollenmuster (insbesondere mit Blick auf Geschlecht, aber auch bei antisemitischen Konstruktionen) und Hierarchien (besonders klar im historischen NS mit Blick auf Beziehungen „zwischen Rassen“). Die – um Bezug auf die nächste Unterscheidung von Weltbezügen zu nehmen – *symbolische Welt* der extremen Rechten, also ihre Ideologie bzw. Weltsicht im Großen, ihre Wahrnehmungs-, Interpretations-

und Bewertungsmuster (vgl. Blumer 1969: 50) sowie ihre darin mehr oder weniger fundierten Ideen bezüglich konkreter Gegenstände im Kleinen, basiert also zentral auf einer Konfundierung von natürlicher und sozialer Welt in Gestalt einer Naturalisierung des Sozialen. Eine Außenperspektive auf die *materielle Welt* würde wiederum auf von der extremen Rechten geschaffene, i. d. R. ihrerseits sinntragende Artefakte (etwa der echte oder nachgebildete SS-Dolch, im einschlägigen Versandhandel bestellbare T-Shirts mit extrem rechten Symbolen oder Bauwerke der NS-Architektur), von ihnen genutzte Gegenstände (ob Artefakt oder aus der Natur entnommen, ob Baseballschläger oder das „Braune Haus“ in Jena) und symbolisch aufgeladene Naturgegebenheiten (die „deutsche Eiche“) schauen. Und auch jenseits von eigens geschaffenen Artefakten weist extrem rechtes Handeln eine materielle Dimension auf: als körperliches Handeln, einschließlich politisch motivierten Gewalthandelns (also: intentionaler physischer Schädigung von Menschen – Popitz 1992: 43), als Handeln, das sich materieller Ressourcen (einschließlich Waffen) bedient oder als Handeln mit materiellen Konsequenzen etwa in der spezifischen Infrastruktur völkischer Siedlungen.

Mit Habermas' Unterscheidung von Weltbezügen bedeutet ein Blick auf die *objektive Welt* – die ja sowohl natürliche als auch soziale Gegebenheiten, sowohl Materielles als auch Symbolisches umfasst – letztlich das, was sozialwissenschaftliche Rechtsextremismusforschung jenseits der eher seltenen vertieften Analyse der Innenwelten einzelner extrem rechter Personen ohnehin tut: das Phänomen, seine Ursachen und seine Folgen zu untersuchen, mit Habermas gesprochen am Geltungsanspruch der Wahrheit orientiert (Habermas 1988: 234 ff.). Auf die Binnenperspektive angewandt würde diese Sichtweise, wenn etwa erforscht würde, wie die extreme Rechte die objektive Welt interpretiert (Stichwort Holocaustleugnung), was sie für Bestandteile der objektiven Welt, also für „Gegebenheiten“ hält (etwa: die „jüdische Weltverschwörung“), oder – in die andere Richtung, nämlich selbstreflexiv gewendet – wie eigentlich die Soziologie den Forschungsgegenstand Rechtsextremismus konstruiert. Ein Blick auf die *soziale Welt* der extremen Rechten würde nicht ihre faktischen sozialen Beziehungen (sie zählen in dieser Perspektive Teil der objektiven Welt), sondern ihre Konstruktion *legitimer* Beziehungen in den Blick nehmen: Auf der Mikro- und Mesebene umfasst das sowohl bewegungsinterne Beziehungen und Beziehungsmuster wie etwa Statusordnungen und deren Implikationen als auch allgemeinere Ordnungsvorstellungen wie das vertretene Familienideal, Geschlechterrollen, die Konstruktion legitimer Sexualpartner und insbesondere „Rassenbeziehungen“ (mit Blick auf Geschlechterrollenkonstruktionen und damit verbundene Familienideale böte die Geschlechtersoziologie sowie feministische Ansätze in der Familiensoziologie eine elaborierte Grundlage – gerade da, wo extrem rechte Vorstellungen durchaus anschlussfähig sind an gesamtgesellschaftlich weitverbreitete Ideen). Mit Blick auf Vorstellungen bezüglich der Makroebene ist das Konzept der „Volksgemeinschaft“, dessen zentrale Bedeutung für die NS-Ideologie Frank Bajohr und Michael Wildt (2009) herausgearbeitet haben, mit seinen strikten Implikationen hinsichtlich Zugehörigkeit und Ausschluss, Einheit und Unterordnung von entscheidender Bedeutung auch für aktuelle Formen des Rechtsextremismus. In globaler Perspektive dürfte derzeit das Konzept des Ethnopluralismus zumindest das prominenteste und wirkmächtigste sein und zumindest vordergründig, vorübergehend oder in Bezug auf Breitenwirksamkeit die Idee der arischen Weltherrschaft verdrängt haben. Die *subjektive Welt* bzw. subjektive Welten zu untersuchen, würde meinen, das innere Erleben einschließlich der Emotionen von Personen mit extrem rechten Einstellungen und/oder Affiliationen zu erforschen; hier könnte neben der Psychologie vor allem die Emotionssoziologie ansetzen. (Eine selbstreflexive Wendung wäre die

Auseinandersetzung der Forschenden mit sich selbst in Bezug auf Rechtsextremismus – die je ganz individuellen Forschungsmotive ebenso wie die psychischen und emotionalen Folgen der fraglichen Beschäftigung; beides in forschungsethischer Hinsicht bedeutsam.) Nicht zuletzt können die drei von Habermas skizzierten Weltbezüge auch in Relation zueinander gesetzt werden, etwa wenn – in der Binnenperspektive – die emotionale Reaktion auf ein realweltliches Ereignis durch ideologische Vorstellungen über legitime und illegitime Beziehungen (mit-)konstituiert wird: etwa Wut, Hass oder Verachtung gegenüber einem Paar, das extrem rechten Anforderungen „rassischer“ Homogenität nicht entspricht. Die Unterscheidung von Weltbezügen ist also insbesondere für die Rekonstruktion extrem rechter Sinnwelten als Teil der Analyse des Phänomens selbst fruchtbar, bietet aber auch einen Ansatzpunkt sowohl für die Strukturierung der Außenperspektive, gerade gegen eine Verkürzung rein auf die Sinndimension, als auch für die Selbstreflexion der Forschenden.

### Aggregationsebenen & Einheiten: ein Mehrebenenblick auf Rechtsextremismus

Die Differenzierung zwischen Mikro, Makro und Meso ermöglicht, das Phänomen des Rechtsextremismus einer systematischen Mehrebenenanalyse zu unterziehen (die im Übrigen mit der im Feld der Praxisarbeit gegen die extreme Rechte gängigen Differenzierung des Phänomens in Ideologie, Akteur:innen und Handlungen zwar nicht gänzlich deckungsgleich, aber sehr gut kompatibel ist). Auf der Mikroebene kommen dabei neben eher psychologisch relevanten Fragestellungen wie etwa der, ob es psychische Dispositionen gibt, die eine extrem rechte Einstellung oder Affiliation wahrscheinlicher machen, auch genuin soziologische Aspekte in den Blick: etwa eher sozialstrukturelle Analysen der „Rekrutierungsanfälligkeit“ von Individuen oder sozialen Gruppen (vgl. zu letztem Lepsius' Analyse der unterschiedlichen Anfälligkeit verschiedener „sozial-moralischer Milieus“ für den historischen Nationalsozialismus – Lepsius 1993 [1966]) oder die Rekonstruktion von Sozialisationsprozessen in die extrem rechte Bewegung hinein. Letztere umfassen sowohl die ideologische Prägung und Ausbildung entsprechender Wahrnehmungs-, Interpretations- und Bewertungsmuster als auch die Sozialintegration in extrem rechte Cliques und Organisationen hinein sowie das Erlernen und Routinisieren „szenetypischer“ Handlungsweisen, Interaktionsformen und Beziehungsmuster.

Hier ist bereits die Mesoebene der Bewegung angesprochen – einerseits mit Blick auf deren Form, Verfasstheit und interne Differenzierung, andererseits in ihren Interaktionen mit anderen Akteur:innen wie insbesondere Behörden, Zivilgesellschaft, abgewerteten bzw. als Gegner:innen betrachteten Gruppen und der Medienlandschaft. Hier könnte insbesondere an die oben genannten einschlägigen politikwissenschaftlichen, aber auch ersten soziologischen Forschungen angeknüpft werden. (Genau hier liege auch, so Botsch aus der politikwissenschaftlichen Außenperspektive, eine mögliche Stärke soziologischer Rechtsextremismusforschung – Botsch 2017: 142). Die extreme Rechte als soziale Bewegung zu betrachten, heißt zunächst, in ihr wie in allen sozialen Bewegungen ein „mobilisierte[s] Netzwerk[...] von Individuen, Gruppen und Organisationen“ (Koopmans/Rucht 1996: 270) zu sehen, das „mittels Protest grundlegenden sozialen Wandel herbeiführen oder verhindern“ (ebd.) will. Aber eben nicht *nur*. Vielmehr ist die extreme Rechte zumindest in Teilen auch stark subkulturell geprägt; und in manchen Hinsichten lassen sich Phänomene beobachten, die eher aus Sektenkontexten bekannt sind wie etwa die Gründung von Siedlungen und eine organisierte

streng ideologische Erziehung von Kindern etwa in den Camps der (mittlerweile verbotenen) „Heimatreuen Deutschen Jugend“ (vgl. Benneckenstein 2017). Entsprechend ist nicht überraschend, dass sich nicht nur im historischen Zeitverlauf, sondern auch zeitgleich verschiedene Strömungen unterscheiden lassen. Sie unterscheiden sich weder nur noch zwingend nach „Radikalität“, sondern vielmehr sowohl in ideologischen Facetten als auch in Lebensstilen (und wahrscheinlich ebenso in ihrer sozialstrukturellen Zusammensetzung); auch hier besteht noch erheblicher Forschungsbedarf im Sinne einer systematischen, typologisch und vergleichend ansetzenden Bestandsaufnahme. Eine systematisch-analytische Bestandsaufnahme (also: Grundlagenforschung) auf der Mesoebene könnte ebenso Erkenntnisse liefern zu bewegungs- oder gar organisationsinternen Strukturen wie etwa Hierarchieverhältnissen, Zentrum-Peripherie-Relationen oder anderen relativ stabilen Rollenmustern; auch über interne Allianzen und Konfliktrelationen könnte sie Aufschluss geben. Dies verweist bereits auf die mögliche Prozessdimension dieser Analyse: Strukturen wandeln sich (inkrementell oder disruptiv), Organisationen lösen sich auf oder werden neu gegründet, und Konflikte sind ohnehin hochdynamisch. Entsprechend bietet eine Mesoanalyse auch einen Ansatzpunkt für die Untersuchung von Prozessen sozialen Wandels innerhalb der extremen Rechten: etwa der Ausbildung der Skinhead-Subkultur ab den späten 1970ern, welche den an der NS-Ästhetik ausgerichteten „klassischen“ Neo-Nazismus verdrängte, oder deren sukzessive Ersetzung durch an einer links-autonomen „Black-Block“-Ästhetik und entsprechenden Handlungsformen ausgerichteten „Autonomen Nationalisten“ seit Mitte der 2000er-Jahre. Weitet man diesen akteursbezogenen Blick auf weitere Mesophänomene aus, dann kommen einerseits unterschiedliche Handlungsfelder in den Blick, etwa extrem rechte Musikszene oder Fußballfankulturen, mit je spezifischen institutionalisierten Handlungsmustern. Andererseits rücken weiter verbreitete Handlungsweisen (und die Frage, ob sich innerhalb der Bewegung konkretere Trägergruppen derselben identifizieren lassen) in den Fokus – von dem, was rechtlich als „Propagandadelikt“ einzustufen ist, über öffentlichkeitswirksame Maßnahmen wie etwa Demonstrationen hin zu politisch motivierter Gewalt.

Jenseits der auf die extreme Rechte bzw. in ihr Inneres gerichteten Perspektive impliziert ein bewegungstheoretischer Zugang gleich welcher sozialtheoretischen Grundlage auch den Blick auf die Interaktionen der Bewegung mit anderen Akteur:innen – Herbert Blumer etwa analysiert soziale Bewegungen als in eine „Arena“ eingebettet, in der die Bewegung mit Behörden, verschiedensten Interessengruppen und der breiteren Öffentlichkeit interagiert, und zwar sehr häufig konflikthaft und konfrontativ (Blumer 1978; dazu in konflikttheoretischer Absicht Mayer 2019: 133 ff.). Dies wirft erstens die Frage nach der Interaktion der extremen Rechten mit staatlichen Instanzen auf. Das wiederum umfasst einerseits ihr Bild des Staates in seiner jeweiligen Gestalt und ihre eigenen Handlungen gegenüber staatlichen Akteur:innen (bis hin zum Mord an Repräsentant:innen des Staates) als andererseits die Frage, wie sich verschiedene staatliche Instanzen (ggf. durchaus in sehr unterschiedlicher Weise) gegenüber rechtsextremen Akteur:innen verhalten und mit welchen Konsequenzen. Hier wäre etwa an die Frage der Wirkung von Repression auf Stärke, Organisationsformen und Handlungsweise der extremen Rechten zu denken. Entsprechend wäre auch zu fragen, wenn ebendiese ausbleibt oder gar, wie im Fall von V-Personen im NSU-Umfeld, staatliche Ressourcen in Form von Honoraren etc. in die extreme Rechte hineinfließen (so zumindest die Behauptung des V-Manns Tino Brandt, Gründungs- und Führungsfigur des „Thüringer Heimatschutzes“). Zweitens wäre die Interaktion der extremen Rechten mit verschiedenen gesellschaftlichen „Interessengruppen“ zu analysieren, wobei diese sowohl in der Rolle der Sympathisant:innen



oder gar Unterstützer:innen auftreten können (hier wäre etwa an einige Großspender extrem rechter Parteien zu denken) als auch in der Rolle von Gegner:innen. Letzteres verweist zunächst darauf, welche „Gruppen für sich“ aus ihrer eigenen Überzeugung heraus der extremen Rechten ablehnend gegenüberstehen, insbesondere auf linke Subkulturen und zivilgesellschaftliche Bündnisse gegen rechts, aber auch auf dem linken Spektrum angehörenden politischen Parteien. Umgekehrt wäre zu fragen, welche Gruppen durch die extreme Rechte entweder als Gegner oder als Teil des „Degradierungsprozesses“, welcher zum „Volkstod“ führt, identifiziert werden, was wiederum auf ideologische Feindbilder und abgewertete Gruppen verweist. Mit Blick auf die breitere Öffentlichkeit kommt insbesondere die Interaktion mit medialen Instanzen in den Blick, wobei hier zwischen „klassischen“, weitgehend eindirektionalen Medien, bidirektionalen und neuen sozialen Medien zu unterscheiden wäre.

Auf der Makroebene schließlich ist mit Blick auf die Erforschung des Phänomens selbst das angesiedelt, was u. a. die Mitte-Studien tun, nämlich in Ländern ohne extrem rechte Regierung die Verbreitung entsprechender Einstellungskomponenten und -muster zu untersuchen; ebenso sind hier Untersuchungen des Wahlverhaltens und die Konjunkturen extrem rechter bzw. daran anschlussfähiger Topoi im medialen und öffentlichen Diskurs zu verorten. In extrem rechts regierten Ländern wäre dies um eine Analyse der ideologischen Ausrichtung der Regierung auf alle drei Dimensionen der Politik – *polity*, *policies* und *politics*, also institutionelles Setting des Staates, politische Inhalte und politisches Handeln – zu ergänzen. Mit Blick auf mögliche Ursachen wäre aus soziologischer Perspektive (und insbesondere einer konfliktsoziologischen Sicht) insbesondere auf Strukturen sozialer Ungleichheit (in ihrer räumlichen Differenzierung und zeitlichen Entwicklung) sowie gesellschaftliche Konfliktlinien (angefangen mit Seymour Lipsets und Stein Rokkans klassischen vier *main cleavages*: Kapitaleigentümer vs. Arbeiter, Stadt vs. Land, Kirche vs. Staat und Zentrum vs. Peripherie – Lipset/Rokkan 1976) zu verweisen.

Auf dieser Basis lässt sich dann fragen, wie die verschiedenen Elemente ebenenübergreifend zusammenspielen, und auf welchen Ebenen welche Ursachen und Folgen zu verorten sind (vgl. mit Blick auf Bewegung Caiani 2019). Mit Blick auf eventuelle Verbindungen zwischen Makro- und Mesoebene könnte etwa gefragt werden, wie (zu einer bestimmten Zeit, in einer bestimmten Gegend, unter bestimmten Bedingungen) das Verhältnis zwischen gesamtgesellschaftlicher Verbreitung bzw. Artikulation bestimmter Einstellungen und der Stärke (nach Personenzahl und Organisationsgrad) und den etablierten Handlungsformen der organisierten, subkulturellen extremen Rechten ist, aber auch, wie sich strukturelle Bedingungen auf der Makroebene auf die Bewegungsstärke und -form auswirken. Mit Blick auf Zusammenhänge zwischen Meso- und Mikroebene kommen Sozialisationsprozesse und -bedingungen in den Blick, die Individuen in die extrem rechte Bewegung hinein führen und zu ideologisch überzeugten Bewegungsmitgliedern werden lassen. Die Unterscheidung zwischen Mikro-, Meso- und Makroebene kann so zur Grundlage eines soziologischen Mehrebenenansatzes in der Rechtsextremismusforschung werden. Die Fruchtbarkeit eines solchen Ansatzes in der Rechtsextremismusforschung zeigen (politikwissenschaftlich) bereits 1967 Erwin Scheuch und Hans D. Klingemann in ihrer wegweisenden, aber systematisch kaum rezipierten (Arzheimer/Falter 2002: 86) „Theorie des Rechtsextremismus in westlichen Industriegesellschaften“ sowie soziologisch am Beispiel des NSU Matthias Quent (2016). Ein systematisches Aufgreifen dieser Ansätze würde dazu beitragen, die heterogenen und disparaten Linien sozialwissenschaftlicher Rechtsextremismusforschung zusammenzuführen.

## Fazit

Ausgehend von dem Befund, dass die Rechtsextremismusforschung ein zugleich „disziplinär heimatloses“ und sehr heterogenes Feld ist, in dem die Soziologie sich bisher weitgehend auf einen Beitrag zur seit Ende der 1990er-Jahre dominant werdenden Einstellungsforschung beschränkt hat, widmete sich der vorliegende Beitrag der Frage, wie die Stärken der Soziologie systematisch zur Analyse des Gegenstands eingesetzt werden könnten. Um dabei das bisherige Muster einer einerseits enggeführten und andererseits kontingenten Forschungsarbeit zu durchbrechen, wurde zunächst auf Grundlage einer wissenschaftstheoretisch fundierten Reflexion ein metatheoretischer Rahmen entwickelt, der die bisherige Forschung zu ordnen, Verbindungen herzustellen, Lücken zu identifizieren und systematische neue Forschung voranzutreiben hilft. Dazu führt er für die Soziologie zentrale vor-sozialwissenschaftliche Unterscheidungen, nämlich die von Zeit und Raum einerseits und die verschiedener Weltbezüge andererseits, mit grundlegenden sozialtheoretischen Unterscheidungen zusammen, insbesondere der in verschiedene Aggregationsebenen des Sozialen, auf denen wiederum Grundprobleme der Soziologie wie die Fragen nach sozialem Handeln, sozialer Ordnung und sozialem Wandel sowie deren Verhältnissen zueinander behandelt werden. Derart ergibt sich ein multidimensionales Raster, in dem sich alle soziologisch interessanten Phänomene ebenso verorten lassen wie deren (potenzielle) Ursachen und Folgen (in einem weiten Verständnis von Kausalität).

Derart ließe sich zum einen ein systematisches Bild des bisherigen Stands der Forschung gewinnen, das zugleich sichtbar macht, wie bisherige Forschungsstränge miteinander verbunden werden können, und welche Bereiche und Verbindungslinien bislang weitgehend unbearbeitet sind. Zudem verdeutlicht die Skizze möglicher Anwendungen auf das Phänomen mit Blick auf die Dimension von Raum und Zeit die Notwendigkeit, in der Rechtsextremismusforschung zum einen die Historizität im Sinne der Prozesshaftigkeit und des historischen Wandels des Phänomens sowohl in seiner Erscheinungsform als auch in seiner Funktionsbedeutung ernst zu nehmen. Zum anderen rücken so synchrone und diachrone räumliche Varianzen auch unterhalb der internationalen Ebene in den Fokus, die wiederum als Grundlage von Erklärungsversuchen von zentraler Bedeutung sind. Teil des Phänomens ist dabei auch die Betrachtung der raum- und zeitbezogenen Konstruktionen der extremen Rechten, etwa „Geschichtstheorien“ und Vorstellungen von „Lebensraum“. Gerade für die begriffliche Analyse extrem rechter Gedankenwelten ist die Unterscheidung verschiedener Weltbezüge hilfreich, die vor allem auf den Versuch hinweist, die Frage nach der legitimen Ordnung sozialer Beziehungen aus der natürlichen Welt abzuleiten.

Die Unterscheidung zwischen Mikro-, Meso- und Makroebene wiederum unterstreicht die Notwendigkeit, der auf der Makroebene zu verortenden Einstellungsforschung eine akteursbezogene Forschung insbesondere auf der Mesoebene, aber auch zu den Verbindungen zwischen Makro-, Meso- und Mikroebene, hinzuzufügen. Derart könnte sie zur Grundlage eines soziologischen Mehrebenenansatzes in der Rechtsextremismusforschung werden, der vorhandene Forschungsstränge integriert, Lücken sichtbar macht und entsprechende neue Forschungen systematisch mit bestehenden Erkenntnissen zusammenführt.

Bringt man all diese Unterscheidungen zusammen zu einem multidimensionalen Raster, wird zumindest schemenhaft erkennbar, was alles ein Forschungsprogramm zu Rechtsextremismus abdecken müsste, wenn es den Anspruch einer systematischen und umfassenden

Bestandsaufnahme und Analyse erfüllen wollte. In seiner skizzenhaften Ausarbeitung noch vor gründlicher empirischer Untersuchung läge auch der Grundansatz einer soziologischen Theorie des Rechtsextremismus, welcher seinerseits ein Beitrag sein könnte zur überfälligen Institutionalisierung der Rechtsextremismusforschung.

## Literatur

- Abbott, Andrew (2016). *Processual sociology*. *Processual Sociology*. Chicago: University of Chicago Press. <http://dx.doi.org/10.1017/s0003975617000200>
- Arzheimer, Karl & Falter, Jürgen W. (2002). Die Pathologie des Normalen. Eine Anwendung des Scheuch-Klingemann-Modells zur Erklärung rechtsextremen Denkens und Verhaltens. In Dieter Fuchs; Edeltraut Roller & Bernhard Weßels (Hrsg.), *Bürger und Demokratie in Ost und West*. Festschrift für Hans-Dieter Klingemann (S. 85–107). Wiesbaden: VS. [https://doi.org/10.1007/978-3-322-89596-7\\_5](https://doi.org/10.1007/978-3-322-89596-7_5)
- Bajohr, Frank & Wildt, Michael (2009). *Volksgemeinschaft*. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus, Frankfurt/Main: Fischer.
- Benneckenstein, Heidi (2017). *Ein deutsches Mädchen*. Mein Leben in einer Neonazi-Familie. Stuttgart: Klett-Cotta. <http://dx.doi.org/10.21706/ps-73-11-966>
- Blumer, Herbert (1969). *Symbolic Interactionism: Perspective and Method*. Englewood Cliffs: Prentice Hall. <http://dx.doi.org/10.2307/2574696>
- Blumer, Herbert (1978). Social Unrest and Collective Protest. *Studies in Symbolic Interaction*, 1(1), S. 1–54.
- Botsch, Gideon (2017). Rechtsextremismus als politische Praxis. Umriss akteursorientierter Rechtsextremismusforschung. In Christoph Kopke & Wolfgang Kühnel (Hrsg.), *Demokratie, Freiheit und Sicherheit*. Festschrift zum 65. Geburtstag von Hans-Gerd Jaschke (S. 131–146). Baden-Baden: Nomos. <https://doi.org/10.5771/9783845286242>
- Caiani, Manuela (2019). The Rise and Endurance of Radical Right Movements. *Current Sociology Review*, 67(6), S. 918–935. <http://dx.doi.org/10.1177/0011392119868000>
- Christ, Michaela (2011). Die Soziologie und das „Dritte Reich“. Weshalb Holocaust und Nationalsozialismus in der Soziologie ein Schattendasein führen. *Soziologie*, 40(4), S. 407–431. <http://dx.doi.org/10.1515/9783839447338-002>
- Collins, Randall (2008). *Violence. A Micro-Sociological Theory*. Princeton u. a.: Princeton University Press. <http://dx.doi.org/10.1007/s10746-011-9203-z>
- Decker, Oliver & Brähler, Elmar (2006). *Vom Rand zur Mitte – Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung. <http://dx.doi.org/10.30820/9783837972337-67>
- Frankenberger, Rolf; Hinz, Lena; Kühne, Olaf; Pfau, Bjarne & Schmid, Emilia (2024): *Raumkonstruktionen extrem rechter Parteien in Deutschland*. Eine explorative Studie. Wiesbaden: Springer VS.
- Giesen, Bernhard (1999). *Kollektive Identität. Die Intellektuellen und die Nation 2*. Frankfurt/Main: Suhrkamp. <http://dx.doi.org/10.1007/s11577-000-0012-z>
- Griffin, Roger (2020). Eine Einführung in die vergleichende Faschismusforschung. Stuttgart: Ibidem.
- Habermas, Jürgen (1988 [1981]). *Theorie des kommunikativen Handelns*, Bd. I und II. Frankfurt/Main: Suhrkamp. [http://dx.doi.org/10.1007/978-3-658-13213-2\\_74](http://dx.doi.org/10.1007/978-3-658-13213-2_74)
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.). (2002). *Deutsche Zustände*, Folge 1. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.). (2011). *Deutsche Zustände*, Folge 10. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

- Hoyningen-Huene, Paul (1994). Emergenz, Mikro- und Makrodetermination. In Weyma Lübke (Hrsg.), *Kausalität und Zurechnung. Über Verantwortung in komplexen kulturellen Prozessen* (S. 165–195). Berlin/New York: de Gruyter. <http://dx.doi.org/10.1515/9783110877403.165>
- Jaschke, Hans-Gerd (1994). *Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit*. Opladen: Westdeutscher Verlag. <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-322-99575-9>
- Joas, Hans (2016). Pragmatism and Historicism: Mead's Philosophy of Temporality and the Logic of Historiography. In Hans Joas & Daniel R. Huebner (Hrsg.), *The Timeliness of George Herbert Mead* (S. 62–81). Chicago: University of Chicago Press.
- Joas, Hans & Knöbl, Wolfgang (2004). *Sozialtheorie. 20 einführende Vorlesungen*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Joas, Hans & Knöbl, Wolfgang (2008). *Kriegsverdrängung. Ein Problem in der Geschichte der Sozialtheorie*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Kliche, Thomas (1996). Interventionen, Evaluationsmaßstäbe und Artefaktbildung. In Hans-Günther Heiland & Christian Lüdemann (Hrsg.), *Soziologische Dimensionen des Rechtsextremismus*. Wiesbaden: Springer. [https://doi.org/10.1007/978-3-322-95645-3\\_3](https://doi.org/10.1007/978-3-322-95645-3_3)
- Koopmans, Ruud & Rucht, Dieter (1996). Rechtsradikalismus als soziale Bewegung? In Jürgen W. Falter; Hans Gerd Jaschke & Winkler, Jürgen R. (Hrsg.), *Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung* (S. 265–287). Opladen: Westdeutscher Verlag. [http://dx.doi.org/10.1007/978-3-322-97077-0\\_16](http://dx.doi.org/10.1007/978-3-322-97077-0_16)
- Köttig, Michaela; Bitzan, Renate & Pető, Andrea (Hrsg.). (2017). *Gender and Far Right Politics in Europe*. Basingstoke: Palgrave Macmillan. <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-319-43533-6>
- Lepsius, M. Rainer (1993 [1966]). Extremer Nationalismus: Strukturbedingungen vor der nationalsozialistischen Machtergreifung. In M. Rainer Lepsius, *Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen* (Wiederabdruck, S. 51–79). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Lepsius, M. Rainer (1993 [1983]). Die Bundesrepublik Deutschland in der Kontinuität und Diskontinuität historischer Entwicklungen: Einige methodische Vorbemerkungen. In M. Rainer Lepsius, *Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen* (Wiederabdruck, S. 135–144). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Lipset, Seymour Martin & Rokkan, Stein (1967). Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: an Introduction. In Seymour Martin Lipset & Stein Rokkan (Hrsg.), *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives* (S. 1–64). Clencoe: The Free Press.
- Löw, Martina (2013). *Raumsoziologie*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas (1976). Weltzeit und Systemgeschichte. Über Beziehungen zwischen Zeithorizonten und sozialen Strukturen gesellschaftlicher Systeme. In Hans Michael Baumgartner & Jörn Rüsen (Hrsg.), *Seminar, Geschichte und Theorie. Umrisse einer Historik* (S. 337–388). Frankfurt/Main: Suhrkamp. [http://dx.doi.org/10.1007/978-3-658-19688-2\\_6](http://dx.doi.org/10.1007/978-3-658-19688-2_6)
- Mayer, Lotta (2022). When Anwar Congo meets Randall Collins (while George Herbert Mead lingers in the background): The Act of Killing als Inspiration für gewaltsoziologische Reflexionen. In Andreas Braun & Christian Steuerwaldt (Hrsg.), *Kunst und Gewalt* (S. 201–242). Wiesbaden: Springer VS. [http://dx.doi.org/10.1007/978-3-658-38422-7\\_9](http://dx.doi.org/10.1007/978-3-658-38422-7_9)
- Mudde, Cas (2007). *Populist Radical Right Parties in Europe*. Cambridge: Cambridge University Press. <https://doi.org/10.1017/CBO9780511492037>
- Popitz, Heinrich (1992). *Phänomene der Macht*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Quent, Matthias (2016). *Rassismus, Radikalisierung, Rechtsterrorismus*. Weinheim & Basel: Beltz.
- Ravndal, Jacob A. (2018). Explaining Right-Wing Terrorism and Violence in Western Europe: Grievances, Opportunities and Polarisation. *European Journal of Political Research*, 57, S. 845–866.
- Rucht, Dieter (2002). Rechtsradikalismus aus der Perspektive der Bewegungsforschung. In Thomas Grumke & Bernd Wagner (Hrsg.), *Handbuch Rechtsradikalismus*. Opladen: Leske & Budrich (S. 75–86). [https://doi.org/10.1007/978-3-322-97559-1\\_6](https://doi.org/10.1007/978-3-322-97559-1_6)

- Schluchter, Wolfgang (2015). Grundlegungen der Soziologie. Eine Theoriegeschichte in systematischer Absicht. Tübingen: Mohr Siebeck. <http://dx.doi.org/10.36198/9783838542638>
- Schedler, Jan (2017). Die extreme Rechte als soziale Bewegung. In Fabian Virchow; Martin Langebach & Alexander Häusler (Hrsg.), *Handbuch Rechtsextremismus* (S. 285–323). Wiesbaden: Springer VS. [https://doi.org/10.1007/978-3-531-19085-3\\_11](https://doi.org/10.1007/978-3-531-19085-3_11)
- Scheuch, Erwin & Klingemann, Hans D. (1967). *Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Simmel, Georg (1995 [1903]). Über räumliche Projektionen sozialer Formen. In Otthein Rammstedt (Hrsg.), *Aufsätze und Abhandlungen 1901–1908/I, Gesamtausgabe Bd. 7* (S. 201–220). Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Stachura, Mateusz (2009). Einleitung: Der Standort weberianischer Institutionentheorie im Raum konkurrierender Forschungsprogramme. In Mateusz Stachura; Agathe Bienfait; Gert Albert & Steffen Sigmund (Hrsg.), *Der Sinn der Institutionen. Mehr-Ebenen- und Mehr-Seiten-Analyse* (S. 8–39), Wiesbaden: VS Verlag. [http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-91781-8\\_1](http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-91781-8_1)
- Stöss, Richard (2006). Rechtsextreme Parteien in Westeuropa. In Oskar Niedermeyer; Richard Stöss & Melanie Haas (Hrsg.), *Die Parteiensysteme Westeuropas* (S. 521–563). Wiesbaden: VS Verlag. [http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-90061-2\\_22](http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-90061-2_22)
- Virchow, Fabian (2016). „Rechtsextremismus“: Begriffe – Forschungsfelder – Kontroversen. in Fabian Virchow; Martin Langebach & Alexander Häusler (Hrsg.), *Handbuch Rechtsextremismus* (S. 5–41). Wiesbaden: Springer VS. [http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-19085-3\\_2](http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-19085-3_2)
- von Trotha, Trutz (1997). Zur Soziologie der Gewalt. In Trutz von Trotha (Hrsg.), *Soziologie der Gewalt*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft Nr. 37, S. 9–56. <http://dx.doi.org/10.1007/s11577-016-0366-5>
- Zick, Andreas; Küpper, Beate & Mokros, Nico (2023). *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung. <http://dx.doi.org/10.1515/srsr-2018-0039>
- Weber, Max (1964 [1921]). *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie*. Studienausgabe, hg. von Winkelmann, Johannes. Köln u. a.: Kiepenheuer und Witsch. [http://dx.doi.org/10.1007/978-3-476-05728-0\\_21329-1](http://dx.doi.org/10.1007/978-3-476-05728-0_21329-1)
- Willems, Helmut (1993). *Fremdenfeindliche Gewalt: Einstellungen, Täter, Konflikteskalation*. Opladen: Leske & Budrich.



# Agitation in der Spätmoderne: Löwenthals Prophets of Deceit in Reflektion spätmoderner Sozialcharaktere

Marc Blüml

**Zusammenfassung:** Die Autoren der klassischen Kritischen Theorie verstanden die Agitation als eine Form der Propaganda, welche latente Bedürfnisse und Unbehagen unter kapitalistischen Herrschaftsverhältnissen in eine Form der konformistischen Rebellion kanalisierte. Statt dass gegen Herrschaft und Unterdrückungsmechanismen aufbegehrt wird, werden Aggressionen so auf marginalisierte Gruppen gelenkt. Doch da sich die dominanten Charakterstrukturen seit der Ausarbeitung der Agitationstheorie veränderten, muss diese Metamorphose als subjektive Basis bzw. Empfänglichkeit für Agitation in der theoretischen Weiterentwicklung für die Spätmoderne berücksichtigt werden. Demgemäß widmet sich dieser Beitrag zunächst der Analyse der klassischen Psychodynamik zwischen Agitator:in und Agitierten mit autoritärer Charakterstruktur, um daraufhin den Wandel dieser anhand spätmoderner narzisstischer Sozialcharaktere zu theoretisieren. Auf Grundlage der Ausarbeitungen zum libertären Autoritarismus von Amlinger/Nachtwey und dem affirmativen Charakter von Jäger wird der:die spätmoderne Agitator:in als sekundäre Führungsfigur verstanden, welche das externalisierte Über-Ich in Form von konsumistischer Selbstverwirklichung und neoliberalen Leistungsideal repräsentiert und in diesem Sinn agitiert, allerdings nicht in Form des Urvaters anstelle des Über-Ichs tritt.

**Schlüsselbegriffe:** Agitation, Autoritarismus, Spätmoderne, Sozialcharakter, konformistische Rebellion

## Agitation in Late Modernity: Löwenthal's Prophets of Deceit as a Reflection of Late Modern Social Characters

**Summary:** The authors of the classical Critical Theory understood agitation as a form of propaganda which channelled latent needs and the malaise under capitalist power relations into a form of conformist rebellion. Instead of rebelling against mechanisms of domination and oppression, aggressions of the suppressed are directed at minorities and marginalized groups. However, since the dominant character structures have changed since the development of agitation theory, this metamorphosis must be considered as a subjective foundation for a adapted agitation theory for late modernity. Accordingly, this article in its attempt to line out central aspect for this renewal of the theory, is first dedicated to the analysis of the classical psychodynamics between the agitator and the agitated with an authoritarian character, in order to afterwards theorize changed dynamics on the basis of late modern, narcissistic social characters. Based on the elaborations on libertarian authoritarianism by Amlinger/Nachtwey and the affirmative character by Jäger, the late modern agitator is understood as a secondary leadership figure who represents the externalized superego in the form of consumerist self-actualization and the neoliberal performance ideal, but does not take the place of the superego in the form of the primal father.

**Keywords:** Agitation, Authoritarianism, late modernity, social character, conformist rebellion

## 1 Einleitung

„Burkas, Kopftuchmädchen und alimentierte Messermänner und sonstige Taugenichtse werden unseren Wohlstand, das Wirtschaftswachstum und vor allem den Sozialstaat nicht sichern.“ (Alice Weidel, zit. n. Deutscher Bundestag 2018)

Die Personifikation der Schuld an gesellschaftlichen Missstände, ihre Zuschreibung zu den als andersartig und fremd Konstruierten, das Gefühl, um staatliche Leistungen gebracht zu werden und die Andeutung eines Untergangsszenarios – diese von der Vorsitzenden der AfD-Bundestagsfraktion bedienten Manipulationstricks sind keine Neuheit, sondern wurden in den Studien zu faschistischer Agitation von Leo Löwenthal und Norbert Guterman, der *Prophets of Deceit*, bereits in den 1940er-Jahren analysiert. Auch Reden anderer (extrem) rechter Akteur:innen wie Donald Trump oder Jair Bolsonaro zeigen, wie Agitator:innen heute in Übereinstimmung mit den Ergebnissen Löwenthals und Gutermans als *Anwält:innen gesellschaftlicher Veränderungen* die von Bevölkerungsteilen als frustrierend empfundene gesellschaftliche Situation aufnehmen und personifizierende Pseudo-Lösungen für sie geben (Löwenthal 2021: 21). Sie können damit als Indizien der wiederholt betonten Aktualität der Untersuchung gelten (u. a. Lämmel 2019; Pichl/Dömming 2020). Orientiert an der Frage, mit welchen Techniken faschistische Agitator:innen eine potenzielle Anhänger:innenschaft an sich binden, arbeitete Löwenthal mithilfe psychoanalytischer Reflexionen auf latente Inhalte die gemeinsamen Muster und Themen sowie ursächlichen gesellschaftlichen Verhältnisse anhand analysierter Reden und Pamphlete US-amerikanischer Demagog:innen heraus. Doch trotz der Ähnlichkeiten einiger heutiger und bei Löwenthal beschriebener Agitator:innen muss eine kritische Theorie der Gesellschaft mit der Veränderung sozialer Verhältnisse auch die Aktualisierungsnotwendigkeiten ihrer Erklärungen reflektieren. Hiervon ausgehend unternimmt z. B. Lars Rensmann (2020: 46 f.) den Versuch, Anstöße für eine Aktualisierung von Löwenthals Agitationstheorie zu bieten und verweist auf die Kapitalkonzentration im neoliberalen Deregulierungsregime. Dabei thematisiert er nicht den Wandel psychischer Prädispositionen, die allerdings entscheidend sind für Löwenthals Agitationstheorie und die Differenz von Agitation und Propaganda:

„Im Unterschied zu propagandistischen Slogans reflektieren Agitationsthemen unmittelbar die Prädisposition der Zuhörerschaft. Der Agitator geht seine Zuhörer nicht von außen her an; vielmehr gibt er sich wie jemand aus ihrer Mitte, der ihre innersten Gedanken formuliert.“ (Löwenthal 2021: 19)

Auch andere Versuche zur Aktualisierung verweisen zwar u. a. auf die Digitalisierung und die damit verbundene Rolle von sozialen Medien (bspw. Rokahr 2023; Pichl/Dömming 2020; Buchholz 2019; Vogelmann 2020) oder die gesellschaftliche Ausweitung psychologischer Manipulationsmechanismen – besonders eindrücklich zu sehen in der Managementliteratur mit ihren psychologischen Tipps zur Menschensteuerung (Lenhard 2019) –, aber gehen nicht auf heutige autoritäre Charakterstrukturen ein. Da diese als Empfänglichkeit für die Agitation die Grundlage bilden, auf welche Demagog:innen einwirken und diesen subjektiven Nährboden im Dienst agitatorischer Manipulation kanalisieren (Adorno 2003: 429), benötigt es für

ein Verständnis der Agitation in der Spätmoderne die Reflexion aktueller autoritärer Sozialcharaktere.

Anspruch dieses Artikels ist es dementsprechend, die Relevanz neuerer Sozialcharakterologien für eine Aktualisierung der Agitationsstudien Löwenthals herauszuarbeiten und anhand dessen Aspekte der Metamorphose von Agitationsmechanismen zu supponieren. Hierfür wird im Folgenden zunächst die Autoritarismusforschung der Kritischen Theorie in den 1930er- und 40er-Jahren dargestellt, um darauf aufbauend Löwenthals Agitationstheorie mit Fokus auf die Psychodynamik zwischen Agitator:innen und Agitierten zu erläutern (Kapitel 2). Daraufhin werden die neoliberalen Verhältnisse als zentrale Grundlage heutiger Autoritarismusverständnisse beleuchtet, woraufhin zentrale Sozialcharakteranalysen des spätmodernen Deutschlands vorgestellt werden (Kapitel 3). Abschließend werden Aktualisierungsansätze der Agitationstheorie Löwenthals anhand der veränderten psychischen Prädispositionen vorgeschlagen, bei der neue Psychodynamiken zwischen Agitator:innen und Agitierten anzunehmen sind (Kapitel 4).

## 2 Agitationstheorie Löwenthals

Im Folgenden werden zunächst die wesentlichen Elemente des Autoritarismusverständnisses der Kritischen Theorie eingeführt. Darauf aufbauend wird Löwenthals Agitationstheorie erläutert. Abschließend wird die Psychodynamik von Agitator:in und Agitierten sowie insbesondere die psychische Funktion der Agitator:in beleuchtet.

### 2.1 Autoritäre Charakterstrukturen

Autoritarismus kann als ein analytisches Leitmotiv von Löwenthal sowie der Kritischen Theorie in den 1930er-Jahren betrachtet werden (Rensmann 2020: 23). Basal ist der Autoritarismus durch die bewusste wie unbewusste, aber in jedem Fall bejahte Unterwerfung unter gesellschaftliche Machtverhältnisse charakterisiert (Horkheimer 1987 [1936]: 47). Da es sich eben nicht um ein bloß erzwungenes Verhältnis handelt, gehören zu Autoritätsverhältnissen auch eine gefühlsmäßige Bindung untergeordneter zu übergeordneten Personen oder Instanzen (Fromm 1987 [1936]: 79; Milbradt 2020: 56 f.). Die für die Individuen alltäglich notwendigen Anpassungen an die gesellschaftlich vorherrschende Produktionsweise im Arbeitsleben, in der Moderne u. a. durch Fleiß, Sorgsamkeit und Ordnung geprägt, werden nach der Kritischen Theorie Vorbild anderer Autoritätsverhältnisse (Löwenthal 1982: 262 f.) und wirken so auch in die Familienverhältnisse hinein (Horkheimer 1987 [1936]: 53, 57). Die Familie im frühen 20. Jahrhundert ist dabei das zentrale kulturelle Gebilde für die Erziehung und Charakterdisposition zur autoritären Gesinnung. In diesem heteronormativen Gefüge stützt sich die patriarchale Autorität des Vaters auf dessen Rolle in der Produktionssphäre und des Ausschlusses der Frau von dieser, wodurch eine Abhängigkeit der Frau und Kinder entsteht (Löwenthal 1982: 292 f.). Durch die unmittelbare Verbindung von Leistung und Belohnung sowie Versagen und Bestrafung wird familiär die Anerkennung der Verteilung des sozialen Reichtums vorbereitet (ebd.: 297 ff.). Somit ist in der Familie bereits strukturell die Ohnmacht gegenüber der Autorität und die Notwendigkeit zur Befolgung ihrer Anweisungen



ohne Rücksicht auf deren Rationalität angelegt. Eben diese Form der Ohnmacht kennzeichnet auch die Unterwerfung unter die anonymen und unkontrollierbaren Mächte des Kapitalverhältnis, in welche sich folglich bereits seit der frühesten Kindheit eingewöhnt wird (ebd.: 300; siehe auch Horkheimer 1987 [1936]: 55 ff.).

In den autoritären Verhältnissen der Unterwerfung unter den kapitalistischen Produktionsprozess entsteht der schichtbedingte *Charakter* der Individuen, welchen die Kritische Theorie versteht als „eine mehr oder weniger beständige Organisation von Kräften im Individuum, die in verschiedenen Situationen dessen Reaktionen und damit weitgehend das konsistente Verhalten – ob verbal oder physisch – bestimmen“ (Adorno 1973: 6). Auf Grundlage der Freud'schen Psychoanalyse wird davon ausgegangen, dass (früh-)kindliche Erziehung und damit die Familie hierfür zentral sind. Pointiert bezeichnet Erich Fromm die Familie als „psychologische Agentur der Gesellschaft“, um ihre Funktion zur Produktion von an die gesellschaftlichen Anforderungen angepasste seelische Strukturen der Subjekte auszudrücken (Fromm 1987 [1936]: 87). Insbesondere der männliche Ödipuskomplex wird für diese Entwicklung exemplarisch herangezogen: Bei diesem muss der Sohn, welcher durch seine Liebe zur Mutter als primärem Bezugsobjekt eifersüchtig auf den Vater ist, durch dessen Übermacht die feindseligen Wünsche aufgeben und schließlich verdrängen. Um nicht in Konflikt mit der väterlichen Macht zu geraten, identifiziert sich der Sohn mit seinem Vater und introjiziert dessen Ge- und Verbote<sup>1</sup> (ebd.: 82). Wie das väterliche Verhältnis basiert auch das gesellschaftlich autoritative Verhältnis somit auf der Furcht vor Missbilligung und Strafe durch die Autorität, allerdings auch auf der Möglichkeit, geliebt und gelobt zu werden (ebd.: 86). Gleichzeitig benötigt das Ich des Kinds einen ständigen psychischen Energieaufwand, um die nicht zugelassenen Triebregungen sowie die feindseligen Tendenzen gegenüber der Autorität zu verdrängen, welche das Über-Ich verbietet. Dadurch wird das Ich, die autonome Vermittlungsinstanz zwischen den Anforderungen der Triebe (Es), des Über-Ichs und der Realität, geschwächt und verzichtet auf die Selbstständigkeit und Souveränität (ebd.: 98).

Interdependent mit der Ich-Schwäche ist der *sado-masochistische Charakter*, den Fromm als prägend für die 1930er-Jahre in Deutschland ansieht. Masochistische Strebungen zielen dabei auf eine Ersatzleistung für narzisstische Kränkungen ab, welche bspw. durch eine niedrige gesellschaftliche Position zugefügt werden können. Durch die Unterwerfung unter externe Autoritäten und die damit einhergehende Preisgabe der Individualität kann sich mit den Autoritäten identifiziert werden und so an deren Macht (z. B. der Nation oder des Volks) partizipiert werden (ebd.: 115, 125). Die komplementären sadistischen Strebungen wiederum dringen auf Aggressionen und Herrschaft gegenüber anderen, die als schwächer angesehen werden (ebd.).

Diese frühen Ausarbeitungen Fromms zum Sado-Masochismus sind elementar für die vom Institut für Sozialforschung im US-amerikanischen Exil angeleiteten *Studies in Prejudice* und das Verständnis des dort ausgearbeiteten Konzepts des autoritären Charakters. Von diesen

1 Hierbei muss einerseits die Biologisierung des Ödipuskomplexes bei Freud kritisiert werden, der die soziale Genese der vergeschlechtlichten Rollen zwischen den Eltern und ihrer jeweiligen Beziehung zum Kind ungenügend berücksichtigt (Pohl 2023: 492). In der Kritischen Theorie wurde die hierfür grundlegende Beziehungsdynamik des Ödipuskomplexes auf die patriarchale Familiensituation zurückgeführt (bspw. Fromm 1987 [1936]: 88). Aufgrund dieser einordnenden Rückführung auf dessen gesellschaftliche Ursache werden die psychoanalytischen Idealtypen der familiären Rollenbilder („Vater“, „Mutter“, etc.) hier ebenfalls verwendet. Andererseits wird in der Kritischen Theorie die Ausbildung des Autoritarismus in durchaus androzentrischer Manier lediglich am männlichen Ödipuskomplex nachvollzogen. Für eine Kritik und Aktualisierung dessen siehe Rensmann 2001: 45 f. und Radonic 2004: 152 ff.

widmete sich besonders die von T. W. Adorno angeleitete Untersuchung zur *Authoritarian Personality* dem „potentiell faschistische[n] Individuum“, also einem „Individuum, dessen Struktur es besonders empfänglich für antidemokratische Propaganda macht“ (Adorno 1973: 1).

Sowohl in dieser Formulierung als auch der späteren Beschreibung, dass sich die Studie „auf den Konsumenten, auf das Individuum, für das Propaganda erdacht wird“ (ebd.: 10) fokussiere, zeigt sich die Relevanz des Autoritarismus für das Verständnis von Agitation. Anhand der neun Dimensionen der F(aschismus)-Skala wurde grundlegend das Verständnis des autoritären Charakters dargelegt. Die heute in der Forschung als zentral erachteten drei Dimensionen (Decker et al. 2020: 194) sind: 1. der Konventionalismus als Anpassung an vorherrschende Werte ohne ein ausgebildetes Gewissen, dessen Werte trotz gesellschaftlichen Wandels stabil bleiben würden, 2. autoritäre Unterwürfigkeit, welche ebenfalls auf eine misslungene Ausbildung eines Über-Ichs zurückzuführen ist, weswegen sich äußere Autoritäten zur Orientierung gesucht werden, 3. autoritäre Aggression als sadistische Komponente, welche für eine Ableitung der unterdrückten Triebregungen bestrafbare Feindgruppen sucht. Auf diese werden die unterdrückten Triebe projiziert, um sie beim Anderen zu verurteilen (Adorno 1973: 46 ff.). Hierbei dienen Stereotype zur Kanalisation und Rationalisierung der sadistischen Emotionen (ebd.: 323)<sup>2</sup>.

## 2.2 Demagogie als ‚umgekehrte Psychoanalyse‘

Die *Prophets of Deceit*, als vierter Band der *Studies in Prejudices* 1949 erschienen, stellt einen der Beiträge Löwenthals zu den Autoritarismusstudien des Instituts für Sozialforschung im US-amerikanischen Exil dar. Während Adorno et al. mit den Studien zum autoritären Charakter die psychischen Grundlagen des Faschismus analysierten, betrachtete Löwenthal die Agitation als Mechanismus faschistischer Propaganda. Empirisch basierte die Arbeit auf Reden, Pamphleten, Flug- und Zeitschriften, wobei die unbewussten Mechanismen der Agitation hinter den manifesten Inhalten analysiert wurden<sup>3</sup> (Löwenthal 2021: 11). Zentral ist hierbei, dass die Agitation durch eine psychologische Manipulation gekennzeichnet ist. In der Agitation werden die Prädispositionen der Zuhörenden aufgegriffen und es wird mit deren vagen Ängsten gespielt (ebd.: 18). Allerdings ist diese Manipulation nicht als rein intentionaler Akt zu verstehen, da die Wirkung der Agitation auf einer „unbewusster Komplizität und Kollaboration zwischen ihm [dem Agitator, MB] und seinem Publikum“ basiert (ebd.: 20). Mit Adorno gesprochen ist der:die Agitator:in „a masterly salesman of his own psychological defects“ (2003: 402), da nicht wie bei der Propaganda die eigenen Ansichten den Zuhörenden oktroyiert werden, sondern die Agitationsthemen die unbewusste autoritäre „Prädisposition der Zuhörerschaft“ (Löwenthal 2021: 19) wie auch die des:der Agitator:in reflektieren. Hierbei nimmt der:die Agitator:in die Rolle des „Anwalt[s] gesellschaftlicher Veränderung“ (ebd.: 21) ein. Frustration und die Empfindung einer nicht definierten Ungerechtigkeit bei

2 Die 9 Dimensionen der F-Skala und damit Attribute des autoritären Charakters sind: 1. Konventionalismus, 2. autoritäre Unterwürfigkeit, 3. autoritäre Aggression, 4. Anti-Intrazeption, 5. Aberglaube und Stereotypie, 6. Machtdenken und Kraftmeierei, 7. Destruktivität und Zynismus, 8. Projektivität und 9. Sexualität. Für eine ausführliche Erläuterung siehe Adorno 1973: 45 ff.

3 Methodenkritisch bemerkt Löwenthal, dass es sich um ein experimentelles Vorgehen handelt, bei dem Aussagen über die Publikumsreaktion nur Vermutungen darstellen können. Auch über die Frage nach einem potenziellen Bewusstsein der Agitator:innen über die verwendeten psychologischen Codes können anhand des Materials nur Vermutungen aufgestellt werden (Löwenthal 2021: 12, 227).

Agitierten wird von Agitator:innen verstärkt. Mithilfe einer vagen und diffusen Rhetorik versuchen sie nicht, die Unzufriedenheit rational zu definieren und verständlich zu machen (ebd.: 22). Stattdessen spielen sie wiederholt auf vermeintliche Verschwörungen an und personifizieren die Ursache in bestimmten Feindbildern wie Juden:Jüdinnen: „Wann immer er [der Agitator, MB] nach ‚etwas‘ fragt, bezieht sich die Antwort auf ein ‚wer‘.“ (Ebd.: 30)

Die zugrunde liegende emotionale Disposition eines Agitierten in der Moderne beschreibt Löwenthal als *gesellschaftliche Malaise*. Es handelt sich um das „charakteristische Bewußtsein der Isolation, seine sogenannte geistige Heimatlosigkeit, seine Verwirrung angesichts der scheinbar unpersönlichen Mächte und Kräfte als deren hilfloses Opfer er sich erlebt, sein immer schwächer werdendes Wertempfinden“ (ebd.: 38). Neben der kapitalistisch-antagonistischen Vergesellschaftung wird die Malaise auf den Wandel in der Wirtschafts- und Sozialstruktur zu Beginn des 20. Jahrhunderts zurückgeführt. Angeführte Ursachen sind die Monopolisierungstendenzen mit Ausbau der Konzernbürokratien, der Zerfall der patriarchalischen Familienstruktur, die Atomisierung des gesellschaftlichen Lebens sowie die Ablösung traditioneller Muster durch die Massenkultur (ebd.: 38). Jedoch nahmen die Subjekte diesen Wandel nicht als gesellschaftliche, sondern als isolierte individuelle und rein psychische Krise wahr. In dieser Isolierung verstärkt sich wiederum das Gefühl eines chronischen Leidens bzw. eines „nicht genau definierbaren Unbehagen[s]“ (ebd.) im gesellschaftlichen Status quo, eben weil die sozialen Ursachen unerkant bleiben (ebd.: 38 f.).

Agitation kanalisiert die Kränkungen durch die gesellschaftliche Malaise in konformistische Rebellionen, in denen Pseudo-Lösungen unterbreitet werden: Statt sich den Ursachen der Frustration zu widmen, dienen irrationale Ausbrüche, bspw. Pogrome, der Ableitung systemisch-produzierter Aggressionen gegen Minderheiten, die als Personifikation der Ursachen der Malaise dienen (ebd.: 39). Durch den Anschein eines Lösungswegs wird die Erkenntnis zu den objektiven Ursachen versperrt und gleichzeitig werden die stereotypen Ansichten der Agitierten affirmiert. Durch die Personalisierung von erlebten Missständen werden auserkorene Feind:innen für die Leiden verantwortlich gemacht. Gleichzeitig wird durch die Beschwörung einer bevorstehenden Apokalypse eine Situation propagiert, welche gewalttätige Ausschreitungen als Selbstverteidigung legitimiert (ebd.: 71). Letztlich handelt es sich somit um die Überredung zur Hinnahme eben der gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse, welche die Malaise hervorbringen.

Mithilfe der Anregung verdrängter aggressiver Impulse und der Bestärkung kollektiver neurotischer Ausbrüche wird die Befreiung von Selbstkontrolle und Gewissen als gesellschaftlich korrekte Verhaltensweise und legitime Reaktion auf die Bedrohung durch die Feind:innen präsentiert. Aufgrund der in diesem Mobilisationszustand angeregten verdrängten Impulse können Agitator:innen die Agitierten als Führungsfigur in einer konfusen Welt stärker manipulieren (ebd.: 178 f.): „Er treibt sie in ein moralisches Vakuum, in dem die Stimme ihres inneren Gewissens ersetzt wird durch ein externes Über-Ich: den Agitator selbst.“ (Ebd.: 218)

Diese Psychodynamik zwischen Agitator:in und Agitierten charakterisiert Löwenthal als *umgekehrte Psychoanalyse*:

„Gemeint waren damit jene Techniken, die darauf abzielen, Menschen im Zustand psychischer Abhängigkeit zu halten, neurotisches und sogar psychotisches Verhalten so zu fördern und zu festigen, daß es schließlich in der totalen Abhängigkeit von einem ‚Führer‘ oder von Institutionen oder Produkten kulminiert.“ (Löwenthal 1990: 61)

Statt wie in der Psychoanalyse einen rationalen Bezugsrahmen aufzuzeigen, versucht der:die Agitator:in also, eben diesen zu zerstören (Löwenthal 2000b: 122). Die psychosoziale Rolle der Agitator:innen kann somit als „rebellisch-autoritäre Vater-Bruder-Typen“ (Rensmann 2001: 44) verstanden werden. Die Persönlichkeit der Agitator:innen bleibt uneindeutig, sodass sie unterschiedlichen Bedürfnissen bei den Agitierten gerecht werden kann, wie es im Konzept des „großen kleinen Mannes“ deutlich wird (Löwenthal 2021: 190; Adorno 1973: 375). Einerseits wird wiederholt eine Gefühls- und Gedankennähe präsentiert, welche eine Identität der Interessen des ‚kleinen Mannes‘ mit der durchschnittlichen Bevölkerung aufzeigen soll (Löwenthal 2021: 187). Andererseits stellen sich die Agitator:innen als übermenschliche Retter:innen dar, u. a. durch ihr überlegenes Wissen über die ‚bestehende Verschwörung‘ und aufgrund ihrer besonderen Fähigkeiten (ebd.: 46). Hierdurch sind die Agitator:innen psychoanalytisch gefasst sowohl ‚mächtiger Vater‘ als auch rebellischer älterer Bruder‘ und ermöglichen eine kollektiv-narzisstische Identifikation des schwachen Ichs mit der anführenden Person. Als externalisiertes Über-Ich ermöglicht die Führungsfigur den Agitierten das Gefühl, einem starken Kollektiv anzugehören (Rensmann 2001: 126 f.; Adorno 2022: 377).

### 3 Autoritarismen im Neoliberalismus

Zur Berücksichtigung des Zeitkerns der Wahrheit der Kritischen Theorie müssen im Folgenden der Einfluss des gesellschaftlichen Wandels auf die psychischen Prädispositionen für die Agitation berücksichtigt werden. Noch in der Nachkriegszeit kann der autoritäre Charakter als weiterhin vorherrschender Sozialcharakter in Gesellschaften des Globalen Nordens angenommen werden (Naumann 2003: 266). Allerdings wandelten sich die gesellschaftlichen Grundlagen des Autoritarismus, insbesondere durch den Neoliberalismus ab den 1970er-Jahren. Aufbauend auf einer Erläuterung dessen werden zentrale spätmoderne Sozialcharaktere referiert, welche als psychische Prädisposition heutiger Agitation beachtet werden müssen.

#### 3.1 Gesellschaftlicher Wandel und die Pluralisierung spätmoderner Sozialcharaktere

Nach der Krise des fordistischen Akkumulationsregimes, welches sich durch Massenproduktion und -konsumption im nationalstaatlichen Rahmen auszeichnete, bildete sich aus der neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftstransformation die Spätmoderne aus. Unter anderem durch neue Transport-, Informations- und Kommunikationstechnologien wurde die transnationale Warenproduktion und -zirkulation massiv ausgeweitet. Damit einhergehend verschärfte sich die internationale Konkurrenz zwischen Staaten wie auch Kapitalen (Naumann 2003: 273). Hieraus resultierte die neoliberale wirtschaftliche Struktur, welche ein Abbau des Wohlfahrtsstaatssystems, Privatisierung staatlicher Leistungen, deregulierte Kapitalakkumulation, wachsende soziale und wirtschaftliche Ungleichheit und eine Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse auszeichnet (Brown 2018: 12). Im Rahmen dessen kommt es zu einer Ausweitung der Konkurrenzverhältnisse, bei welcher Individuen sich als

kompetitive Kapitale bzw. „Ich-AGs“ auf einem Markt verstehen sollen, bei dem es nur Siegende und Verlierende gibt (Dirke 2017: 329). Gleichzeitig übernahm der Neoliberalismus die Kritik der progressiven sozialen Proteste der 1970er-Jahre, etwa der Frauen-, Queer- und Ökologiebewegung, wodurch Diskriminierung vermehrt delegitimiert und individuelle Freiheit gefordert wurde (Candeias 2008: 302 ff.).

Instruktiv für die Analyse spätmoderner Sozialcharaktere sind die Überlegungen Thilo Naumanns (2003). Er bietet Ansatzpunkte für Charakteranalysen im 21. Jahrhundert, aufbauend auf den Analysen der Kritischen Theorie der ersten Generation sowie von Alfred Lorenzer und Jürgen Habermas. Dabei schließt er an Reflexionen des wirtschaftlichen Wandels durch den Neoliberalismus sowie der damit einhergehenden ideologischen Legitimation an. Als zentrale Veränderung sieht er insbesondere den verstärkten Individualismus, welcher augenfällig im diversifizierten Konsum und in der Bereitschaft zur Unterwerfung unter die Flexibilitätsanforderungen des Arbeitsmarkts vorzufinden ist. Durch die Individualisierung und fehlende kollektive Sinnvorstellungen werden die Subjekte narzisstisch disponiert, sodass sie Hierarchien verleugnen, andere Menschen nur nach ihrem Nutzen evaluieren und einer psychischen Struktur der Unlustvermeidung unterworfen sind (Naumann 2003: 280 ff.). Allerdings muss berücksichtigt werden, dass

„angesichts einer zunehmend pluralisierten und fragmentierten Gesellschaft, angesichts von wachsenden Kontingenzen und Ungleichzeitigkeiten, angesichts der Vervielfältigung sozialer Ungleichheiten und kultureller Differenzen [...] es immer schwieriger [ist], einen einheitlichen postfordistischen Sozialcharakter zu identifizieren.“ (Naumann 2003: 278)

Aufgrund des In- und Nebeneinanders verschiedener Charaktere ist somit die Hypothese eines singulären vorherrschenden Sozialcharakters kritisch zu betrachten. Für eine Kritische Theorie spätmoderner Sozialcharaktere müssen also divergierende Autoritarismen berücksichtigt werden (vgl. Schulz 2022: 134). Im Anschluss an die hier angesprochenen sozio-ökonomischen Grundlagen werden deswegen zentrale Charakteranalysen mit Fokus auf Deutschland herangezogen. Hiermit sollen zentrale Änderungen dominanter Autoritarismen betrachtet werden. Damit wird jedoch nicht beansprucht, die Pluralität aktueller Sozialcharaktere in Gänze abzudecken. Des Weiteren soll mittels des regionalen Fokus die Relativität bestimmter (inter-)nationaler Ausprägungen des globalen Kapitalismus und interdependenter Gesellschaftstransformationen Berücksichtigung finden, um der Kritik an eurozentrischen Perspektiven in diversen soziologischen Modernisierungs- und Entwicklungsverständnissen gerecht zu werden (Costa et al. 2006: 3 f.; Allan 2016: 1 f.).

### 3.2 Psychodynamik aktueller Formen der Autoritätshörigkeit

Zunächst einmal ist in Anschluss an unterschiedliche Autoritarismusforscher:innen wie auch die Leipziger Autoritarismus-Studien davon auszugehen, dass der autoritäre Charakter weiterhin ein aktuelles Phänomen in Gesellschaften des Globalen Nordens darstellt<sup>4</sup> (Decker et al. 2022: 78 f.). Zwar gehen z. B. auch Decker et al. von basalen gesellschaftlichen Veränderungen seit den Autoritarismusstudien im 20. Jahrhunderts aus. Doch trotz bspw. der In-

4 Zwar sprechen Decker et al. (2018: 132) wegen der komplexen Diskussion um das Sozialcharakter-Konzept vom autoritären Syndrom statt vom autoritären Charakter. Aufgrund der funktionalen Äquivalenz des hier genutzten Charakter- (s. o.) und des von Decker (2018: 51 f.) verwendeten Syndrombegriffs, wird hier dennoch am Charakterbegriff festgehalten.

dividualisierung sowie der weniger auf Gehorsam gerichteten Erziehung erzeugen die Anforderungen von Leistungsdruck und Selbstkontrolle weiterhin autoritäre Charaktere (Decker et al. 2020: 204 ff.; siehe auch Weyand 2000; Dämgen 2020). Weiter bestehende Fundamente autoritärer Dispositionen (Weyand 2020: 257 ff.) sind, wie Adorno bereits in den 1960ern argumentierte, also die „nach wie vor herrschende Konzentrationstendenz des Kapitals“ sowie die „Möglichkeit der permanenten Deklassierung von Schichten, die ihrem subjektiven Klassenbewußtsein nach durchaus bürgerlich waren, die ihre Privilegien, ihren sozialen Status festhalten möchten und womöglich verstärken“ (Adorno 2019 [1967]: 10). Dementsprechend weisen die zentralen statistischen Indikatoren des autoritären Charakters – auf der einen Seite der Sadomasochismus (bestehend aus autoritärer Aggression, autoritärer Unterwürfigkeit und Konventionalismus) und auf der anderen die Projektivität (Verschwörungsmentalität und Aberglaube) – seit Jahren hohe Zustimmungsraten auf. So stimmen ca. die Hälfte der Befragten Aussagen zu autoritärer Aggression, ein Fünftel der Befragten zu autoritärer Unterwürfigkeit und ein Drittel zu Konventionalismus zu (ebd.: 80). Auch Aussagen zu Verschwörungsmentalität und Aberglauben finden bei ca. einem Viertel der Befragten Zustimmung. Dabei gab es nach 2020 eine Verschiebung von der Projektivität zu einem stärkeren Sadomasochismus (ebd.: 81 f.).

Von dieser Aktualität bzw. Persistenz gehen auch Analysen neuer Sozialcharaktere aus (Amlinger/Nachtwey 2022: 339; Jäger 2022: 55, 520; Schulz 2022: 134). Gleichzeitig behaupten sowohl Carolin Amlinger und Oliver Nachtwey (2022) als auch David Jäger (2022), dass in der Spätmoderne ein weiterer autoritärer Sozialcharakter hinzugetreten sei: der *libertär-autoritäre* bzw. der *affirmative Charakter*. Da beide Analysen den neoliberalen Gesellschaftswandel gesellschaftstheoretisch und empirisch am Beispiel Deutschlands analysieren, werden die Analysen im Folgenden in gebotener Kürze auf das autoritäre Potenzial und die damit verbundenen Agitationsmechanismen fokussiert vorgestellt. Daraufhin werden für die Aktualisierung der Agitationstheorie relevante Gemeinsamkeiten herausgearbeitet. Die theoretischen Überlegungen zu einer grundlegenden Verschiebung der narzisstischen Grundlagen des Autoritarismus von kollektiv-narzisstischen zu abhängigkeitsverleugnenden und selbstbestätigenden Lösungen von Kränkungserfahrungen sind keineswegs neu (bspw. Böckelmann 1971; Lasch 1980; resümiert bei Eichler 2014). Doch die konkreten Elaborationen der hier betrachteten Sozialcharaktere bieten empirisch fundierte Einblicke in die psychosozialen Fundamente aktueller Formen von Autoritätshörigkeit und ihrer Beziehung zu Agitator:innen gegenüber den zumeist rein theoretischen Ausführungen in der Debatte um das Konzept des autoritären Charakters (z. B. Gruber 2008).

Für die Beschreibung der Veränderungen des Arbeitsverhältnisses in der Spätmoderne nutzen Amlinger und Nachtwey die treffende Metaphorik einer „nach unten fahrende[n] Rolltreppe“ (2022: 71). Um ökonomisch erfolgreich zu sein, dürfen die Individuen sich nie auf erlangten Erfolgen ausruhen, sondern müssen sich immer wieder dem Imperativ der Selbstoptimierung unterordnen – die nächste Stufe bezwingen. Während der Wettbewerb in der Lebenswelt alltäglich wird, werden auch die freie Selbst- und Lebensgestaltung zum Versprechen und allgemeinen Ideal. In der daraus resultierenden affektorientierten Konsumkultur ist die soziale Sinnquelle das eigene autonome und authentische Leben – anstatt der Zugehörigkeit zu Kollektiven oder standardisierten Massenkonsums (ebd.: 77, 79 f.). Im Rahmen dessen bildet sich ein libertäres Freiheitsverständnis aus, welches gesellschaftliche Übereinkünfte als illegitime Beschränkung der individuellen Verwirklichung betrachtet. Diese *verdinglichte Freiheit* wird als Besitztum verstanden, bei welchem die isolierten Indi-

viduen die gegenseitigen Beziehungen nur im Rahmen ihres strategischen Nutzens wertschätzen und jede soziale Interdependenz ablehnen (ebd.: 89 ff.). Das Frustrationspotenzial entsteht aus dem darin befindlichen Dilemma:

„Milieuübergreifend verallgemeinern sich die Freiheitsgrade, gleichzeitig sind viele im Alltag mit Schranken konfrontiert. Die Institutionenabhängigkeit, die durch das Anwachsen der Risiken zugenommen hat, führt zu Frustrationen, die den Nährboden einer Kränkung des spätmodernen Selbst bilden.“ (Ebd.: 131)

So werden ihres Erachtens selbstzentrierte bzw. pathologisch narzisstische Subjekte prägend für die Spätmoderne, welche durch Kränkungspotenziale aufgrund der Hindernisse gegenüber der Selbstverwirklichung in den libertären Autoritarismus umschlagen können (ebd.: 164, 181). Vom autoritären Charakter unterscheidet sich dieser Typus insbesondere durch seinen Libertarismus, weswegen die ursprünglichen Charakteristika der autoritären Unterwürfigkeit und des Konventionalismus nach Amlinger und Nachtweys Ansicht nicht vorliegen<sup>5</sup>. Gemeinsamkeiten sind wiederum die autoritäre Aggression, Kraftmeierei und Destruktivität, (verschwörungsgläubige) Projektivität und Aberglaube. Auch die Ich-Schwäche ist für den libertären Autoritarismus charakteristisch, durch welche Es und Über-Ich ungenügend kontrolliert und vermittelt werden können (ebd.: 291 f., 182). Empirisch fundiert sind die Ausführungen sowohl durch qualitative Interviews von Amlinger/Nachtwey als auch durch die quantitativen Daten der Mitte-Studie 2023 (Groß et al. 2023: 253 f.).

In Relation zu der *Authoritarian Personality* sprechen Amlinger und Nachtwey von einer Zunahme der Subsyndrome „Rebell“ und „Spinner“<sup>6</sup>. Beide benötigen keine Führungsfigur, aber gehen sekundäre Bindungen ein, wie heutzutage primär über das verdinglichte Freiheitsimago als Projektionsfläche unerfüllter Bedürfnisse sowie der Identifikation mit der Konkurrenzgesellschaft. Hierdurch kann ein Scheitern im Lebenslauf zur aggressiven Projektion der Kränkung auf Ersatzobjektive führen (ebd.: 184, 189). Demgemäß erinnert die Reaktion auf ressentimentgeladene Agitation wie von Ken Jebsen oder Attila Hildmann nur eingeschränkt an die *Prophets of Deceit*:

„Diese Propheten haben zwar Fans, Hinweise auf eine autoritäre Identifikation fanden wir in unseren Interviews jedoch nicht. Ihre Positionen wurden zwar euphorisch geteilt, aber ein unumstößlicher Glaube an eine Führerfigur fand sich nicht. Der libertäre Autoritarismus der Querdenker:innen ordnet sich dem abstrakten Prinzip der individuellen Freiheit unter. Sie ist die höchste und – neben ihnen selbst – die einzige Autorität, die sie gelten lassen.“ (Ebd.: 294)

Auch Jägers Analyse geht von einer neoliberal geprägten Subjektivierung aus, welche beinahe sämtliche zwischenmenschlichen Beziehungen unter dem Kosten-Nutzenkalkül der Leistungssteigerung betrachtet. Gekennzeichnet ist der seines Erachtens hieraus resultierende affirmative Sozialcharakter durch eine Extremform der instrumentellen Vernunft sowie einen ausgeprägten Narzissmus (Jäger 2022: 77, 88). Dieser zeigt sich u. a. in der Gleichzeitigkeit

5 Kritisch ist anzumerken, dass zwar kein Konventionalismus und autoritäre Unterwürfigkeit nach der Definition in den *Studies in Prejudice* vorliegen, durch diese starren Begriffsverwendungen allerdings der Zeitkern der Autoritarismusdimensionen ungenügend berücksichtigt wird (Horkheimer 1987 [1937]: 23). So könnte angenommen werden, dass die Leistungs Ideale eine spätmoderne Autoritätsform darstellen, welchen sich die Individuen freiwillig unterwerfen, und die Selbstoptimierung sowie -verwirklichung den heutigen Konventionalismus darstellen, dessen konkrete Ausprägung jedoch individualisiert ist.

6 In der *Authoritarian Personality* identifizieren Adorno und Kolleg:innen sechs Sub-Syndrome des potenziell faschistischen Individuums, bei denen die allgemeinen Charakteristika der autoritären Persönlichkeit in unterschiedlichen Ausprägungen und Zusammensetzungen vorliegen. Während beim Rebell die verdrängten Triebimpulse das Handeln in destruktiver Form bestimmen und sich dessen Aggressionen in besonderem Ausmaß gegen als schwach angesehene Autoritäten wenden, zieht der Spinner die Es-Tendenzen von der äußeren Realität ab und wendet sich verschwörungsnarrative Scheinwelten zu (Adorno 1973: 328 ff.).

von steigenden Konsummöglichkeiten und einem immer stärkeren Trend zur Entsagung, wie er an der zunehmenden Relevanz von Fitness-Studios und Life-Coaches illustriert (ebd.: 94). Genuss muss dabei rational den Zwecken von Genesung, Fitness und Resilienz dienen, sonst wird er über den Entzug von Anerkennung sanktioniert (ebd.: 101). In Anlehnung an die Kalifornische Ideologie beschreibt Jäger die Grundstruktur des affirmativen Charakters wie folgt:

„Dieser paradoxe Hybrid aus neulinken und neoliberalen Ideen verbindet den leistungsaffirmativen Yuppie mit der Selbstachtsamkeit des Hippies, verbunden mit dem Versprechen, dass die neuen Technologien, besonders das Internet, möglicherweise alle befreien könnte.“ (Ebd.)

Als zentrales analytisches Konzept dieser Entwicklung schlägt Jäger die (spätmoderne) Askese vor, verstanden als freiwilliges, kontinuierliches und systematisches Programm der Selbstkontrolle von Körper und Geist, wofür auf profane Befriedigungen verzichtet wird (ebd.: 279 ff.). Wie Amlinger und Nachtwey (2022: 182) geht auch Jäger davon aus, dass die Individuen kein autonomes Ich mehr ausbilden. Soziale Konventionen werden dabei nicht bspw. in der familiären Sozialisation rigide im Über-Ich festgeschrieben, sondern durch gesellschaftliche Instanzen an die Individuen herangetragen und unhinterfragt übernommen (Jäger 2022: 337). Durch diese Ich-Schwäche verbleibt nur ein erfolgsorientiertes Ich-Ideal<sup>7</sup> als flexible Durchgangspassage gesellschaftlicher Anforderungen und das Es als Motor unreflektierten Konsums (ebd.: 340). Aufgrund der Notwendigkeit zum Triebverzicht durch den Selbstoptimierungsimperativ wird auch *affirmative Aggression* erzeugt, welche wie beim autoritären Charakter gegenüber den vermeintlich Nicht-Entsagenden konformistisch ausagiert wird. Allerdings wird diese im Sinne der Volition auch gegen sich selbst gerichtet, um weitere Leistungssteigerung zu erzwingen (ebd.: 351 f., 357). *Affirmative Unterwürfigkeit* wiederum versteht Jäger – statt wie bei der autoritären Unterwürfigkeit die kollektiv-narzisstische Identifikation mit einem:einer Führer:in, Nation o. ä. – als Flucht ins Konformistische. Der narzisstischen Kränkung wird aufgrund von Ohnmachtsgefühlen durch einen aktiven Narzissmus begegnet und das Selbst überhöht (ebd.: 356). Die weiteren Dimensionen des affirmativen Charakters können zusammengefasst werden als Steigerung der Selbst- und Naturausbeutung qua ausgeprägter instrumenteller Vernunft. Sowohl das Selbst wie auch die Natur werden also darauf reduziert, wie sie möglichst effizient im Sinne von Erfolg im vermeintlich meritokratischen System eingesetzt werden können. Des Weiteren ist die anti-transzendente Orientierung zentral für den affirmativen Charakter, welcher keinen anderen Maßstab als Leistung und Erfolg zulässt und somit keine Grundlage für Widerstand, Autonomie oder ein Gewissen aufweist (ebd.: 358 ff.).

Durch die statische Identifikation des affirmativen Charakters mit dem Realitätsprinzip spielen auch bei ihm Führungsfiguren höchstens eine sekundäre Rolle, u. a. da es bereits in der Familie vermehrt zur Identifikation mit gesellschaftlichen Autoritäten anstatt der patriarchalen Vaterfigur kommt. Verbindendes Element zu Gruppen stellt stattdessen das gesellschaftliche Abstraktum der Leistungsideologie dar, welches sowohl die Individuen an sich als auch durch die gemeinsame Repression und aggressive Abfuhr gegen die vermeintlich Nicht-Entsagenden untereinander verbindet (ebd.: 340 ff.).

7 Das Ich-Ideal ist zwar in Freuds Werk nicht eindeutig, wird aber hier in der Definition als gesonderte Instanz verwendet, welche ein Vorbild repräsentiert, an welches sich das Subjekt anzugleichen sucht (Laplanche/Pontalis 1973: 203).



Zusammengefasst bieten Amlinger/Nachtwey und Jäger zwar divergierende Analysen spätmoderner Sozialcharaktere, welche unterschiedliche Autoritarismen beschreiben, doch zeigen beide gewisse Übereinstimmungen: Durch die neoliberale Subjektivierung nimmt in der Spätmoderne die narzisstische Selbstbesetzung und -überhöhung zu, welche soziale Einbindung ablehnt (Schulz 2022: 120). Demgemäß liegt bei diesen Autoritarismen auch nicht die ursprüngliche Form der autoritären Unterwürfigkeit vor, wie sie Decker et al. (2022) erheben und deren Aktualität ihre Ergebnisse nachweisen<sup>8</sup>. Mithilfe von Schulz' Sekundäranalyse der Ergebnisse der Leipziger Autoritarismus Studie von 2018 sowie anhand der empirischen Ergebnisse aus den Studien von Amlinger/Nachtwey (2022: 193) und Jäger (2022: 504) zeigt sich, dass diese divergenten Charaktere tendenziell auf unterschiedliche Klassenlagen und darin vorfindliche divergente Sozialisierungen, gesellschaftliche Anforderungen wie auch Kompensationsressourcen von Kränkungen zurückzuführen sind (Schulz 2022: 135 ff.). Während sich der klassisch autoritäre Charakter vor allem in prekären Arbeitsverhältnissen oder bei gesellschaftlich exkludierten Personen aufzeigen lässt, sind narzisstische Charakterstrukturen eher in sozio-ökonomisch bessergestellten Klassenlagen vorzufinden (ebd.: 145). Dennoch bleibt zu beachten, dass Krisenereignisse und andere narzisstische Kränkungen bzw. der Wegfall aktueller Kompensationsmöglichkeiten von Ohnmachtserfahrungen durchaus das Potenzial einer Verschiebung von einem spätmodern selbstbezogenen zu einem kollektiven Narzissmus klassisch autoritärer Charakterstrukturen bieten (ebd.: 134).

Aktuell prominente Formen von affirmativer oder libertärer Unterwürfigkeit müssen entgegen der kollektiv-narzisstischen Unterwerfung unter Führungsfiguren wie D. Trump eher als eine Unterwerfung unter das Ich-Ideal und dessen Strebungen verstanden werden. Führungsfiguren sind demgemäß als *sekundäre Führer:innen* (Freud 1993 [1921]: 62) zu interpretieren, welche für das Abstraktum Selbstverwirklichung (libertär-autoritär) oder Leistungsideal (affirmativ) stehen (Schmid Noerr 2022: 81 ff.). Wie dies mit der Agitationstheorie von Löwenthal interpretiert werden kann, wird im folgenden Kapitel ausgeführt.

#### 4 Agitation sekundärer Führungsfiguren

Anhand der im Kapitel 3 erläuterten Aktualisierungen des Autoritarismus kann davon ausgegangen werden, dass die gesellschaftliche Malaise, wenn auch in einer neoliberalen Transformation, durch die Kontinuität der kapitalistischen Produktionsweise weiterhin fortbesteht. Autoritäre Sozialcharaktere sind allerdings diverser zu betrachten und müssen als psychische Prädispositionen in die Überlegungen zu heutigen Agitationsmechanismen einfließen. Die Rolle der Agitator:innen als rebellisch-autoritäre Vater-Bruder-Typen muss also überdacht werden. Im Fall des klassischen autoritären Charakters kann die Rolle der Agitator:innen weiterhin als Führungsfigur betrachtet werden, welcher sich die Agitierten masochistisch unterwerfen, um hierdurch an der Macht des Kollektivs (Nation, Volk, o. ä.) zu partizipieren. Empirisch konnte dies wiederholt gezeigt werden, indem die strukturellen Übereinstimmungen der von Löwenthal beschriebenen Agitationsmechanismen mit der Agitation

8 Beispielsweise stimmten bei der Leipziger Autoritarismus Studie 2022 27,4% der Befragten der Aussage „Wir brauchen starke Führungspersonen, damit wir in der Gesellschaft sicher leben können“ ziemlich oder voll und ganz zu (Decker et al. 2022: 79).

heutiger Führungsfiguren wie D. Trump oder der AfD analysiert wurden (Lämmel 2019; Weiß 2021; Lenhard 2019). Somit liegt hier weiterhin einerseits die von Löwenthal beschriebene gleichzeitige Rolle als Vaterfigur und Ersatz des Über-Ichs sowie andererseits des ‚älteren Bruders‘ als Anführende des gemeinsamen aggressiven Ausagierens von sadistischen Triebregungen vor (Löwenthal 2021: 184).

Fraglich wird diese Rollenkombination allerdings in Anbetracht neoliberaler Sozialcharaktere, welche sich durch einen ausgeprägten Narzissmus bzw. die libidinöse Selbstbesetzung auszeichnen. Mit den Freudschen Begriffen können Führungsfiguren dieser Charaktere eher als sekundäre Führer:innen und das Kollektiv als Bruderhorde verstanden werden: Statt des Vaters/des:der Agitator:in als mächtige Identifikationsfigur wird sich mit dem Leistungsideal und der Selbstverwirklichung als Abstraktum identifiziert und unterworfen, wodurch sie leitend für das Über-Ich werden. Führungsfiguren nehmen dann die Rolle des älteren hervorragenden Bruders ein, aber nicht die des allmächtigen Vaters (Freud 2012: 195 ff.). Damit stehen die Führungsfiguren aufgrund bestimmter Eigenschaften, insbesondere Leistung und Erfolg, repräsentativ für das verbindende Abstraktum (Freud 1993 [1921]: 62, 97). Dies tangiert insbesondere drei Elemente der Agitation, welche im Folgenden supponiert wie illustriert werden sollen:

Erstens ist davon auszugehen, dass die Führungsfiguren als Repräsentant:innen fluidler als das Urvaterimago sind, sodass die Agitator:innen schnelleren Wechseln und ihre öffentliche wie intrapsychische Relevanz erheblichen Schwankungen unterliegen können. Das sich insbesondere an die Bindung zu Agitator:innen wie Ken Jebsen in den Interviews von Amlinger/Nachtwey. Agitation dieser sekundären Führenden zielt nicht darauf ab, dass sich die Agitierten lediglich der für das Kollektiv denkenden und sorgenden Führungsfigur überlassen (Löwenthal 2021: 49). Stattdessen werden unbewusste Triebregungen und Ressentiments unter Nennung der Selbstbestimmung der Individuen angesprochen, das damit selbst an der Konstruktion von Realität, Feindbild und Pseudo-Lösungen partizipiert. So könnte dies im Zusammenhang damit stehen, dass das Bedürfnis nach Einzigartigkeit ein maßgeblicher Faktor für den Glauben an Verschwörungsmythen ist, wie es die Ergebnisse der sozialpsychologischen Studie von Lantian et al. (2017) ergaben. Eng damit verbunden ist auch die Lust an aktiver Partizipation an der Agitation in sozialen Medien in Form von Weiterformulierungen oder Kommentierungen, wie es Meier-Arendt (2023) anhand von Ergebnissen aus geführten Tiefeninterviews nachwies. Das eigenständige Einbringen in die digitale Masse lässt größeren Raum für die libidinöse Selbstbesetzung und das Gefühl der Gleichwertigkeit gegenüber dem:der sekundären Führer:in.

Empirisch illustrieren lässt sich die individualisierte Realitätskonstruktion bspw. an Philip Hopfs Aussage zu Stress aus seinem kürzlich medial vermehrt thematisiertem rechten Podcast „Hoss und Hopf“: „Ich sage mir selber in meinen Glaubenssätzen: ich bin eine Maschine, ich liebe es meine Ziele umzusetzen. Deswegen ich habe mich selber geprimed darauf. [...] Der Mensch kann sich *absolut alles* selbst einreden und zu seiner Realität machen. Diese eine Realität, die gibt es gar nicht, es gibt nur die Realität, die ich mir selber mache [...]“ (Hoss & Hopf 2024: Minute 15:50). Zu sehen ist dies auch bei Esoteriker:innen, deren aktuelle Verbreitung und politisches Mobilisationspotenzial während der Corona-Pandemie deutlich wurde. So argumentierte der Antisemit Axel Burkart in seiner Einführung in die Anthroposophie auf YouTube für die Evidenz des anthroposophischen Erkenntniswegs von Rudolf Steiner „du beweist es dir, du findest den Beweis in dir“ (Axel Burkart 2017: Minute

09:55). Der Aberglaube aus zweiter Hand (Adorno 2003: 147 ff.) wird so in die Hand der Agitierten zurückgegeben.

Zweitens variiert auch das Verständnis des Kollektivs in der Agitation neoliberaler Sozialcharaktere. Es wird weiterhin, wie von Löwenthal/Guterman beschrieben, das Gefühl vermittelt, besonders zu sein bzw. einer Elite anzugehören und diese dabei lediglich vage beschrieben, sodass möglichst viele angesprochen werden (Löwenthal 2021: 168, 170). Prominent findet sich dies in der wiederholten Abgrenzung von den Unwissenden bzw. in der Terminologie der Querdenken-Proteste, den ‚Schlafschafen‘ (Goertz 2022: 10). Allerdings nimmt die Relevanz der Pseudo-Gemeinschaft für vermeintliche Lösungen deutlich ab. Hingegen wird das Publikum eher in der Referenz auf gemeinsame ideelle Grundlagen, das geteilte „Wissen“ oder individuelle herausragende Leistungen als verbindendes Moment angesprochen. Dies findet sich neben dem individualisierten esoterischen Erkenntnisprozess auch beispielsweise bei Andrew Tate, wenn dessen Lösung zur Überwindung der sogenannten Beta-Masculinity nicht in einer kollektiven Rebellion, sondern in dem Besuch seiner „Hustler-University“ liegt (Haslop et al. 2024: 6).

Drittens ließe sich postulieren, dass es primäre, wenn auch nicht einzig relevante Feind:innengruppen in Relation zu den Kränkungerfahrungen der jeweiligen Sozialcharaktere gibt. So war für die Erklärung des Antisemitismus und dessen Bedeutung für den autoritären Charakter wie auch den Nationalsozialismus stets das projektive Element und die hierin liegende Schiefheilung der für die autoritäre Disposition ursächlichen Kränkungerfahrungen zentral. Eben deswegen sind Juden:Jüdinnen nicht lediglich als variable Sündenbocke für den autoritären Charakter zu verstehen: Das antisemitische Projektionsobjekt ist zwar willkürlich, aber historisch durch die Genese des Autoritarismus bedingt und somit nicht zufällig (Adorno 1973: 108 f.; Löwenthal 2000a: 107; Salzborn 2022: 22). Entsprechend der Kränkung der verdinglichten Freiheit beim libertär-autoritären Charakter durch die vermeintlich beschränkenden Instanzen wie dem Staat ist davon auszugehen, dass dieser als Feindbild in besonderem Ausmaß Adressat von libertärer Aggressivität sein könnte. Für den affirmativen Charakter ist wiederum das Scheitern am Leistungsideal die zentrale Angst. Werden die affirmativen Aggressionen nicht gegen sich selbst gerichtet, können v. a. die angeblich Nicht-Entsagenden und -Leistenden im Sinne klassistischer Abwertungen von bspw. erwerbs- oder obdachlosen Personen Projektionsfläche der Verlusterfahrung darstellen. Beides entspräche dem normativen Anspruch des progressiven Neoliberalismus, das soziale Marker keine Rolle spielen sollten (Fraser 2023: 101 f.). Gleichzeitig bleibt zu beachten, dass Ideologien der Ungleichwertigkeit mit psychosozial ähnlicher Funktion eng miteinander verbunden sind, ineinandergreifen und sich in einem gewissen Ausmaß gegenseitig vertreten können. Das wies K. Stögner (2017) anhand von Antisemitismus und Sexismus wiederholt nach. Hierdurch bleibt der wenn auch formveränderte Antisemitismus adaptionsfähig und wirkmächtig trotz sozialen Wandels – aktuell besonders prominent in Form des israelbezogenen Antisemitismus. Folglich kann er auch bei narzisstischen Sozialcharakteren letztlich als Personifikation der gesellschaftlichen Malaise fungieren, insbesondere wenn massive narzisstische Kränkungen verschwörungsideologische Schiefheilungen erforderlich machen. Hier wird Antisemitismus als Krisenideologie von Relevanz (Böttcher 2015: 84).

Um die hier präsumierte Wandlung der Agitation zu validieren, bedürfte es allerdings empirischer Untersuchungen. Anbieten würden sich für die spätmodernen Sozialcharaktere die Querdenken-Bewegung, welche Amlinger/Nachtwey (2022: 294) als eine zentrale autoritär-liberale Bewegung in ihrem Werk analysieren, sowie für den affirmativen Charakter

Influencer:innen, die insbesondere junge, eher gebildete FDP-Wähler:innen ansprechen<sup>9</sup>, bspw. Andrew Tate. Weiterhin müssten die theoretischen Überlegungen auch die Rolle von sozialen Medien als neuen Faktor im kulturellen Überbau und Mediator von Agitation stärker berücksichtigen. Soziale Medien verstärken einerseits einen Kult der Unmittelbarkeit (Pichl/Dömmling 2020: 301) und ermöglichen andererseits individuelle Reaktionen auf die Agitationsthemen in Form von Kommentaren oder Weiterleitungen und damit eine Form der Partizipation. Instruktiv hierfür sind die Überlegungen S. Rokahrs (2023) zur Verbindung der Agitationstheorie mit Reflexionen zur digitalen Kulturindustrie, in der die Prinzipien der Aufmerksamkeitsökonomie mit der Affektsteuerung zusammengedacht werden (ebd.: 197).

## 5 Fazit

Begrifflichkeiten der Kritischen Theorie müssen nach eigenem Anspruch im historischen Kontext verstanden und dessen Dynamik berücksichtigt werden. Bestehende Aktualisierungsansätze der Agitationstheorie Löwenthals reflektieren nicht die psychischen Prädispositionen unter neoliberalen Verhältnissen. Daher wurde im Beitrag der Wandel der subjektiven Dispositionen als Grundlage für Agitationsmechanismen mithilfe der Analysen spätmoderner Sozialcharaktere von Amlinger/Nachtwey und Jäger betrachtet und hieraus resultierende Aktualisierungspotenziale erwogen. Aus ihren Analysen ergab sich die Gleichzeitigkeit autoritärer, libertär-autoritärer und affirmativer Charakterstrukturen. Dabei können die letzten beiden als narzisstische Sozialpathologien aufgrund des sozioökonomischen Wandels durch den Neoliberalismus verstanden werden. Demgemäß müssen auch die Agitationsmechanismen neu untersucht werden, da Agitator:innen ihren Einfluss auf ihr Publikum durch die Provokation und Kanalisierung vorhandener Prädispositionen entfalten (Löwenthal 2021: 178). Durch die charakteristische Vagheit von Agitation ist zwar von gewissen Überschneidungen zu Löwenthals Beschreibungen auszugehen, aber insbesondere die Psychodynamik zwischen Agitator:innen und Agitierten sollte anhand der hier vorgelegten theoretischen Überlegungen überdacht werden. Während einerseits die klassische Agitation des autoritären Charakters fortbesteht, wurde hier andererseits die These vertreten, dass die hinzutretende spätmoderne Agitation als eine der Bruderhorde zu verstehen ist, in welcher die Führungsfiguren sekundäre sind. Damit fällt der väterliche Rollenanteil von Agitator:innen weg. Verbindendes Element sind also primär die Identifikation mit den Abstrakta der neoliberalen Konkurrenzgesellschaft – Leistung und Selbstverwirklichung –, welche das Ich-Ideal bestimmen, für die Agitator:innen lediglich besonders charakteristische Repräsentant:innen sind. Agitator:innen sind hierdurch voraussichtlich flüchtiger und müssen nicht idealisiert werden, da ihre repräsentative Funktion gegenüber dem Abstraktum austauschbar ist. Dabei vereint sie mit klassischen Agitator:innen die gesellschaftliche Funktion: Sie überreden das Publikum zur Hinnahme der gesellschaftlichen Situation, welche die Malaise der (Spät-)Moderne hervorbringt und ihre Destruktivität in Bezug auf Mensch wie Natur reproduziert. Dass auch heute neurotische und gewaltsame Ausbrüche durch die Protestbewegungen und ihre Agitator:innen hervorgebracht werden, zeigte sich u. a. in der Querdenken-Bewegung

9 Diese sozialstrukturellen Eigenschaften haben sich statistisch als signifikante Prädiktoren für einen affirmativen Charakter ergeben (Jäger 2022: 504).

und ihrer Übergriffe gegen Journalist:innen, Gegendemonstrierende und Polizist:innen (Teune 2021: 332). Zwar bleiben die Ursachen für Autoritarismus in den objektiven Verhältnissen gelegen. Mithilfe weiterführender Analysen aktueller Propagandamechanismen gilt es jedoch, deren Niederschlägen im Subjekt entgegenzuwirken, um den regressiven Tendenzen und der grassierenden gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit im 21. Jahrhundert entgegenzutreten.

## Literaturverzeichnis

- Adorno, Theodor W. (1973). Studien zum autoritären Charakter. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Adorno, Theodor W. (2003). Gesammelte Schriften Bd. 8. Soziologische Schriften I. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Adorno, Theodor W. (2019 [1967]). Aspekte des neuen Rechtsradikalismus. Ein Vortrag. 4. Aufl. Berlin: Suhrkamp.
- Adorno, Theodor W. (2022). Gesammelte Schriften Band 9.2. Soziologische Schriften II.2. 4. Aufl. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Allan, Amy (2016). *The End of Progress. Decolonizing the Normative Foundations of Critical Theory*. New York: Columbia University Press.
- Amlinger, Carolin & Nachtwey, Oliver (2022). *Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Axel Burkart (2017). *Anthroposophie kompakt 5/8 – Nahrung für die Seele und moderner Weg der Erkenntnis*. YouTube. Zugriff am 12. Juni 2024 [https://www.youtube.com/watch?v=nk35\\_fzOHgA](https://www.youtube.com/watch?v=nk35_fzOHgA)
- Böckelmann, Frank (1971). *Die schlechte Aufhebung der autoritären Persönlichkeit*. Frankfurt a. M.: makol Verlag.
- Böttcher, Elisabeth (2015). Antisemitismus und Antiziganismus als beständige Krisenideologien der Arbeitsgesellschaft. In Charlotte Busch; Martin Gehrlein & Tom David Uhlig (Hrsg.), *Schiefheiten. Zeitgenössische Betrachtungen über Antisemitismus* (S. 83–107). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Brown, Wendy (2018). Neoliberalism's Frankenstein. *Authoritarian Freedom in Twenty-First Century „Democracies“*. In Wendy Brown; Peter Eli Gordon & Max Pensky (Hrsg.), *Authoritarianism. Three Inquiries in Critical Theory* (S. 7–44). Chicago, London: University of Chicago Press.
- Buchholz, Johannes (2019). Der Agitator der Prophetenstudien als Vorbild des „Managers“ und „Politikers“. Kommentar zum Beitrag von Philipp Lenhard. In Oliver Decker & Christoph Türcke (Hrsg.), *Autoritarismus. Kritische Theorie und psychoanalytische Praxis* (S. 113–122). Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Candeias, Mario (2008). Von der Dialektik des Neoliberalismus zu den Widersprüchen der Bewegungen. In Christoph Butterwegge, Bettina Lösch & Ralf Ptak (Hrsg.), *Neoliberalismus. Analysen und Alternativen* (S. 301–317). Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss.
- Costa, Sérgio; Domingues, José Mauricio; Knöbl, Wolfgang & Da Silva, Josué Pereira (2006). Introduction – how plural is modernity? In Sérgio Costa; José Mauricio Domingues; Wolfgang Knöbl & Josué Pereira Da Silva (Hrsg.), *The plurality of modernity. Decentring sociology* (S. 3–11). München: Rainer Hampp Verlag.
- Dämgen, Simon (2020). Kein Subjekt. Nirgends? Autoritärer Charakter, Subjekt und Gesellschaft in der Krise. In Katrin Henkelmann; Christian Jäckel; Andreas Stahl; Niklas Wunsch & Benedikt Zopes (Hrsg.), *Konformistische Rebellen. Zur Aktualität des autoritären Charakters* (S. 297–312). Berlin: Verbrecher Verlag.

- Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Heller, Aylene; Schuler, Julia & Brähler, Elmar (2022). Die Leipziger Autoritarismus Studie 2022. Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In Oliver Decker; Johannes Kiess; Aylene Heller & Elmar Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen?*/Leipziger Autoritarismus Studie 2022 (S. 31–90). Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Decker, Oliver; Schuler, Julia & Brähler, Elmar (2018). Das autoritäre Syndrom heute. In Oliver Decker & Elmar Brähler (Hrsg.), *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft: die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018* (S. 117–156). Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Decker, Oliver; Schuler, Julia; Yendell, Alexander; Schließler, Clara & Brähler, Elmar (2020). Das autoritäre Syndrom: Dimensionen und Verbreitung der Demokratie-Feindlichkeit. In Oliver Decker & Elmar Brähler (Hrsg.), *Flucht ins Autoritäre. Neue Radikalität – alte Ressentiments*. Leipziger Autoritarismus Studie 2020 (S. 179–210). Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Deutscher Bundestag (2018). Geschäftsordnung. Weidel-Einspruch gegen Ordnungsruf mit 549 Stimmen abgelehnt. Zugriff am 22. September 2023 unter <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2018/kw20-de-einspruch-ordnungsruf-555494>
- Dirke, Sabine von (2017). Neoliberalism's Reengineering of the Authoritarian Personality. Richard Sennett's *The Corrosion of Character* and Mark Siemons' *Jenseits des Aktenkoffers*. *Colloquia Germanica*, 50(3/4), S. 327–338.
- Eichler, Lutz (2014). *System Und Selbst. Arbeit Und Subjektivität Im Zeitalter Ihrer Strategischen Anerkennung*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Fraser, Nancy (2023). From Progressive Neoliberalism to Trump – and Beyond. In Marc James Léger (Hrsg.), *Identity Trumps Socialism. The Class and Identity Debate after Neoliberalism* (S. 99–113). New York: Routledge.
- Freud, Sigmund (1993 [1921]). *Massenpsychologie und Ich-Analyse*. 8. Aufl. Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verl.
- Freud, Sigmund (2012). *Totem und Tabu. Einige Übereinstimmungen im Seelenleben der Wilden und der Neurotiker*. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.
- Fromm, Erich (1987 [1936]). Sozialpsychologischer Teil. In Max Horkheimer (Hrsg.), *Studien über Autorität und Familie. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung* (S. 77–135). 2. Aufl. Lüneburg: Zu Klampen.
- Goertz, Stefan (2022). „Querdenker“. Eine Einführung. Wiesbaden: Springer VS.
- Groß, Eva; Hövermann, Andreas & Nickel, Amelie (2023). Entsicerte Marktförmigkeit als Treiber eines libertären Autoritarismus. In Andreas Zick; Beate Küpper & Nico Mokros (Hrsg.), *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23* (S. 243–257). Bonn: Dietz, J H.
- Gruber, Johannes (2008). *Der flexible Sozialcharakter. Eine Studie zur gegenwärtigen Transformation von Subjektivität*. Basel: edition gesowip.
- Haslop, Craig; Ringrose, Jessica; Cambazoglu, Idil & Milne, Betsy (2024). Mainstreaming the Manosphere's Misogyny Through Affective Homosocial Currencies: Exploring How Teen Boys Navigate the Andrew Tate Effect. *Social Media + Society*, 10(1), S. 1–11.
- Horkheimer, Max (1987 [1936]). Allgemeiner Teil. In Max Horkheimer (Hrsg.), *Studien über Autorität und Familie. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung* (S. 3–76). 2. Aufl. Lüneburg: Zu Klampen.
- Hoss & Hopf (2024). *Wie wir mit Stress & Leistungsdruck umgehen – Hoss und Hopf #141*. YouTube. Zugriff am 12. Juni 2024 <https://www.youtube.com/watch?v=ZV-WO01FDFA&t=974s>
- Jäger, David W. G. F. (2022). *Dialektik der Deprivation: Zu Idee und Praxis der Entsagung als Element des Autoritarismus und ihre Rekonfiguration in der Gegenwart*. Groningen: University of Groningen. Zugriff am 09. September 2023 unter [https://pure.rug.nl/ws/portalfiles/portal/206272481/Complete\\_thesis.pdf](https://pure.rug.nl/ws/portalfiles/portal/206272481/Complete_thesis.pdf)

- Lämmel, Niklas (2019). Falsche Propheten 2014. Antisemitische Agitation auf den „Montagsmahnwachen für den Frieden“. In Samuel Salzborn (Hrsg.), *Antisemitismus seit 9/11. Ereignisse, Debatten, Kontroversen* (S. 217–236). Baden-Baden: Nomos.
- Lantian, Anthony; Muller, Dominique; Nurra, Cécile & Douglas, Karen M. (2017). „I Know Things They Don't Know!“. *Social Psychology*, 48(3), S. 160–173.
- Laplanche, Jean & Pontalis, Jean-Bertrand (1973). *Das Vokabular der Psychoanalyse*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Lasch, Christopher (1980). *Das Zeitalter des Narzissmus*. Steinhausen: Literarischer Verl.
- Lenhard, Philipp (2019). Falsche Propheten. Zur Aktualität der Demagogiestudien von Leo Löwenthal und Norbert Guterman. In Oliver Decker & Christoph Türcke (Hrsg.), *Autoritarismus. Kritische Theorie und psychoanalytische Praxis* (S. 91–112). Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Löwenthal, Leo (1982). *Schriften Band 3. Falsche Propheten. Studien zum Autoritarismus*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Löwenthal, Leo (1990). *Schriften Band 4. Judaica, Vorträge, Briefe*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Löwenthal, Leo (2000a). Brief Löwenthals an Marcuse. In Peter-Erwin Jansen (Hrsg.), *Das Utopische soll Funken schlagen. Zum hundertsten Geburtstag von Leo Löwenthal* (S. 101–114). Frankfurt am Main: Klostermann.
- Löwenthal, Leo (2000b). Die Techniken des amerikanischen Agitators. In Peter-Erwin Jansen (Hrsg.), *Das Utopische soll Funken schlagen. Zum hundertsten Geburtstag von Leo Löwenthal* (S. 116–124). Frankfurt am Main: Klostermann.
- Löwenthal, Leo (2021). *Falsche Propheten. Studien zur faschistischen Agitation*. Berlin: Suhrkamp.
- Meier-Arendt, David (2023). Antifeministische Männlichkeit(en) im Netz: digitale Transformation und technisch vermittelte Agitation. *GENDER – Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft*, 15(1), S. 57–71.
- Milbradt, Björn (2020). Was begreift der Begriff „Autoritarismus“? Elemente einer Soziologie autoritärer Verhältnisse. In Katrin Henkelmann; Christian Jäckel; Andreas Stahl; Niklas Wunsch & Benedikt Zopes (Hrsg.), *Konformistische Rebellen. Zur Aktualität des autoritären Charakters* (S. 53–72). Berlin: Verbrecher Verlag.
- Naumann, Thilo (2003). Sozialcharakter zwischen Spätkapitalismus und Postfordismus. In Alex Demirović (Hrsg.), *Modelle kritischer Gesellschaftstheorie. Traditionen und Perspektiven der kritischen Theorie* (S. 266–289). Stuttgart: Metzler.
- Pichl, Maximilian & Dömming, Eric von (2020). Autoritäre Inszenierung und Umdeutung – Die Rechtspolitik der „Alternative für Deutschland“. *Kritische Justiz*, 53(3), S. 299–310.
- Pohl, Rolf (2023). Genitalität und Geschlecht. Überlegungen zur Konstitution der männlichen Sexualität. In Ingrid Jungwirth; Julia Gruhlich; Darja Klingenberg; Sylka Scholz; Helen Schwenken & Lina Vollmer (Hrsg.), *Revisiting Forum Frauen- und Geschlechterforschung. Impulse aus 20 Jahren* (S. 484–501). Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Radonic, Ljiljana (2004). Die friedfertige Antisemitin? Kritische Theorie über Geschlechterverhältnisse und Antisemitismus. Frankfurt a. M.: Peter Lang.
- Rensmann, Lars (2001). *Kritische Theorie über den Antisemitismus. Studien zu Struktur, Erklärungspotential und Aktualität*. 3. Aufl. Hamburg: Argument Verl.
- Rensmann, Lars (2020). Die Rückkehr der falschen Propheten. Leo Löwenthals Beitrag zu einer kritischen Theorie des autoritären Populismus der Gegenwart. In Katrin Henkelmann, Christian Jäckel; Andreas Stahl; Niklas Wunsch & Benedikt Zopes (Hrsg.), *Konformistische Rebellen. Zur Aktualität des autoritären Charakters* (S. 21–52). Berlin: Verbrecher Verlag.
- Rokahr, Sandra (2023). „Das einzige Sichere im Leben ist die Unsicherheit.“ Eine tiefenhermeneutische Analyse eines YouTube-Videos des verschwörungsesoterischen Influencers Heiko Schrang. In Leo Roepert (Hrsg.), *Kritische Theorie der extremen Rechten. Analysen im Anschluss an Adorno, Horkheimer und Co* (S. 191–220). Bielefeld: transcript.
- Salzborn, Samuel (2022). *Antisemitismustheorien*. Wiesbaden: Springer Fachmedien; Springer VS.

- Schmid Noerr, Gunzelin (2022). Metamorphose der Massen. Freuds Massenpsychologie und Ich-Analyse und die Grundlegung der psychoanalytischen Sozialpsychologie. In Markus Brunner; Hans-Dieter König; Julia König & Jan Lohl (Hrsg.), *Sozialpsychologie der Massenbildung*. 100. Jahre Sigmund Freuds „Massenpsychologie und Ich-Analyse“ (S. 61–86). Wiesbaden, Heidelberg: Springer VS.
- Schulz, Peter (2022). Kapitalistische Subjektivierung. Das Subjekt des kybernetischen Kapitalismus zwischen Digitalisierung, Prekarisierung und Autoritarismus. Bielefeld: transcript.
- Stögner, Karin (2017). „Intersektionalität von Ideologien“. *Antisemitismus, Sexismus und das Verhältnis von Gesellschaft und Natur. Psychologie & Gesellschaftskritik*, 41(2), S. 25–45.
- Teune, Simon (2021). Querdenken und die Bewegungsforschung – Neue Herausforderung oder déjà-vu? *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 34(2), S. 326–334.
- Vogelmann, Frieder (2020). Propagandist\_innen wider Willen? Zur agitatorischen Logik digitaler Öffentlichkeiten auf Twitter. *Widerspruch*, 39(69), S. 53–64.
- Weiß, Volker (2021). Verschwörungsglaube in der Pandemie. *Soziale Probleme*, 32(2), S. 183–192.
- Weyand, Jan (2000). Zur Aktualität der Theorie des autoritären Charakters. In Jour-Fixe-Initiative Berlin (Hrsg.), *Theorie des Faschismus – Kritik der Gesellschaft* (S. 55–76). Münster: Unrast.
- Weyand, Jan (2020). Der Aufstieg des Nationalismus und die Theorie des autoritären Charakters. In Katrin Henkelmann; Christian Jäckel; Andreas Stahl; Niklas Wunsch & Benedikt Zopes (Hrsg.), *Konformistische Rebellen. Zur Aktualität des autoritären Charakters* (S. 249–264). Berlin: Verbrecher Verlag.





# Eine Soziologie rechter Vergangenheit? Geschichte und Erinnerung als interdisziplinäre Anknüpfungspunkte einer soziologischen Rechtsextremismusforschung

Moritz Golombek

**Zusammenfassung:** Der Artikel plädiert für einen historisch fundierten Ansatz in der soziologischen Rechtsextremismusforschung. Während meist zeitgenössische Phänomene in den Vordergrund gestellt werden, bleiben historische Kontexte des Phänomens oft unberücksichtigt. Die doppelte Bedeutung von Geschichte und Erinnerung wird als Ausgangspunkt genommen und aus einer Perspektive der Holocaust- und Genozidstudien für eine soziologische Rezeption der Analysen des historischen Faschismus genutzt. Dabei werden die Debatte um den Begriff des Rechtsextremismus, aber auch Verbreitungsdynamiken des historischen Faschismus als Anknüpfungspunkte herausgestellt. Es wird ein Begriff der Erinnerung hergeleitet, der politisch und gesellschaftlich wirkmächtige kollektive Formen des Vergangenheitsbezugs und deren Fragmentierung durch spezifisch rechtsextreme Bezüge auf Vergangenheit einbezieht. Ein Ansatz der Memory Studies wird genutzt, um die legitimierende Funktion rechtsextremer Vergangenheitsbezüge und die Bedeutung historischer Massengewalt für den kontemporären Rechtsextremismus aufzuzeigen.

**Schlüsselbegriffe:** Massengewalt, Rechtsextremismus, kollektive Erinnerung, Faschismus, soziale Erinnerung

## **A sociology of right-wing past? History, memory and the sociological approach to right-wing extremism**

**Summary:** The article advocates for a historically grounded approach to sociological research on right-wing extremism. While contemporary phenomena are often emphasized, historical contexts of frequently remain unexamined. The dual significance of history and memory serves as a starting point, incorporating a Holocaust and genocide studies perspective to encourage a sociological study of historical fascism. The article highlights the debate surrounding the term right-wing extremism as well as the diffusion dynamics of historical fascism as key points of reference. It develops a concept of memory that encompasses politically and socially potent collective forms of relating to the past, as well as the fragmentation of these forms through specific right-wing extremist references to history. A Memory Studies approach is employed to illustrate the legitimizing function of right-wing extremist references to the past and the importance of historical mass violence for contemporary right-wing extremism.

**Keywords:** mass violence; right-wing extremism; collective memory; fascism; social memory

## 1 Einleitung

Die soziologische Rechtsextremismusforschung befasst sich mit einem Thema, das gesellschaftlich hochaktuell ist. Zugleich sind wichtige Grundfragen nicht abschließend geklärt und ‚weiße oder graue Flecken‘ auf ihrer Karte bestehen fort. Einer dieser Flecken zeigt sich in der Fokussierung der Rechtsextremismusforschung auf zeitgenössische Erscheinungsformen und Akteur:innen, während historische Kontexte oft in den Hintergrund treten. Dieser Beitrag argumentiert dementsprechend für eine vertiefte Integration historischer Ansätze in die soziologische Rechtsextremismusforschung. Geschichte kommt dabei eine doppelte Bedeutung zu: Zum einen kann der Rechtsextremismus als historischer Gegenstand verstanden werden. Zum anderen stellt der aktuelle rechtsextreme Bezug auf Geschichte ein wichtigstes ideologisches Element dar. Dieser doppelten Bedeutung der Vergangenheit für den Rechtsextremismus und seine Erforschung als faktisch Geschehenes einerseits und Erinnertes andererseits wird sich im Folgenden angenähert. Die Relevanz eines solchen Ansatzes zeigt sich zum einen in rechtsextremen Vergangenheitsdiskursen, die historische Narrative gezielt als Mobilisierungsstrategien und Vehikel für Ideologie einsetzen. Das zeigt sich an zahlreichen Beispielen – von der Identitären Bewegung bis zu Telegram-Kanälen während der Corona-Pandemie. Historische Ereignisse und Erinnerungsfiguren werden von rechtsextremen Akteur:innen zunehmend instrumentalisiert, um gegenwärtige Ideologien zu legitimieren und zu verstärken. Zum anderen liegen – neben der Geschichte des Rechtsextremismus nach 1945 – mit dem historischen Faschismus Erscheinungsformen des Rechtsextremismus in der Geschichte vor. Der vorliegende Beitrag plädiert dafür, etablierte disziplinäre Grenzen zu überwinden und die Synergien zwischen Disziplinen und Forschungsfeldern zu nutzen, um das Verständnis gegenwärtiger rechtsextremer Phänomene zu verbessern. Durch die Integration historischer Perspektiven und interdisziplinärer Ansätze können neue Erkenntnisse gewonnen und bestehende Forschungslücken erschlossen werden. So soll eine geschichtsbewusste soziologische Rechtsextremismusforschung gewährleistet werden, die einem „Rückzug auf die Gegenwart“ (Elias 1983) entgeht. Diesem Vorhaben wird sich aus einer Perspektive der Holocaust- und Genozidstudien genähert; einer Disziplin, die in erster Linie Ursachen, Mechanismen und Auswirkungen von Genoziden und systematischer Massengewalt erforscht. Sie zielen darauf ab, sowohl ein tiefes Verständnis vergangener Gewalt und Unterdrückung zu entwickeln als auch ihr Fortwirken in der Gegenwart aufzuzeigen. Dadurch weisen die Holocaust- und Genozidstudien wichtige Gemeinsamkeiten mit der Rechtsextremismusforschung auf, bieten aber auch neue Perspektiven. Sie arbeiten unter Einbezug der Geschichtswissenschaft ebenso wie sozialwissenschaftlicher und psychologischer Forschung. Im Folgenden wird daher zunächst, auf die Holocaust- und Genozidstudien Bezug nehmend, ein Argument von Botsch (2017) aufgegriffen, um die Notwendigkeit historisch-sozialwissenschaftlicher Forschung zu Rechtsextremismus zu begründen. Anschließend wird ein Geschichtsbegriff hergeleitet, der im Sinne Walter Benjamins vor dem Hintergrund des historischen Faschismus Geschichte als Ausnahmezustand begreift und dadurch besonders für die Betrachtung des historischen Faschismus geeignet ist. Der historische Faschismus wird anschließend angeführt, um Anknüpfungspunkte der historischen zur kontemporären Rechtsextremismusforschung aufzuzeigen. Die Begriffe Geschichte, Erinnerung und Vergangenheit in Bezug zueinander setzend, wird in einer kritischen Diskussion des Begriffs der Kollektiven Erinnerung ein Ansatz im Sinne der Memory Studies vorgeschlagen, der den Vergangen-

heitsbezug rechtsextremer Akteur:innen adäquat konzeptualisiert. Dieser wird sodann anhand verschiedener Forschungsbeispiele expliziert. Dabei wird auf rechtsextreme alternative Vergangenheitsnarrative eingegangen, die genutzt werden, um Ideologie zu stärken und Anhänger:innen zu mobilisieren, aber auch um gesellschaftliche Diskurse zu beeinflussen. Die Funktion der Vergangenheitsnarrative liegt oft darin, die Schuld der eigenen Nation oder Gruppe an historischer Massengewalt zu leugnen oder positiv umzudeuten und so historische Fakten zu verzerren. Abschließend folgt ein Fazit, das die Bedeutung von Geschichte für die Rechtsextremismusforschung betont.

## 2 Vom „Rückzug auf die Gegenwart“ zu historisch fundierten Ansätzen

Die Soziologie hat sich mit der Geschichte des Rechtsextremismus zweifelsohne befasst. Jedoch liegt der Fokus soziologischer Forschung allgemein auf kontemporären Phänomenen. Schon auf dem Deutschen Soziologentag 1982 attestierte Norbert Elias:

„Der Rückzug der Soziologen auf die Gegenwart [...] wurde zum vorherrschenden Trend in der Entwicklung der Soziologie in den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg [...]. Man wird erst gewahr, daß es sich dabei um einen Rückzug handelt, wenn man sich daran erinnert, wie viele Soziologen früherer Tage Probleme der menschlichen Gesellschaft, auch jeweils zeitgenössische, mit Hilfe von Wissen über die Vergangenheit der eigenen Gesellschaft oder über frühere Phasen anderer Gesellschaften [...] zu erhellen suchten.“ (Elias 1983: 519)

Die Aktualität von Elias' Bestandsaufnahme bekräftigen Rosenthal und Worm am Beispiel der Biografieforschung, indem sie „[...] HistorikerInnen eine Tendenz zur Vernachlässigung der Rekonstruktion der Gegenwartsperspektive“ zuschreiben, während die Soziologie der Illusion unterliege „[...] man könne die Gegenwart ohne Bezug auf die Vergangenheit erklären“ (Rosenthal/Worm 2018: 155). Ein verstärkter historischer Bezug soziologischer Rechtsextremismusforschung könnte demgegenüber die historische Genese von kontemporären rechtsextremen Phänomenen in den Blick nehmen, indem sie disziplinäre Grenzen aufbricht. Bestehende Forderungen nach einer stärkeren Interdisziplinarität zeigen deren Notwendigkeit: Gideon Botsch (2017) plädiert beispielsweise aus einer politikwissenschaftlich-historischen Perspektive für eine Rückkehr zu akteurszentrierten Ansätzen, die den Rechtsextremismus als ein historisch gewachsenes politisches Phänomen betrachten. In seinem Artikel *Rechtsextremismus als politische Praxis* betont Botsch (2017), dass die Erforschung des Rechtsextremismus sich – insbesondere in den 1980er-Jahren – systematisch mit den Akteur:innen der extremen Rechten auseinandergesetzt hat. Damalige Studien zeichneten sich durch eine methodisch fundierte Analyse aus, die historische, soziologische und politikwissenschaftliche Ansätze miteinander verknüpfte und auf Primärquellen zurückgriff. So wurde der Rechtsextremismus als eine spezifische politische Kultur verstanden, die in der demokratischen Bundesrepublik einen festen Platz einnahm (Botsch 2017: 132). Ab den 1990er-Jahren gerieten die politischen Akteur:innen und ihre Strategien jedoch zunehmend aus dem Blick. Diese Entwicklung kritisiert Botsch, indem er feststellt: „Der originär politische Charakter des Phänomens“ werde oft vernachlässigt, was zu einem unvollständigen Bild des Rechtsextremismus führe (Botsch 2017: 136). Er fordert daher eine verstärkte empirische Forschung, die sich auf Primärquellen wie Parteiprogramme, Publikationen und andere Materialien stützt, die von den rechtsextremen Akteur:innen selbst erzeugt werden. Besonders

hebt er hervor, dass es angemessen sei, die politischen Handlungen und Strategien der extremen Rechten als eigenständige, zielgerichtete Prozesse zu verstehen (Botsch 2017: 137). Was Botsch aus einer politikwissenschaftlichen Perspektive anmahnt, lässt sich um Forderungen aus einer Perspektive der Holocaust- und Genozidstudien ergänzen: Ihrem Gegenstand folgend erscheint eine Betrachtung des Rechtsextremismus im Hinblick auf historische Massengewalt gewinnbringend. Ergänzend kann ihr Nachwirken im Sinne des gesellschaftlichen Bezugs auf historische Ereignisse sowie historische und ideologische Kontinuitäten sowie ihre Genese und den damit einhergehenden ideologischen Grundlagen und historischen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus betrachtet werden. Die Shoah als ein Ereignis historischer Massengewalt findet in der Forschung bereits viel Beachtung, ist der Nationalsozialismus doch ein zentraler Bestandteil rechtsextremer Diskurse. Die Bedeutung anderer Formen historischer Massengewalt tritt jedoch in den Hintergrund. Über die historische Genese rechtsextremer Phänomene hinausgehend erscheint es ferner erhellend, aktuelle rechtsextreme Diskurse über Vergangenheit einzubeziehen. Historisch fundierte Analysen derartiger Diskurse können diese nicht nur in sich geschlossen betrachten, sondern historische Fakten, auf die sie sich beziehen, stärker in die Analyse einschließen. Ein möglicher Anknüpfungspunkt ist eine soziologische Rezeption der historisch orientierten Forschung zum Faschismusbegriff, wie er in den Geschichtswissenschaften diskutiert wird. Gängige Rechtsextremismusbegriffe sind primär normativer Natur und definieren ihren Gegenstand anhand einer Ablehnung zentraler Elemente der Verfassung (Mannewitz 2018; Fischer et al. 2022). Entsprechend kann der Begriff oft nur schwer historisch verankert werden und der Diskurs um Begriffe wie Rechtsextremismus, Far-Right, extreme Rechte, um nur einige zu nennen, bleibt eine Debatte der soziologischen Rechtsextremismusforschung, die den historischen Kern ihres Gegenstands bisher unzureichend konzeptualisiert. Diese Debatte weist folglich einen doppelten Geschichtsbezug auf: in historischen Erscheinungsformen ihres Gegenstandes und in den Geschichtsbezügen des Rechtsextremismus selbst. In dem Verhältnis von Geschichte und Vergangenheitsbezug liegt ein Erkenntnismoment, das stärker betrachtet werden könnte. Sich dem anzunähern, macht eine Definition von Geschichte erforderlich, die den normverschiebenden, außergewöhnlichen Aspekten des Rechtsextremismus und der geforderten Interdisziplinarität Rechnung trägt. Es kann hilfreich sein, dabei eine Perspektive der Holocaust- und Genozidstudien einzunehmen, da sie durch ihren interdisziplinären Ansatz erlauben, historischen und kontemporären Rechtsextremismus gleichermaßen in den Blick zu nehmen, indem sie Gesellschaft vor dem Hintergrund extremer Ausnahmezustände und deren Ursachen als Gegenstand haben. Allerdings waren sie hierzulande noch vor wenigen Jahren deutlich weniger bekannt als etwa im angelsächsischen Raum. Seit dem sogenannten „Historikerstreit 2.0“ – der längst kein Streit innerhalb akademischer Disziplinen mehr ist – ändert sich dies zunehmend. Werke wie *Multidirektionale Erinnerung* von Rothberg (2021) und eine Vielzahl feuilletonnaher Veröffentlichungen bringen Akteur:innen der Genozidstudien in die breitere wissenschaftliche und sogar gesellschaftliche Debatte. Obwohl die Legaldefinition der Vereinten Nationen (United Nations 1948) Bezugspunkte schafft, gibt es keinen umfassenden Konsens über den Begriff des Genozids. Das ist ein Grund, warum die Holocaust- und Genozidstudien ihren Gegenstand nicht eng fassen und Forschung sich oft Konzepten wie systematischer Massengewalt oder mass atrocities bedient (Wendt 2010; Bellamy 2009). Oft werden Holocaust- und Genozidstudien in Nachbardisziplinen praktiziert und sind von jenen nicht scharf zu trennen. Sie integrieren daher historische, sozialwissenschaftliche und psychologische Perspektiven. Dies führt auch zur Untersuchung

von Phänomenen, die zunächst nicht strikt zum definierten Gegenstand gehören. So werden auch gesellschaftliche Ursachen, Mechanismen und Auswirkungen systematischer (Massen-) Gewalt untersucht.

### 3 Ausnahmezustände als historische Norm

Wird Geschichte durch diesen Rahmen betrachtet, erscheint sie als Ausnahmezustand. Ein Geschichtsbegriff, der dem Rechnung trägt, kann in Anlehnung an Walter Benjamin (1942) entworfen werden, der *Über den Begriff der Geschichte* reflektiert; u. a. mit einer Betrachtung des *Angelus Novus* von Paul Klee, dem nach Benjamins Interpretation bekannterweise Geschichte als „[...] eine einzige Katastrophe [...]“ (Benjamin 1942: 12) erscheint. In Benjamins Werk findet sich in der VIII. These jedoch ein weiterer Passus, der sich auf die Betrachtung der Geschichte im Sinne der Holocaust- und Genozidstudien anwenden lässt. Für den betrachteten Gegenstand ist diese weitere These Benjamins besonders, da er sie in Zeiten des historischen Faschismus entwirft und diesen in einen Geschichtsbegriff überführt:

„Die Tradition der Unterdrückten belehrt uns darüber, daß der ‚Ausnahmezustand‘, in dem wir leben, die Regel ist. Wir müssen zu einem Begriff der Geschichte kommen, der dem entspricht. [...] dadurch wird unsere Position im Kampf gegen den Faschismus sich verbessern. Dessen Chance besteht nicht zuletzt darin, daß die Gegner ihm im Namen des Fortschritts als einer historischen Norm begegnen. – Das Staunen darüber, daß die Dinge, die wir erleben, im zwanzigsten Jahrhundert ‚noch‘ möglich sind, ist kein philosophisches. Es steht nicht am Anfang einer Erkenntnis, es sei denn der, daß die Vorstellung von Geschichte, aus der es stammt, nicht zu halten ist.“ (Benjamin 1942: 11)

Mit Benjamin können Krisenzustände als Konstante der Geschichte beschrieben werden. In unterschiedlicher Stärke sind sie prägend; politische Stabilität muss als brüchig aufgefasst werden. Die vermeintliche Stabilität von Demokratie oder Menschenrechten erscheint damit als Illusion, was jedoch nicht als Pessimismus aufzufassen ist. Vielmehr ist ein solcher Blick auf Geschichte notwendig, um den Gegenstand nicht ahistorisch zu außergewöhnlichen Ausnahmezuständen zu verklären oder gar mit einem fehlgeleiteten Fortschrittsbegriff als etwas zu begreifen, das einer stabilen demokratischen Ordnung nicht wieder entstehen kann. Was Benjamin als „Kampf gegen den Faschismus“ bezeichnet, kann übertragen werden auf Forschung zu Rechtsextremismus der Soziologie und der Holocaust- und Genozidstudien. Denn sie haben gemein, dass sie zur Beseitigung ihres Gegenstands beitragen wollen. Dieser Geschichtsbegriff hat direkte Folgen für die Betrachtung der Gegenwart. Dazu ist es entbehrlich, aktuelle Tendenzen autoritärer Bewegungen, das Erstarken rechter Parteien und die Rückkehr des Krieges nach Europa alarmistisch zu einer Wiederholung der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu verklären. Vielmehr kann darin die Aufforderung gesehen werden, Geschichte zum Forschungsgegenstand zu machen und Normbrüche und Ausnahmezustände als Ausgangspunkt der Analyse zu wählen. Unter diesen Vorzeichen eignen sich die Holocaust- und Genozidstudien, um eine Verknüpfung der historischen und soziologischen Forschung zum Rechtsextremismus zu fördern. Denn dieser setzt historische und gesellschaftliche Bedingungen voraus, die das Erstarken menschenfeindlicher Ideologien begünstigen. Monumentale gesellschaftliche Umbrüche, sei es durch neue Technologien, das Auflösen tradiert identifizierender Ordnungen oder das Auftreten krisenhafter Ereignisse, können dazu gezählt werden.

#### 4 Dynamiken des historischen Faschismus als Anknüpfungspunkt

Der Faschismus – verstanden als eine historische Erscheinungsform rechtsextremer Akteur:innen – ist ein solcher Ausgangspunkt und einer der hauptsächlichen Forschungsgegenstände der Holocauststudien. Das gilt beispielsweise für die Forschung zu historischen faschistischen Bewegungen und Organisationen in Europa vor und während des Zweiten Weltkriegs. Während die Forschung zum historischen Faschismus nicht unmittelbar auf kontemporäre Phänomene angewendet werden kann, bietet sie jedoch Anknüpfungspunkte für die soziologische Rechtsextremismusforschung. Denn Fragen, die zum historischen Faschismus gestellt werden, decken sich zumindest in Teilen mit denen zu kontemporären rechtsextremen Phänomenen: Ist es das revolutionäre Element, das faschistische Bewegungen ausmacht? Welche Rolle spielt die Emanzipation faschistischer Bewegungen von vorherrschenden politischen Strukturen für ihren Erfolg? In welchem Verhältnis stehen transnationale und lokale Aspekte des Phänomens? Anknüpfungspunkte zu einigen dieser Fragen finden sich in der historischen Faschismusforschung, beispielweise in einer Studie des Historikers Aristotle Kallis (2014) zum „Faschistischen Effekt“, wie er Dynamiken der politischen Hybridisierung in Europa zwischen den Weltkriegen betitelt. Kallis vollzieht darin die Diskussion um den historischen Faschismus nach: So wurde schon früh unter einem generischen Faschismusbegriff argumentiert, dass lediglich Italien und Deutschland als faschistische Staaten bezeichnet werden könnten (Kallis 2014: 14). Doch zunehmend wird der historische Faschismus als transnationales Phänomen verstanden: Kallis führt aus, dass ein ‚Mitläufereffekt‘ kurz vor und in den ersten Jahren des Zweiten Weltkrieges verschiedene politische Regime dazu führt, die faschistischen Systeme in Italien und Deutschland nachzuahmen. In den letzten Kriegsjahren führt der militärische Misserfolg der Achsenmächte wiederum zu einer direkten Umkehr und einer politisch-ideologischen Distanzierung (Kallis 2014: 33 f.). Dynamiken transnationaler Verbreitung und Vermischung von Ideologien unter nationalen Vorzeichen, das Zusammenspiel von Erfolg und Verbreitung, Scheitern und Abkehr können – unter gewissen Voraussetzungen – auf rechtsextreme Phänomene heute angewendet werden. Die Frage nach ‚Mitläufereffekten‘ kann, angesichts sich nacheinander einstellender (auch elektoraler) Erfolge rechtsextremer Akteur:innen, auch für gegenwärtige politische Dynamiken gestellt und historisch kontrastiert werden. In diesem Zusammenhang könnten historische Kontinuitäten ebenso untersucht werden wie Verbreitungsdynamiken von rechtsextremen Ideologien. Ein naheliegendes Beispiel sind die Parallelen zwischen Wahlergebnissen der NSDAP und denen der AfD, den Cantoni et al. (2023) verdeutlichen: Sie stellen ein Zusammenspiel historischer Zusammenhänge mit gewichtigen Veränderungen in der politischen Landschaft heraus, womit sie das Auftreten der AfD als eine massenwirksame, populistische und xenophobe Partei meinen (Cantoni et al. 2018: 112). Über den deutschen Kontext hinaus zeigen sich Anknüpfungspunkte, etwa in der Forschung zum „Para-Faschismus“ (Griffin 2012). Mit diesem Begriff werden neben dem Franco-Regime in Spanien auch Regime in Ungarn und einigen baltischen Ländern sowie in Österreich bezeichnet. Als Unterkategorie des Faschismus trägt der Begriff ihrer Abhängigkeit zum italienischen und deutschen Faschismus Rechnung. Kallis schlägt weiterhin vor, den erweiterten politisch-sozialen Kontext des Faschismus zu untersuchen, in dem es ihm gelingt, gesellschaftliche Normen aufzubrechen und zu verändern. Im sich einstellenden politischen Erfolg faschistischer Akteur:innen

entfalten diese eine normverschiebende Kraft, die in der Gesellschaft mit zunehmender Geschwindigkeit akzeptiert wird:

„[...] previously unthinkable transgressions appear legitimate, feasible, and increasingly desirable to a rapidly expanding constituency of disciples, converts, and fellow travellers.“ (Kallis 2014: 35)

Kallis' Betrachtung transgressiver Momente und einer revolutionären Handlungsmacht (agency) des historischen Faschismus sind für die soziologische Rechtsextremismusforschung anschlussfähig. So könnte gefragt werden, an welchen spezifischen gesellschaftlichen Kontext der heutige Rechtsextremismus anknüpft und wie dieser sich mit den Erfolgs- und Misserfolgsbedingungen des historischen Faschismus kontrastieren lässt. Eine Übertragbarkeit historischer Faschismuskonzepte auf kontemporäre Phänomene ist trotzdem nur bedingt gegeben, denn es besteht die Gefahr eines historischen Fehlschlusses: Dieser kann in einem teleologischen Geschichtsverständnis bestehen, der Geschichte auf die Gegenwart übertragen und darauf basierend Zukunft vorhersagen will. Eine Parallelisierung – eingedenk begrenzter Vergleichbarkeiten – könnte aber die Untersuchung der normverschiebenden Kraft rechtsextremer Diskurse durch eine historische Perspektive ergänzen und kontextualisieren. Dabei herrscht weniger ein Mangel an historischer Forschung zu diesen Thematiken als an einem fortlaufenden Bezug soziologischer Debatten auf diese Forschung – ebenso wie ein mangelnder eigener soziologischer Zugriff auf diese historischen Phänomene (Christ 2011; Klingemann 2020). Dass umgekehrt auch die Diskussion soziologischer oder politikwissenschaftlicher Konzepte in Bezug auf historische Phänomene fruchtbar sein kann, zeigt Tomislav Dulić (2021). Er beschäftigt sich mit der Frage, ob und wie Theorien (neuer) sozialer Bewegungen auf historische faschistische Akteur:innen angewendet werden können. Dulić zeigt am Beispiel der kroatischen Ustaša, dass diese weniger eine soziale Bewegung, sondern mehr eine hierarchisch organisierte terroristische Organisation war (Dulić 2021: 203 f.). Er geht in diesem Zusammenhang auch der Frage nach einem transnationalen öffentlichen Raum zwischen den Weltkriegen nach und zeigt auf, dass faschistische Gruppen sich auf Wissensaustausch zwischen Staaten beschränken und innerhalb traditioneller staatsbasierter Strukturen agierten (Dulić 2021: 204 f.) Er betont, dass die Ustaša, wie andere faschistische Akteur:innen, besser als Organisation denn als Bewegung beschrieben werden sollte (Dulić 2021: 221). Aus soziologischer Perspektive wäre umgekehrt eine Parallelisierung der Ustaša oder Fasci mit rechtsextremen Gruppierungen, die sich positiv auf diese beziehen, gewinnbringend für das Verständnis kontemporärer Phänomene. Fragen staatlicher versus informeller oder organisatorischer Verbindungen rechtsextremer Akteur:innen stellen sich schon heute und im Falle möglicher zukünftiger Wahlerfolge rechtsextremer Parteien umso dringlicher. Über die genannten Beispiele hinaus mangelt es nicht an soziologisch interessanter historischer Forschung. Auf Täterforschung, die sich mit Dynamiken extremer Gewalt und Radikalisierung beschäftigt, sei an dieser Stelle nur kurz verwiesen. Gut rezipiert ist beispielsweise Christopher Brownings *Ordinary Men* (Browning 1998), eine Untersuchung der rasanten Geschwindigkeit, mit der die Angehörigen des Polizeibataillons 101 ohne erkennbare ideologische Einstellung oder Zwang zu Handlungen extremer, systematischer Massengewalt bereit sind. Eine unlängst veröffentlichte Retrospektive auf *Ordinary Men* zeigt, dass soziologische und sozialpsychologische Studien ihrerseits das Verständnis genozidaler Gewaltdynamiken erweitern (Köhler et al. 2023). Zentral für eine soziologische Nutzbarmachung dieser Forschung ist es, das Nachwirken des Historischen in eine solche Rezeption einzubeziehen: Schließlich schloss im Sommer 2024 die Fraktion rechter/rechtsextremer

Parteien im Europäischen Parlament die Alternative für Deutschland aufgrund von Kommentaren ihres Spitzenkandidaten zur Europawahl aus der ID-Fraktion aus. Maximilian Krahl hatte sich in einem Interview verharmlosend über die nationalsozialistische SS geäußert (Bundeszentrale für politische Bildung 2024). In diesem Beispiel wirkte Geschichte weniger durch eine Fortführung historischer Feindseligkeiten in der Gegenwart, sondern durch konkurrierende, ja gegensätzliche Bezüge darauf. Für Krahl war es der positive, relativierende Bezug auf die Mitglieder der SS, besonders für die französische Partei Rassemblement National waren es die Verbrechen, die die SS in Frankreich verübt hatte. Anders gesagt: Hier kamen unterschiedliche Formen der Erinnerung an Geschichte zum Tragen. Beide, Geschichte und Erinnerung, sind eng miteinander verknüpft.

## 5 Vergangenheit als Konzeptualisierung rechtsextremer Erinnerungsdiskurse

Während die Geschichte ergänzend und im Sinne der bereits dargelegten Definition als eine methodisch rekonstruierbare Abfolge von Ereignissen betrachtet werden kann, bietet die Erinnerung einen emotionalen und sozialen Bezugspunkt, der in aktuellen rechtsextremen Diskursen gezielt instrumentalisiert wird. Zygmunt Bauman greift in diesem Zusammenhang Benjamins Geschichtsbegriff in seinem *Retrotopia* auf und wendet Benjamins Sicht der Geschichte aus der Interpretation des Angelus Novus als Katastrophe um, indem er die Zukunft als das benennt, der man heute nicht vertrauen könne, was zu einem starken Vergangenheitsbezug führe (Baumann 2017: 9 f.). Bauman bezeichnet diese Vergangenheitsbezüge als Retrotopien und definiert sie als eine neue Art von Visionen, die sich „[...] nicht mehr aus einer noch ausstehenden und deshalb inexistenten Zukunft speisen, sondern aus der verlorenen/geraubten/verwaisten, jedenfalls untoten Vergangenheit“ (Baumann 2017: 13). Vor dem Hintergrund des zunehmenden Umkämpftseins von Erinnerung und Geschichte mögen beide, Benjamins und Baumans, Perspektiven tragen: Für die Holocaust- und Genozidstudien ist der Begriff der Geschichte schließlich fest mit dem der Erinnerung verbunden. Mit Peter Hayes, in einer Bestandsaufnahme der Holocauststudien, kann ergänzt werden:

„History is a process of sifting evidence in search of truth, memory one of preserving and transmitting lore or heritage. The former is, at least in theory, equally sceptical of all sources, whereas the latter privileges certain ones. As a result, history is open to modification, but memory often resists it.“ (Hayes 2013: 11)

Sinngemäß ist Geschichte also das Geschehene, das die historischen Wissenschaften untersuchen. Erinnerung ist nach Hayes dagegen der gesellschaftliche Umgang mit der Vergangenheit. Diese Differenzierung zwischen Geschichte und Erinnerung ist besonders relevant, wenn die Art und Weise betrachtet wird, mit der rechtsextreme Akteur:innen historische Narrative nutzen. Diese Definition trägt auch der Debatte um Erinnerung und ihre gesellschaftliche Ausprägungen Rechnung. Damit unterscheidet sich der hier verwendete Begriff der Erinnerung in Anlehnung an Hayes von dem, der als kollektive Erinnerung zum Schlagwort geworden ist. Jan Assmann (2008) definiert kollektive Erinnerung als eine Form von geteiltem Gedächtnis, die kulturelle Identität stiftet. Er unterscheidet einerseits zwischen dem nicht institutionalisierten kommunikativen Gedächtnis, das eng mit der Alltagskommunikation verbunden ist und auf der mündlichen Überlieferung in sozialen Interaktionen



basiert (Assmann 2008: 110). Assmann führt andererseits den Begriff des kulturellen Gedächtnisses ein, das die längerfristige kulturelle Erinnerung umfasst, die über Generationen hinweg besteht. Es wird durch Institutionen wie Bibliotheken, Museen und Denkmäler sowie durch schriftliche und symbolische Formen konserviert. Das kulturelle Gedächtnis bildet die Grundlage für eine kollektive kulturelle Identität und hat eine deutlich größere zeitliche Tiefe als das kommunikative Gedächtnis. Beide Gedächtnisarten sind für Assmann Teil kollektiver Erinnerung (Assmann 2008: 110). Diese verweist nach Assmanns Verständnis somit nicht nur auf informelle soziale Überlieferungen, sondern auch auf formale, kulturell verankerte Praktiken, die Erinnerungen langfristig bewahren. Kollektive Erinnerung ist auch ein Schlüsselbegriff für Michael Rothbergs *Multidirektionale Erinnerung* (Rothberg 2021), das sich mit der Bedeutung verschiedener Ereignisse historischer Massengewalt in post-migrantischen Gesellschaften befasst. Zugleich existieren gewichtige Einwände gegen den Begriff der *kollektiven Erinnerung*, der die Unterschiede von individuellem und kollektiven Erinnern verwischen und alle Vergangenheitsbezüge – auch falsche Erinnerungen und Revisionismus – gleichstellen kann (Reemtsma 2021). In ihm drückt sich die Frage nach der gesellschaftlichen und politischen Wirkkraft, die sich in der Institutionalisierung von Vergangenheitsbezügen einerseits und der individuellen Bedeutung historischer Ereignisse andererseits, ausdrücken kann jedoch – bei aller berechtigten Kritik – treffend aus.

Daher wird im Folgenden Vergangenheitsbezug als Arbeitsbegriff für gesellschaftliche Praktiken der Erinnerung verwendet, die sich auf historische Ereignisse beziehen. Es wird festgehalten, dass durchaus politisch und gesellschaftlich wirkmächtige kollektive Formen des Vergangenheitsbezugs bestehen, die jedoch überwiegend fragmentiert, also gruppenspezifisch oder individuell sind und konträr zueinanderstehen können. Für die Rechtsextremismusforschung ist dieser Aspekt bedeutend, finden sich doch verstärkt spezifisch rechtsextreme Bezüge auf Vergangenheit, die über rechtsextreme Diskurse hinaus Wirkung entfalten. Ferner ist ein angemessener Forschungszugang zu spezifisch rechtsextremen Vergangenheitsbezügen unumgänglich. Mit den Memory Studies existiert ein Forschungsansatz, der sich unterschiedlichen gesellschaftlichen Bezügen auf Vergangenheit und ihren Erinnerungspraktiken dezidiert widmet und auf den u. a. in der Untersuchung von der Erinnerung an systematische Massengewalt zurückgegriffen wird. Bosch (2016) beschreibt diesen Ansatz wie folgt:

„[...] a multidisciplinary field which began with individual memory growing outward to focus on broader dimensions of social memory and the politics of public remembering, especially those channelled through communications media.“ (Bosch 2016: 2)

Über spezialisierte Forschungszugänge können Memory Studies die Kollektivität von Vergangenheitsbezügen erfassen, ohne einer perspektivischen Einengung Vorschub zu leisten. Ein solcher Ansatz der Erforschung von Erinnerung als Vergangenheitsbezüge lässt sich von vereinfachten Begriffen der kollektiven Erinnerung abgrenzen, da verschiedene Formen von Vergangenheitsbezügen in ihren spezifischen Diskursen und Funktionen untersucht werden. Dabei werden dissonante, konträre Vergangenheitsbezüge expliziter Fokus der Betrachtung. In diesem Sinne wendet sich die Forschung aus den Memory Studies zunehmend Vergangenheitsbezügen zu, die Kelpšienė et al. (2023) unter dem Begriff *difficult heritage* definieren als „[...] heritage that is contested or dissonant, excluded, subaltern or related to collective trauma [...]“ (Kelpšienė et al. 2023: 2). Unter diese Definitionen fallen prima facie rechtsextreme Vergangenheitsbezüge. Dass solche Forschung einen Bezug zu Holocaust- und

Genozidstudien einerseits und zur Rechtsextremismusforschung andererseits aufweist, zeigt sich nicht zuletzt an „Erinnerungskämpfen“ (Zimmerer 2023), die zum einen Diskussionen um staatliche Erinnerungskonzepte und den richtigen gesellschaftlichen Umgang insbesondere mit historischer Massengewalt sind, zum anderen jedoch verstärkt von rechten und rechtsextremen Akteur:innen aufgegriffen und strategisch wirksam gemacht werden. Im Zuge dessen stellt sich die Frage von Vergleichbarkeiten gewaltvoller historischer Ereignisse. In den Holocaust- und Genozidstudien kommt das Instrument des Vergleichs zwar zur Anwendung, um Gemeinsamkeiten historischer Ereignisse und den sozialen und individuellen Wirkmechanismen, die Massengewalt möglich machen, zu untersuchen. Vergleiche sind jedoch ein Instrument, um die Einzigartigkeit des jeweiligen Gegenstandes herauszustellen – auch dann, wenn Typologisierungen vorgenommen werden. Gerade rechtsextreme Akteur:innen nutzen die Vergleichsdebatte, um Ressentiments zu stärken. Dies wird vor allem an Formen rechtsextremer Diskursbeeinflussung deutlich, die sich gegen institutionelles Framing historischer Ereignisse wendet. Couperus et al. (2023) argumentieren – ganz im Sinne Baumanns – dass die extreme Rechte genuin retrospektiv ist: Sie weist einen engen Bezug zu Vergangenheit auf, den sie als Vehikel für Ideologie und als politisches Instrument nutzt (Couperus et al. 2023: 4). Rechtsextreme Akteur:innen sind ohne einen Bezug auf Vergangenheit daher nicht denkbar, denn sie wollen daraus Legitimität schöpfen (Volk 2023).

## 6 Rechtsextreme Bezüge auf Vergangenheit

Rechtsextreme Akteur:innen schaffen dafür zunehmend alternative Erzählungen von Geschichte. Dazu idealisieren sie die nationale Vergangenheit, die als schuldfrei reimaginiert wird (Göpffarth 2021). Mit Geschichte als historische Fakten wird gebrochen und sich gegen wahrgenommene institutionalisierte Vergangenheitserzählungen gewendet. Die Forschung kennt viele Beispiele für derartige Konstellationen: Die polnische extreme Rechte kooperiert beispielsweise mit der Katholischen Kirche in Form religiös untermauerter vergangenheitsbezogener Veranstaltungen, die sich u. a. mit der Erinnerung an die Warschauer Aufstände beschäftigen. Diese Veranstaltungen werden oft in Form von Gedenkmessen oder Gebetsveranstaltungen abgehalten, die eine religiöse Komponente haben und historische Narrative einer ‚wahren‘ polnischen Nation im Sinne der Rechtsextremen fördern (Tronina 2020). Griffini (2023) macht ähnliche Tendenzen bei italienischen rechten und rechtsextremen Parteien aus, die den italienischen Kolonialismus als etwas Positives umzudeuten versuchen. Diese Beispiele zeigen, dass rechtsextreme Bezüge auf die Vergangenheit sich auch auf systematische Massengewalt beziehen und wie Massengewalt Vergangenheitsbezüge prägen kann. Ereignisse (systematischer) Massengewalt sind also fester Teil rechtsextremer Vergangenheitsdiskurse – so weist Manucci (2019) daraufhin, dass (rechts-)populistische Diskurse sich in vielen Fällen mit dem historischen Faschismus auseinandersetzen und diesen positiv umzudeuten suchen. Gemein ist den hier genannten Beispielen eine positive Umdeutung der Geschichte zugunsten der jeweiligen Nation, die eine Entlastungsfunktion erfüllt (Salzborn 2020, insbesondere zu deutscher Schuldabwehr). Rechtsextreme Akteur:innen knüpfen also an bestehende Diskurse revisionistisch an. Ihnen gelingt zunehmend die Veränderung der Diskurse über Vergangenheit. Vergangenheitsbezüge werden somit zu einem

Vehikel von Ideologie. Weitere Forschung, die sich dem Element systematischer Massengewalt als hervorgehobenem Bezugspunkt rechtsextremer Vergangenheitsdiskurse widmet, ist auch aus soziologischer Perspektive wünschenswert und bietet einen Anknüpfungspunkt zu den Holocaust- und Genozidstudien. Insbesondere in den sozialen Medien spielen diese Aspekte eine zunehmende Rolle, wie einige jüngere Studien belegen: Richardson-Little et al. heben antagonistische rechtsextremer Vergangenheitsbezüge und den Versuch der Diskursveränderung mit dem Begriff mnemonischer Kämpfe (mnemonic wars) hervor. Sie beschreiben damit das Vorgehen der AfD auf der Plattform X (ehemals Twitter), der es gelingt, ein relevanter Akteur im digitalen Diskurs um die Erinnerung an etwa die SED-Diktatur zu werden (Richardson-Little et al. 2022). Die Erforschung des in den vergangenen Jahren gewachsenen Antisemitismus bietet weitere Anknüpfungspunkte – auch hier ist historische Massengewalt ein zentraler Bezugspunkt, auf die sich unter ideologischen Gesichtspunkten bezogen wird. Besonders während der Covid-Pandemie war zu beobachten, wie mit den Mitteln des historischen Vergleichs der Diskurs über die Pandemie geframt wurde (Warda 2021; Hübscher/Mering 2022). Dabei gingen historische Vergleiche etwa in Telegram-Gruppen deutscher Covid-Proteste so weit, eine monatsgenaue Parallelisierung der Pandemiepolitik der Bundesregierung mit der Politik der Nationalsozialist:innen in den 30er-Jahren des 20. Jahrhunderts vorzunehmen. Durch ihre Drastik erhalten die Vergleiche, die in der Bundesregierung eine neue nationalsozialistische Herrschaft sehen, eine zusätzliche moralisierende und alarmistische Komponente. Sie verbleiben nicht im Digitalen und haben realweltliche Auswirkungen: So zeigte die digitale Mobilisierung auch mittels historischer Vergleiche Erfolg bei der Mobilisierung zu Demonstrationen gegen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie. Das wird etwa am Beispiel von ‚Jana aus Kassel‘ deutlich, die auf einer Demonstration erklärte, sie fühle sich mit ihrer Teilnahme und der Anmeldung einer Kundgebung wie die Widerstandskämpferin Sophie Scholl (Neumann 2021). Dass der kontemporäre Rückgriff auf die Vergangenheit sich auch in rechtsextremer Gewalt niederschlägt, zeigt sich anhand des Beispiels des Attentäters von Christchurch: In dessen Manifest wurden historische Vorlagen und Ereignisse genutzt, um durch eine Erzählung von Zeit und Geschichtsverlauf die rechtsextreme Gewalt ideologisch zu legitimieren, indem Verbindungen zu vergangenen Ereignissen, Figuren und Erzählungen hergestellt wurden, die in dieser Ideologie als exemplarisch oder vorbildhaft gelten (Baun 2022: 650). Die angeführten Beispiele zeigen, dass sich dem Vergangenheitsbezug aus sozialwissenschaftlicher und soziologischer Perspektive bereits angenähert wird. Ebenfalls wird deutlich, dass eine Perspektive im Rückgriff auf historische Massengewalt und historischen Faschismus einerseits sowie eine Betrachtung rechtsextremer Vergangenheitsbezüge andererseits erhellend sein kann.

## 7 Fazit

In diesem Sinne hat dieser Beitrag Anknüpfungspunkte für soziologische Rechtsextremismusforschung aus einer Perspektive Holocaust- und Genozidstudien aufgezeigt. Dabei wurden theoretische Konzeptionen von Geschichte und Erinnerung als Vergangenheitsbezug vorgeschlagen, die bestehende Debatte um kollektive Erinnerung kritisch rezipiert und die Memory Studies als möglicher Forschungsansatz vorgestellt. Die aufgezeigte Bedeutung

rechtsextremer Bezüge auf Geschichte bieten einen Anlass, sich diesen auch verstärkt soziologisch anzunähern. Dass bereits anknüpfungsfähige Debatten bestehen, zeigt einerseits die Forderung nach einem akteurszentrierten, zeitgeschichtlichen Ansatz von Botsch (2017), andererseits die Forschung zum historischen Faschismus, wie Kallis (2014) sie ausführt und letztlich ein wachsender Forschungsstand zu digitalen Vergangenheitsbezügen der extremen Rechten. Während hier aus einer Holocaust- und Genozidstudienperspektive für eine stärkere historische Rückbindung der Soziologie argumentiert wurde, gelten die gemachten Vorschläge auch umgekehrt. Denn die Holocaust- und Genozidstudien analysieren Gesellschaft vor dem Hintergrund historischer Massengewalt und sind durch diese Perspektive besonders gut in der Lage, die historischen Dimensionen kontemporärer Phänomene zu erforschen und auf gesellschaftlich-historische Kontinuitäten hinzuweisen. Zugleich verleiht der bereits zitierte Peter Hayes noch 2013 in einer Vorlesung zur Zukunft der Holocaust Studies seinen Zweifel den Sozialwissenschaften gegenüber Ausdruck, die dazu beitragen würden, in ihrem Streben nach Abstraktion die Einzigartigkeit der Shoah zu verwischen (Hayes 2013: 9). Diese Skepsis gegenüber den Sozialwissenschaften und damit der Soziologie kann jedoch nicht aufrechterhalten werden. Vielmehr verdeutlicht Hayes' Sorge ein generelles Problem mangelnder Bezugnahme verschiedener Wissenschaften aufeinander. Die Holocaust- und Genozidstudien können ihrerseits erst durch die Hinzunahme soziologischer Perspektiven die gesellschaftlichen Entstehungsbedingungen von Massengewalt adäquat verstehen. Erst durch den historischen Bezug können Vergleiche zwischen historischen gesellschaftlichen Entstehungsbedingungen des Faschismus und heutigen gesellschaftlichen Dynamiken der Erstarkung rechtsextremer Phänomene gewinnbringend für die Rechtsextremismusforschung sein. Das Aufbrechen etablierter disziplinärer Grenzen würde demgemäß einem Gegenstand gerecht, der seinerseits ein historisches, zugleich erinnerungsbezogenes und in vielen Facetten gegliedertes kontemporäres Phänomen darstellt. Dieser Beitrag argumentiert daher schließlich für eine interdisziplinäre soziologische Rechtsextremismusforschung, die die Erkenntnisse der Holocaust- und Genozidstudien stärker rezipiert. Aus der dargelegten Argumentation lassen sich abschließend konkrete Vorschläge ableiten: Erstens sollte eine soziologische Lesart des historischen Faschismus forciert und in Diskussionen um Begriffe wie Rechtsextremismus integriert werden. Zweitens ist die Beschäftigung mit den Vergangenheitsbezügen rechtsextremer Ideologie zwar vorhanden, in seiner Zentralität jedoch nicht abschließend untersucht. Ein Ansatzpunkt wäre hier die Bedeutung der Erinnerungspraktiken verschiedener Akteur:innen und rechtsextreme Einflussversuche. Jenseits teils polemischer Debatten wäre drittens der Zusammenhang des kontemporären Rechtsextremismus mit historischer Massengewalt – auch über den gut erforschten Bezugspunkt der Shoah hinaus – im Sinne einer historischen Genese in soziologischen Ansätzen anwendbar. Einige Genozidforscher:innen argumentieren, dass der erste deutsche Völkermord an den Herero und Nama ein unerlässlicher Bestandteil der Genese völkischer und rechtsextremer Ideologien ist (Zimmerer 2011). Diesem Argument muss nicht Folge geleistet werden – es aber aufzugreifen und Fragen nach rechtsextremen Bezügen auf diese Ereignisse zu beantworten, könnte ihr Verständnis erweitern. Ebenso kann etwa türkischer Rechtsextremismus schwerlich ohne den Bezug auf den Genozid an Armenier:innen während des Ersten Weltkriegs erklärt werden. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und der Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 zeigen schließlich, dass Dynamiken von Massengewalt des letzten Jahrhunderts auch im digitalen Zeitalter Analogien aufweisen. Sich dieser Massengewalt aus einer Perspektive rechtsextremer Bezüge zu nähern, kann ebenfalls Teil einer soziologischen

Rechtsextremismusforschung sein. Angesichts der Verbindung von rechtsextremer Ideologie und historischer Massengewalt wird deutlich, dass Geschichte eine wichtige Analysekategorie der Rechtsextremismusforschung darstellen und zu einem erweiterten Verständnis seiner Entstehungsbedingungen beitragen kann. Zuletzt kann viertens die Soziologie mit ihrer Forschung, etwa zum Antisemitismus, die Debatte der Holocaust- und Genozidstudien bereichern und so zu einem besseren Verständnis eines – bei allen methodischen Unterschieden – gemeinsamen Gegenstandes beitragen.

## Literaturverzeichnis

- Assmann, Jan (2008). *Communicative and Cultural Memory*. In Astrid Erll & Ansgar Nünning (Hrsg.), *Cultural memory studies: An International and Interdisciplinary Handbook* (S. 109–118). Berlin: Walter de Gruyter.
- Baumann, Zygmunt (2017). *Retrotopia*. Berlin: Suhrkamp.
- Baun, Phillip Stenmann (2022). Memory and far-right historiography: The case of the Christchurch shooter. *Memory Studies*, 15(4), S. 650–665. <https://doi.org/10.1177/17506980211044701>
- Bellamy, Alexander (2009). *Responsibility to Protect*. o.O.: Polity Press.
- Benjamin, Walter (1942). Über den Begriff der Geschichte. Zugriff am 2. Juli 2024 unter [https://www.burg-halle.de/home/129\\_baetzner/SoSe\\_2017/benjamin\\_Ueber\\_den\\_Begriff\\_der\\_Geschichte.pdf](https://www.burg-halle.de/home/129_baetzner/SoSe_2017/benjamin_Ueber_den_Begriff_der_Geschichte.pdf)
- Bosch, Tanja (2016). *Memory Studies*, A brief concept paper.
- Botsch, Gideon (2017). Rechtsextremismus als politische Praxis. Umriss akteursorientierter Rechtsextremismusforschung. In Christoph Kopke & Wolfgang Kühnel (Hrsg.), *Demokratie, Freiheit und Sicherheit* (S. 131–146). Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. <https://doi.org/10.5771/9783845286242-131>
- Browning, Christopher (1998). *Ordinary men: Reserve Police Battalion 101 and the final solution in Poland*. New York: HarperPerennial, 1998.
- Bundeszentrale für politische Bildung, bpb. (2024, 27. Mai). AfD aus ID-Fraktion im Europäischen Parlament ausgeschlossen. Zugriff am 1. Juli 2024 unter <https://www.bpb.de/kurz-knapp/taegliche-dosis-politik/548874/afd-aus-id-fraktion-im-europaeischen-parlament-ausgeschlossen/>.
- Cantoni, Davide; Hagemester, Felix & Westcott, Mark (2018). Voting for the far right in Germany. In Dalia Marin (Hrsg.), *Explaining Germany's exceptional recovery* (S. 107–112).
- Christ, Michaela (2011). Die Soziologie und das > Dritte Reich <. *Soziologie-Forum der Deutschen Gesellschaft für Soziologie*, (4), S. 407–431.
- Couperus, Stefan; Tortola, Pier Domenico & Rensmann, Lars (2023). Memory politics of the far right in Europe. *European Politics and Society*, 24(4), S. 435–444. <https://doi.org/10.1080/23745118.2022.2058757>
- Dulić, Tomislav (2021). Fascism and (Transnational) Social Movements: A Reflection on Concepts and Theory in Comparative Fascist Studies. *Fascism*, 10(1), S. 202–227.
- Elias, Norbert (1983). Über den Rückzug der Soziologen auf die Gegenwart. 21. Deutscher Soziologentag 1982: Beiträge der Sektions- und ad hoc-Gruppen Band I, S. 519–527.
- Fischer, Jannik M.K.; Endtricht, Rebecca & Farren, Diego (2022). Die Bedeutung kollektiver Marginalisierung und negativer sozialer Emotionen für die Erklärung extremismusaffiner politischer Einstellungen: Eine empirische Untersuchung auf Basis der General Strain Theory. *Rechtspsychologie*, 8(2), S. 173–195. <https://doi.org/10.5771/2365-1083-2022-2-173>
- Göpffarth, Julian (2021). Activating the socialist past for a nativist future: Far-right intellectuals and the prefigurative power of multidirectional nostalgia in Dresden. *Social Movement Studies*, 20(1), S. 57–74. <https://doi.org/10.1080/14742837.2020.1722628>

- Griffin, Roger (2012). Studying Fascism in a Postfascist Age. From New Consensus to New Wave? 1. *Fascism*, 1(1), S. 1–17.
- Griffini, Marianna (2023). ‘How can you feel guilty for colonialism? It is a folly’: colonial memory in the Italian populist radical right. *European Politics and Society*, 24(4), S. 477–493. <https://doi.org/10.1080/23745118.2022.2058753>
- Hayes, Peter (2013). Holocaust Studies Reflections and Predictions. Joseph And Rebecca Meyerhoff Annual Lecture November 15, 2013. Zugriff am 29. August 2024 unter <https://www.ushmm.org/m/pdfs/20140119-Hayes-OP-2013.pdf>
- Hübscher, Monika & Mering, Sabine (2022). A Snapshot of Antisemitism on Social Media in 2021. In Monika Hübscher & Sabine Mering (Hrsg.), *Antisemitism on social media* (S. 5–17). Abingdon, Oxon; New York, NY: Routledge. <https://doi.org/10.4324/9781003200499-2>
- Kallis, Aristotle (2014). The ‘Fascist Effect’: On the Dynamics of Political Hybridization in Inter-War Europe. In António Costa Pinto & Aristotle Kallis (Hrsg.), *Rethinking Fascism and Dictatorship in Europe* (S. 13–41). London: Palgrave Macmillan UK. [https://doi.org/10.1057/9781137384416\\_2](https://doi.org/10.1057/9781137384416_2)
- Kelpšienė, Ingrida; Armakauskaitė, Donata; Denisenko, Viktor; Kirtiklis, Kęstas; Laužikas, Rimvydas; Stonytė, Renata; Murinienė, Lina & Costis Dallas. (2023). Difficult heritage on social network sites: An integrative review. *New Media & Society*, 25(11), S. 3137–3164. <https://doi.org/10.1177/14614448221122186>
- Klingemann, Carsten (2020). Soziologie im Deutschland der Weimarer Republik, des Nationalsozialismus und der Nachkriegszeit: Der schwierige Umgang mit einer politisch-ideologisch belasteten Entwicklungsphase. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-30616-8>
- Köhler, Thomas; Matthäus, Jürgen; Kaplan, Thomas Pegelow & Römer, Peter (Hrsg.). (2023). *Polizei und Holocaust: Eine Generation nach Christopher Brownings „Ordinary Men“*. Paderborn: Brill Schöningh.
- Mannewitz, Tom (2018). Das normative Extremismuskonzept. In Uwe Backes; Alexander Gallus; Eckhard Jesse & Tom Thieme (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie (E & D)* (S. 31–54). Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. <https://doi.org/10.5771/9783845296654-31>
- Manucci, Luca (2019). *Populism and collective memory: Comparing fascist legacies in Western Europe*. Routledge.
- Neumann, Klaus (2021). ‘I feel like Sophie Scholl’: The (mis) appropriation of icons of anti-Nazi resistance in contemporary Germany. *Patterns of Prejudice*, 55(5), S. 407–435.
- Reemtsma, Jan Philipp (2021). Verwirrte Affektpflege: Rezension zu “Multidirektionale Erinnerung. Holocaustgedenken im Zeitalter der Dekolonisierung“ von Michael Rothberg. *Soziopolis: Gesellschaft beobachten*, S. 1–7.
- Richardson-Little; Ned, Merrill; Samuel & Arlaud, Leah (2022). Far-right anniversary politics and social media: The Alternative for Germany’s contestation of the East German past on Twitter. *Memory Studies*, 15(6), S. 1360–1377. <https://doi.org/10.1177/17506980221133518>
- Rosenthal, Gabriele & Worm, Arne (2018). Geschichtswissenschaft/Oral History und Biographieforschung. In Helma Lutz; Martina Schiebel & Elisabeth Tuidier (Hrsg.), *Handbuch Biographieforschung* (S. 151–162). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden. [https://doi.org/10.1007/978-3-658-21831-7\\_13](https://doi.org/10.1007/978-3-658-21831-7_13)
- Rothberg, Michael (2021). *Multidirektionale Erinnerung: Holocaustgedenken im Zeitalter der Dekolonisierung* (Max Henninger, Übers.). Berlin: Metropol.
- Salzborn, Samuel (2020). *Kollektive Unschuld: Die Abwehr der Shoah im deutschen Erinnern* (1.). Leipzig: Hentrich & Hentrich.
- Tronina, Dominika (2020). Unholy Alliances? A Case Study of Cooperation between Churches and the Radical Right Group Młodzię Wszepolska in Poland. *Polish Political Science Review*, 8(1), S. 68–86. <https://doi.org/10.2478/ppsr-2020-0005>

- United Nations. (1948). Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide. United Nations General Assembly Resolution 260, (December 9).
- Volk, Sabine (2023). Resisting ‘leftist dictatorship’? Memory politics and collective action framing in populist far-right street protest. *European Politics and Society*, 24(5), 535–551. <https://doi.org/10.1080/23745118.2022.2058756>
- Warda, Katharina (2021). Friedliche Revolution 2.0?: Mit DDR-Vergleichen wird Stimmung gegen die Pandemiepolitik gemacht. In Heike Kleffner & Matthias Meisner (Hrsg.), *Fehlender Mindestabstand: Die Coronakrise und die Netzwerke der Demokratiefeinde* (S. 149–156). Freiburg; Basel; Wien: Herder.
- Wendt, Anton Weiss (2010). The State and Genocide. In Donald Bloxham & A. Dirk Moses (Hrsg.), *The Handbook of Genocide Studies* (S. 81–101). Oxford University Press.
- Zimmerer, Jürgen (2011). *Von Windhuk nach Auschwitz? Beiträge zum Verhältnis von Kolonialismus und Holocaust*. Berlin: Lit.
- Zimmerer, Jürgen (2023). *Erinnerungskämpfe: Neues deutsches Geschichtsbewusstsein*. Reclam Verlag.



# Mehr als Feuerwehr?! Konjunkturen und Widersprüche der gesellschaftlichen Bearbeitung autoritärer Bewegungen am Beispiel der Mobilen Beratung gegen rechts

Paul Erxleben

**Zusammenfassung:** Am Beispiel der historischen Entwicklung der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus verdeutlicht der Beitrag, dass die gesellschaftliche Bearbeitung von Autoritarismus und rechter Gewalt in der BRD stets konflikthaft erfolgte. Sowohl politische Bildung als auch Soziale Arbeit wurden von der Politik als Feuerwehr angerufen – innerhalb der Professionen und sozialen Bewegungen regte sich zugleich Widerstand gegen Vereinnahmung und Externalisierungsbestrebungen. Ausgehend von leitfadengestützten Interviews werden Widersprüche der Beratungspraxis aufgezeigt. Tentativ fragt der Beitrag, ob sich in der Demokratieförderung eine Regierung der Zivilgesellschaft abzeichnet.

**Schlüsselbegriffe:** Autoritarismus, Zivilgesellschaft, Regierung, Maßnahmen gegen rechte Gewalt, Soziale Arbeit, Politische Bildung

## **More than a fire department?! Cycles and contradictions in the social treatment of authoritarian movements using the example of mobile counseling against the far right**

**Summary:** Using the example of the historical development of mobile counseling against the far right, the article illustrates that the social treatment of authoritarianism and right-wing violence in the Federal Republic of Germany was always conflictual. Both political education and social work were called upon by politicians as a fire department – at the same time, resistance against appropriation and externalization efforts arose within the professions and social movements. Based on guided interviews, contradictions in counseling practice are highlighted. Tentatively, the article asks whether a government of civil society is emerging in the promotion of democracy.

**Keywords:** Authoritarianism, civil society, government, measures against right-wing violence, social work, political education

## Einleitung

An den jüngsten Wahlergebnissen, Einstellungsuntersuchungen und Gewaltakten lässt sich eine Verschärfung des gesellschaftlichen Rechtsrucks erkennen, der Anfang 2024 zu den größten Demonstrationen für Demokratie und gegen rechte Hetze geführt hat.<sup>1</sup> Infolgedessen

1 Bei der Wahl zum Europäischen Parlament gewann die AfD 15,9% der Stimmen. Bei der Meldestelle RIAS wurden 2023 „insgesamt 4.782 antisemitische Vorfälle“ gemeldet ([www.report-antisemitism.de/annuals](http://www.report-antisemitism.de/annuals)). Nach den Correctiv-Recherchen zu einem rechten Treffen, bei dem rassistische „Remigrations“-Pläne besprochen



stiegen die Anfragen an die Beratungsstrukturen im Themenfeld extreme Rechte auf ein Allzeithoch.<sup>2</sup> Gleichzeitig erlebten diese Strukturen im Zuge der Haushaltskrise 2023 eine existenzielle Bedrohung. Aufgrund dessen wurden vorübergehend die Finanzierung der je Bundesland spezifischen Betroffenenberatung, Mobilen Beratung und Ausstiegsberatung ebenso wie die Gelder der kommunalen Partnerschaften für Demokratie (Pfd) und bundesweiter Modellprojekte, etwa Meldestellen gegen Antifeminismus, gestrichen. Hinzu kommt eine verstärkte mediale Kampagne gegen diese Strukturen mit dem Vorwurf, links, ineffizient und teuer zu sein.<sup>3</sup> Der vorliegende Text soll ein Schlaglicht auf einen dieser Bereiche werfen, die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR), um deren Umgang mit gesellschaftlichen Krisen zu beleuchten und wie sie sich dabei seit mehr als 20 Jahren professionalisiert. Sie bietet Engagierten gegen rechte Gewalt, von zivilgesellschaftlichen Vereinen über Regelstrukturen bis zu Bürgermeister:innen Unterstützung bei der Auseinandersetzung mit rechten Strukturen und Ideologien und greift dafür auf Methoden der Sozialen Arbeit und der politischen Bildung zurück.<sup>4</sup> Ihre Arbeitsbedingungen stehen im Fokus dieses Beitrags. Er nimmt auf ein Forschungsdesiderat Bezug, wonach es in diesem Bereich an Untersuchungen über die Praxis mangelt (Diedrich 2023: 49).<sup>5</sup> Dabei greift er auf Evaluationsergebnisse (Jütz et al. 2022)<sup>6</sup> zurück, will allerdings durch eine gesellschaftstheoretische Einbettung darüber hinaus weisen.

Der Text basiert auf einer vorläufigen Auswertung von laufenden Forschungen zu Beratungsstrukturen in Hessen. Deren Methodiken werden in einem ersten Schritt kurz umrissen. Anschließend führt ein grober Abriss der Geschichte der Instrumentalisierung von politischer Bildung und Sozialer Arbeit als Feuerwehr gegen rechte Gewalt in die Problemstellung ein. In einem dritten Schritt werden erste Beobachtungen aus dem Material vorgestellt. Abschließend lässt sich ausgehend von vorläufigen Zwischenergebnissen der Auswertung des Materials die These einer *Regierung der Zivilgesellschaft* umreißen. Diese bezeichnet eine neoliberale Gouvernamentalität, die asymmetrische Wechselbeziehungen von staatlichen mit zivilgesellschaftlichen Akteur:innen formt. Einige ihre Merkmale umreist der vorliegende Text tentativ gegen Ende und stellt sie zur Diskussion.

wurde, gingen „zwischen 4 und 5 Millionen Menschen bei mehr als 1.700 Demos auf der Straße“ (<https://taz.de/6000330/>).

- 2 Der Autor war mit unterschiedlichen Beratungsstrukturen in Kontakt, die übereinstimmend von Höchstständen bei Fallanfragen berichteten. Zurzeit liegen jedoch noch keine statistischen Auswertungen vor.
- 3 Seit Ende 2023 wird vonseiten der FDP in der Bundesregierung, aber auch in den rechten Oppositionsparteien das Vorhaben des Demokratiefördergesetzes oder das aktuelle Bundesprogramm Demokratie Leben in Zweifel gezogen. Unterschiedliche Medien von BILD bis zur Neuen Zürcher Zeitung haben hierzu in kurzer Zeit zahlreiche Artikel veröffentlicht, teilweise ohne Verantwortliche oder Unterstützer:innen des Vorhabens zu Wort kommen zu lassen. Beispielfür diese Kampagne ist ein Artikel im focus. Darin kommt der wegen Vorwürfen des Machtmissbrauchs zurückgetretene ehemalige Leiter einer Stasi-Gedenkstätte zu Wort, der eine namentlich nicht genannte Mitarbeiterin einer für die Auszahlung von Fördermitteln zuständigen Behörde dahingehend wiedergibt, rot-grüne Projekte würden ohne weitere Prüfung durchgewunken ([https://m.focus.de/politik/deutschland/wir-haben-vieles-durchgewunken-182-millionen-fliesen-in-gruenes-anti-rechts-programm-jetzt-packt-in-siderin-aus\\_id\\_259813999.html?poc=0.6481363985188022](https://m.focus.de/politik/deutschland/wir-haben-vieles-durchgewunken-182-millionen-fliesen-in-gruenes-anti-rechts-programm-jetzt-packt-in-siderin-aus_id_259813999.html?poc=0.6481363985188022)).
- 4 Siehe u. a. BMB 2021; Becker/Klare 2019.
- 5 Auch Esther Lehnert, Marion Mayer und weitere Wissenschaftler:innen hoben den anhaltenden Bedarf für empirische Forschung zur Sozialen Arbeit im Kontext Rechtsextremismus bei der Online-Vorstellung des entsprechenden Schwerpunkts der Z-REX Nr. 2 (2022) hervor: [https://www.youtube.com/watch?v=EfyeYSNc4\\_I](https://www.youtube.com/watch?v=EfyeYSNc4_I).
- 6 Aktuelle Evaluationen der Mobilen Beratung in den Ländern sammelt der BMB online (<https://bundesverband-mobile-beratung.de/mobile-beratung/#Evaluation>).

## Methodik

Zugrunde liegen dem Beitrag qualitative Daten aus zehn leitfadengestützten Expert:innen-interviews mit zivilgesellschaftlichen Berater:innen im Kontext der extremen Rechten in Hessen. Die Fragestellung der laufenden Forschungen ist zweigeteilt: „Wie haben die Coronapandemie nach 2020 und die rechtsterroristischen Anschläge von Hanau 2020 und auf Walter Lübcke 2019 das Arbeiten der Beratungsangebote im Bundesland Hessen verändert?“ Für ein umfassenderes Bild wurde diese auf äußere Faktoren zielende Fragestellung um Prozesse erweitert, die im Feld der Demokratieförderung und der Mobilien Beratung ablaufen: „Welche Herausforderungen und Konflikte gehen mit der Berufsfeldentwicklung, den gewachsenen Ansprüchen und der Projektfinanzierung einher?“ Methodologisch orientiert sich die Forschung am Ansatz der Grounded Theory nach Corbin und Strauss (Flick 2002; Strübing 2018) – einerseits erweitert um reflexive Überlegungen zur Stellung der Forscher:in im Feld, andererseits ergänzt um eine Kritik der politischen Ökonomie für die Grounded Theory (Belfrage/Hauff 2015: 332), die so gesellschaftstheoretische „pre-concepts“ mittels „retroduction“ mit dem empirischen Material fruchtbar machen kann (ebd.: 334). Neben diesen werden die Konzepte induktiv aus dem Material entwickelt. Auf Grundlage dieser methodologischen Basis wurde das Forschungsprojekt mit mehr als 20 Berater:innen von Mai bis Oktober 2023 in diversen Vorgesprächen diskutiert. Fragen, Kritik und Wünsche der Berater:innen konnten in das Forschungsdesign und in den Fragebogen einfließen. Dieser wurde nach einem Pretest erneut überarbeitet. Die im Zeitraum von November 2023 bis August 2024 durchgeführten Interviews werden nach der fokussierten Interview-Analyse (Kuckartz/Rädiker 2020) mittels zweier Codierschritte analysiert und entsprechend der Fragestellung ausgewertet. Hinzu kommen Daten aus der Teilnehmenden Beobachtung von Teamsitzungen und Beratungsgesprächen sowie eine Untersuchung der relevanten Forschungsliteratur.

Hinsichtlich des Samples kam es aufgrund institutioneller Anbindung des Autors am Landes-Demokratiezentrum (DZ) Hessen zu einer Vorauswahl mit Berater:innen in diesem Bundesland. Kerngruppe sollte die Mobile Beratung bilden, jedoch ebenso die Berater:innen in der Opfer- und Betroffenenberatung sowie der Ausstiegsberatung, da eine enge Kooperation qua Verweisberatung angenommen werden konnte. Generell war die Felderschließung nicht frei von Hürden. Neben den knappen Zeitressourcen könnte womöglich die institutionelle Anbindung an ein Landesdemokratiezentrum eine Rolle gespielt haben. Da diese Stelle auch über die Fördermittelvergabe entscheidet, könnten Befürchtungen vor Kontrolle aufgetreten sein. In den Vorgesprächen wurden Vorbehalte geäußert, dass ohnehin viele Forschungsanfragen und Dokumentationsaufwand zu bewältigen und der Nutzen solche Forschungen nicht immer ersichtlich sei. Letztlich konnte der Autor durch konstruktive Vorgespräche und den Verweis auf frühere wissenschaftliche Begleitungen in anderen Bundesländern nach und nach Vertrauen aufbauen. Das forschungsethische Gebot der Nichtschädigung sowie die Zusicherung weitgehender Anonymisierung waren hilfreich bei der Erschließung des Feldes im Rahmen eines Arbeitsbündnisses zwischen Forscher:in und Berater:innen. Auch konnten im Laufe der Gespräche und des Forschungsprozesses eigene Unsicherheiten reflektiert und adressiert werden.

## Entstehungsgeschichte von umkämpften Beratungsstrukturen

Die angesprochenen Hürden beim Feldzugang deuten zugleich auf einen wichtigen inhaltlichen Punkt, wenn man sich der gesellschaftlichen Bearbeitung von autoritären Bewegungen durch Beratungsstrukturen wie die der Mobilien Beratung nähert: Diese Bearbeitung ist selbst von Konflikten durchzogen. Das ist für ein Verständnis der Genese der Mobilien Beratung in der Tradition politischer Interventionen von großer Bedeutung. Seit Beginn der Reeducation in der späteren BRD findet die Auseinandersetzung mit autoritären, antisemitischen und rassistischen Aspekten der deutschen Geschichte und Gegenwart in Spannungsfeldern statt. Diese inhaltlichen und methodischen, aber auch institutionellen und systematischen Spannungsfelder drücken strukturelle Widersprüche der Gesellschaft aus (Diedrich/Erleben 2023; Becker/Klare 2019). Aufgrund der Quellenlage muss sich die nachfolgende knappe Darstellung für die Zeit vor 1989 auf Westdeutschland beschränken.

Konkret war und ist umkämpft, wie die autoritären Phänomene benannt und welche Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung als finanzierungswürdig erachtet werden. Dabei interferieren stets gesellschaftliche Tendenzen, die den öffentlichen Diskurs und Fachdiskurs verändern. So war eine der ersten relevanten Verschiebungen im beginnenden Kalten Krieg laut Benedikt Widmaier (2022: 12) diejenige vom Antifaschismus zum Antikommunismus. Letzterer ermöglichte eine Integration von Teilen der Alt-Nazis in die um Westbindung bemühte BRD. Eine abermalige Zäsur erfuhr der Diskurs mit der von Neo-Nazis ausgelösten sogenannten „antisemitischen Schmierwelle“ 1959/60. Sie bildet, wie Becker et al. (2020: 2) analysieren, einen „Kristallisationspunkt sich verändernder Kräfteverhältnisse und Konfliktlinien in der postnazistischen Gesellschaft“. Die Reaktion darauf ist symptomatisch für den anhaltenden Umgang mit rechten Mobilisierungen: *Symbolpolitik* und *Externalisierung*. Es ging der Bundesregierung, so schreiben die Autor:innen, um ein Signal ins In- und Ausland, demzufolge Antisemitismus keinen Platz habe, gleichzeitig wurden dessen Ursachen weitgehend ausgeklammert. Dass es sich um junge Täter (meist Männer) handelte, die der damalige Bundeskanzler als „Rowdys“ entpolitisierte, nutzte der Innenminister, um nach mehr „politischer Bildung“ zu rufen. Seither ist die Zielgruppe staatlicher Interventionen vorwiegend die Jugend. Dass deren Subjektbildung auf unaufgearbeiteten gesellschaftlichen Strukturen und latenten antisemitischen Einstellungen beruhte, wodurch sie sich als ausführender Arm eines imaginären Volkswillens begreifen konnten, blieb ausgespart. An der damit einsetzenden „jahrzehntelange[n] Konjunktur der Pädagogisierung“ üben Becker et al. (2020: 19) Kritik, da die „Programme und Bildungsangebote“ dazu beitragen, „etwas zu unternehmen, ohne allzu weitgehende Fragen aufzuwerfen“. Bei wieder aufflammenden rechten Bränden, ob an Synagogen, Geflüchtetenunterkünften oder (Corona-)Impfzentren, nach der *Feuerwehr* der politischen Bildung und Sozialpädagogik zu rufen, ist seither bei Regierungen unterschiedlicher Couleur gängige Praxis. Als Ende der 1970er-Jahre eine neue Konjunktur rechter Gewalt anhub, konnte das Problem noch als Faschismus bezeichnet werden und in der Sozialen Arbeit wurde das Konzept antifaschistischer Jugendarbeit entwickelt, das sich allerdings nicht forttrug (Diedrich 2023: 42). In den 1990er-Jahren reagierte die Politik auf rassistische Mobilisierungen in Ost- und Westdeutschland mit der Problembeschreibung „Rechtsextremismus“ und rief die akzeptierende Jugendarbeit (ebd.). An diesen täterfixierten und externalisierenden Ansätzen in der Wissenschaft und der Sozialen Arbeit regte sich sowohl in diesen Bereichen selbst als auch in sozialen Bewegungen Kritik. Gerade Antifa-

schist:innen und antirassistische Gruppen sowie migrantische Selbstorganisationen forderten die Berücksichtigung der Opferperspektive und eine Stärkung der Gegenkräfte vor Ort ein. Zur Umorientierung auf den sogenannten „zivilgesellschaftlichen Ansatz“ (ebd.: 48) führte jedoch erst eine Konjunktur rechter Gewalt, in deren Folge der Staat sich zum Handeln gezwungen sah. Im Jahr 2000 führten antisemitische und rassistische Anschläge zum „Aufstand der Anständigen“ und zu einer Zäsur. Seit dem Civitas-Programm innerhalb des Dachprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie“ 2001 erlaubten staatliche Förderungen den Aufbau von hauptamtlichen Strukturen in der Opferberatung für Betroffene, Ausstiegsberatung für Rechtsaffine und in der Mobilien Beratung für zivilgesellschaftlich Engagierte gegen rechts. Aus der Perspektive langjähriger Praktiker:innen versuchten die staatlichen Demokratieförderprogramme, „die politische Bildung als Feuerwehr für das Thema ‚Extremismusprävention‘ zu instrumentalisieren“ (Widmaier 2022: 13). Kritik an „Parallelstrukturen“ wurde laut, außerdem würden „zivilgesellschaftliche[s] Engagement und staatliche[] Top-Down-Steuerung“ (ebd.: 14) vermengt. Tendenzen der *Verstaatlichung* blieben ein konstanter Kritikpunkt an den Programmen.

Seit der Jahrtausendwende ist der Bereich der Demokratieförderung beständig gewachsen – von einem Fördervolumen von 4 Millionen p.a. auf 182 Millionen p.a. bei „Demokratie Leben“ (Partnerprogramme nicht mitgerechnet) und von den ostdeutschen Bundesländern durch die Ausweitung 2007 auf das gesamte Bundesgebiet. Jedoch erfolgte das Wachstum weiterhin in konflikthaften Aushandlungen zwischen zivilgesellschaftlichen Trägern und verschiedenen Staatsapparaten. Mit dem „Ausbau West“ kamen die Landeskoordinierungsstellen als zusätzliche Steuerungsebene hinzu, die erheblichen Einfluss auf Auswahl und Arbeit der Träger nehmen. Mit den Sicherheitsbehörden verlief die Zusammenarbeit oft ambivalent – gelungene Kooperationen standen neben Misstrauen speziell dem Verfassungsschutz gegenüber. Letzterer mitsamt der von ihm getragenen normativen Extremismustheorie bereitete durch das sogenannten „Äquidistanzgebot“ den Boden für einen weiteren Einschnitt im Verhältnis zwischen Zivilgesellschaft und Staat. 2011 forderte das Bundesfamilienministerium von den Fördermittelpfänger:innen eine „Extremismusklausel“ zu unterschreiben – die Träger sahen sich und ihre Kooperationspartner:innen vor Ort unter Generalverdacht gestellt. Nach einem öffentlichen Aufschrei über die Kriminalisierung antifaschistischen Engagements wurde diese sicherheitspolitisch geframte Maßnahme zum Schutz der freiheitlich demokratischen Grundordnung (fdGO) zurückgezogen. Der Skandal machte die weitreichenden Konsequenzen der Verwendung des hegemonialen Deutungsmusters „Rechtsextremismus“ klar und zum wiederkehrenden Konfliktgegenstand. Ebenso führten gesellschaftliche Disruptionen und autoritäre Mobilisierungen zu Zäsuren in den vergangenen Jahren. Am offenkundigsten wurde dies nach der Selbstenttarnung des NSU 2011. Dessen rassistische Mordserie lasteten Ermittlungsbehörden den Betroffenen an. Aber auch soziale Bewegungen und Beratungseinrichtungen ignorierten sie weitgehend, arbeiten dies jedoch auf.<sup>7</sup> In der Folge unterstrichen diverse Untersuchungsausschüsse die Notwendigkeit der Dauerfinanzierung der Beratungsstrukturen und der politischen Bildung.<sup>8</sup> Aller-

7 Seit 2017 organisiert das Bündnis „NSU Komplex auflösen“ an verschiedenen Orten Tribunale und führt unterschiedliche zivilgesellschaftliche Akteur:innen und Betroffene rechter Gewalt zusammen. Auf der Ebene der Beratung stellte nach der Selbstenttarnung ein Sammelband die Fragen nach der *Leerstelle Rassismus* (Dürr/Becker 2019).

8 So heißt es auf der Seite des Bundestags: „Auch die mobilen Beratungsteams und spezialisierten Opferberatungsstellen für Betroffene von Gewalttaten aus dem Bereich politisch motivierter rechter Kriminalität bedürften für ihre ‚wertvolle Arbeit‘ einer tragfähigen finanziellen Grundlage, die zugleich Planungssicherheit bietet.“

dings sind diese bis heute in befristeten Projekten prekär institutionalisiert. Verstärkt hat sich jedoch die Maßgabe der „Extremismusprävention“. Statt der Befähigung der zivilgesellschaftlichen Gegenkräfte, der Unterstützung der bedrohten Communitys und der Ermöglichung von Mündigkeit fokussiert die sicherheitspolitische Intervention in den Diskurs der Demokratieförderung auf Verhinderungen. Auch deshalb sprechen Praktiker:innen mit Blick auf die „Ausrichtung der Programme“ von einer „zunehmende[n] *Versicherheitlichung* von Bildungsarbeit“ (Bringt/Widmaier 2019: 9; Herv. Autor:in) – ein zweiter konstanter Kritikpunkt.

In der jüngsten Vergangenheit wiederholten sich die beschriebenen Muster (Symbolpolitik, Externalisierung, Verstaatlichung und Versicherheitlichung) trotz oder wegen sich zuspitzender autoritärer Mobilisierungen. Nach dem antisemitischen Anschlag in Halle und auf den Regierungspräsidenten Walter Lübcke bei Kassel 2019 sowie nach dem rassistischen Terroranschlag in Hanau 2020 wuchs der öffentliche Druck auf die Politik zu handeln. Neben Fototerminen sollte dieses Signal von einem im November 2020 verabschiedeten Katalog der Bundesregierung mit 89 Maßnahmen ausgehen, darunter die finanzielle Stärkung existierender Opferberatungsstellen und Ausstiegsangebote.<sup>9</sup> Insgesamt lässt diese politische Praxis sich im Anschluss an Michel Foucault mit Ulrich Bröckling (2005) als „Regierungstechnik“ analysieren, die mit Programmen a) Handlungsfähigkeit signalisiert, b) das Problem auf Randgruppen externalisiert, c) bestimmte zivilgesellschaftliche Akteur:innen als Problemlöser adressiert und doch d) die gesellschaftlichen Strukturen unangetastet lässt. Ähnlich wie nach dem NSU-Skandal blieben Fragen der Betroffenen nach dem Versagen der Sicherheitsbehörden unbeantwortet und tiefgreifende Konsequenzen weitgehend aus. Parallel hatte sich jedoch eine zusätzliche autoritäre Bewegung gegen die Infektionsschutzmaßnahmen im Zuge der Corona-Pandemie herausgebildet. Ihre in weiten Teilen antisemitische Rhetorik kulminierte 2020 im Sturm auf den Bundestag und 2021 in einem Mord in Idar-Oberstein. Während die bestehenden Beratungsstrukturen und Einrichtungen der politischen Bildung zügig auf das Phänomen reagierten, bauten Bundes- und Landesregierungen neue Modellprojekte gegen Verschwörungstheorien auf.<sup>10</sup> Hingegen liegt das seit 2017 geplante Vorhaben eines Demokratiefördergesetzes, das eine Dauerfinanzierung entsprechender Strukturen rechtlich ermöglichen soll, auf Eis. Und so bilden „prekäre[] Arbeitsverhältnisse bis heute den Standard in der außerschulischen politischen Bildung“ und von Beratungsstrukturen, wie Katrin Reimer (2016: o.S.) festhält. Jahresbefristung, schlechte Bezahlung, „freiwillige“ Überstunden und mangelnde Mitbestimmung gehören seit Jahrzehnten zum Alltag. Zum Jahreswechsel 2023/24 wurde diese Situation auf die Spitze getrieben, als sich zahlreiche Berater:innen und Bildner:innen arbeitslos melden mussten infolge der Haushaltskrise im Bund. Die Prekarität bildet daher einen dritten konstanten Kritikpunkt.

Auch insoweit bekräftigt der Ausschuss die Forderung nach tragfähiger langfristiger und dauerhafter Finanzierung.“ (<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2017/kw26-pa-3ua-nsu-uebergabe-bericht-513310>)

9 <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1819984/4f1f9683cf3faddf90e27f09c692abed/2020-11-25-massnahmen-rechtsextremiti-data.pdf?download=1>

10 Beispielsweise baute der Berliner Senat 2021 die Beratungsstelle Veritas auf (<https://www.berlin.de/sen/inneres/presse/pressemitteilungen/2021/pressemitteilung.1085252.php>), obwohl die Mobile Beratung Berlin bereits am 30. 4. 2020 erste Analysen und Handlungsempfehlungen zum Phänomen vorlegte und auf Potenziale für autoritäre Bewegungen hinwies (<https://www.bundesverband-mobile-beratung.de/2020/05/01/einschaetzung-der-mbr-zu-den-rechtssoffenen-versammlungen-am-rosa-luxemburg-platz-am-1-2-mai-2020/>). Statt bestehende Strukturen weiter zu befähigen, mit ihrer Fachlichkeit neuartigen Bedarfen gerecht zu werden, fördern Regierungen tendenziell neue Projekte meist bei anderen Trägern. Darauf zielen die Kritiken an „Doppelstrukturen“ aus den Feld (BMB 2023: 13) und der Evaluation (Jütz et al. 2022: 78).

## Aus dem Material

In diesem vielfach umkämpften Tätigkeitsfeld der Demokratieförderung sind die Berater:innen als Produzent:innen von sozialen Dienstleistungen zentrale Akteur:innen. Die laufenden Forschungen bieten relevante Einblicke entlang der leitenden Fragen, wie sie auf Krisen und Professionalisierung reagieren. Eine vorläufige Auswertung der im Zuge der Studie erhobenen Daten aus Interviews und teilnehmender Beobachtung führt verschiedene Krisen und Umgangsweisen zutage. Außerdem bestätigt sie die fortlaufend spannungsreiche Professionalisierung der Beratungsangebote bei anhaltender Prekarität vieler Berater:innen in Bundesland Hessen. Insgesamt wurde die konflikthafte Bearbeitung von gesellschaftlichen Konflikten im Umgang mit der extremen Rechten deutlich. Im Folgenden werden in verdichteter Form einige bei der Codierung als bedeutend herausgearbeitete Kategorien wiedergegeben:

Als besonders einschneidende *Krisen* nannten die Berater:innen plötzliche gesellschaftliche Veränderungen, die sich in einer Zunahme von Beratungsanfragen ausdrücken. Oder es handelt sich um Einschnitte bei den Strukturen des Arbeitsfelds, die Auswirkungen auf die eigene Praxis haben.

- Hervorgehoben wurden *rassistische Mobilisierungen* im Zuge von Migrationsbewegungen, beispielsweise des Ukraine-Kriegs: Gerade wenn Unterkünfte für Geflüchtete gebaut werden sollen, begleiten Berater:innen Kommunen, häufig Bürgermeister:innen, bei der Konzeption und Durchführung von Bürger:innen- bzw. Anwohner:innen-Versammlungen, damit diese nicht von rechten Akteur:innen für rassistische Mobilisierungen genutzt werden können. Zum Einsatz kommen u. a. erprobte Vorkehrungen gegen rechte Wortergreifungsstrategien. Einschneidende Veränderungen für die Beratungsarbeit brachte der rassistische Terroranschlag in Hanau, gerade für die Strukturen in Hessen. Einerseits nahmen Anfragen zur Auseinandersetzung mit Rassismus zu. Einige Berater:innen bringen dies in Zusammenhang mit gestiegener gesellschaftlicher Sensibilisierung. Besonders an Schulen werde das Thema seither oft nachgefragt. Andererseits machte die Anzahl und Schwere der Anfragen eine Umverteilung von Fallanfragen im gesamten hessischen Beratungsnetzwerk nötig. Vorübergehend mussten zur Unterstützung von Opfern und Angehörigen auch Berater:innen zum Einsatz kommen, die aus anderen Beratungssäulen kommen.
- Seltener brachten die Berater:innen in den Interviews den Angriff der Hamas auf Israel am 7. 10. 2023 und den *Nahostkonflikt* zur Sprache. Zwar sorgte dieser für einen Anstieg von Fallanfragen im Themenfeld Antisemitismus, diese wurden jedoch in der Regel durch Verweisberatung an andere Träger beantwortet, zumeist aus der politischen Bildung im Themenfeld oder an spezialisierte Melde- und Beratungsstrukturen. Vereinzelt unterstützten Berater:innen Aktive aus migrantischen Selbstorganisationen dabei, Begegnungsstätten vor Ort, etwa in Form eines Cafés, einzurichten. In Hintergrundgesprächen und im Zuge der teilnehmenden Beobachtung war wahrnehmbar, dass dieses Thema unter Berater:innen selbst Konflikte zutage förderte. Einige erkannten antimuslimischen Rassismus in der Reaktion der deutschen Mehrheitsgesellschaft, der ignoriert werde. Gerade diese häufig lauten Stimmen erzeugen jedoch zugleich Distanzierungen sowohl von Berater:innen im Themenfeld Antisemitismus als auch bei davon Betroffenen. Vertrauens-

schwund und Spezialisierungen führen also zu einer Verlagerung der Anfragen in Bezug auf dieses Thema oder zu generellem Rückzug.

- Als schwerwiegende Krise begriffen einige der Interviewten im Zeitraum der Erhebung Ende 2023 die akute *Haushaltskrise*. Die drohende Arbeitslosigkeit ist bei einigen Hauptamtlichen tatsächlich eingetreten. Freiberufler:innen nahmen sich weniger bedroht wahr und verwiesen auf andere Einkünfte. Die befürchtete Insolvenz gerade kleiner Träger stand zwar zwischenzeitlich im Raum, blieb aber aus. Insgesamt beschrieben die Berater:innen die Situation als sehr belastend. Einzelne suchten sich eine neue Beschäftigung, wieder andere sind verunsichert, wie lange sie die Prekarität auf sich nehmen wollen. Auch in den Hintergrundgesprächen mit Beratungsnehmer:innen kam das Thema mehrfach auf. Sie schildern großes Bedauern und zeigen sich teilweise empört, da die Angebote alternativlos seien und eine stabile Beziehungsarbeit nötig hätten.
- Viele Berater:innen betrachten die *Corona-Pandemie* als eine tiefgreifende Krise. Zunächst waren viele Beratungsfälle unterbrochen durch die Kontaktreduktionen. Einige Fälle brachen dabei ab. Häufig konnte mit einem Wechsel zu Spaziergängen und Telefon oder in digitale Formate die Arbeit wieder aufgenommen werden. Im Rückblick zeigen sich die Opferberatungsstellen hierbei als besonders findig, während die Mobile Beratung sich nach wie vor schwertut, Beratungsangebote nicht in Präsenz zu absolvieren. Beschrieben wurde auch, dass Bildungsangebote wie Schulungen und Vorträge sich leichter digital umsetzen ließen als Beratungsangebote, speziell Prozessbegleitung und Moderationen. Teamintern bewerten die Mehrzahl der Interviewten die Umstrukturierung als gelungen: Teamtreffen ließen sich schnell online abhalten und eigene Prozesse digitalisieren. Auch die Vernetzung in Hessen und über die Grenzen des Bundeslands hinaus wurde von einigen als in Teilen selbstorganisiert und weitgehend unkompliziert beschrieben. Inhaltlich bildeten sich als Beratungsgegenstände schnell neue Mischszenen heraus. Dies verstärkte einen generellen Trend zu diffuseren autoritären Artikulationen jenseits von festen Organisationen, so übereinstimmend mehrere Berater:innen.

Was die ergänzende zweite Fragestellung zur Entwicklung des *Berufsfeldes* anbelangt, antworteten die interviewten Berater:innen mit Reflexionen über Professionalisierungsprozesse, Möglichkeiten und Grenzen der Strukturen und Bedarfe zur Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen. Gerade in diesem Kontext wurden Konflikte bei der Bearbeitung autoritärer Bewegungen benannt.

- Hinsichtlich der Veränderungen des Berufsfeldes Beratung im Kontext Rechtsextremismus bestätigten alle Interviewten eine zurückliegende „*Professionalisierung*“. Diese Entwicklung wird als anhaltend, vielgestaltig und kontrovers wahrgenommen und trifft weitgehend auf Zustimmung. Zumeist greifen die Berater:innen zur Beschreibung auf den Begriff „*Fachlichkeit*“ zurück. Diese äußert sich beispielsweise im wiederholt vorgebrachten Anspruch, langfristige Prozessbegleitungen anzustreben statt kurzfristiger Anfragen. Gefährdet ist die Orientierung auf nachhaltige Beratungsprozesse in Vereinen, Institutionen und Gruppen jedoch nach Einschätzung einiger Berater:innen durch wiederkehrende „*Pseudofälle*“. Solche Anfragen kennzeichnen Kurzfristigkeit und Oberflächlichkeit, beispielsweise wenn die Auseinandersetzung mit Rassismus auf einen einmaligen Projekttag in der Schule reduziert wird. Mitunter gehen Berater:innen dennoch darauf ein, um längere Prozesse mit Multiplikator:innen anzustoßen. Sie sollen anregen, die eigenen Strukturen zu hinterfragen. An dieser Stelle verweisen viele Befragte auf die

Bedeutung einer formalisierten *Auftragsklärung* hin, die auch beobachtet werden konnte. Zugleich wirft dieser Punkt ein Licht auf die oft schwierige Frage, wann ein Fall beginnt – und damit auch auf sein Ende. Verschiedentlich sprachen Berater:innen davon, dass Fälle versanden und keinen formalen Abschluss finden. An dieser Stelle tritt ein Konflikt darum auf den Plan, was ein „Fall“ ist, wie er definiert und bearbeitet sowie dokumentiert wird. Hier kollidiert mitunter die Logik von Verwaltung, die eine Kontrolle anstrebt und Dauer und Kategorie von Beratungsfällen überblicken will, mit der zivilgesellschaftlichen Logik, in der Kooperationen sich langsam anbahnen und Phasen von Exploration, Aushandeln, Wissens- und Kompetenztransfer usw. schwer abgrenzbar sind. Nicht selten erwachsen aus einer Bildungsveranstaltung verschiedene Beratungen, die wiederum weitere – mitunter thematisch anders gelagerte – nach sich ziehen. Dies konnte an unterschiedlichen Stellen beobachtet werden und darüber gibt es auch ein Wissen im Feld, das aber in Dokumentationen nur bedingt nachvollzogen werden kann. Die „*Fallogik*“ steht oft in Widerspruch zu den konkreten Arbeitsbedingungen und dem erforderlichen Vorgehen im Feld. Auch Verweisberatungen, meist innerhalb des hessischen Beratungsnetzwerks, kamen sehr oft zur Sprache und sind Ausdruck von Spezialisierungen und damit Professionalisierung. Zugleich markiert sie auch Grenzen. Denn die oft erfragte und notwendige juristische Beratung können die Strukturen aus förderrechtlichen Gründen nicht leisten.

- Angesichts der Schwierigkeiten beim Umgang mit der Fallogik und der Bedeutung von implizitem und explizitem Wissen in der Beratung ist ein weiterer Aspekt der Fachlichkeit umso entscheidender: die *Einarbeitung*. Auch hier zeigen sich Professionalisierungstendenzen und Konflikte. Waren noch 2007 Berater:innen darauf angewiesen, sich nach und nach zu qualifizieren und sich Facetten des Themenfelds extreme Rechte sowie Beratungsmethoden oft in unsystematischer Form anzueignen, gibt es nun mehrere Angebote für Berufseinsteiger:innen. Die Module des Bundesverbandes Mobile Beratung (BMB) beispielsweise werden von Absolvent:innen als Erleichterung für den Einstieg wahrgenommen, können sie aber auch einschüchtern, wenn sie bei ihren Trägern nicht die entsprechenden Strukturen vorfinden. Auch die Weiterbildungsangebote zur systemischen Beratung, wie sie vor allem, aber nicht ausschließlich, am DZ Hessen organisiert worden sind, bewerteten Absolvent:innen als hilfreich. In einzelnen Interviews und Hintergrundgesprächen kam jedoch auch zum Ausdruck, dass nicht in allen Trägerstrukturen ausreichend Zeitressourcen für die Einarbeitung, speziell das Hospitieren, vorhanden sind. Erwartungshaltungen werden dann enttäuscht. Für zunehmenden Frust sorgt auch die häufige Wiederholung dieser umfangreichen Prozeduren aufgrund von hoher Personalfuktuation bedingt vor allem durch die prekären Arbeitsbedingungen. Die angesprochenen Qualifizierungsangebote führen auf vielfältige Weise in das Themenfeld und Beratungsmethoden ein. Dabei werden inhaltliche Standards und beraterische Ansätze vermittelt, die jedoch nicht unumstritten sind. In den Interviews bezogen sich Berater:innen auf Debatten über Haltung, Menschenrechtsorientierung und systemische Allparteilichkeit, aber auch Fragen darüber, wann Ausschlussklauseln greifen und wann Beratungen zurückgewiesen oder abgebrochen werden sollten. Grundsätzlich bewerten die Interviewten die „*Ansatz-Pluralität*“ als gewinnbringend. Schlecht erscheint sie ihnen, wo sie entweder in Dogmatismus oder Beliebigkeit abgeleitet. Insgesamt zeigen die Berater:innen ein hohes Maß an professionellem Gespür für die Brauchbarkeit von Ansätzen und Methoden für ihre Praxis.



In den Interviews und in der teilnehmenden Beobachtung zeigten sich an verschiedenen Stellen unterschiedliche *Konflikte*. Wo diese wiederkehren, verdichten sich neuralgische Punkte in der gesellschaftlichen Bearbeitung von autoritären Bewegungen. Zumeist finden diese auf zwei Ebenen statt: einerseits „intern“ im Team und Beratungsnetzwerk und andererseits „extern“ mit dem Träger, DZ, Sicherheitsbehörden und anderen Angeboten im Themenfeld.

- Anknüpfend an den Punkt Einarbeitung nehmen viele Berater:innen in Hessen einen Konflikt zwischen dem *staatlichen DZ Hessen und dem zivilgesellschaftlichen BMB* wahr. Streitpunkte seien inhaltlich beispielsweisehaltungsfragen, professionell verschiedene Beratungsansätze und die Organisation der jeweiligen Weiterbildungsangebote. Während einige ein unterschiedliches, teilweise ungeklärtes Rollenverständnis dieser Akteur:innen dafür verantwortlich machen, sehen andere die Genese des Bundesverbandes als Grund. Dort hätten Beratungsteams aus Ostdeutschland großen Einfluss, wo anders gearbeitet werde als bei Trägern und in der Zivilgesellschaft Westdeutschlands. Bestehende Kooperationen zwischen dem DZ und dem BMB werden hingegen selten wahrgenommen, was für eine Instrumentalisierung des Konflikts spricht. Viele Interviewte, die sich dazu geäußert haben, halten jedoch Absprachen für sinnvoll und bereichernd.
- Auf die Frage nach dem Verhalten der *Fördermittelgeber* antworteten die Interviewten meist mit Blick auf die politisch Verantwortlichen der Bundes- und Landesprogramme. Diese würden den gestiegenen Bedarfen nach Beratung unzureichend begegnen. Haushaltskrise und Debatten über das Demokratiefördergesetz senden demotivierende Signale an die Berater:innen. Gleiches gelte für die Einsparungen bei der politischen Bildung. Insgesamt mache die Befristung das Arbeitsfeld unattraktiv, weshalb viele sich einen neuen Job suchten. Auch am Abend und Wochenende zu arbeiten sowie sonstige Anforderungen an Flexibilität setze viele Berater:innen Stress aus, speziell diejenigen mit Kindern, und führe zu relativ hohen Krankenständen. Häufig wurde der Innovationszwang als Quelle von Konflikten thematisiert, da es Zeit absorbiere, fortlaufend neu Anträge zu schreiben für Daueraufgaben, zumal wenn die Zeit für Fortbildungen, Recherche und letztlich eine qualitative Beratung damit verknüpft werde. Grundsätzlich sprachen einige Berater:innen von der Gefahr einer Regierungsbeteiligung von rechtsextremen Parteien. Dann werde die Abhängigkeit der Beratungsstrukturen von staatlichen Geldern zum Problem für den Fortbestand und die Inhalte der Angebote. Einige sprachen auch von zu wenig Absprachen der Fördermittelgeber mit der Zivilgesellschaft und den Beratungsverbänden.
- Einige Berater:innen beschreiben *ambivalente Beziehungen zu den Sicherheitsbehörden*. Vielfach berichteten sie von Kooperationen, gerade mit der Polizei, vereinzelt mit den Staatsschutzabteilungen. Bei Beratungen im Gemeinwesen werden Polizeibeamten:innen immer wieder als wichtige lokale Akteur:innen einbezogen. Einzelne Beratungs- und Vernetzungsangebote richten sich gezielt an Sicherheitsbehörden. Auf der anderen Seite heben Berater:innen wiederholt rassistisches Handeln von Polizist:innen und dessen strukturelle Bedingungen hervor und damit die Notwendigkeit, dort tiefgreifende Reflexions- und Veränderungsprozesse anzustoßen. Auch das Problem der sekundären Viktimisierung wurde verschiedentlich aufgeworfen. Allgemein stellten die Berater:innen in diesem Zusammenhang die Bedeutung der Betroffenenperspektive für ihre Arbeit heraus. Konkret suchten sie proaktiv den Kontakt zu Selbstorganisationen von Marginalisierten.

- Ein Spannungsfeld erkennen einige Berater:innen in Bezug zu *anderen professionellen Akteur:innen* im Feld der Bearbeitung von autoritären Bewegungen. Gerade mit Trägern der politischen Bildung gibt es zahlreiche Berührungspunkte. Meist beschreiben Berater:innen konfliktfreie Kooperationen, in denen man sich gegenseitig ergänze. Mitunter gelange man aber auch aufgrund von Förderprogrammen, auf die sich gemeinsam beworben werde, in eine Konkurrenzsituation. Diese wollen die Interviewten aber unter Maßgabe der Fachlichkeit entschärfen. Auffällig ist, dass sowohl in Interviews als auch bei der teilnehmenden Beobachtung neuere Akteur:innen im Themenfeld bzw. neue Projekte nicht selten als Doppelstruktur wahrgenommen werden. In der Regel zeigen sich alle Berater:innen um Rollenklärung bemüht und erkennen den Sinn von Spezialisierungen von Beratungsangeboten generell an.
- Wenige Konflikte scheint es mit Beratungsnehmenden zu geben. Wenn solche in Gesprächen oder beobachteten Interaktionen angesprochen wurden, handelt es sich meist nicht um inhaltliche Punkte, sondern um organisatorische Absprachen. Anmeldungen und Vorbereitungen würden nicht eingehalten. Eine teilweise wahrgenommene Unzuverlässigkeit führen Einzelne auf dem Umstand zurück, dass die Beratung kostenfrei ist.
- Hingegen betreffen viele Konflikte den *Träger* der Beratungseinrichtung. Dieses Thema ist für die meisten Berater:innen heikel und wird nicht immer offen besprochen. Am leichtesten fällt dies naturgemäß, wenn ein Trägerwechsel hinter den Berater:innen liegt. Dann wird mitunter erwähnt, dass das Profil der Träger nicht zur Arbeit der Opferberatung oder Mobilien Beratung passe: Unverständnis und Eigeninteressen führten dann zu unprofessionellen Einmischungen. Gleichzeitig bringt ein Trägerwechsel für viele die willkommene Möglichkeit, ohne Kündigungsfrist und offenen Konflikt die Struktur zu verlassen. Neuen Trägern wird oft positiv bescheinigt, sich auf die Spezifik der Beratungsarbeit einstellen zu wollen. Wiederkehrend wird beschrieben, dass Träger zu schnell wachsen, um mit den Bedarfen wie Einarbeitung und Personalmanagement Schritt zu halten. Konfliktgegenstände sind mitunter Urlaubsvertretungen und Ansprüche auf Bildungsurlaub bzw. Weiterbildungen. Generell lässt sich aus der Beobachtung und den Gesprächen ableiten, dass große Träger mit einer eigenen Verwaltung in puncto Abrechnung von Fördermitteln und Personalverantwortung für Berater:innen von Vorteil sind. Gerade während der Haushaltskrise 2023/24 entschieden Rücklagen über Arbeitslosigkeit oder Überbrückung.
- *Konflikte im Team* kommen in jedem Arbeitsfeld vor. In den Beratungsangeboten im Kontext Rechtsextremismus wurde häufig ein Spannungsverhältnis zwischen Hauptamtlichen und Freiberufler:innen artikuliert. Letztere waren zu Beginn der hessischen Strukturen die Regel, heute sind sie die Ausnahme. Die Trennung auf Abrechnungsseite führt zu mehrdimensionalen Machtgefällen und beeinträchtigt die Kooperation im Team. Konfliktpunkte sind wahrgenommene Kontrollbestrebungen, unterschiedliche Möglichkeiten, die Arbeitszeit für Vernetzung, Recherche und Strukturarbeit aufzuwenden, aber auch Professionsverständnisse. Hinsichtlich der Prekarität nehmen sich Selbstständige deutlich weniger prekär wahr. Weitere Konfliktgegenstände, wie der Einsatz von Methoden und Fachlichkeitsverständnisse, werden mitunter von Berater:innen als Generationenkonflikt beschrieben, und zwar von Jungen wie Älteren. Tatsächlich gibt es Altersunterschiede zwischen Berufsanfänger:innen, häufig Sozialwissenschaftler:innen in ihrem ersten Arbeitsverhältnis nach der Ausbildung, und Berater:innen der ersten Stunde, die meist Quereinsteiger:innen waren. Differenzen erkennen die Interviewten in Fragen

der Rollenklärung, Haltung und Sozialisation. Viele der Themen sind auch in anderen Konfliktfeldern anzutreffen, etwa bei der Einarbeitung. Insgesamt zeigen viele Teams gelungene Kooperationen von jüngeren und älteren Berater:innen, beispielsweise in den häufig gebildeten „Tandems“ aus zwei Berater:innen. Keinen Konflikt, aber ein Spannungsverhältnis artikulieren einzelne Berater:innen bei dem Wunsch nach mehr Diversität. Sie erkennen, dass es ihnen schwerfällt, neue und diverse Zielgruppen zu erreichen und streben dafür u. a. danach, ihre Teams diverser zusammenzustellen.

Forderungen leiten die Berater:innen selbst aus einigen der Konflikte ab. Die überwiegende Mehrheit sieht die Notwendigkeit der Entfristung und dauerhaften Finanzierung der Beratungsstrukturen. Konkret fordern einige zudem, den Aufwand für Evaluation und Dokumentation zu reduzieren.

## Eine Regierung der Zivilgesellschaft?

Eingangs zeigte die Genealogie die stets umkämpfte Anrufung der Beratung und politischen Bildung als Feuerwehr, in der staatliche Akteur:innen autoritäre Gesellschaftstendenzen zu externalisieren versuchen und zivilgesellschaftliche Träger und Gruppen dies kritisieren. Anschließend verdeutlichte der Blick auf die Berater:innen die konflikthafteren Aushandlungen zwischen Ansprüchen eigener Fachlichkeit und prekärer Projektförderung. Beide Stränge sollen abschließend durch tentative Überlegungen zum Wechselverhältnis von Staat und Zivilgesellschaft zusammengeführt werden, die in weiteren Studien auch empirisch zu untersuchen sind. Ihr provisorischer Charakter soll helfen, Erfahrungen aus der langjährigen Forschung im Feld der Demokratieförderung zur Sprache zu bringen und begrifflich zu verdichten. Dafür werden die ersten Erkenntnisse über die spezifischen Beratungsangebote in die allgemeinere Diskussion über den aktivierenden Staat und neoliberale Regierungs- und Organisationsweisen eingebunden. Maßgeblich beziehen sich die Überlegungen auf Ulrich Bröcklings (2005: 19) Analyse von „Governance“ als „Grammatik zeitgenössischen Regierens“, in die „Ambivalenzen der Partizipation“ (ebd.: 22) eingeschrieben sind. Anregend war auch Julika Bürgins (2021: 9) kritische Beobachtung einer „neue[n] Ordnung der politischen (Demokratie-)Bildung“, welche sich „in Zuwendungsbescheiden, Änderungen von Verfassungsschutzgesetzen, Umschichtungen von öffentlichen Mitteln, Strategiepapieren der Bundesregierung, Interventionen von Ministerien und vielem mehr aus[drückt].“

1. Beratungsangebote wie Mobile Beratung, Ausstiegs- und Betroffenenberatung sind selbst mit ähnlichen Problemen innerhalb ihrer Strukturen konfrontiert, die sie außerhalb helfen zu bearbeiten. Zu den Treibern des Autoritären gehören für sie unzweifelhaft unsichere Lebensverhältnisse. So beschreibt Oliver Nachtwey (2016: 13) die verallgemeinerte „Prekarität“ als Ausdruck einer „*regressiven Modernisierung*“, in der sich „gesellschaftliche Liberalisierungen mit ökonomischer Deregulierung“ (ebd.: 11) verknüpfen. Da Beratung gerade in ihrer Tradition der sozialen Bewegungen weiter an der Demokratisierung und Emanzipation arbeitet, trifft sie die eigene Prekarität in besonderer Weise. Sie wenden sich gegen die autoritären Tendenzen der „Abstiegs-gesellschaft“, sind aber in der Fallogik gehalten, nach Lösungen für „Konflikte“ zu suchen, deren Ursachen sie unan-

getastet lassen müssen, da sie in „der Spannung zwischen Kapitalismus und Demokratie“ (ebd.: 13) liegen. Das beeinflusst vermutlich auch den Umstand, dass Berater:innen Schwierigkeiten bei der gewerkschaftlichen Selbstorganisation haben. Womöglich kehrt sich hier ein von Friedemann Affolderbach (2020: 275) beschriebenes Paradox der passivierenden Wirkung Mobiler Beratung um: Sie benötigt eventuell selbst äußerer Unterstützung zur Auseinandersetzung mit den eigenen Konflikten.

2. An der Beratung im Kontext Rechtsextremismus zeigt sich eine politische Ökonomie der Demokratieförderung, die einer spezifischen Kritik bedarf und über den engeren Rahmen hinausweist. Die umfassende Projektförmigkeit führt zu inhaltlichen und politischen Konsequenzen: Aufgrund der Absenkung von Dauerförderungen (Reimer 2016: o.J.), etwa im Bereich der politischen Bildung, wurden Träger in neue Förderlinien gedrängt (Widmaier 2022: 28). Im Ergebnis gehen viele Ressourcen in wiederkehrende Antrags- und Abrechnungsverfahren und führen zu einem grundsätzlichen Konzeptwechsel: „Aktivitäten können nicht mehr unmittelbar aus Fragen, Problemen und Interessen der Adressat:innen bzw. Teilnehmenden heraus entwickelt werden, sondern müssen als ‚Projekt‘ vom Ende, also vom vorab zu benennenden Ergebnis her gedacht und konzipiert werden.“ (Bürgin 2021: 64) Vom Innovationszwang und der Kurzfristigkeit abgesehen stellen sich Trägern aufgrund dessen ökonomische Anreize zum Wachstum. Sie müssen idealerweise mehrere Projektanträge stellen, damit einer Erfolg hat. Dauerhafte Beschäftigungsverhältnisse inklusive Mitbestimmungsstrukturen, sind da nur hinderlich. Auffällig ist, dass die Verantwortung für die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten (von Arbeitsschutz über Sicherheit bis zu Mitbestimmung) systematisch unterbestimmt ist. So verweisen Träger auf Fördermittelgeber auf Politik und umgekehrt.
3. Es zeichnet sich in dem Material wie auch in der Forschungsliteratur die Kontur einer Regierung der Zivilgesellschaft ab. Von einem „Modell eines neuen guten Regierens, also von Good Governance“ spricht etwa kritisch Widmaier (2022: 41) mit Bezug auf das Bundesprogramm Demokratie Leben. Affolderbach (2020: 279) reflektiert seine eigenen Erfahrungen in der Mobilen Beratung als Teil einer „Form von Governance“. Dabei legt er ein kritisches Verständnis von Zivilgesellschaft in Anlehnung an Antonio Gramsci zugrunde: Die MBR ist Teil von „Kämpfen um Hegemonie“, die sich im „Spannungsfeld“ (ebd.: 276) der konkreten Beratungsarbeit ausdrücken. Dieses dynamische Moment bringt schon die Genealogie zum Ausdruck: Auf öffentlichen Druck hin gewähren einige Staatsapparate Förderung und politisches Kapital für soziale Bewegungen, die dann als Zivilgesellschaft angesprochen werden. Zivilgesellschaft muss nach Bröckling (2005: 21) „erst erfunden, d.h. definiert, sichtbar und so modelliert werden, dass auf sie gezielt eingewirkt werden kann“. In einer Art nachholender Koordinierung wird der anfängliche Wildwuchs der Förderlandschaft versucht mit allerlei Kontrollen, etwa der Extremismusklausel, einzuhegen. Mit der Regierungsrationalität der Governance sind aufgrund widersprüchlicher Anrufungen durch Staat, Markt und Zivilgesellschaft an Individuen, Gruppen und die Gesamtgesellschaft „Konflikte [...] vorprogrammiert“ (ebd.: 20). Dabei überlagern sich einerseits unterschiedliche Aktivitäten „demokratischer“ (emanzipatorischer) und „dunkler“ (autoritärer) zivilgesellschaftlicher Akteur:innen. Zugleich überkreuzen sich Strategien verschiedener Staatsapparate: Familien- und Innenministerien, Sicherheitsbehörden und DZ der Länder, Schulen und Bürgermeister:innen usw.

Diese Überlegungen über die konflikthafte Bearbeitung von gesellschaftlichen Konflikten durch die Anrufung der politischen Bildung und Beratungsangebote im Kontext Rechtsextremismus als „Feuerwehr“ erfordern weitere kritische Diskussionen.

## Literaturverzeichnis

- Affolderbach, Friedemann (2020). Öffentlichkeit von Unten. Demokratie, Öffentlichkeit und Politische Bildung. Wiesbaden: Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-27525-9>
- Becker, Michael; Oy, Gottfried & Schneider, Christoph (2020). Die Welle als Muster. Sechs Thesen zur ‚antisemitischen Welle‘ 1959/60. Zugriff am 05. Dezember 2024 unter <https://sozialgeschichte-online.org/2020/11/18/die-welle-als-muster-sechs-thesen-zur-antisemitischen-welle-1959-60/>.
- Becker, Reiner & Klare, Heiko (2019). Mobile Beratung – Entwicklung, Grundlagen und Spannungsfelder. In Reiner Becker & Sophie Schmitt (Hrsg.), Beratung im Kontext Rechtsextremismus. Felder – Methode – Positionen (S. 21–35). Frankfurt/M: Wochenschau Verlag.
- Belfrage, Claes Axel & Hauf, Felix (2015). Operationalizing cultural political economy. towards critical grounded theory. *Journal of Organizational Ethnography* 4 (3), S. 324–40. <https://doi.org/10.1108/joe-01-2015-0002>
- Breuer, Franz; Petra Muckel; Barbara Dieris & Allmers, Antje (2019). Reflexive Grounded Theory. eine Einführung für die Forschungspraxis. Wiesbaden: Springer VS.
- Bringt, Friedemann & Widmaier, Benedikt (2019). Zur Einführung. Warum es sich lohnt, über eine stärkere Vernetzung von politischer Bildung und Mobiler Beratung nachzudenken. In Bundesverband Mobile Beratung (Hrsg.), Auf zu neuen Ufern. Warum Mobile Beratung und Politische Bildung mehr sein müssen als Extremismusprävention (S. 6–9). Dresden: BMB.
- Bröckling, Ulrich (2005). Gleichgewichtsübungen. Die Mobilisierung des Bürgers zwischen Markt, Zivilgesellschaft und aktivierendem Staat. *Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft*, 142, S. 19–22.
- Bundesverband Mobile Beratung (2019). Auf zu neuen Ufern. Warum Mobile Beratung und Politische Bildung mehr sein müssen als Extremismusprävention. Zugriff am 05. Dezember 2024 unter [https://mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2021/02/Auf-zu-neuen-Ufern\\_web.pdf](https://mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2021/02/Auf-zu-neuen-Ufern_web.pdf).
- Bundesverband Mobile Beratung (2021). Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus. Inhaltliche und methodische Grundsätze. [https://www.bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2021/06/BMB\\_Grundsatzpapier\\_2021.pdf](https://www.bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2021/06/BMB_Grundsatzpapier_2021.pdf).
- Bundesverband Mobile Beratung (2023). Jahresrückblick Wie Rechtsextremismus näher rückt und was dagegen hilft. Jahresrückblick. <https://bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2023/12/2023-BMB-Jahresueckblick-Wie-Rechtsextremismus-naeher-rueckt-und-was-dagegen-hilft.pdf>.
- Bürgin, Julika (2021). Extremismusprävention als polizeiliche Ordnung. Zur Politik der Demokratiebildung. Weinheim: Juventa Verlag.
- Diedrich, Maria (2023). Von ‚Antifaschismus‘ und ‚Glatzenpflege‘, ‚Schnittstellen‘ und Widerstreit. Soziale Arbeit und rechte Bewegung. Widersprüche: *Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich* 167 (S. 41–52).
- Diedrich, Maria & Erleben, Paul (2023). Beratungsbedarf im umkämpften Terrain. In Esther Lehnert; Friedemann Bringt; Marion Mayer & Nora Warrach (Hrsg.), Beratung zu Rechtsextremismus und Demokratiegefährdung (S. 143–55). Weinheim: Barbara Budrich, 2023.
- Dürr, Tina & Becker, Reiner (Hrsg.) Leerstelle Rassismus? Analysen und Handlungsmöglichkeiten nach dem NSU. Frankfurt/M: Wochenschau Verlag. <https://doi.org/10.46499/1007>

- Flick, Uwe (2002). *Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 2002.
- Jütz, Maren; Milbrad, Björn; Greuel, Frank; Roscher, Tobias; Zierold, Diana; Stärck, Alexander; König, Frank & Kolke, Stefan (2022). *Halbzeitbilanz zum Bundesprogramm ‚Demokratie leben!‘ (2020–2024) Gesamtevaluation*. Halle/Salle.
- Klose, Bianca (2014). *Professionalisierung und Veränderung zivilgesellschaftlicher Einrichtungen durch die Förderung über Bundesprogramme*. In Mathis Blome & Barbara Manthe (Hrsg.) *Zum Erfolg verdammt. Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus – Prävention und Intervention auf dem Prüfstand*. Düsseldorf.
- Kuckartz, Udo & Rädiker, Stefan (2020). *Fokussierte Interviewanalyse mit MAXQDA. Schritt für Schritt*. Wiesbaden: Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-31468-2>
- Nachtwey, Oliver (2016). *Die Abstiegsgesellschaft: über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*. Berlin: Suhrkamp.
- Reimer, Katrin (2016). *Gute Zeiten, schlechte Zeiten. Perspektiven der außerschulischen politischen Bildung*. Forum Wissenschaft 1.
- Strübing, Jörg (2018). *Qualitative Sozialforschung. Eine komprimierte Einführung*. Berlin: De Gruyter. <https://doi.org/10.1515/9783110529920>
- Widmaier, Benedikt (2022). *Extremismuspräventive Demokratieförderung. Eine kritische Intervention*. Frankfurt/M.: Wochenschau Verlag. <https://doi.org/10.46499/1915>



Kiess, Johannes & Nattke, Michael (2024). *Widerstand über alles. Wie die Freien Sachsen die extreme Rechte mobilisieren*. Leipzig: edition überland. 162 Seiten, ISBN: 978-3-948049-25-6, 15 Euro von Steven Hummel

Die neonazistische Partei Freie Sachsen wurde im Februar 2021 gegründet und übt seitdem in Sachsen einen relevanten Einfluss auf die Organisation der extremen Rechten aus, wobei sie Straßenprotest, Online-Aktivismus und den Antritt zu Wahlen verbindet. Die Partei ist allerdings weit davon entfernt, so flächendeckend in Sachsen verankert zu sein, wie ihre Vertreter:innen selbst behaupten. Zwar trat sie im Juni 2024 zu allen Wahlen für Kreistage und kreisfreie Städte in Sachsen an, auf der Ebene der Städte und Gemeinden allerdings stellte sie nur für weniger als 10% der Stadt- und Gemeinderäte Kandidat:innen auf. Dennoch erlangte sie in einigen wenigen Kommunen hohe Zustimmungswerte, so beispielsweise in Löbnitz (19%, Erzgebirgskreis), Lunzenau (17%, Landkreis Mittelsachsen), Trebsen (16,5%, Landkreis Leipzig) und Bannewitz (15,6%, Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge). Der Landtagseinzug im September 2024 scheiterte mit 2,2% erwartungsgemäß deutlich. Die Besonderheit der Freien Sachsen liegt nicht im Wahlerfolg, sondern in einer neuen Kombination extrem rechter Politik.

Johannes Kiess und Michael Nattke legen mit ihrem Anfang 2024 erschienenen Buch „Widerstand über alles. Wie die Freien Sachsen die extreme Rechte mobilisieren“ eine gut lesbare Einstiegspublikation zu der jungen Partei vor. Dabei blicken sie aus unterschiedlichen Perspektiven auf das Phänomen: Johannes Kiess ist stellvertretender Direktor des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für Demokratieforschung an der Universität Leipzig, sein Schwerpunkt ist u. a. die Einstellungsforschung. Michael Nattke ist Geschäftsführer vom Kulturbüro Sachsen, dem Träger der Mobilen Beratung zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Ideologien der Ungleichwertigkeit im Bundesland. Die doppelte Perspektive aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft bzw. Beratung schlägt sich positiv im Buch nieder. Gezielt werden wissenschaftliche Zugänge aus verschiedenen Fachrichtungen, u. a. der Protest- und Bewegungsforschung, mit Monitoring, Recherche und inhaltlicher Analyse verbunden. Ziel ist ein umfassender Überblick zur Partei Freie Sachsen, ihrer Entstehung, Strategie und Ideologie. Dazu wird weiterhin der Gesamtkontext der extremen Rechten in den Blick genommen und die Frage aufgeworfen, inwiefern das Vorgehen der Freien Sachsen ein neues Modell für die extreme Rechte darstellt.

Die Freien Sachsen werden von den Autoren als „Bewegungs- und Netzwerkpartei“ (S. 14) charakterisiert. Sie fungiert demnach als Dach für verschiedene rechte Protestbewegungen im Bundesland und bündelt diese geschickt. Dabei sind Doppelmitgliedschaften, also die weitere Mitgliedschaft in anderen extrem rechten Organisationen und Parteien, bei den Freien Sachsen ausdrücklich erwünscht. Dies wird als Stärke und Unterschied zu anderen

extrem rechten Parteien und Gruppierungen ausgemacht. „Der Anspruch und das Versprechen der Freien Sachsen ist dabei, Motor und Kern des extrem rechten Umsturzes zu werden“ (S. 84). Dabei setzt sich ein „großer Teil des Führungspersonals der Freien Sachsen [...] aus Neonazis zusammen, die bereits seit vielen Jahren in entsprechenden Szenen aktiv sind und Erfahrungen sammeln konnten“ (S. 68).

Die Autoren blicken in fünf Kapiteln auf verschiedene Aspekte der Freien Sachsen und darüber hinaus. Besonders lesenswert ist das dritte Kapitel, welches sich mit den Strategien der Freien Sachsen auseinandersetzt. Laut den Autoren hat die Partei eine erfolgreiche Mischung etablieren können: die Organisation und Unterstützung lokaler Proteste, die Verbindung zwischen online und offline, einprägsames Marketing, zahlreiches Merchandise sowie eine gewisse Professionalisierung bei anhaltendem Bewegungskarakter (S. 99 f). Im Gegensatz zu anderen neonazistischen Organisationen (NPD/Heimat, Der III. Weg) beanspruchen die Freien Sachsen keine Hegemonie im eigenen Lager, sondern versuchen, ein verbindendes Dach beziehungsweise ergänzendes Netzwerk zu schaffen. Die politische Arbeit wird dabei strategisch auf Konsensbildung innerhalb der extremen Rechten ausgerichtet (S. 87). „Festzustellen ist, dass die Freien Sachsen die Szene in Sachsen stark prägen, wenngleich sie weit davon entfernt sind, den Ton anzugeben. Allerdings sind sie geschickt darin, immer wieder Themen aufzugreifen, Demonstrationsaufrufe (auch anderer Akteure) zu sammeln und einen zwischen den verschiedenen Strömungen vermittelnden Ton zu treffen“ (S. 84). Die rechten und rassistischen Straßenproteste werden nicht immer selbst organisiert und angemeldet, wohl aber organisatorisch und medial unterstützt. Besondere Bedeutung kommt dabei den verschiedenen Telegram-Kanälen der Freien Sachsen zu, der Hauptkanal hatte zwischenzeitlich mehr als 150.000 Abonnent:innen, aktuell 130.000.

Allen, die einen Überblick zu den Freien Sachsen suchen, sei das Buch ans Herz gelegt. Es überzeugt durch seine leicht zugängliche und verständliche Schreibweise. Die neonazistische Partei, ihre Strategien und Ideologie werden klar analysiert und eingeordnet: „Die Freien Sachsen sind eine radikale, extrem rechte Partei, die das bestehende demokratische politische System überwinden und durch ein neues, undemokratisches Regime ersetzen will“ (S. 143). Eine Besonderheit des Buches ist die grafisch ansprechende Aufmachung, welche dem Buch eine gewisse Einzigartigkeit verleiht. Die Publikation geht über klassische sozialwissenschaftliche Forschung hinaus und liefert sowohl für Leser:innen aus Wissenschaft als auch Zivilgesellschaft spannende Einblicke und Perspektiven.





## Krell, Michael & Böhme, Tom (Hrsg.). (2024). Sächsische Realitäten. Analysen aktueller Protestphänomene der radikalen Rechten in Sachsen

Dresden & München: Thelem Verlag. 327 Seiten, ISBN: 978-3-95908-718-6, 29,80 Euro

von Nils B. Ludwig

Radikal rechte Strukturen sind in den letzten Jahren immer präsenter in der Gesellschaft geworden. Spätestens nach den Anschlägen in Hanau und Halle, den Wahlerfolgen der AfD in allen Bundesländern und der Verschiebung vieler Diskurse nach rechts ist dies im öffentlichen Diskurs und medial sichtbar. Gleichzeitig nimmt auch die Protestbereitschaft und Präsenz auf Straßen zu, wie radikal rechte Proteste in Zuge mehrere Christopher-Street-Days im Sommer 2024 gezeigt haben. Ein Ort, an dem dieser Prozess schon länger vorhanden ist, ist Sachsen. In Dresden ist Pegida seit 2015 eine feste Größe, in Chemnitz wurde bereits 2018 Hetzjagd auf Migrant:innen betrieben und letztlich gründete sich 2021 aus verschiedenen Anti-Corona-Protesten die radikal rechte Partei „Freie Sachsen“.

Letztere stellen Michael Krell und Tom Böhme ins Zentrum ihres Sammelbands und liefern somit eine erste Standortbestimmung einer explizit sächsischen Partei rechts der AfD. Entstanden aus den Protesten gegen die sogenannte „Coronadiktatur“, wurden die „Freien Sachsen“ 2021 im sächsischen Schwarzenberg gegründet und zählen seitdem zum radikal rechten Parteienspektrum. Dieser Sammelband versucht die gesamte rechte Protestlandschaft in Sachsen zu erklären und zeigt dabei immer wieder stark aktorsorientiert die Entwicklung der Partei „Freie Sachsen“ auf. Die Autor:innen gehen anhand unterschiedlicher empirischer Kleinstudien und Analysen auf verschiedene inhaltliche und strategische Aspekte ein, zeigen somit die Bandbreite und Vielschichtigkeit der Partei auf.

Es wird gleichermaßen die Gewaltbereitschaft auf der Straße, die interne und externe Kommunikation sowie deren Vernetzung im Bundesland analysiert. Die Aktorsorientierung ist dabei eine große Stärke des Sammelwerks. Sowohl Entstehungsgeschichte als auch aktuelle Bedeutung und Herausforderung für den Umgang mit den „Freien Sachsen“ werden immer wieder aus unterschiedlichen Richtungen thematisiert. Besonders häufig tritt eine raumorientierte Analyse in den Vordergrund, welche das Feld der Akteur:innen auf andere in Sachsen ansässige radikal rechte Gruppierungen wie Neokameradschaften und Querdenker:innen erweitert. Durch die Ausweitung der sächsischen Protestphänomene über die „Freien Sachsen“ hinaus kann besonders deren Vernetzung in entweder noch radikalere oder in stärker bürgerliche Milieus der Mitte erläutert werden. Somit stehen die „Freien Sachsen“ nicht solitär, sondern der Sammelband deckt nahezu die komplette rechte sächsische Protestlandschaft ab. Das Buch zeigt dabei die Kontinuität rechter und radikal rechter Proteste unabhängig vom Titel und / oder den Veranstalter:innen der Veranstaltung. Anders als in anderen Bundesländern ist in Sachsen eine rechte Hegemonie mit kontinuierlichen Protestphänomenen entstanden (2015 Pegida, 2018 Chemnitz, 2021 Corona, 2024 Anti-CSD etc.). Anfangs standen die „Freien Sachsen“ in Konkurrenz zu bestehenden Protestorganisator:innen wie z.B. Querdenken, nach einigen Spaltungen und Zusammenschlüssen dominieren allerdings Mitglieder der Partei das Geschehen. Wie weit diese



Hegemonie in die Mitte der Gesellschaft eindringt und wie sie den „Freien Sachsen“ hilft, zeigt beispielsweise eine empirische Studie des Beispiels Bautzen in diesem Sammelband.

Gleichzeitig – und das ist eine weitere Stärke des Sammelbands – zeigen die Autor:innen, wie die konservative Kontinuität seit der Wende zu einem Erstarren radikal rechter Phänomene beigetragen hat. Verdeutlicht wird dies im Sammelband am Beispiel der CDU und des Ministerpräsidenten Michael Kretschmer. Zentral ist dabei die Konstruktion einer vermeintlich sächsischen Identität. Diese ist als Kollektivgedanke weit verbreitet und ihr tut auch keinen Abbruch, dass viele Köpfe der Parteispitze der „Freien Sachsen“ aus ehemaligen Neonazikadern aus Westdeutschland kommen. Diese Identität wird von den „Freien Sachsen“ weitergelebt und auf Telegram genutzt, um einerseits Präsenz zu zeigen und Informationen zu teilen, andererseits aber auch eine Marke zu erschaffen, welche sich von anderen Gruppierungen in Sachsen abgrenzt. Mit dieser aktiven Nutzung des digitalen Raums nehmen die „Freien Sachsen“ eine Vorreiterrolle ein. Über Social Media verbreiten sie ein Bild von Sachsen, welches zum einen abstoßend auf linke und migrantische Gruppen wirkt, zum anderen anziehend für weitere an rechten Idealen orientierte Menschen ist. Die Hegemonie schreitet demnach weiter voran, auch im Digitalen.

Wie dieses kurze Anreißen der Inhalte gezeigt hat, bietet das Sammelwerk einen detaillierten Überblick über rechte Protestphänomene in Sachsen und ergründet deren Kontinuität. Dabei verdeutlichen die Autor:innen die Bandbreite unterschiedlichster Akteur:innen in Sachsen und versuchen anhand einzelner empirischer Arbeiten viele Faktoren abzudecken. Diese kritische Auseinandersetzung zieht sich wie ein roter Faden durch das gesamte Werk – mal deutlicher sichtbar, mal weniger. Die anfangs starke Akteursorientierung auf die „Freien Sachsen“ verschwindet im Laufe des Buches etwas und macht Platz für breitere Diskussionen über eine einzelne Partei hinaus. Teils geht dadurch der Fokus auf das übergeordnete Thema der rechten Proteste in Sachsen verloren. Gleichwohl kann dieses Hintergrundwissen dem besseren Verständnis dienen und seinen Teil zur Vervollständigung der Darstellung rechter Aktivitäten beitragen.

## Schilk, Felix (2024). Die Erzählgemeinschaft der Neuen Rechten. Zur politischen Soziologie konservativer Krisennarrative

Bielefeld: transcript Verlag. 438 Seiten, ISBN: 978-3-8376-7471-2, 46,00 Euro (digital Open Access erhältlich)

von Matthias Meyer

In kaum einer Zeitdiagnose zum gegenwärtigen gesellschaftlichen Rechtsruck fehlt der Verweis auf die sogenannte Neue Rechte. Damit wird nicht nur ein von der bezeichneten Personengruppe selbst eingeführter und mindestens teilweise irreführender Begriff regelmäßig rezipiert, sondern ebenso einer vergleichsweise kleinen und nicht scharf umrissenen Gruppe Personen hohe gesellschaftspolitische Relevanz zugesprochen. In Die Erzählgemeinschaft der Neuen Rechten – Zur politischen Soziologie konservativer Krisennarrative

spürt Schilk diesem Einflussreichtum nach. Er definiert – wie im Titel bereits erkennbar – die Neue Rechte dabei vor allem als Erzählgemeinschaft und damit einerseits als Denkkollektiv und andererseits als metapolitische Gemeinschaft, die versucht, bestimmte Narrationen in die Gesellschaft hinein zu streuen. Denn für die große Anschlussfähigkeit der Neuen Rechten sorgt laut Schilk vor allem die Nutzung bestimmter – im Kern konservativer – Erzählungen und Krisennarrative.

Schilk wählt einen plastischen Einstieg ins Buch, indem er die Narrative, die er später herausarbeitet, in seiner Selbstsituierung bereits nutzt: das Aufwachsen in der (Nach)Wendezeit als Erzählung von Entzweigung und Dekadenz mit apokalyptischen Elementen. Hierauf folgt ein kenntnisreicher und immer wieder zu weiterer Lektüre anregender Abriss der deutschen und französischen Geschichte des Konservatismus – inklusive der ambivalenten Anschlussfähigkeiten in faschistische wie neurechte Richtungen (etwa über Georges Sorel, Charles Maurras oder Maurice Barrés). In Anlehnung an Karl Mannheim, der die Wissenssoziologie in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts ebenfalls in Auseinandersetzung mit dem Konservatismus mit entwickelte, wird vor allem herausgestellt, wie intellektuell prekär konservative Gegenwartsdeutungen sind. Der dem Konservatismus inhärente Widerspruch, in dogmatischer Hinsicht zeitlose Grundsätze zu behaupten und gleichzeitig als reflexive Ideologie immer wieder auf Neues reagieren und es teilweise integrieren zu müssen, stelle sich als unauflösbar dar. Beispielhaft dafür stehe, wie die ursprünglich „revolutionäre Idee der Nation [...] in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in nationalistischen Kontexten sakralisiert und in konservativen Schriften, befreit von der Idee universaler Menschenrechte, mythologisch umgedeutet“ (S. 84) wurde. Herauszuheben ist dabei die Relation, in die Schilk Neue Rechte und Konservatismus stellt. Statt wie Havertz die Neue Rechte als Diffusionsfeld zwischen ‚gesellschaftlich-politischer Mitte‘ und dem Rechtsextremismus zu verorten, bannt Schilk den Konservatismus und die Neue Rechte auf die gleiche Skala und hebt die zentralen Gemeinsamkeiten hervor: die Erzählungen von Krise und Dekadenz, die zur Kernstruktur beider gehörten. Die Kombination der an Tiedemann-Bartels angelehnten, historisch-figurativen Betrachtung von Konservatismus mit der Wechselhaftigkeit von Gouvernamentalität nach Foucault ermöglicht Schilk die zentrale Grundannahme des Buches: „dass auch die Neue Rechte als eine zeitgenössische Manifestation des Konservatismus verstanden werden kann“ (S. 94).

Der Untersuchungskorpus der dem Buch zugrunde liegenden Dissertation des Autors besteht aus etwas mehr als 440 Ausgaben von *Èléménts*, *Criticón* und *Sezession* und damit zentraler deutscher und französischer neurechter Publikationen im Zeitraum von 1970 bis 2022. Aus dieser äußerst umfangreichen, qualitativen Studie kompiliert Schilk für das vorliegende Buch einen Text mit Zitaten aus 43 dieser Artikel, der die typischen Krisennarrative verdichtet wiedergibt. Er unterscheidet dabei zwischen den Narrativen der Entzweigung, der Dekadenz und der Apokalypse. Diese Narrative unterzieht Schilk einer Tiefenanalyse mit Bezug auf ihre Oberflächen-, Phänomen- und Wertestruktur und stellt illustrativ jeweils prototypische Storylines heraus. Er zeigt außerdem, wie diese Narrative jeweils unterschiedlichen Funktionen dienen (ontologischen, moralischen und temporalen) und sich jeweils positiv und negativ wenden lassen. So kann etwa das Narrativ der Apokalypse negativ/bewahrend oder positiv/revolutionär gewendet werden. Auch die narrativen Anschlüsse, die Schilk darstellt, sind bemerkenswert: So können etwa esoterische Erzählungen von einem holistischen Weltbild problemlos an eine Entzweigungserzählung oder bekannte antisemitische weltverschwörerische Narrative unmittelbar an apokalypti-

sche Krisennarrative anschließen. Zusätzlich greift Schilk auf Narrationsanalysen zu Märchen und Mythen zurück, um mit ihrer Hilfe wiederkehrende narrative Basiseinheiten in den Krisennarrativen freizulegen.

Schilk setzt mit seinem Ansatz einen sehr knappen Analyserahmen, der ideologische Inhalte, Organisationsstrukturen oder Handlungen nicht oder nur äußerst begrenzt berücksichtigt und stattdessen auf den erzählerischen Rahmen fokussiert. Mit der Einordnung als im Kern konservativ grenzt er sich darüber hinaus beispielsweise von Volker Weiß ab, der die Neue Rechte – jedenfalls in großen Teilen – als Erben des Faschismus einordnet. Andererseits lässt sich aus der Analyse Schilks ebenfalls ein Verweis in die Faschismustheorie herauslesen, genauer auf Griffins Definitionsmerkmal des Faschismus, den palingenetischen Ultrationalismus (der auch kurz erwähnt wird, S. 110). Dieser meint im Wesentlichen die Erzählung von einer entzweiten und als dekadent empfundenen Gegenwart, die in einem apokalyptischen Übergang Platz für die Wiederkehr einer überglorifizierten, mythologisierten Vergangenheit macht, als nationale Wiedergeburt. Die zentralen konservativen Krisennarrative, die Schilk herausarbeitet, werden also auch hier bedient.

Die Darstellung der Krisennarrative anhand des kompilierten Textes sowie die im Sinne der Grounded Theory offen und rekursiv kodierende wissenssoziologische Diskursanalyse sorgen für eine hohe Plastizität und Plausibilität der Analyse. Dabei lebt das Buch einerseits vom stark exkurslastigen Charakter; andererseits gerät der Bogen vom Beginn des Buchs bis zum Beginn der zentralen Narrativ-Analyse so etwa 300 Seiten lang und fordert der interessierten Leserin einige Geduld ab. Insgesamt ist die Lektüre nichtsdestotrotz außerordentlich gewinnbringend und stellt einen innovativen Beitrag zum Forschungsgebiet dar. Durch eben diesen exkurslastigen Charakter bietet sich Die Erzählgemeinschaft der Neuen Rechten darüber hinaus auch als schnelles Nachschlagewerk an: etwa für die Geschichte des deutschen und französischen Konservatismus oder die Entwicklungen der Nouvelle Droite von den Einflüssen der OAS bis zum ‚Grand Remplacement‘, für die Debatten innerhalb der Neuen Rechten um die ‚richtigen Begriffe‘ oder zur Einordnung und Historie zentraler neurechter Publikationen.

## Kowalczuk, Ilko-Sascha (2024). Freiheitsschock. Eine andere Geschichte Ostdeutschlands von 1989 bis heute

München: Verlag C.H.Beck. 240 Seiten, ISBN: 978-3-406-82213-1, 22,00 Euro

von Wolfgang Frindte

Bei Erich Fromm kann man lesen: „Freiheit ist [...] nicht so sehr eine Tatsache als eine Möglichkeit: die authentische Realisierung der menschlichen Persönlichkeit. Freiheit muss erst im Kampf gegen die Hindernisse und Bedingungen, denen der Mensch ständig ausgesetzt ist, gewonnen werden“ (Fromm 1990: 383; Original: 1968). Die Möglichkeit und Fähigkeit, ein selbstbestimmtes, würdevolles Leben führen zu können und zu wollen, ist für Erich

Fromm der Kern von Freiheit. Dem würde wohl auch Ilko-Sascha Kowalczuk zustimmen, auch wenn er sich in seinem Freiheitsverständnis nicht auf Fromm, sondern eher auf John Stuart Mill, Karl R. Popper oder John Rawls stützt. Für Kowalczuk gibt es nichts Wichtigeres als Freiheit.

In seinem neuesten Buch erzählt er nun eine „andere“ Geschichte Ostdeutschlands. In drei großen Abschnitten legt er seine Auffassung von Freiheit dar, will Legenden über die DDR dekonstruieren und die Frage beantworten, ob die SED-Diktatur auch heute noch nachwirkt. Er schreibt über eine Ostalgie, die ihn ärgert und wütend macht, und über den Populismus des BSW und den Rechtsextremismus der AfD.

In Ostdeutschland sei die Demokratie bedroht, weil „[...] Freiheit und Demokratie geringschätzig betrachtet“ (S. 16) werden. Die Revolution von 1989/1990 sei eine Revolution für Freiheit, gegen die SED-Diktatur und für eine demokratische Einheit gewesen. Getragen wurde diese Revolution allerdings nicht von der Mehrheit der „Normalbürger“, sondern von einer Minderheit der politisch Engagierten (S. 44). Die „Normalbürger“ hätten bis Oktober/November 1989 hinter der Gardine verharrt und abgewartet. Und dann, als die Diktatur ihre Macht verlor und die DDR-Bürger:innen im März 1990 das erste Mal frei und demokratisch wählen konnten, habe sich gezeigt, wie stark „[...] die ostdeutsche Gesellschaft bereit war, die Diktatur gegen neue Heilsversprechen einzutauschen“ (S. 50). Nicht die Möglichkeit, sich nun für ein selbstbestimmtes, würdevolles Leben entscheiden zu können, habe das Wahlverhalten im März 1990 bestimmt, sondern die Versprechen, bald über das „richtige Geld“ verfügen zu können. Kowalczuk illustriert diese materiell grundierten Wahlmotive u. a. mit Losungen, die spätestens seit Dezember 1989 auf den Demonstrationen gezeigt und skandiert wurden; zum Beispiel: „Kommt die D-Mark, bleiben wir, kommt sie nicht, geh'n wir zu ihr!“<sup>1</sup> Diese und andere Losungen standen, so Kowalczuk, eben nicht dafür, mit der Herbstrevolution die Freiheit als „[...] das wichtigste Merkmal von Staat und Gesellschaft“ (S. 109) in das Zentrum des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu setzen. Die West-Mark kam zwar, mit ihr aber auch all die zu großen Teilen schmerzlichen Folgen der wirtschaftlichen und politischen Transformation, über die bis heute viel geschrieben wurde und auf die auch Kowalczuk aufmerksam macht. Allerdings sieht er in den damit verbundenen gesellschaftlichen und individuellen Verwerfungen weniger Hinweise auf ein Syndrom, dass häufig als „Transformationsschock“ beschrieben wird. Viel eher handele es sich um einen Freiheitsschock, den ein nicht unbeträchtlicher Teil der ostdeutschen Gesellschaft ab dem Herbst 1989 erlitten habe. Die meisten Ostdeutschen waren es nicht gewohnt und nicht darauf vorbereitet, sich in die eigenen Angelegenheiten einzumischen und sich das Recht herauszunehmen, mitreden, mitgestalten, mitentscheiden zu wollen (S. 10). Kowalczuk macht dafür die autoritären Strukturen in der DDR und die SED-Ideologie verantwortlich, die es den Ostdeutschen nicht ermöglichten, demokratische und freiheitliche Erfahrungen zu sammeln und im Handeln auszuprobieren. Sie waren und blieben „diktatursozialisiert“. Diese Sozialisierung werde in Gesprächen und Erzählungen von Eltern und Großeltern tradiert und den später (also nach der Herbstrevolution) geborenen Kindern und Enkeln weitergegeben (S. 95). Und so würden die Ideologeme der SED-Diktatur, der schäbige Umgang mit Alten und Behinderten, der Nationalismus, der Rassismus, die verlogene Friedensrhetorik, der Antiamerikanismus, das illiberale Denken, die Sehnsucht nach einer „homogenen Gesellschaft“ oder der Ruf nach einem starken Staat auch heute noch in Ostdeutschland ihre Wirkung entfalten und sich

1 Ob diese und ähnliche Losungen die Erfindung von kreativen Ostdeutschen waren oder von Politikstrateg:innen der Bonner Regierung ausgedacht wurden, ist bis heute nicht eindeutig geklärt (Schmidt 2014).

gegenwärtig in einer „Ostdeuschtümelei“, in den hohen Zustimmungen zur Alternative für Deutschland (AfD) und zum Bündnis Sarah Wagenknecht (BSW) oder in der Blindheit gegenüber dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine niederschlagen. Die Demokrat:innen in Deutschland sollten endlich zur Kenntnis nehmen, „[...] dass AfD, Linkspartei und BSW [...] in der Beurteilung des russländischen Vernichtungskrieges gegen die Ukraine mit ihren Interpretationen sehr eng beieinander liegen und damit sehr nah am Kreml“ (S. 199).

Einen Einwand kann sich der Rezensent an dieser Stelle nicht verkneifen: Die DDR war durchaus politisch, kulturell und wirtschaftlich differenzierter als gemeinhin angenommen. Insofern waren auch die mikro-, meso- und makrosozialen Sozialisationsinstanzen komplexer und komplizierter und nicht nur von einer (auch heute noch nachwirkenden) Diktatursozialisation geprägt. (vgl. z. B. Förster 2002).

Ilko-Sascha Kowalczuk hat sich schon seit einigen Jahren einen Namen als kenntnisreicher und kritischer Wissenschaftler gemacht; vor allem die Aufarbeitung der SED-Diktatur ist eines seiner Kern- und Herzensthemen (z. B. Kowalczuk 2009, 2019, 2023/24). Mit „Freiheitsschock“ hat er ein wütendes Buch vorgelegt. Man könnte auch sagen, nimmt man ihn beim Wort, ein „verdammte wütend(es)“ (S. 20), auch wenn er das vehement abzustreiten versucht und sich eher als „besorgt“ darstellt (ZDF 2024). Mit der „Wut der Verzweigung“ (Seibt 2024) kämpft Kowalczuk gegen die Risse in der Gesellschaft und vor allem gegen all jene, die aus seiner Sicht drauf und dran sind, die Errungenschaften von Freiheit und Demokratie zu verraten. Das ist zu würdigen. Aber manchmal macht Wut auch blind.

Es beginnt mit einem Seitenhieb auf die Demoskopie. Von sozialwissenschaftlichen Umfragen, wie die Leipziger Autoritarismus-Studien oder die von Steffen Mau und Mitarbeiter:innen durchgeführten repräsentativen Bevölkerungsbefragungen, hält Kowalczuk wenig (z. B. S. 14, 51), zitiert sie hin und wieder doch (z. B. S. 27, 141, 187). Stattdessen möchte er sich eher auf seine eigenen Erfahrungen verlassen – indes Meinungs- oder Einstellungsforscher:innen in der Regel ganz gut wissen, dass sie Beobachter:innen von etwas sind, das unscharf und eigenwillig und keinesfalls als Rekonstruktion einer Gesellschaft zu interpretieren ist. Das trifft übrigens auch auf die sozialwissenschaftliche Forschung zum Rechtsextremismus oder zu den „Baseballschlägerjahren“ zu. Kowalczuk merkt an, über diese Jahre sei zwar viel geschrieben worden, erforscht seien sie aber nicht ansatzweise ausreichend (S. 128), was den Rezensenten einigermaßen irritiert (siehe dagegen z. B.: Boehnke/Hagan/Merkens 1998; Farin 1995; Frindte/Funke/Waldzus 1996; Frindte/Neumann 2002; Quent 2016; Wahl 2003 u.v.a.).

Irritierend wirken auch die nicht immer sachlich formulierten Kritiken an den Büchern von Dirk Oschmann, Katja Hoyer, Christina Morina oder Jenny Erpenbeck (z. B. S. 21 ff., 65, 113 ff.). Sandra Hüller kommt ebenfalls nicht ungeschoren davon, weil sie darauf besteht, in der DDR geboren zu sein und mit ihrem Leben dort auch Warmes verbindet (S. 112). Dass der Roman „Kairos“ von Jenny Erpenbeck voller Metaphern ist, mit denen nicht nur der Zerfall einer Liebesbeziehung, sondern auch der einer Diktatur beschrieben wird, will Ilko-Sascha Kowalczuk nicht würdigen. Stattdessen wirft er ihr Ostdeuschtümelei vor, die seiner Meinung nach auch mit ihrem familialen Hintergrund, eben als eine Erpenbeck, zu tun habe. Steffen Mau muss sich – wie Oschmann – gefallen lassen, nicht frei von „intelligente(r) Anpassungsleistung“ zu sein, da er „[...] vor 2019 das Thema Ostdeutschland weitgehend ‚gemieden‘“ (S. 119) habe. Ein Blick in Google Scholar hätte genügt, um sich davon zu überzeugen, dass Mau schon vor 2019 den Osten Deutschlands im wissenschaftlichen Blick hatte (z. B. Zapf/Mau 1993). Auch Christoph Diekmann bekommt sein Fett weg, weil er die Unterschiede zwischen Warschauer Pakt und Nato nicht verstanden habe (S. 193 f.).

Ilko-Sascha Kowalczuk hat mit „Freiheitschock“ ein Buch vorgelegt, das ein breites Echo erzeugt hat. Er polemisiert, teilt nicht immer gerecht aus, ist kompromisslos und stellenweise intolerant. Angesichts der „Frustrierten“, der „Wutbürger\*innen“, der „Geschichtsvergessenen“ und ihrer Ideologen, die die Demokratie und die Freiheit „[...] in vielen Ecken dieser Welt“ (S. 220) bedrohen, ist Toleranz gegenüber den Intoleranten – hier bezieht sich Kowalczuk zu Recht auf Popper (S. 31 f.) – indes auch nicht angemessen.

## Zitierte Literatur

- Boehnke, Klaus; Hagan, John & Merckens, Hans (1998). Right-wing extremism among German adolescents: Risk factors and protective factors. *Applied Psychology: An International Review*, 47(1), S. 109–126.
- Farin, Klaus (1995). Skinheads und Subkultur. *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Heft 2, S. 47–53.
- Förster, Peter (2002). Junge Ostdeutsche auf der Suche nach der Freiheit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Frindte, Wolfgang & Neumann, Jörg (Hrsg.). (2002). Fremdenfeindliche Gewalttäter: Biografien und Tatverläufe. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Frindte, Wolfgang; Funke, Friedrich & Waldzus, Sven (1996). Xenophobia and right-wing-extremism in German youth groups – some evidence against unidimensional misinterpretations. *International Journal of Intercultural Relations*, 20(3–4), S. 463–478.
- Fromm, Erich (1980; Original: 1968). Einleitung zu E. Fromm und R. Xirau „The Nature of Man“. In Rainer Funk (Hrsg.), *Erich-Fromm-Gesamtausgabe in 12 Bänden*, Band IX. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Kowalczuk, Ilko-Sascha (2009). *Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR*. München: C.H. Beck.
- Kowalczuk, Ilko-Sascha (2019). *Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde*. München: C.H. Beck.
- Kowalczuk, Ilko-Sascha (2023/2024). Walter Ulbricht. *Der deutsche Kommunist. (1893–1945)*; Walter Ulbricht. *Der kommunistische Diktator. (1945–1973)*. München: C.H. Beck.
- Quent, Matthias (2016). *Rassismus, Radikalisierung, Rechtsterrorismus*. Weinheim/ Basel: Beltz Juventa.
- Schmidt, Thilo (2014). „Kommt die D-Mark, bleiben wir...“. Zugriff am 30. August 2024 unter <https://www.deutschlandfunkkultur.de/deutsche-rufe-7-8-kommt-die-d-mark-bleiben-wir-100.html>.
- Seibt, Gustav (2024). Wut der Verzweiflung. *Süddeutsche Zeitung*, 21.08.2024, S. 9.
- Wahl, Klaus (Hrsg.). (2003). *Skinheads, Neonazis, Mitläufer*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Zapf, Wolfgang & Mau, Steffen (1993). Eine demographische Revolution in Ostdeutschland? Dramatischer Rückgang von Geburten, Eheschließungen und Scheidungen. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 10, S. 1–5.
- ZDF (2024). Ihr Wunsch war „Porshe und Mercedes“. Sendung vom 21. August 2024. Zugriff am 30. August 2024 unter <https://www.zdf.de/nachrichten-sendungen/heute-journal/porshe-und-mercedes-100.html>.



## Wodak, Ruth (2020). Politik mit der Angst. Die schamlose Normalisierung rechtspopulistischer und rechtsextremer Diskurse

2. Auflage, völlig neu bearbeitet

Wien/Hamburg: Edition Konturen. 256 Seiten, ISBN: 978-3-902968-56-2, 29,80 Euro

von Hannah Sommer

Die zweite Auflage von Ruth Wodaks „Politik mit der Angst – Die schamlose Normalisierung rechtspopulistischer und rechtsextremer Diskurse“ bietet eine aktualisierte und erweiterte Ausgabe mit neuen Fallstudien, in denen relevante Veränderungen rechtspopulistischer und rechtsextremer Rhetorik und Politiken aufgezeigt werden. Wodaks fundierte Expertise als Diskursforscherin und Linguistin basiert auf jahrzehntelanger Erfahrung in der Analyse politischer Sprache. In „Politik mit der Angst“ untersucht sie Mechanismen, mit denen Politiker:innen, die Medienberichterstattung und andere Akteur:innen Angst als strategisches Werkzeug einsetzen, um Wahlen zu gewinnen, politische Ziele durchzusetzen und die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Wodak zeigt eindrucksvoll, wie Emotionen durch Sprachwahl, diskursive Strategien, Legitimierungsmuster und Inszenierung von Bedrohungslagen gezielt geschürt werden und wie dadurch das Vertrauen in die Demokratie und die politischen Institutionen untergraben werden kann.

Ziel des Buches ist es, einen neuen Abschnitt in der Geschichte rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien und Bewegungen zu beschreiben. Der Fokus liegt hierbei auf der Frage, welche diskursiven Verschiebungen diese politischen Veränderungen realisieren bzw. begleiten. Der Ausgangspunkt von Wodaks Werk ist die Annahme einer dialektischen Beziehung zwischen Diskurs und Gesellschaft. Mit dem Konzept der schamlosen Normalisierung argumentiert Wodak, dass eine Veränderung in der politischen Kommunikation von einer Ära der „Post-Wahrheit“ hin zu einer Ära der Schamlosigkeit zu beobachten ist. Als Schamlosigkeit wird hier die Vernachlässigung von Verhaltensnormen und Konventionen verstanden, die explizit als strategisches Mittel eingesetzt wird, um vermeintliche Authentizität herzustellen. Prozesse der Normalisierung müssen nach Wodak als Veränderungen verstanden werden, die in liberaldemokratischen Ländern durch Machtkämpfe um Hegemonie und eher schleichend als schlagartig erfolgen. Die Normalisierung hat zur Folge, dass selbst das Aufdecken von Lügen und Korruption keine längerfristigen negativen politischen Konsequenzen hat, wie u.a. anhand des Beispiels des ehemaligen (und künftigen) US-Präsidenten Trump aufgezeigt wird.

In der zweiten Auflage werden diskursive Normalisierungsprozesse innerhalb des Zeitraumes von den Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2014 bis hin zu den Wahlen im Jahr 2019 untersucht. Zu einigen der relevanten politischen Ereignisse, die hierbei thematisiert werden, gehören das Brexit-Referendum und die US-Präsidentschaft von Trump. An diesen Beispielen zeigt Wodak, inwieweit Ängste vor Globalisierung, wirtschaftlicher Unsicherheit und der vermeintlichen Bedrohung einer homogen imaginierten nationalen Identität mobilisiert werden können, um eine rechtspopulistische Agenda voranzutreiben. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Rolle der sozialen Medien. Außerdem beinhaltet die zweite Auflage ein neues Kapitel zu den Herausforderungen liberaler Demokratien am Beispiel der „illiberalen Demokratie“ des ungarischen Ministerpräsidenten Orbán.



Mit der Methodologie des diskurshistorischen Ansatzes (DHA) analysiert Wodak verschiedene Genres wie Medienberichterstattung, Parlamentsdebatten und Wahlplakate. Eine große Stärke einiger der geschilderten Untersuchungen liegt in einer Verbindung quantitativer und qualitativer linguistischer Methoden. Dadurch gelingt es, nachzuzeichnen, wie Begriffe, die vormalig nur von rechtspopulistischen oder rechtsextremen Parteien und Akteur:innen verwendet wurden, in der breiten Medienberichterstattung aufgegriffen und letztlich Bestandteil des dominanten öffentlichen Diskurses werden. So zum Beispiel im österreichischen Kontext, in dem aufgezeigt wird, wie die rechtspopulistische und zum Teil rechtsextreme FPÖ in Bezug auf manche Themen nicht nur den öffentlichen Diskurs dominiert, sondern auch den Koalitionsvertrag der national-konservativ-grünen Regierung von 2020 mit eigenen Vorschlägen beeinflusst hat. Hier wird deutlich, dass Macht nicht nur durch Regierungsverantwortung ausgeübt wird. Wodak zeigt überzeugend auf, dass die Grenzen zwischen nationalkonservativen und rechtspopulistischen Parteien häufig verschwimmen. Die Normalisierung des Rechtspopulismus findet somit u.a. durch die Übernahme rechtspopulistischer Positionen durch konservative Kräfte und Parteien statt, wie auch unter Bezug auf Wilhelm Heitmeyers (2018) Begriff der „rohen Bürgerlichkeit“ thematisiert wird. Zentral ist hierbei Angst als politisches Werkzeug, die explizit geschürt und instrumentalisiert wird, um den Diskurs zu beeinflussen und politische Ziele zu setzen und zu erreichen. Wie Wodak schlüssig argumentiert, basieren rechtspopulistische Positionen häufig auf einer Konstruktion von Sündenböcken und Zurückgreifen auf „traditionelle kollektive Stereotype und Feindbilder“ (S. 27). Auf diese Weise inszenieren sich rechtspopulistische Parteien anschließend als „Retter“ vor der „Bedrohung“. In systematischen Mikroanalysen zeigt Wodak, wie rechtspopulistische Rhetorik über diskursive Strategien der „Täter-Opfer-Umkehr“, der „Sündenbock-Konstruktion“ und Verschwörungstheorien funktioniert und wie dadurch diskriminierende, rassistische, sexistische oder antisemitische Bemerkungen und Einstellungen einerseits verschleiert und andererseits weiter verbreitet und normalisiert werden. Insgesamt behandelt das Werk Beispiele aus unterschiedlichen nationalen Kontexten (Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, den Niederlanden, Österreich, Polen, Schweden, der Schweiz, Ungarn und den USA). Diese Vielfältigkeit belegt eindrucksvoll, dass es sich um übergreifende Diskursmuster handelt. Da allerdings eine Analyse nach der DHA den spezifischen Kontext berücksichtigen muss, kann dieser jedoch in Anbetracht der Vielzahl an Beispielen gelegentlich nicht im Detail berücksichtigt werden.

Gerade angesichts eines globalen Erstarkens rechtspopulistischer und rechtsextremer Positionen und Parteien hat Wodaks Analyse nichts an Aktualität eingebüßt. Insgesamt bietet „Politik mit der Angst“ einen wertvollen Beitrag zur politischen Bildung und zur Reflexion über die Auswirkungen von Angst und ihrer politischen Instrumentalisierung auf die Gesellschaft. Auf Basis dieses Verständnisses wird die Wichtigkeit deutlich, der Politik mit der Angst eine Politik entgegenzusetzen, die andere Narrative und Themen zu setzen weiß und die sich für Gleichheit und Gerechtigkeit stark macht.

## Literatur

Heitmeyer, Wilhelm (2018). *Autoritäre Versuchungen – Signaturen der Bedrohung*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.



## Verzeichnis der Autor:innen

Marc Blüml, B. A. B. A., studiert in den Mastern Soziologie, Politische Theorie und im Gender Studies Zertifikatsprogramm an der Goethe-Universität Frankfurt a.M. und ist studentische Hilfskraft am Institut für Sozialforschung Frankfurt a.M. • Forschungsschwerpunkte: psychoanalytisch geschulte materialistische Gesellschaftstheorie, Autoritarismusforschung, Soziologie des Klimawandels, Methoden qualitativer Sozialforschung und Geschlechterforschung

E-Mail: marc.blueml99@gmail.com

Paul Erxleben, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Marburg und am Institut für Sozialforschung, Frankfurt • Forschungsschwerpunkte: Autoritarismusforschung, kritische Gesellschaftstheorie, Soziale Arbeit, Geschichtspolitik

E-Mail: Paul.erxleben@staff.uni-marburg.de

Moritz Golombek, M. A., M. A. • Forschungsschwerpunkte: Holocaust- und Genozidstudien, Antisemitismus, digitale Diskurse der Far Right, Demokratieförderung

E-Mail: golombek.texte@protonmail.com

Viktoria Kamuf, Soziologin • Forschungsschwerpunkte: extrem rechte Strukturen und Ideologie, Sozialraumforschung, insb. Verräumlichungen rechter Gewalt, Strukturen und Ausprägungen staatlicher Gewalt sowie Selbstorganisationsprozesse und demokratische Teilhabe

Markus Lang, Dr., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Weber-Institut für Soziologie, Bergheimer Str. 58, 69115 Heidelberg • Forschungsschwerpunkte: Wirtschaftssoziologie, soziale Ungleichheit, rechtsextreme Gewalt

E-Mail: markus.lang@mwi.uni-heidelberg.de

Lotta Mayer, Dr., Nachwuchsgruppenleiterin am Max-Weber-Institut für Soziologie, Bergheimer Str. 58, 69115 Heidelberg • Forschungsschwerpunkte: Konflikt & Gewalt, soziologische Theorie, rechtsextreme Gewalt

E-Mail: lotta.mayer@mwi.uni-heidelberg.de

David Meier-Arendt, M. A., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie TU Darmstadt, Promotionsstudent an der Universität Basel • Forschungsschwerpunkte: Wissenschafts- und Technikforschung, Science and Technology Studies, qualitative Sozialforschung, Geschlechtersoziologie, Männlichkeitsforschung, Rechtspopulismus/Neue Rechte.

E-Mail: david.meier-arendt@unibas.ch

Matthias Meyer, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) Jena • Forschungsschwerpunkte: Strategien & Akteur:innen der extremen Rechten/Neuen Rechten, Ideologien der Ungleichwertigkeit (insb. Antifeminismus), gesellschaftliche Geschlechterverhältnisse

E-Mail: matthias.meyer@idz-jena.de

Hannah Mietke, Dipl.-Päd., wissenschaftliche Mitarbeiterin, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) an der Universität Bielefeld, Koordination des Wissensnetzwerk Rechtsextremismusforschung (Wi-REX) • Forschungsschwerpunkte: feministische Rechtsextremismusforschung, Geschlechterforschung, qualitative Subjektivierungs- und Bildungsforschung

E-Mail: [hannah.mietke@uni-bielefeld.de](mailto:hannah.mietke@uni-bielefeld.de)

Holger Oppenhäuser, Dr., Referent im Attac-Bundesbüro • Arbeitsschwerpunkte: Ideologie der nationalistischen Rechten, Interdiskursanalyse, Kritische politisch-ökonomische Bildung

E-Mail: [holopp@yahoo.de](mailto:holopp@yahoo.de)

Denis van de Wetering, Dipl.-Soz., wissenschaftlicher Mitarbeiter am SO.CON – Social Concepts der Hochschule Niederrhein und am Institut für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld • Forschungsschwerpunkte: (De-) Radikalisierungsprozesse im Themenfeld Rechtsextremismus, (Jugend-) Gewalt in urbanen Räumen sowie Intergruppenbeziehungen, Konflikte und Integrationsdynamiken im Stadtteil

E-Mail: [denis.vandewetering@hs-niederrhein.de](mailto:denis.vandewetering@hs-niederrhein.de)

Wolfgang Frindte, Prof. i.R. Dr. phil. habil., Diplompsychologe, Friedrich-Schiller-Universität Jena

Steven Hummel, M.A., Politikwissenschaftler, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen

Nils B. Ludwig, Sozialgeograf

Matthias Meyer, Soziologe, Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) Jena

Hannah Sommer, zuletzt wissenschaftliche Mitarbeiterin, Institut für Soziologie, Universität Wien



Rebekka Grimm, Judith Meixner,  
Lisa Müller, Malte Pannemann,  
Peer Wiechmann

## **Den Einstieg in den Rechtsextremismus verhindern**

Aufsuchende Distanzierungsar-  
beit gegen Radikalisierung bei  
jungen Menschen. Ein Leitfaden

2024 • 242 Seiten • kart. • 26,00 € (D) • 26,80 € (A)

ISBN 978-3-8474-3057-5 • eISBN 978-3-8474-1991-4

Wie lässt sich das Abgleiten junger Menschen in den Rechtsextremismus verhindern? Der Ansatz der aufsuchenden Distanzierungsarbeit zielt auf die Sensibilisierung für potenzielle Einstiegsgefährdungen und Handlungssicherheit im Umgang mit starken Vorurteilen ab. Dieses hochaktuelle Grundlagenwerk beschreibt Distanzierungsarbeit als pädagogische Querschnittsaufgabe, analysiert diskriminierendes Verhalten und leitet zur Initiierung von Distanzierungsprozessen an. So wird die Planung strategischer Maßnahmen bei verhärteter Menschenfeindlichkeit ermöglicht. Praktische Kompetenzen werden mithilfe eines Methodenkoffers vermittelt.

[www.shop.budrich.de](http://www.shop.budrich.de)





Fabian Kaufmann  
Lena Sierts (Hrsg.)

## **Medienpädagogische Interventionen im Feld der Neuen Rechten**

Theoriebasierte Analysen,  
praktische Methoden und  
Reflexionen

2024 • 124 Seiten • kart. • 22,90 € (D) • 23,60 € (A)  
ISBN 978-3-8474-3100-8 • eISBN 978-3-8474-3235-7

Wie ist es möglich, online in ein Feld zu intervenieren, welches gar nicht adressiert werden will? Die Autor\*innen setzen sich mit der Neuen Rechten auseinander und analysieren ihre Strukturen, Inhalte und Strategien in Hinblick auf die genannte Frage. Denn: Die Neue Rechte ist bisher kaum im Blick pädagogischer und bildungspolitischer Angebote. Angesichts dieser Leerstelle hat das Projekt Prisma verschiedene Handlungsoptionen im Feld praktisch erprobt. Wichtige Erfahrungswerte werden in diesem Buch verfügbar gemacht.

[www.shop.budrich.de](http://www.shop.budrich.de)





Marc Seul, Lennard Schmidt,  
Franziska Thureau, Luca Zarbock,  
Andreas Borsch, Luisa Gärtner,  
Salome Richter (Hrsg.)

## **Politische Parteien und Antisemitismus**

Positionierungen, Analysen,  
Kritik

*Trierer Beiträge zur interdisziplinären Antisemitismusforschung, Bd. 3*

2025 • ca. 200 Seiten • kart. • 52,00 € (D) • 53,50 € (A)

ISBN 978-3-8474-3115-2 • eISBN 978-3-8474-3250-0 (Open Access)

Parteien sind trotz ihrer Rolle als zentrale Akteure des öffentlichen Diskurses und des parlamentarischen Regierungssystems bislang überraschend selten in den Fokus der Antisemitismusforschung gerückt. Dieser Band fragt nach den Erscheinungsformen des Antisemitismus in Parteien, ihrem Umgang mit Fällen von Antisemitismus in den eigenen Reihen und bei politischen Wettbewerbern sowie nach Kriterien für die Einordnung von Parteien als antisemitische Akteure. Der internationale Vergleich rundet die Analysen ab und legt die Grundlage für eine fundierte Auseinandersetzung mit Antisemitismus in der parteipolitischen Praxis.

[www.shop.budrich.de](http://www.shop.budrich.de)





Nicolas Stojek

## **Terrorkultur**

Eine strategische Untersuchung  
des rechtsextremen militanten  
Akzelerationismus

Mit einem Vorwort von  
Gerhard Blechinger

*Schriftenreihe der Forschungsgruppe TRACE*

2025 • 143 Seiten • kart. • 24,00 € (D) • 24,70 € (A)

ISBN 978-3-8474-3081-0 • eISBN 978-3-8474-3215-9

Der rechtsextreme Militante Akzelerationismus setzt sich das Ziel, den Zusammenbruch von Gesellschaften mittels Terrorakten zu beschleunigen. Das Buch betrachtet rechtsextreme Attentäter wie die von Christchurch und Halle als Teile eines wachsenden Milieus und untersucht die Strategien akzelerationistischer Terroristen. Schließlich wagt es eine Vorausschau auf das, was den westlichen Gesellschaften möglicherweise bevorsteht.

[www.shop.budrich.de](http://www.shop.budrich.de)





Richard Stöss

## **Der rechte Rand Europas**

Rechtsextremismus und Rechts-  
konservatismus bei den Wahlen  
zum Europäischen Parlament  
1979 bis 2024

2025 • 166 Seiten • geb. • 34,00 € (D) • 35,00 € (A)  
ISBN 978-3-8474-3129-9 • eISBN 978-3-8474-3264-7

Rechte Parteien haben in den letzten 45 Jahren auf europäischer Ebene an Zuspruch gewonnen: Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament von 1979 bis 2024 ist ein steiler Aufstieg der Rechtsaußenparteien zu beobachten. Die Analyse behandelt den genauen Verlauf der dramatischen Rechtsentwicklung, die Ergebnisse der rechtsextremen und rechtskonservativen Parteien bei den einzelnen Wahlen, insbesondere die Anzahl, die Stärke, den Herkunftsstaat und die Ideologie der erfolgreichen Parteien. Der Autor identifiziert globale Ursachen für den Rechtstrend und diskutiert, wie groß das Potenzial dieser Parteien ist, die Demokratie und die Einigung Europas zu stören.

[www.shop.budrich.de](http://www.shop.budrich.de)

